Nr. 1
1. Mai 2001

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Erklärung des Parteirats der PKK zum Kampftag der Werktätigen

"Der 1. Mai als Tag der Werktätigen soll für die ganze Menschheit ein Feiertag sein!"

Der Parteirat der Arbeiterpartei Kurdistans veröffentlichte am Montag eine Erklärung anlässlich des 1.Mai, die wir hier in Auszügen wiedergeben.

In der Erklärung, die mit den Worten "Der 1. Mai als Tag der Werktätigen soll für die ganze Menschheit ein Feiertag sein!" beginnt, heisst es an das kurdische Volk gerichtet: "Ihr habt 15 Jahre lang in einem sehr harten Krieg und die letzten 30 Jahre in einem grossen nationalen und demokratischen Kampf gelebt. Ihr habt eine nationale, demokratische, soziale und kulturelle Revolution verwirklicht, die nicht nur Kurdistan, sondern den gesamten Mittleren Osten im 21. Jahrhundert geprägt hat.

In den Jahren, in denen es hiess, 'Der Sozialismus ist tot, das ausbeuterische System Kapitalismus hat gesiegt', habt ihr der ganzen Welt gezeigt, dass es mit der Befreiungsideologie Sozialismus nicht vorbei ist, indem ihr in den Reihen der PKK unter der Führung des Vorsitzenden APO marschiert seit. Damit habt ihr praktisch gezeigt, dass ihr ein Volk seid, dass den Geist des ersten Mai bestens versteht und anzuwenden weiss. (...)

Dass das kurdische Volk immer die Geschwisterlichkeit der Völker verteidigt hat, resultiert daraus, dass es sich grösstenteils aus Werktätigen zusammensetzt. Aus diesem Grund



"Den 1. Mai mit der Begeisterung von Newroz feiern" - Newroz 2001 in Amed

muss das kurdische Volk an diesem ersten Mai auf die Strassen gehen und die Stimme erheben für unsere Strategie der demokratischen Einheit und Geschwisterlichkeit der Völker. Der erste Mai soll mit der gleichen Begeisterung wie Newroz gefeiert werden und ein Kampftag sein. (...)

Hinter dem ersten Mai steht die Geschichte der Menschheit, aus diesem Grund ist er so mächtig. Es ist der einzige Feiertag, der Geschichte, Gegenwart und Zukunft miteinander verbindet. Der erste Mai steht für das Bewusstsein von Menschlichkeit und Freiheit. (...)

Durch die wissenschaftlich-technische Revolution und Globalisierung sind die Schicksale der Arbeiterschaft noch stärker aneinander gebunden. Ohne Einheit, Solidarität und gemeinsamen Kampf ist es schwer, den Kampf der Arbeiterklasse für Demokratie und Freiheit zum Erfolg zu führen. Eine Entscheidung des amerikanischen oder japanischen Kapitals beeinflusst auch sofort das kurdische, türkische, arabische Volk. Deshalb müssen heute mehr denn je die Werktätigen den Einheits- und Kampfgeist des ersten Mai hochhalten. Erstmals in der Geschichte der Menschheit ergänzen sich die Möglichkeit des gemeinsamen Kampfes und die Notwendigkeit dazu. (...)

In der Phase des 15-jährigen Krieges wurde deutlich, dass es der Türkei keinen Nutzen erbringt, mit dem kurdischem Volk im Kampf zu stehen. Die Kriegsprofiteure haben Gewinne gemacht durch diesen schmutzigen Krieg, aber nicht die türkischen Werktätigen. Dass Demokratie und Freiheit über die Geschwisterlichkeit des kurdischen und türkischen Volkes zu erreichen sind, hat schon in den 70er Jahren der grosse Revolutionär Deniz Gezmis vom Galgen aus gerufen. Die Umsetzung der Hoffnungen dieser grossen Revolutionäre, die die wirklichen Patrioten der Türkei waren, bedeutet die Rettung des türkischen und kurdischen Volkes. Wenn der 1. Mai 2001 zum Tag der Solidarität, des Kampfes und der Einheit zwischen dem kurdischen Volk und dem Volk der Türkei wird, wird er auch zum Tag der demokratischen Türkei."

(ÖP 29.4., ISKU)

. . . zur ersten Ausgabe

Zum ersten Mal erscheint am 1. Mai das Informationsblatt "Nûçe" mit Nachrichten und Berichten aus Kurdistan und der Türkei. Die erste Ausgabe befasst sich mit dem 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter und mit der Situation in den türkischen Gefängnissen, in denen vor 193 Tagen der Hungerstreik gegen die Einführung von Isolationsgefängnissen begann.

"Nûçe" wird in Zukunft wöchentlich jeweils Freitags erscheinen. Es kann als pdf-Datei per e-mail bei uns bestellt werden oder von unserer Webseite **http://www.nadir.org/isku** heruntergeladen werden. So besteht die Möglichkeit, es ohne Qualitätsverslust auszudrukken und weiterzuverteilen.

Solltet ihr über diese Möglichkeiten nicht verfügen, aber trotzdem Interesse daran haben, Nûçe zu beziehen und zu verteilen, versenden wir die benötigte Anzahl von Ausgaben auch gegen einen Unkostenbeitrag von mindestens DM 5,- pro Monat per Post. Weitere Spenden für Druckkosten sind selbstverständlich ebenfalls willkommen.

Mit solidarischen Grüßen
die ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.

Pressespiegel

300 Festnahmen in Amed

Die Jugendorganisation der HADEP Diyarbakir hat eine Pressekonferenz durchgeführt, um über die Festnahmen von Jugendlichen in den letzten Tagen in Amed zu informieren und auf das fortgesetzte Todesfasten in den Gefängnissen aufmerksam zu machen.

In der Erklärung wird festgehalten, dass innerhalb der letzten Wochen in Diyarbakir 300 Personen festgenommen worden sind. (...) Wie der Vorsitzende der Jugendorganisation, Mustafa Dogrul, erklärte, richtete sich die Repression der letzten Tage im Allgemeinen gegen demokratische Kräfte. (...)

ÖP, 28.4.2001

Polizei greift Pressekonferenz an

Eine für vergangenen Mittwoch geplante Pressekonferenz der HADEP Batman wurde nicht genehmigt. Vor dem Parteigebäude versammelten sich über 1000 Menschen, die mit der Presseerklärung auf die Situation der beiden HADEP-Funktionäre Ebubekir Deniz und Serdar Tanis aus Silopi aufmerksam machen wollten, die nach der Festnahme "verschwunden" sind. Die Staatsvertreter liessen angesichts der hohen Beteiligung die Polizei angreifen. Bei dem Angriff wurden mehrere Menschen verletzt, zwei mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Zehn Personen wurden festgenommen. Die Menschenmenge kündigte an, sich bis zur Freilassung der Festgenommenen nicht aufzulösen. Angesichts der Entschlossenheit der Menschenmenge war die Polizei gezwungen, die Festgenommenen laufen zu lassen. *ÖP, 26.4.2001*

Zwangsernährung in Izmir

In Izmir hat die Polizei eine Wohnung überfallen, in der zwei Personen im Todesfasten waren. Ahmet Candemir Özdemir wurde mit Gewalt ins Krankenhaus geschafft und zwangsernährt. Wie bekannt wurde, hatte seine Familie bei

Protestiert gegen die unmenschliche Gefängnispolitik in der Türkei!

Seit Monaten dauern Todesfasten und Hungerstreik von mehr als 2000 politischen Gefangenen in der Türkei an. Bei der Stürmung von 20 Gefängnissen im Dezember wurden 28 Gefangene ermordet. In Holland wurde bei einer Aktion Cafer Dereli von Faschisten ermordet. In Folge des Todesfastens starben inzwischen 20 Menschen, darunter auch drei Angehörige, die sich außerhalb der Gefängnisse am Todesfasten beteiligten.

Hungerstreik der PKK-Gefangenen dauert an
Die 8000 PKK-Gefangenen, die seit dem 14. April eine unbefristete Hungerstreikkette durchführen, haben erklärt, die Aktion bis zur Beendigung des Sterbens in den Gefängnissen fortzuführen.


Demonstration von Angehörigen der Todesfastenden

Im Namen aller PKK-Gefangenen in der Türkei und Kurdistan gaben Cetin Arkac und Serdar Erdogan eine schriftliche Erklärung ab, in der sie feststellten, dass keines der Staatsorgane, insbesondere nicht die vorhandene Regierung, zur Lösung der Gefängnisprobleme beigetragen habe. Menschenleben werde keinerlei Wert beigemessen, die Gefängnisse mit F-Typ-Bestimmungen geleitet. Zum Schluss der Erklärung heisst es: “Als PKK-Gefangene in allen Gefängnissen setzen wir unsere am 14. April begonnene unbefristete Hungerstreikkette fort. Wir gedenken der gefallenen Gefangenen und Angehörigen, die im Todesfasten ihre Entschlossenheit zum Widerstand zeigen, mit Achtung und Respekt. Wir werden unseren politischen Widerstand fortsetzen, bis eine angemessene Lösung entwickelt und das Sterben beendet wird."

'Handeln ist Pflicht'
Murat Karayilan, Mitglied des Präsidialrats der PKK, rief in einer Erklärung alle in der Türkei und in Europa lebenden Menschen und insbesondere das kurdische Volk zum Handeln auf. Es handele sich nicht mehr um eine politische, sondern eine menschliche Frage, so Karayilan: "Ich gedenke allen im Widerstand Gefallenen mit Achtung und grüsse diejenigen, die jetzt ihren Widerstand fortsetzen." Es gehe nicht darum, welche Ansichten und welchen Glauben diejenigen hätten, die für höhere Werte den Tod ins Auge fassten.
"Täglich fallen Menschen, einer nach dem anderen und vor aller Augen. Wie soll das Gewissen der Türkei das aushalten und akzeptieren. Wenn junge Menschen, Revolutionäre, heldenhaft einer nach dem anderen fallen, wie kann dem zugeschaut werden? (...) Es ist sehr tragisch, dass die Werktätigen, die Bevölkerung in der Türkei angesichts des Sterbens dieser heldenhaften Revolutionäre nicht die Stimme erheben. Das ist sehr schmerzhaft. Aber wie auch immer, wenn wir Menschen sind, wenn wir uns Menschen nennen, können wir die Entwicklungen nicht schweigend beobachten. (...) Das kurdische Volk hat die Verantwortung, sich als Vorhut und Pfeiler im Demokratiekampf aller Probleme anzunehmen. Es muss unbedingt etwas gegen die momentane Situation unternehmen."
Die PKK wünsche die Lösung des Problems über einen Dialog, so Karayilan: "Wir wünschen, dass sie Erfolg haben werden. Allerdings ist beim Staat bis heute kein Lösungsansatz zu erkennen." Sich der Angelegenheit anzunehmen, öffentlichen Druck zu schaffen und die Volksmassen in Bewegung zu setzen, sei zur Pflicht geworden. Auch die PKK-Gefangenen dürften nicht schweigen und sollten Hungerstreiks, Todesfasten oder andere Aktionen durchführen.”

Der türkische Staat verweigert weiterhin die legitimen Forderungen der Hungerstreikenden bzw. Todesfastenden zu erfüllen:

- sofortige Beendigung von Folter und Misshandlungen in den türkischen Gefängnissen
- sofortige und unwiederbringliche Aufhebung der Isolationshaft
- Aufnahme von direkten Verhandlungen mit den Gefangenen durch den türkischen Staat, damit der Hungerstreik/das Todesfasten beendet werden kann.

Schickt Protestfaxe an die Verantwortlichen:
BRD-Außenminister J. Fischer: 01888 - 173 402
TR-Staatspräsident Sezer: 0090 - 312 427 13 30
TR-Ministerpräsident B. Ecevit: 0090 - 312 417 04 76
TR-Justizminister H.S.Türk 0090 - 312 417 39 54
Generaldirektor der Haftanstalten: 0090 - 312 414 63 01

(ÖP 28./29.4.,ISKU)

Karayilan warnt vor Friedenssabotage im Süden

Murat Karayilan, Mitglied des PKK-Präsidialrates, warnte in einem telefonischen Beitrag in MEDYA-TV vor der Sabotage des Friedens in Südkurdistan.
Die Bewegungen der türkischen Armee in den letzten Tagen dienten möglicherweise dem Zweck, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in eine andere Richtung zu lenken. Seit einem Jahr beobachte die Türkei die neue kurdische Politik. Auf dieser Grundlage habe sich auch die Politik in Südkurdistan entwickelt. "In Südkurdistan gibt es seit ein paar Monaten eine Atmosphäre von Frieden. KDP und PUK versuchen, ihre Probleme miteinander zu überwinden. Auch zwischen der PKK und den beiden Organisationen gibt es eine ähnliche Entwicklung der Beziehungen. Und von dieser Situation fühlen sich die Länder, die Kurdistan beherrschen, gestört."
Nach Karayilan will die Türkei angesichts der Situation nicht Beobachter bleiben. Sie verfolge Sabotagepläne, insbesondere gegen die PKK und die KDP. Der Grund dafür sei die Neuordnung der beiden Organisationen, womit der Weg zu einer Lösung offen sei. Die Haltung der KDP in dieser Situation sei vernünftig, dementsprechend nähere sich auch die PKK an. "Wir wollen uns in dieser Krisenphase des Staates nicht opportunistisch verhalten. Aber wenn sie uns zu etwas zwingen wollen, werden wir nicht daran schuld sein." Die PKK habe jede Art von Opfer für eine Lösung erbracht, so Karayilan. *(ÖP 29.4.,ISKU)*

der Staatsanwaltschaft eine Intervention beantragt.
(ÖP, 28.4.)

Kazim Gülbag nach Selbstverbrennung im Krankenhaus gestorben
Kazim Gülbag (37) verbrannte sich aus Protest gegen das Sterben in den türkischen Gefängnissen. Gülbag hatte vor dem Gefängnis Regensburg ein Transparent mit der Aufschrift "Ich protestiere gegen den faschistischen türkischen Staat und das Massaker in den Gefängnissen" aufgehängt, sich mit Benzin übergossen und unter Parolenrufen selbst angezündet. Mit einem Hubschrauber wurde er ins Krankenhaus transportiert. Dort erlag er am 24.4. seinen 80-prozentigen Verbrennungen. Kazim Gülbag war in der Türkei in der Stundent-Innenvereinigung IYÖ-DER und der Jugendorganisation Dev-Genc aktiv. 1993 reiste er nach Deutschland und beantragte politisches Asyl. Auch in Deutschland setzte er seine politischen Aktivitäten fort. Zuletzt war er bei Gefangenensolidaritätsaktionen beteiligt. Sein Leichnam wird in der Türkei beigesetzt werden. Kazim Gülbag ist nach Cafer Dereli der zweite Gefallene bei den Solidaritätsaktionen in Europa. *(IKM, 24.4.)*

32-jährige Frau stirbt in Ankara
Istanbul (AP) Der monatelange Hungerstreik von türkischen Häftlingen und ihren Angehörigen hat das 20. Todesopfer gefordert. Eine 32-jährige Frau starb am Samstag in einem Krankenhaus in Ankara, nachdem sie der Hilfsorganisation Özgür Tayad zufolge 187 Tage keine feste Nahrung zu sich genommen hatte.*(web.de, 28.4.)*

Quellen:
ÖP=Özgür Politika
IKM=Komitee gegen Isolationshaft

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Ludwigstr. 13
20359 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 10
29. Juni 2001

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Europas Erbe: Die kurdische Frage
Anerkennung der nationalen und politischen Identität der Kurden - Jetzt!

Seit zwei Wochen finden verschiedene Initiativen zur Anerkennung der nationalen und politischen Identität von Kurden und Kurdinnen in Europa statt. Anlässlich der "Identitätskampagne" dokumentieren wir eine Erklärung der Konföderation der Kurdischen Vereine in Europa (KON-KURD)

Die Kurden sind das größte und älteste Volk auf der Erde, dem sein Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten wird. Nach dem 1. Weltkrieg wurde das Siedlungsgebiet der Kurden im Mittleren Osten durch die Siegermächte im Abkommen von Lausanne auf vier Staaten aufgeteilt. Fortan lebten die Kurden in der Türkei, Irak, Iran und Syrien und waren Unterdrückung, Massakern und Deportationen ausgesetzt. Jedes Engagement für mehr Rechte für die Kurden wurde als "Separatismus" diffamiert und verfolgt, die Verleugnung der Existenz des kurdischen Volkes systematisch festgeschrieben. In der Folge kam es zu vielen Erhebungen: Allein zwischen 1925 und 1938 fanden in der Türkei 16 kurdische Aufstände statt.

Als Antwort auf die unerträgliche Situation der Kurden nahm 1984 die Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, den bewaffneten Kampf gegen die türkische Zentralregierung auf, um das legitime Recht auf Selbstbestimmung zu erkämpfen. Unter großen Opfern konnte die Identität des kurdischen Volkes bewahrt und die kurdische Frage wieder in die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit gerückt werden. Obwohl international als Problem erkannt, harrt die kurdische Frage weiterhin ihrer Lösung. Als maßgeblich beteiligte Seite am Entstehen der kurdischen Frage stellt sich Europa auch heute nur halbherzig der damit verbundenen historischen Verantwortung. Mit der einseitigen Beendigung des Krieges durch die kurdische Seite entstand eine reale Chance zur politischen Lösung des Problems. Dieser Schritt wurde bisher nicht ausreichend gewürdigt. Weiterhin beharren die führenden Mächte der Europäischen Gemeinschaft auf dem Status quo. Unter dem Vorwand fehlender Ansprechpartner wird die kurdische Seite bewusst ignoriert. Die PKK hat mehrmals betont, dass außer ihr auch andere authentische Ansprechpartner wie die HADEP in Frage kommen könnten. Die Haltung der Europäschen Union in der kurdischen Frage spiegelt sich ebenfalls in dem an die Türkei gerichteten EU-Dokument zur Beitrittspartnerschaft wider, in dem bewusst auf die namentliche



Demonstration gegen die Todesstrafe in Strasbourg
Foto: Özgür Politika 24.6.2001



Nennung der Kurden verzichtet wurde.



Während die Mehrheit der europäischen Mitgliedsstaaten die Einhaltung der "Kopenhagener Kriterien" als Bedingung zur Aufnahme der Türkei in die Europäische Union macht, negieren sie gleichzeitig den nationalen und politischen Status der Kurden, die in Europa leben. Wider alle Bemühungen der Kurden in der Diaspora wurden bisher die Forderungen nach Anerkennung als nationale Minderheit in den betreffenden europäischen Ländern, dem Recht auf freie gesellschaftliche und politische Organisierung sowie auf muttersprachlichen Unterricht im allgemeinen Schulwesen nicht anerkannt. Nach eigenem Bekunden sieht sich die Europäische Gemeinschaft nicht nur als rein wirtschaftliche, sondern auch als Wertegemeinschaft. Deshalb muss auch sie sich an den Maßstäben messen lassen, die sie gegenüber anderen Nicht-Mitgliedstaaten anlegt. Dies bedeutet auch, dass sie bezüglich der in Europa lebenden Kurden den erklärten Kriterien eines Beitrittes zur Europäischen Union selbst gerecht wird.

Insbesondere die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien stehen mit ihrer Kurdenpolitik im krassen Gegensatz zu den gemeinschaftlich formulierten Kriterien dieser Gemeinschaft. Deren Betätigungsverbote gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) kriminalisieren alle Kurden und stellen sie in das gesellschaftliche Abseits. Diesen Zustand werden die in der Diaspora lebenden Kurden nicht mehr länger hinnehmen. Deshalb fordern wir das Ende der gesellschaftlichen Ausgrenzung und Stigmatisierung als rechtlose Wesen. Die kulturelle, gesellschaftliche und politische Identität unseres Volkes muss offiziell anerkannt werden. Dies zu verwirklichen wird eine der primären Aufgaben der Konföderation der kurdischen Vereine in Europa (KON-KURD) und der in ihr organisierten Verbände sein.

Wir fordern:

a - die sofortige Aufhebung des Betätigungsverbotes für die PKK. Keine Stigmatisierung der Kurden als rechtlose Wesen

b - die offizielle Anerkennung der nationalen und politischen Identität der Kurden. Das Recht auf freie Organisierung und freie Meinungsäusserung muss gewährleistet sein

c - das grundlegende Recht auf Ausbildung in der eigenen Muttersprache im Schulwesen der europäischen Mitgliedstaaten

d - die sofortige Aufhebung des Todesurteils über den Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan. Die Freiheit Abdullah Öcalans bleibt unsere grundlegende Forderung

e - die Einberufung einer internationalen Kurdistankonferenz und eine gesamteuropäische Initiative zur Lösung der kurdischen Frage, um den türkisch-kurdischen Konflikt dauerhaft zu beenden

(KON-KURD 27.6.)

Meldungen

"Identitätskampagne" in Maxmur

An der "Identitätskampagne" haben sich auch die Flüchtlinge in Maxmur in Südkurdistan beteiligt. Sie unterzeichneten die Formulare mit den Forderungen nach Anerkennung ihrer nationalen und politischen Identität und überreichten die gesammelten Unterschriften Vertretern der UN.

(ÖP, 25.6., ISKU)

Hamburger Gefangene bekennen sich zur PKK

48 kurdische, türkische, armenische und iranische Gefangene im Gefängnis Santa Fu in Hamburg haben im Rahmen der "Identitätskampagne" die vorbereiteten Formblätter mit der Überschrift "Auch ich bin PKK" unterschrieben. Im Namen der Gefangenen erklärte Irfan Güven: "Wir unterstützen die zweite Friedensoffensive und die Kampagne zur Abschaffung des PKK-Verbots in Europa und für die Anerkennung der kurdischen Identität. Alle 48 Gefangenen bereiten sich auf ihre juristische Verteidigung vor. Wir rufen alle Menschen aus Kurdistan und ihre Freunde und Freundinnen dazu auf, die Kampagne zu unterstützen."

(ÖP, 27.6., ISKU)

US-Armee in Südkurdistan

Nach einem Luftangriff US-amerikanischer Flugzeuge steigern sich die Militärbewegungen in Südkurdistan. Neben der Stationierung von US-Kräften dauern auch die Operationen der türkischen Armee in Kurdistan ununterbrochen an. Im Süden befindliche Kräfte haben mögliche weitere Operationen angekündigt. Wie bekannt wurde, werden Peschmergas der PUK (patriotische Union Kurdistans), die vor kurzem bereits von türkischen Offizieren Ausbildung erhalten haben, auch von US-Offizieren ausgebildet. Bei den Auszubildenden handelt es sich um eine Sondereinheit mit dem Namen Sipahi-17, die im Zentralgebiet der PUK nahe der Stadt Akre stationiert worden ist.

(ÖP, 25.6., ISKU)

PKK warnt vor Banden

In einer schriftlichen Erklärung hat die PKK darauf aufmerksam gemacht, dass in einigen kurdischen Provinzen kriminelle Banden im Namen der PKK von der Bevölkerung Geld

253. Tag des Todesfastens

Erneuter Todesfall im Todesfasten



Das Todesfasten, hat einer weiteren Gefangenen das Leben gekostet. Aysun Bozdogan starb am 183. Tag ihrer Aktion im Krankenhaus Kartal. Sie war 1976 geboren und Gefangene der TKEP/Leninist Seit 1999 war sie im Gefängnis. Nach dem Massaker vom 19. Dezember ist sie von Ümraniye nach Kartal verlegt worden. Sie wandelte ihren unbefristeten Hungerstreik am 30. Tag ins Todesfasten um. Am 100. Tag wurde sie ins Krankenhaus Bayrampasa verlegt, wo sie jegliche Behandlung ablehnte. Als sich ihr Zustand verschlechterte, kam sie ins Krankenhaus Kartal, wo sie an den Folgen der Zwangsernährung starb.

Weitere Entlassungen aus dem Gefängnis

Anstatt die Isolation in den F-Typ-Gefängnissen aufzuheben, entlässt der Staat die Gefangenen, die bleibende Schäden durch das Todesfasten davongetragen haben. Er versucht so, weitere Todesfälle im Gefängnis zu verhindern. So wurden jetzt 20 Gefangene aus dem F-Typ-Gefängnis Kandira entlassen, die bereits ihr Gedächtnis verloren haben. Bis heute sind 43 Gefangene freigelassen worden. Gegenüber ÖZGÜR POLITIKA kommentierte die Rechtsanwältin Gülizar Tuncer, der Staat sei nach wie vor nicht bereit, die notwendigen Schritte einzuleiten. "Die meisten der Gefangenen haben sowieso schwere Schäden, sie haben die Auffassungsgabe von einjährigen Kindern. Die, die nicht ihr Gedächtnis verloren haben, sind physisch fertig. Insofern haben die Entlassungen keine große Bedeutung. Denn diese Menschen können nichts mehr tun." Die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen ist auf sechs Monate befristet und erfolgt nach Artikel 399 CMUK.

Gökhan Özocak, der nach seiner Entlassung das Todesfasten in einer Wohnung in Izmir fortsetzt, befindet sich am 194. Tag. Sein Zustand verschlechtert sich täglich. Er leidet unter ständigem Erbrechen, Atemnot, nervlichen Spannungen und kann nicht mehr laufen. Özocak ist bei Bewusstsein, kann allerdings kaum noch sprechen.

6. Todesfastengruppe

Nach der 4. Gruppe vom 11. Mai und der 5. Gruppe vom 20. Mai, hat sich jetzt eine weitere Todesfastengruppe angeschlossen. Die Gefangenen kündigten in einer Erklärung vom 14. Juni an, dass weitere Gruppen folgen werden, wenn der Staat ihre Forderungen nicht anerkennt.

Am Montag wurden bei Razzien in den ärmeren Stadtteilen in Istanbul mehrere Personen festgenommen. Hier finden seit zwei Wochen jeden Abend Proteste und Kundgebungen gegen die F-Typ Gefängnisse statt. Bei einer Kundgebung in Cayan Mahallesi in Istanbul wurde der Stadtteil von der Polizei und Gendarmerie abgeriegelt und mit scharfer Munition auf die DemonstrantInnen geschossen, wogegen diese mit Steinen und Parolen antworteten.

Repression gegen kritische Berichterstattung

Aufgrund der Berichterstattung über das Todesfasten wurde gegen die liberale Tageszeitung Radikal, von der Handelskammer in Istanbul ein Werbeverbot für fünf Tage auferlegt. Die Tageszeitung Evrensel hat ein dreitägiges Erscheinungsverbot, da sie in einem Artikel den Justizminister Sami Türk kritisierte. Der zuständige Redakteur des Fernsehsenders Sun-TV wurde zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt, da in einer Sendung vom 24. April der neue Gefängniserlass kritisiert wurde. *(ÖP, IKM, 27.6., ISKU)*

Der IHD Istanbul erbittet Geldspenden für die medizinische Versorgung der Hungerstreikenden: Informationsstelle Kurdistan, PGA Köln, BLZ 37010050, Kontonummer: 3968-506, Kennwort: ‚Hungerstreik'

PKK reagiert auf mangelnde Entwicklung der Türkei

Droht ein neuer Krieg?

Osman Öcalan erklärte an die Vertreter der türkischen Regierung gewandt, dass aufgrund der fortgesetzten Angriffe innerhalb der PKK ein Neubeginn des Krieges diskutiert wird: "Wir ziehen jedoch den Frieden dem Krieg vor." In einem telefonischen Beitrag zur Sendung "Rews" erklärte er zu den Gründen für die erneute Kriegsdiskussion: "Wir haben den Krieg gewählt, als uns keine andere Wahl gelassen wurde. Der 15-jährige Krieg hat allen Schaden zugefügt. Jetzt wollen wir einen politischen Kampf führen. Aber gegen unsere Guerilla wird eine Vernichtungsoperation nach der anderen durchgeführt. Auch die Angriffe gegen kurdische Institutionen und demokratische Kreise, die die kurdische Frage zur Sprache bringen, steigen täglich an. Ebenso wie die Kurden betreffend keinerlei gesetzliche Verbesserung vorgesehen ist, wird auch die Todesstrafe einzig für die Kurden nicht abgeschafft. All das zeigt, dass die Fortsetzung des Krieges gewollt wird." Die PKK werde jedoch weiter auf Frieden beharren, so Öcalan: "Wir diskutieren zur Zeit. Bisher haben wir noch keine Entscheidung getroffen. Unsere letzte Erklärung war weniger eine Drohung als die Mitteilung, dass eine neue Phase begonnen hat. Sowohl unsere Guerilla als auch unser Volk sind stärker denn je. Ausserdem sind viele Kräfte im Mittelosten bereit, uns zu unterstützen. Aus diesen Gründen ist unsere Situation vorteilhafter als je zuvor. Aber Krieg ist nicht das, was wir wollen. Wir wollen unsere Strategie nicht ändern."

An das kurdische Volk gerichtet forderte Öcalan, sich für die entstehenden Diskussionen bereit zu halten. Die Jugend solle sich wieder den Bergen zuwenden. Jeder solle sich mit vielschichtigen Aktionen an der Friedensoffensive beteiligen. Diese Aktionen könnten den Krieg verhindern.

Die ÖZGÜR POLITIKA stellte in einem Kommentar fest, dass die Ankündigung der PKK aufgrund der jüngsten Entwicklungen zu erwarten gewesen sei: "Eine Analyse der Entwicklungen des letzten Monats zeigt, dass die Geduld der Kurden bis auf das äusserste strapaziert ist. Die Ermordung von 28 Angehörigen der Guerilla bei den intensivierten Operationen in Nordkurdistan, die Systematisierung der Repression gegen die HADEP, die Verschärfung der Militärkontrollen in den kurdischen Provinzen, die vermehrten Festnahmen, die Unterdrückungs- und Auslöschungspolitik sowie die beängstigenden Erklärungen militärischer und ziviler Staatsvertreter haben ohnehin schon eine Diskussion innerhalb der kurdischen Gesellschaft ausgelöst. Für die Aggressionspolitik des Staates gegen die Kurden ist in erster Linie die MHP als Regierungspartei verantwortlich. Das kurdische Volk ist nicht so unpolitisch, dass es diese primitive Vorgehensweise und die dahinter stehenden Anheizer nicht erkennt. Es ist auch nicht so schwach, dass es dem nicht gegenüber treten könnte. Deutlich ist, dass das vor Jahren von der Türkei definierte Ziel immer noch nicht geändert wurde: eine Gesellschaft zu formen, die zu dumm zum denken und zu versklavt ist, um den Aufstand zu wagen. Diese Rechnung ist seit den siebziger Jahren nicht aufgegangen und sie wird es auch in Zukunft nicht tun. Staat und MHP sollten das erkennen.
(ÖP, 24.6., ISKU)

und Wertgegenstände verlangen. Die PKK kündigte ein eindeutiges Vorgehen gegen die genannten Banden an. "Weder unsere Partei noch eine an die Partei gebundene Kraft oder Institution hat etwas damit zu tun. Mit Sicherheit handelt es sich um das Werk verbrecherischer Banden, die versuchen, das Vermögen unseres Volkes zu ergattern. Unser Volk muss sich dazu eindeutig verhalten. Niemand sollte sich von diesen Banden täuschen lassen und ihnen irgendwelche Wertgegenstände aushändigen."
(ÖP, 23.6., ISKU)

Faxaktion für Tanis und Deniz

Die HADEP zeigt Entschlossenheit, ihre Aktionen bis zur Aufklärung des Verbleibs von Serdar Tanis und Ebubekir Deniz, die seit dem 25. Januar verschwunden sind, fortzusetzen. Gestern wurden in Istanbul von 42 Ortsorganisationen aus an den neu ins Amt getretenen Innenminister Kazim Yücelen tausende von Faxe verschickt, womit die Faxgeräte des Ministeriums lahmgelegt wurden.
(ÖP, 26.6., ISKU)

Quellen:
ÖP=Özgür Politika
IKM=Komitee gegen Isolationshaft

Termine

Demonstrationen zur Anerkennung der kurdischen Identität:
Samstag, 30. Juni 2001
Zürich: Helvetiaplatz 13.00
Berlin: Oliverplatz 15.30
Hamburg: Hachmannplatz 13.00
Köln: Ebertplatz 10.00
Paris: Montparnass 10.00
und in anderen Städten

Frauen- Jugend und Künstlerinnenmarsch
von Mannheim nach Strasbourg gegen das PKK Verbot und zur Anerkennung der kurdischen politischen und kulturellen Identität
Beginn: 29.6 in Mannheim-Maulbeerinsel, dem Ort, an dem sich Ronahi und Berivan Newroz 1994 verbrannten.

Aktionen zum Todesfasten
Hamburg: Jeden Samstag 12.00 Uhr Ottensener Hauptstr. Sitzprotest

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Ludwigstr. 13
20359 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 11
6. Juli 2001

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Zwischenbilanz der Identitätskampagne

Bisher fast 30.000 Selbstanzeigen

Am 5. Juli veröffentlichte das Kurdistan-Informationszentrum Berlin, KIZ eine Zwischenbilanz der Identitätskampagne "Auch ich bin ein PKK'ler". Demnach bekannten sich annähernd 30.000 Kurdinnen und Kurden aus ganz Europa an der Kampagne und forderten mit ihrer Unterschrift die Anerkennung der kurdischen Identität und die Aufhebung der von verschiedenen europäischen Staaten verhängten PKK-Verbote.

Auch in der vergangenen Woche versammelten sich in vielen Ländern zehntausende KurdInnen auf den Strassen und vor Institutionen, um Unterschriftenlisten an die entsprechenden Stellen zu übergeben und für ihre Rechte zu demonstrieren. Allein am 30. Juni nahmen dabei in Köln 3000, in Hamburg 4000, in Berlin über 1000, in Zürich über 3000, in Paris über 4000, in London 3000, in Stockholm 400, in Bukarest 250, in Sofia 250 und in Den Haag 1500 Kurdinnen und Kurden sowie EuropäerInnen teil. Auch in verschiedenen Städten des Libanon nahm die kurdische Bevölkerung den Jahrestag der Verurteilung Abdullah Öcalans zum Anlaß, eine Unterschriftensammlung zu starten.



Demonstration zur Kampagne in Hamburg, 30.6.2001 Foto: ISKU

Münchner Delegation behindert

Die Münchner Polizei hinderte am 2. Juli eine Delegation daran, 786 Unterschriftsformulare dem bayrischen Landtag zu übergeben. Eine Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen nahm die Erklärungen schließlich vor dem Landtag entgegen. Nach Beendigung der Kundgebung wurden von der Polizei die Wohnungen von zwei Journalisten der Özgür Politika und der jungen Welt durchsucht sowie das Med-Kulturhaus von der Polizei gestürmt. Auch in Hamburg kam es am selben Tag zu kleinen Zwischenfällen, als sich 1.500 KurdInnen vor der Justizbehörde versammelten, um 2168 Unterschriften zu übergeben. Die Polizei kesselte die DemonstrantInnen ein und verlangte die Überprüfung der Personalien.

Ungehindert konnten dagegen am Montag in Kiel 450, in Bremen 1400 und in Berlin 2000 Unterschriften übergeben werden. Die Initiativen zur Kampagne werden in den vielen Städten weiterhin durchgeführt.

Die komplete Zwischenbilanz ist auf der Internetseite des KIZ sowie auf unserer Internetseite einzusehen. *(KIZ, 3.7., ISKU)*

Geheimdienst aktiv gegen die HADEP

Die Militär-Kommandantur des Gebietes Mittelmeer hat einen Geheimdienstbericht erstellt, in dem gegen die Aktivitäten der HADEP "Vorsichtsmassnahmen" gefordert werden. Der Bericht vom 8.3.2001 trägt die Bezeichnung ZI/0601/ISTH und den Vermerk "dringend". Anlass sei eine Sitzung der HADEP-Provinzvorsitzenden von Mersin gewesen, in der über das Ausbildungsprogramm dikutiert wurde. Dabei sei es um die Themen Kulturvielfalt, Demokratische Republik und zivilen Ungehorsam gegangen. Dies seien Begriffe, die "die PKK oft nutzt", so der Bericht, der abgekürzte Unterschriften von Angehörigen des Generalstabs und Geheimdienstes trägt. Insbesondere der Punkt "ziviler Ungehorsam" findet grosse Beachtung in dem Bericht. Als mögliche Aktionen zivilen Ungehorsams der HADEP werden aufgeführt: Unterschriftenkampagnen, Hungerstreik, Plakataktionen, Broschüren, das Aufsteigenlassen von Ballons und Tauben, massenweise Eröffnungen von Prozessen, an bestimmten Tagen nicht auf die Strasse gehen, Demonstrationen, das Rufen von Forderungen auf Versammlungen an denen der Staatspräsident, der Ministerpräsident und Minister teilnehmen, Faxaktionen, das Blockieren von Telefonen von Zeitungen und Fernsehsendern zur Abschaffung der Todesstrafe, Besuche bei politischen Parteien an bestimmten Tagen, Fackeln anzünden auf Dächern oder vor Fenstern, kurdisch sprechen und verbreiten, Sicherung der täglichen Teilnahme an Lesestuben in den Dörfern, Aufhetzung gegen Verbote kultureller Aktivitäten durch das Tragen von traditioneller Kleidung, massenweiser Besuch auf Friedhöfen an bestimmten Tagen.

Als "legaler Arm der PKK" würden die Aktionen zivilen Ungehorsams zukünftig gehäuft durchgeführt werden, so der Bericht. Zur Verhinderung werden folgende Massnahmen gefordert: "Um Informationen über Aktionen zivilen Ungehorsams im Vorfeld zu erlangen, müssen Informationsnetze in den Städten und insbesondere Randbezirken errichtet werden. Die Orte, an denen möglicherweise Plakate und Anzeigen aufgehängt werden, müssen identifiziert werden. Dort müssen Informanten eine geplante und wirksame Kontrolle durchführen. An den Zufahrtspunkten für mögliche Versammlungs- und Demonstrationsorte müssen im Vorfeld die notwendigen Massnahmen getroffen werden. Im Falle vorgesehener Besuche von HADEP-Funktionären bei anderen politischen Parteien müssen die entsprechenden Parteivorsitzenden verwarnt werden. Nachts müssen die Kontrollen in Seitenstrassen und in den Randbezirken verstärkt werden. Desweiteren müssen Massnahmen getroffen werden gegen Personen, die in Schulen und Behörden kurdische Propaganda betreiben. Gegen diese müssen die notwendigen gesetzlichen Massnahmen eingeleitet werden."

Weiterhin wird in dem Bericht gefordert, im Falle, dass diese Massnahmen nicht ausreichen, weitere "dringende Massnahmen" zu ergreifen und "das Notwendige" zu tun sei. Was damit gemeint ist, geht aus dem Bericht nicht hervor.

(ÖP, 1.7., ISKU)

Meldungen

Bundesanwaltschaft ermittelt

Der Generalbundesanwalt hat als Reaktion auf die "Identitätskampagne" (siehe nebenstehenden Artikel) inzwischen ein neues PKK-Strukturverfahren eingeleitet. *(ISKU 5.7.)*

Militärbewegungen im Süden

Die Militärbewegungen verschiedener Kräfte sowie die Operationen der türkischen Armee gegen die Volksverteidigungskräfte dauern an. Laut Beobachtungen vor Ort sind die seit einer Weile in Seladize befindlichen türkischen und us-amerikanischen Panzer ins Gebiet Kasre-Coman in Südkurdistan verlegt worden. Die Bewegung finde Richtung Iran statt. Auch im Iran soll es verstärkte Militärbewegungen geben. So unternehme der Iran Aufklärungsflüge entlang der Grenze. Parallel zu der Bewegung im Süden setzt auch die türkische Armee ihre Operationen in Nordkurdistan fort. Dabei sind in Zagros und Botan zwei Militärs durch Minen getötet worden. Die Guerilla zählte keine Verluste. *(ÖP, 2.7., ISKU)*

MAG-DER geschlossen

Der "Verein für Solidarität und Hilfe für Familien, die Angehörige verloren haben" (MAG-DER), dessen Hauptsitz in Istanbul liegt, ist geschlossen worden. Nach einer Razzia, bei der sämtliche Dokumente beschlagnahmt worden sind, hat die Polizei den Verein versiegelt. Als Begründung wurde das Plakat zum "Friedensmarsch nach Amara" sowie Bücher des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan angeführt, die im Verein gefunden wurden. Die Vereinsvorsitzende Elif Uludag kündigte an, gegen die Schliessung zu klagen. MAG-DER war vor acht Monaten gegründet worden. *(ÖP 30.6., ISKU)*

Jugendliche protestieren gegen Todesstrafe

Jugendliche in Mersin haben mit Kundgebungen gegen die am 29. Juni 2000 gegen den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan ausgesprochene Todesstrafe protestiert. Ca. 100 Jugendliche, die sich selbst als "Demokratische Serhildan-Jugend" bezeichneten, versammelten sich vorgestern abend, zündeten Feuer an, tanzten Halay und riefen die Parolen: "Freiheit für Öcalan", "Bijî Serok Apo", "Biz de PKK'liyiz". Ausserdem verlasen sie eine Erklärung, in der sie ihren

260. Tag des Todesfastens

Hungerstreik fordert 27. Todesopfer

Hungerstreik in der Türkei fordert 27. Todesopfer
Der Hungerstreik in der Türkei hat am 5. Juli das 27. Todesopfer gefordert. Mahmut Gökhan Özocak starb nach sechsmonatigem Todesfasten in Izmir, wie eine türkische Menschenrechtsorganisation am Donnerstag mitteilte. Er war Mitglied der Revolutionären Volksbefreiungsfront. Vor einem halben Jahr begann er den Hungerstreik, als er noch eine 14-jährige Haftstrafe wegen der Mitgliedschaft in der Organisation verbüßte. Auch nach seiner Entlassung im Mai setzte er das Todesfasten fort.

Am 29.06 ist die Angehörige Zehra Kulaksiz an ihrem 221. Tag des Todesfasten gefallen
Zehra Kulaksiz wurde am 27.08.1979 in Rize geboren. Ihre Schwester Canan ist vor zwei Monaten ebenfalls im Todesfasten gefallen. Als Zehra sich dem Todesfasten in dem Elendsviertel Kücükarmutlu in Istanbul anschloss, sagte sie: "Der Angriff auf die politischen Gefangenen, ist ein Angriff gegen ihre Gedanken. Es ist auch gleichzeitig ein Angriff gegen das ganze Volk. Wenn der Feind, den Angriff auf die politischen Gefangenen gewinnen wird, so kommen bald die nächsten dran. JedeR sollte das tun, wozu er/sie in der Lage ist."

Weitere Haftaussetzung von Todesfastenden
Die Freilassungen von Gefangenen, die im Todesfasten ihr Gedächtnis verloren haben und sich im kritischen Zustand befinden, werden fortgesetzt. So sind am 28. 06. aus dem Hochsicherheitsgefängnis Kandira 28 der Todesfastenden für einen Zeitraum von 6 Monaten entlassen worden. Weitere 20 sollen in diesen Tagen rauskommen. Somit sind fast alle Gefangenen von der ersten Todesfastengruppe freigelassen worden. Wie die Gefangenen erklären, werden die Freilassungen das Sterben nicht stoppen. Der Staat versuche damit legendlich, seine Verantwortung zu mindern. Zeynep Arikan, die auch nach ihrer bedingten Freilassung das Todesfasten fortsetzt sagt dazu: "Zunächst hatte der Staat mit der Verlegung vom Gefängnis in die Krankenhäuser geplant, das Todesfasten zu brechen. Aber das Todesfasten wurde in den Krankenhäusern fortgesetzt. Der Staat fand somit keine Lösung, jetzt verfolgt der Staat eine andere Politik. Er schickt uns von den Krankenhäusern nach draussen. Damit werden zwei Dinge bezweckt: Erstens die Logik `Sie sollen nicht in staatlichem Gewahrsam sterben, draussen können sie machen, was sie wollen.´ Zweitens Demagogie, d.h. die Entlassungen sind nicht auf Lösung und nicht auf die Gesundheit der Todesfastenden ausgerichtet." Sie betonte auch, dass die Freigelassenen das Todesfasten draussen fortsetzen bis die Isolation aufgehoben und die Staatsvertreter mit den Gefangenenvertretern sprechen.



Demonstration von DETUDAK in Ffm.

Der IHD Istanbul erbittet Geldspenden für die medizinische Versorgung der Hungerstreikenden: Informationsstelle Kurdistan, PGA Köln, BLZ 37010050, Kontonummer: 3968-506, Kennwort: ‚Hungerstreik'

Bericht über das Gefängnismassaker
Ein in der Türkei veröffentlichter gerichtsmedizinischer Untersuchungsbericht bestätigt die Berichte der Überlebenden bei der Erstürmung von 20 Haftanstalten am 19. Dezember 2000. Beim Sturm der Armee- und Polizeieinheiten auf die Gefängnistrakte kamen 28 Gefangene und zwei Gendarmen ums Leben, 103 Gefangene wurden verletzt. Der Bericht widerspricht in wesentlichen Punkten den bisherigen Erklärungen von Justizminister Hikmet Sami Türk und des damaligen Innenministers Sadettin Tantan. Die Widersprüche betreffen insbesondere den Tod der beiden Gendarmen und die Frage der Selbstverbrennungen. Türk hatte behauptet, die Gendarmen seien mit Kalaschnikow-Gewehren erschossen worden. Bei der Untersuchung wurden dagegen keine Anzeichen dafür gefunden, dass von Seiten der Gefangenen überhaupt geschossen wurde. In dem Bericht wurde bestätigt, dass in Bayrampasa Soldaten und Polizisten brennbares Reiz- und Nervengas in hochkonzentrierter Dosis durch Löcher in der Decke in eine Großraumzelle mit weiblichen Häftlingen warfen. Die Konzentration war tödlich. Fünf Frauen verbrannten und eine erstickte. In anderen Zellenblocks wurden Häftlinge mit Gewehren aus großer Entfernung erschossen. *(ÖP, 4.7., afp, 29.6., ISKU)*

Alle 8000 PKK-Gefangenen haben einen Antrag gestellt, nach Imrali verlegt zu werden

Bringt uns nach Imrali!

Alle 8000 PKK-Gefangenen haben einen Antrag gestellt, nach Imrali verlegt zu werden, um auf die schweren Isolationsbedingungen aufmerksam zu machen, denen Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel ausgesetzt ist.
In einer Erklärung gaben S. Erdogan und C. Arkac im Namen aller PKK-Gefangenen bekannt, dass die PKK und das kurdische Volk seit drei Jahren einen grossen und konstruktiven Einsatz für eine friedliche und demokratische Lösung gezeigt haben. Der PKK-Vorsitzende befinde sich dagegen immer noch unter schwersten und unmenschlichen Isolationsbedingungen in Haft. Die Friedensprojekte des kurdischen Volkes seien die ganze Zeit unbeantwortet geblieben: "Das oligarchische System reagiert nicht auf die Forderungen nach einer Lösung der kurdischen Frage und auch nicht auf die Forderung der Bevölkerung der Türkei nach Demokratisierung. So enthält das Verfassungsänderungspaket keine ernsthafte Lösung. Die Verleugnung wird systematisch beibehalten. Auch die Tatsache, dass die politischen Gefangenen nicht von der bedingten Amnestie profitieren, stellt ein Unrecht dar." Desweiteren wird in der Erklärung auf das verleugnerische, repressive und antidemokratische Vorgehen gegen die kurdischen demokratischen Institutionen hingewiesen: "In bezug auf die Forderungen unseres Volkes nach Frieden, Dialog und Geschwisterlichkeit wird unsere Geduld überstrapaziert." Einhergehend mit all diesen negativen Entwicklungen würden auf der Gefängnisinsel Imrali Isolationsbedingungen und Rechtsbeschneidungen wie in keinem anderen Gefängnis angewandt. Dort "gelten die speziellen Bestimmungen der Republik der Profiteure", so die Erklärung. "Rechte wie Fernsehen, Besuche durch Angehörige und Anwälte, Briefe und Druckschriften, die alle Gefangenen haben, sind auf Imrali ungültig. Die Haftbedingungen dort sind härter als in den F-Typ-Gefängnissen. Diese Spezialstrafe stellt eine Hinrichtung auf Zeit dar." Die Isolationsbedingungen auf Imrali stellten "die Strafe für die Forderung des kurdischen Volkes nach Frieden und eigener Identität" dar. "Sowohl das Volk als auch wir Gefangene nehmen diese Bedingungen nicht hin. Wir, über 8000 Friedens- und Freiheitsgefangene der PKK, sind der Strategie auf der Basis von Frieden und Demokratie des Vorsitzenden APOs verbunden." und weiter: "Auf Imrali das Leben mit dem Vorsitzenden APO zu teilen, ist uns eine Ehre. Deshalb beantragen wir 8000 Gefangene, nach Imrali verlegt zu werden. *(ÖP, 3.7., ISKU)*

Protest gegen die Todesstrafe aussprachen und weitere Aktionen ankündigten. Danach setzten sie sich unter dem Beifall der Anwohner und Anwohnerinnen zu einem Demonstrationszug in Bewegung und riefen: "Jugend auf zu den Volksverteidigungseinheiten", "Jugend nach Botan, zum befreiten Land" und "Die Apocu-Jugend kann nicht aufgehalten werden". *(ÖP, 29.6., ISKU)*

Razzia und anschliessende Schliessung des MKM Mersin
Am 28. Juni wurden im Rahmen einer Razzia im Mesopotamischen Kulturzentrums (MKM) in Mersin 23 Personen festgenommen. Die Razzia wurde mit der Begründung eingeleitet, dass sich in dem Kulturzentrum verbotene Schriften befänden. Das MKM wurde auf Veranlassung der Kontrollkommission des Innenministeriums geschlossen. In einer gemeinsamen Pressekonferenz im Menschenrechtsverein in Mersin kritisierten HADEP, TUHAD-DER (Solidaritätsverein für Gefangenenfamilien), IHD, GKM und MKM die Schliessung des Kulturzentrums. *(ÖP 29.6./4.7., ISKU)*

Guerillaleichnam von Militär entführt
Der Leichnam von Fuat Günes, der am 22. Mai in Bingöl-Yedisu mit 20 weiteren Angehörigen der Volksverteidigungskräfte in einer Höhle getötet worden war, ist von Militärs entführt und begraben worden. Seine Familie hatte den Leichnam vorgestern aus Yedisu geholt, um ihn in Ahlat zu bestatten. Auf dem Weg dahin wurde der Vater von Fuat Günes festgenommen, die Mutter wurde später wieder freigelassen. Eine Autopsie des Leichnams wurde trotz Antrags der Familie nicht durchgeführt. *(ÖP, 4.7., ISKU)*

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
KIZ = Kurdistan Informations-Zentrum
AFP = Agence France-Presse

Termine

Aktionen zum Todesfasten
Hamburg: Jeden Samstag 12.00 Uhr Ottensener Hauptstr. Sitzprotest

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Ludwigstr. 13
20359 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 12
13. Juli 2001

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Verstärkte Militäroperationen in Dersim und Südkurdistan

Türkei weitet den Krieg aus

Militäroperation in Dersim
Die breitangelegten Militäroperationen der türkischen Armee in Dersim und den Kreisen Ovacik, Hozat und Pertek sind verstärkt worden. Wie bekannt wurde, hat es bei Operationen in Dersim-Zentrum und Ovacik bisher keine grösseren Kampfhandlungen gegeben. Allerdings ist es in Ovacik zu kleineren Auseinandersetzungen gekommen, bei der keine Verluste zu beklagen waren.

Spezialkräfte im Süden stationiert
In Südkurdistan sind neben den Militärbewegungen us-amerikanischer und irakischer Kräfte auch Spezialkriegskräfte der türkischen Armee in Bewegung.
Wie bekannt wurde, sind in der vergangenen Woche im Gebiet Behdinan eine grosse Anzahl von Soldaten und Panzern stationiert worden, darunter auch 500 Spezialkräfte. Es ist abzusehen, dass die türkische Armee sich auf eine Operation in den Gebieten Behdinan und Avasin vorbereitet. Die KDP lässt von den Moscheen ausrufen, dass die Möglichkeit einer Operation besteht und warnt die Bevölkerung davor, auf die Felder zu gehen.
Aus Nordkurdistan wurde bekannt, dass versucht wird, Dorfbewohner zur Unterschrift unter ein Papier zu zwingen, aus dem hervorgeht, dass die von Spezialkriegskräften der türkischen Armee niedergebrannten und entvölkerten Dörfer von der PKK zerstört worden seien. Insbesondere in der Provinz Amed werden Dörfler von der türkischen Armee unter Druck gesetzt, ein Dokument zu unterzeichnen, in dem es heisst: "Die PKK hat unser Dorf niedergebrannt und uns gezwungen, unser Dorf zu verlassen." Als Gegenleistung wird den DorfbewohnerInnen zugesagt, sie könnten in ihre Dörfer zurückkehren. Die DorfbewohnerInnen erklärten dazu, dass der Staat die Dörfer im Krieg entvölkert habe und nun versuche, sich reinzuwaschen. Sie riefen alle Menschenrechtsinstitutionen und politischen Parteien zur Aufmerksamkeit auf. Falls das Vorgehen nicht sofort ein Ende finde, würden sie sich notwendigerweise auch an internationale Gerichtshöfe wenden.

Truppenstationierungen an der Grenze
Wie bekannt wurde, haben sich die Operationen der türkischen Armee insbesondere in den Provinzen Bingöl und Dersim intensiviert. Ausserdem sind an der Grenze zu Iran und Irak Truppen stationiert worden. Im Rahmen der Militäroperationen ist es vor einigen Tagen im Dorf Mahmudan (Dösekkaya) bei Bingöl-Genc zu Kämpfen zwischen der türkischen Armee und den Volksverteidigungskräften (HPG) gekommen. Genauere Informationen dazu hat es noch nicht gegeben. Bekannt wurde lediglich, dass die türkischen Militärs ein Waldstück bei Mahmudan angezündet haben. Desweiteren werden seit einer Woche aus Tatvan, Van und Hakkari Truppen nach Yüksekova und Semdinli an der iranischen und irakischen Grenze verlegt. Eine Stellungnahme von offizieller Seite gab es dazu nicht. Weiterhin wurde bekannt, dass seit Tagen Truppentransporte nach Pertek, Ocacik, Nazimiye und Mazgirt in Dersim stattfinden.
(ÖP, 8./9./11.7., ISKU)



"Halk Haraketi - Volksbewegung" gegründet

Die PKK hat eine neue Organisation aufgebaut, um den politischen Kampf besser organisieren zu können. Die "Halk Haraketi - Volksbewegung" ist bei einer in der Zeit vom 20. Juni bis zum 2. Juli durchgeführten Konferenz ausgerufen worden. In einer Erklärung des Zentralvorstandes der "Volksbewegung" heisst es: "Die Gründung erfolgt, um den politischen Kampf der Bevölkerung von Kurdistan zu stärken. Unsere Partei, die PKK, arbeitet seit zwei Jahren an einer Neustrukturierung, um eine demokratische Lösung zu ermöglichen. Die Volksbewegung ist eine der Initiativen in diesem Rahmen. Bei der durchgeführten Konferenz hat die Volksbewegung entschieden, demokratische Volksinitiativen zu bilden, beratende und konstituierende Versammlungen zu gründen und demokratische Friedensinitiativen gegen die herrschenden Nationen zu organisieren. Diese und weitere Entscheidungen den politischen Kampf betreffend, werden unser Volk und die Völker der Region in eine neue Phase des politischen Kampfes bringen." Die Grundlage der Volksbewegung bilde die vom PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan auf Imrali entworfene "Linie der demokratischen Befreiung", so die Erklärung. Zu den charakteristischen Merkmalen der Neugründung heisst es: "Die Volksbewegung soll den Weg aus dem Dilemma aufzeigen, in dem die Politik gefangen ist. Sie soll konstruktive Kraft sein, damit der politische Kampf sowohl in Kurdistan als auch in den herrschenden Ländern zu einer Lösung führen kann. Die Volksbewegung folgt der Linie demokratischer Politik. Sie lehnt sich nicht an das Volk an, sondern soll sichern, dass das Volk selbst die Politik bestimmt. Volksbewegung heisst, dass die breitesten Volksmassen den Kampf um politische Macht führen." Als Aufruf an die Bevölkerung heisst es: "Es ist Zeit, als Volk von Kurdistan die politischen Serhildans in noch stärkerer Form zu entwickeln." Ausserdem werden die türkischen, persischen und arabischen Völker zum gemeinsamen Kampf gegen die Mächte aufgerufen, die einer Lösung im Weg stehen.
(ÖP, 10.7., ISKU)

Meldungen

Bisher 75416 Unterschriften
Nach einer Erklärung der Konföderation Kurdischer Vereine in Europa (KON-KURD), haben sich bisher 75416 Personen mit ihrer Unterschrift an der "Identitätskampagne" beteiligt. Damit sei es wahrscheinlich, dass das angestrebte Ziel von 100 000 Unterschriften noch überschritten werde.
(ÖP, 6.7.,ISKU)

Yedisu-Massaker belegt
Die Untersuchung einer IHD-Abordnung in Yedisu hat ergeben, dass 21 Guerillaangehörige mit chemischem Gas getötet worden sind. Am 6.7. wurde das Ergebnis der Untersuchungen der IHD-Delegation unter Vorsitz von Osman Baydemir im Rahmen einer Pressekonferenz im Hauptsitz des IHD in Ankara der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Bericht werden folgende Fakten festgehalten:
- Es wurden chemische Waffen eingesetzt. - Die Guerillanangehörigen starben vor dem 22. Mai. - Es hat keine gegenseitige Kampfhandlung stattgefunden.
- Zwischen den Autopsieberichte gibt es auffallende Widersprüche.
Die wichtigsten Informationen erhielt die IHD-Abordnung von AnwohnerInnen aus Yedisu und dem Dorf Elmali. Ein Augenzeuge erklärte: "Aus den Flugzeugen wurde ein weisses Pulver abgeworfen."
(ÖP, 7.7., ISKU)

Klassisches Polizeispiel
Wie die HADEP in Manisa bekannt gab, hat sich die Repression in der Stadt gegen HADEPler verstärkt. So werden der HADEP nahestehende Menschen von der Polizei festgenommen und an einen Ort ausserhalb der Stadt gebracht. Dort werden sie mit dem Tode bedroht und zur Zusammenarbeit gedrängt. Die HADEP erklärte, dass sich derartige Vorfälle in letzter Zeit intensiviert haben. Es wird die sofortige Beendigung dieses illegalen Vorgehens verlangt.
(ÖP, 11.7., ISKU)

Abschiebung in türkische Haft
Am 3. Juli hatte das nordrhein-westfälische Innenministerium die Abschiebung von 88 türkischen und kurdischen Flüchtlingen in die Türkei veranlaßt. Türkischen Medienberichten zufolge wurden 25 der Abgeschobenen, sofort auf dem Flughafen Istanbul verhaftet.

267. Tag des Todesfastens

Haftentlassungen bringen keine Lösung

Hungerstreik in der Türkei fordert 28. Opfer
Am 14. Juli fiel der 30 Jahre alte Ali Koc, Mitglied der Revolutionären Volksbefreiungsfront (DHKP/C). Ali Koc befand sich seit 251 Tagen im Hungerstreik. Er war in der 2. Todesfastengruppe, die am 9. Dezember 2000 mit dem Todesfasten begann.

14 weitere Entlassungen
Am 261. Tag des Todesfastens sind weitere 14 Gefangene für einen Zeitraum von sechs Monaten vorläufig aus der Haft entlassen worden. Die Gefangenen befanden sich zuvor im F-Typ-Gefängnis Sincan und im Ankara Numune Krankenhaus.

Prozess gegen verantwortliche Militärs
Verschiedene türkische Medien wie Radikal, die englischsprachige Turkish Daily News sowie CNN Türk und NTV hatten Anfang vergangener Woche aus einem bisher unveröffentlichten Obduktionsbericht zitiert, der u. a. den Tod von sechs Gefangenen im Frauen-Gefängnis Bayrampasa (Istanbul) am 19. Dezember 2000 untersuchte. Der nun bekanntgewordene Bericht bestätigt die Aussagen einer weiteren Gefangenen aus Bayrampasa, die mit schweren Verbrennungen den Angriff am 19. Dezember vergangenen Jahres überlebt hatte. Der Obduktionsbericht weist nach, daß sich durch den massiven Einsatz von Tränen- und Nervengas in der geschlossenen Zelle ein hochgiftiges Gemisch entzündete, das die Frauen verbrannte. Entsprechende Substanzen hätten sich auf Haut und Kleidung der Getöteten gefunden, heißt es.
In Canakkale hat inzwischen ein Prozeß gegen Verantwortliche der Militäraktion im dortigen Gefängnis begonnen. 154 Gefangene haben Strafanzeige wegen »vorsätzlichen Mordes« gestellt. Zwei Menschen waren in Canakkale am 19. Dezember 2000 ums Leben gekommen. Die Teilnahme der Gefangenen am Prozeß sei durch die Behörden verhindert worden, teilte einer der acht Anwälte, der Presse mit, man wolle auch vor den europäischen Menschenrechtgerichtshof ziehen.

Urlaubsboykott
Unter dem Motto »Keinen Urlaub im Massakerland Türkei« rufen verschiedene türkische Exil- und Menschenrechtsorganisationen dazu auf, nicht mehr als Tourist in das Land am Bosporus zu reisen. Mit Flugblättern und Plakaten wird für den Tourismusboykott bundesweit geworben.
(ÖP 8.7, jW 9.7., ISKU)

Der IHD Istanbul erbittet Geldspenden für die medizinische Versorgung der Hungerstreikenden: Informationsstelle Kurdistan, PGA Köln, BLZ 37010050, Kontonummer: 3968-506, Kennwort: ,Hungerstreik'

Ehemaliger Clinton-Berater bestätigt Beteiligung der USA an Verschleppung von Abdullah Öcalan

Die Tatsache, dass hinter der Auslieferung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan durch einen internationalen Komplott an die Türkei die USA gestanden haben, ist durch einen amerikanischen Staatsvertreter persönlich zugegeben worden. Antony Blinken, der zur Amtszeit Bill Clintons als persönlicher Berater des Präsidenten tätig war, hat im Rahmen des Fernsehprogrammes "Manset" bei CNN Türk erklärt, die USA hätten die Gefangennahme Abdullah Öcalans gesichert, um die "Freundschaft der Türkei zu gewinnen". Aufgrund der geostrategischen Lage der Türkei sei es nicht im Interesse der USA gewesen, dieses Land zu "verlieren", so Blinken. Bill Clinton habe die Türkei für sehr wichtig erachtet und deshalb der Führung in Ankara jede Art von Unterstützung, einschliesslich des "Kampfes gegen den Terrorismus" zukommen lassen. Zur Auslieferung des PKK-Vorsitzenden an türkische Einheiten in Kenia erklärte Blinken, die USA hätten Öcalans Bewegungsspielraum von Anfang an eingegrenzt. Bill Clinton sei über jeden Schritt informiert gewesen. *(ÖP 10.7., ISKU)*



Der Marsch für die Anerkennung der politischen und kulturellen Rechte der KurdInnen auf dem Weg von Mannheim nach Strassbourg

Menschenrechtsstiftung legt Halbjahresbericht vor

Die Menschenrechtsstiftung der Türkei (TIHV) hat einen sechs Monate umfassenden Bericht zur Lage der Menschenrechte in der Türkei vorgestellt. Wie der Vorsitzende der Stiftung, Yavuz Önen, gestern auf einer Pressekonferenz in Istanbul erklärte, sei in Hinblick auf das Nationale Programm offensichtlich, dass die Türkei nicht bereit sei, neue Wege einzuschlagen. In bezug auf die geplante Verfassungsänderung erklärte Önen: "Es sieht so aus, als ob die 82er Verfassung geändert werden soll, ohne ihren Kern zu berühren." Weiter kritisierte Önen, dass weder bei der Erstellung des Nationalen Programms noch bei der Vorbereitung der Verfassungsänderung ein Dialog mit zivilgesellschaftlichen Institutionen und der Gesellschaft stattgefunden habe.

Die Kurzfassung des Berichts für die letzten sechs Monate lautet folgendermassen:

Organisationsfreiheit:

Festgenommene HADEP Provinz- und Kreisvorsitzende:	30
Verhaftete Provinz- und Kreisvorsitzende:	9
Festgenommene Provinz-, Kreis- und Ortsvorstandsmitglieder:	182
Verhaftete Provinz-, Kreis- und Ortsvorstandsmitglieder:	93
Festgenommene Parteimitglieder:	1303
Verhaftete Parteimitglieder:	28
"Verschwundene" Kreis-Vorstandsmitglieder:	2
Angegriffene Kreisvorstandsmitglieder:	1
Bedrohte Kreisvorstandsmitglieder:	3
Des Amtes enthobene HADEP-Bürgermeister:	2

Gedanken- und Ausdrucksfreiheit:

Aus dem Verkehr gezogene Bücher, Zeitungen, Zeitschriften und Veröffentlichungen:	32
Geschlossene Zeitschriften und Zeitungen:	15
Schliessungszeitraum insgesamt:	260 Tage
Schliessungen durch RTÜK:	2836
Verwarnungen durch RTÜK:	38
Verbotene Theaterstücke und Filme:	6

Strafverfahren wegen Meinungsäusserung

Entlassungen:	3
Aussetzung der Strafe:	4
Gefangene:	22
Noch laufende Verfahren:	33
Eröffnete Ermittlungen:	6
Freisprüche:	36

(ÖP, 7.7., ISKU)

In einer Erklärung zu dem Vorfall betonen die innenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Ulla Jelpke, und der menschenrechtspolitische Sprecher, Carsten Hübner, es sei das erste Mal gewesen, daß die deutschen Behörden extra ein Flugzeug gechartert hätten, um die 88 türkischen Staatsbürger abzuschieben. *(jW,11.7., ISKU)*

Kurdischer Politiker erneut in Haft
Aufgrund eines Haftbefehls des Bundesgerichtshofes wurde der kurdische Politiker Halit Y. in Bochum am 10.7. verhaftet. Der 44-jährige Kurde wurde bereits 1998 wegen Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" (§ 129 a StGB) zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Halit Y. arbeitete bis zu seiner Verhaftung im Vorstand von YEK-KOM und setzte sich insbesondere im Rahmen der Identitäts-Kampagne für eine Legalisierung der kurdischen Bewegung in der BRD ein. AZADI wertet diese Verhaftung als einen erneuten Versuch, die Friedensbemühungen der KurdInnen zu kriminalisieren und zu unterbinden.
(AZADI, 11.7., ISKU)

Abschiebehäftling befindet sich seit mehr als 40 Tagen im Hungerstreik
Ali Dasayak befindet sich seit dem 29. Mai diesen Jahres in der Abschiebehaftanstalt Büren im Hungerstreik. Er protestiert damit gegen die geplante Abschiebung in die Türkei, wo er sich dem Militärdienst verweigert hat und als Sympathisant der kurdischen Arbeiterpartei PKK gesucht wird. Der Asylantrag von ihm wurde abgelehnt, da in der Bundesrepublik die Verweigerung des Militärdienstes nicht als Fluchtgrund anerkannt wird. *(jW, 11.7., ISKU)*

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
jW = junge Welt

Termine
Solidarität mit den Todesfastenden
Demonstration von DETUDAK: Hamburg, 14.7., 11.00 Uhr Hachmannplatz/Hauptbahnhof

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Ludwigstr. 13
20359 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 13
20. Juli 2001

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Militärische Auseinandersetzungen in Kurdistan eskalieren weiter

Seitdem die PKK ihre Guerillakräfte im Herbst 1999 im Rahmen der neuen Strategie zurückgezogen hat und die Guerilla zunächst nur noch Verteidigungsaufgaben übernehmen wollte, sind die Kriegsaktivitäten in ganz Kurdistan stark zurückgegangen. Seit einem Monat jedoch führt die türkische Armee verstärkt Militäroperationen, sowohl in Nordwestkurdistan (Türkei), als auch in Südkurdistan (Irak) durch. Schon seit einigen Wochen warnt die PKK vor dem erneuten Ausbrechen des Krieges.

Nordwestkurdistan

Bei Kämpfen zwischen den Volksverteidigungskräften (HPG) und der türkischen Armee sind in Bingöl nach ersten Informationen zwei Soldaten getötet und drei weitere verletzt worden.
Mit der Behauptung, 400 Angehörige der Volksverteidigungskräfte seien in das Gebiet gekommen, hat die türkische Armee in Van-Catak eine umfassende Operation unter Beteiligung von 5000 Soldaten und einheimischen Dorfschützern begonnen. Dorfbewohner dagegen sagen, die Dorfschützer würden falsche Informationen an das Militär weitergeben, damit das Dorfschützertum nicht aufgehoben wird.
Auch in Varto bei Mus begann am 14. Juli eine Militäroperation, nachdem bei der Jandarma eine Anzeige eingegangen war, wonach sich Kräfte der PKK-Guerilla im Gebiet befänden. Unter der Operation leiden insbesondere die DorfbewohnerInnen, die in dem Gebiet an der Heuernte arbeiten und von den Militärs beschuldigt werden, die Guerilla zu unterstützen.
Bei den in Dersim begonnenen Operationen sind am 15.7. zwei Soldaten getötet worden. Zu Verlusten der Volksverteidigungskräfte soll es nicht gekommen sein. Im Zentrum von Dersim ist am 13.7. ein 14-jähriges Mädchen von einem Militärfahrzeug angefahren und schwer verletzt worden
Bei der am 8. Juli am Kato-Jirki-Berg bei Beytüssebab begonnenen Militäroperation gegen die Volksverteidigungskräfte sind beim Rückzug der Soldaten am 11. Juli durch eine Minenexplosion vier Soldaten getötet und viele weitere verletzt worden. Nun setzt das Militär die BewohnerInnen umliegender Dörfer unter Druck. Nachdem bereits zahlreiche BewohnerInnen verhaftet wurden, hat die Jandarma nun beschlossen, vier Dörfer zu entvölkern.

Südkurdistan

In der Nähe von Ertus kam es zu Kämpfen zwischen den HPG und der türkischen Armee. Es gibt es noch keine genauen Informationen über Verluste.
5000 türkische Soldaten und 100 Panzer sind in den Süden eingedrungen und bei Koysancak stationiert worden. Ausserdem trafen 12 zivile Laster in der Stadt Sülemaniya ein. Sie sollen militärisches Zubehör und Panzer transportiert haben. Auch im Gebiet Behdinan ist eine intensive Panzerbewegung zu verzeichnen.
In Südkurdistan sterben immer noch fast täglich Menschen durch Explosionen von Minen und Geschossen, die vom iranisch-irakischen Krieg zurückgeblieben sind. Vorgestern wurden an der Grenze zum Iran drei Kurden durch ein Panzergeschoss getötet.
(ÖP, 14. 15.7, ISKU)



Guerillaeinheit in Beytüssebab (Foto: ISKU)

Stellungnahme Südafrikas zur Entführung Öcalans

Zur Rolle Südafrikas bei der Entführung Abdullah Öcalans sprach H.E. Rieaz Shaik, Botschafter Südafrikas in Algeriern mit ÖP. 1998 hatte er sich als Bevollmächtigter des südafrikanischen Aussenministeriums mit Führungskräften der PKK in Brüssel getroffen. Bei dem Treffen in Brüssel wurde die Gewährung eines politischen Status für Öcalan besprochen. Shaik erläuterte, dass es zum Thema Öcalan nur zwei Gespräche gegeben habe. Zu der Zeit war Öcalan immer noch in Rom. Die Forderungen der PKK waren: "Erstens die Gewährung eines politischen Status für Öcalan in Südafrika und zweitens die Erlaubnis des Landes für Öcalan, politisch tätig zu sein."
"Wir haben mitgeteilt, dass wir von der Notwendigkeit der Anerkennung der Menschenrechte für die Kurden überzeugt sind. Allerdings haben wir auch gesagt, dass wir es nicht für strategisch sinnvoll halten, dass Öcalan nach Südafrika kommt. Die Europäer haben Öcalan vorgeschlagen, nach Südafrika zu gehen. Denn von dem Moment an, an dem er in Südafrika gewesen wäre, wäre die kurdische Frage in Europa gestorben gewesen."
Das Treffen sei ohne eine endgültige Entscheidung beendet worden, so Shaik. Ein paar Wochen nach ihrer Rückkehr hätten sie die Nachricht von der Entführung Öcalans erhalten. "Wir haben nicht verstanden, warum Öcalan nach Kenia gebracht worden ist", erklärte Shaik, der ausserdem eine scharfe Kritik an Griechenland richtete. Die Tatsache, dass Griechenland den Namen Südafrikas mit ins Spiel gebracht habe, sei trügerisch, erklärte Shaik. Es hat kein Gespräch zwischen der griechischen und der südafrikanischen Regierung gegeben.
Mandela sei über alle Diskussionen informiert gewesen, teilte Shaik weiterhin mit. Er wollte sogar, dass Druck auf die Türkei ausgeübt wird. "Ich denke, dass Mandelas Haltung vollkommen aufrichtig war. Er hat niemals gesagt, dass Öcalan nicht hierher kommen soll. Wir wissen nicht, wie Öcalan nach Kenia gebracht wurde. Mit der Entführung ist dem Kontinent Afrika grosses Unrecht angetan worden." *(ÖP, 12.07., ISKU)*

Meldungen

Petition für PKK.
Rund 150 Kurden haben am Mittwochnachmittag in Bern mit einer von 6910 Personen unterzeichneten Petition die Aufhebung des Betätigungsverbots für die Arbeiterpartei Kurdistans PKK gefordert. *(NZZ, 19.7, ISKU)*

Der Europäische Gerichtshof verurteilt die Türkei
Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Türkei wegen schwerer juristischer Fehler im Verfahren gegen vier frühere kurdische Abgeordnete, unter ihnen die inhaftierte Leyla Zana, zu Geldbussen verurteilt. Wie der Gerichtshof am Dienstag in Strassburg mitteilte, muss der türkische Staat dafür an jeden der vier Kläger eine Wiedergutmachung von 25 000 Dollar und zusätzlich 10 000 Dollar für Anwaltskosten zahlen. Zana verbüsst seit 1994 wegen «Separatismus» eine 15-jährige Gefängnisstrafe. *(NZZ, 18.7., ISKU)*

Jungfrauentests in der Türkei
In der Türkei dürfen Mädchen künftig unter bestimmten Voraussetzungen wieder auf ihre Jungfräulichkeit untersucht werden. Die neue Regelung betrifft Schülerinnen so genannter medizinischer Oberschulen, an denen Mädchen zu Krankenschwestern ausgebildet werden. Sollte die Untersuchung ergeben, dass das Mädchen keine Jungfrau mehr ist, erfolgt ein Schulverweis. Ausserdem darf die Ausbildung auch an keiner anderen staatlichen Einrichtung fortgesetzt werden. Menschen- und Frauenrechtsgruppen protestierten gegen die Anordnung. *(NLZ, 18.7., ISKU)*

´2002 sind wir 100 000`
Im Rahmen der Kampagne "Hunderttausende zur HADEP" sind in Istanbul 3500 Personen HADEP-Mitglieder geworden. Gegenüber ÖP erklärte der Parteivorsitzende der Provinz Istanbul, zu Beginn des Jahres 2002 werde die Zahl der Mitglieder allein Istanbul 100 000 betragen. *(ÖP, 14.7., ISKU)*

Jandarma erschiesst zwei Menschen
In Hatay sind durch Schüsse auf einen Bus von der Jandarma zwei Menschen getötet und sieben weitere verletzt worden. Wie bekannt wurde, wollte die Jandarma den Bus wegen des Verdachts auf illegale Flüchtlinge durchsuchen. Als

274. Tag des Todesfastens

Sevgi Erdogan ist tot

199 Personen im Todesfasten
Insgesamt 199 Personen, davon 180 im Gefängnis, 19 außerhalb der Gefängnisse, befinden sich nach wie vor im Todesfasten. Bis heute haben 29 Personen ihr Leben dabei verloren. 60 Personen, die bleibende Schäden durch die Korschakow-Krankheit erlitten haben, wurden vorübergehend aus der Haft entlassen. 21 Untersuchungs- und Strafgefangene, die sich im F-Typ-Gefängnis Edirne im Todesfasten befanden, sind wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes aus der Haft entlassen worden. Die meisten der Gefangenen in Edirne sind von der DHKP-C.

Sevgi ist tot
Die Hälfte ihres 45-jährigen Lebens verbrachte sie in Gefängnissen, und unter Folter. Jetzt ist Sevgi Erdogan tot. Sie kämpfte 267 Tage im Todesfasten für das Leben. Kurz vor ihrem Tod wurde sie mit nur noch 20 Kilo für sechs Monate entlassen, setzte ihr Todesfasten aber draussen fort. Am 14. Juli, genau 19 Jahre nachdem die Führungskader der PKK M.Hayri Durmus, Kemal Pir, Ali Cicek und Akif Yilmaz im Gefängnis von Diyarbakir das Todesfasten begonnen haben, starb Sevgi Erdogan nun in einer Wohnung in Istanbul-Kücük-armutlu. Zwei Tage nach ihrem Tod wurde sie auf dem Friedhof Karacaahmed in Istanbul neben ihrem Mann Ibrahim Erdogan beigesetzt, der am 12. Juli 1991 gemeinsam mit elf Freunden vom Staat ermordet worden war. Ca 2000 Personen nahmen an ihrer Beerdigung teil.

Demonstration gegen das Sterben verboten
Die Demonstration unter dem Motto "Stoppt das Sterben, Respekt vor dem Recht auf Leben", die verschiedene Organisationen am 16.7. in Istanbul durchführen wollten, ist verboten worden. Ca. 1500 Mitglieder von IHD, HADEP, ÖDP, SIP, DISK, KESK, ÇHD, TAYAD und TUYAB kamen am 17.7. vor das Justizgebäude in Istanbul-Sultanahmet, um Anzeige gegen den Verursacher des Sterbens in den Gefängnissen, Justizminister H.Sami Türk, zu stellen und gegen das Verbot zu protestieren. Über 100 Personen wurden festgenommen. Die Polizei stoppte den Demonstrationszug. Daraufhin übergab eine Delegation, in der sich auch die Vorsitzende des IHD-Istanbul, Eren Keskin, befand, den vorbereiteten Anzeigetext der Staatsanwaltschaft.

F-Typ-Protest in London und Hamburg
In London und Hamburg fanden am 14.7. aus Solidarität mit den Gefangenen in der Türkei Demonstrationen statt. In London beteiligten sich 500, in Hamburg 200 Personen. *(ÖP, 14.-16./18.7., Rojev 15.7., ISKU)*

Der IHD Istanbul erbittet Geldspenden für die medizinische Versorgung der Hungerstreikenden: Informationsstelle Kurdistan, PGA Köln, BLZ 37010050, Kontonummer: 3968-506, Kennwort: ‚Hungerstreik'

Staat auf frischer Tat erwischt

Tekin Ulsen befindet sich in Polizeigewahrsam

Obwohl seine Angehörigen und zivilgesellschaftliche Organisationen immer wieder bei der Staatsanwaltschaft nachgefragt hatten, wurde stets verneint, dass Tekin Ulsen sich in Polizeigewahrsam befindet. Jetzt wurde er auf der Anti-Terror-Abteilung der Polizeidirektion Diyarbakir in durch Folter hervorgerufenem erschöpftem Zustand aufgefunden.
Wie Mazlum-Der in einer schriftlichen Erklärung bekannt gab, waren am Samstagmorgen zwei Polizisten zur Wohnung von Saniye Altin, der Schwester von Tekin, gekommen, die behaupteten, sie hätten fünf Personen mit gefälschten Ausweisen festgenommen, die nicht hätten identifiziert werden können. Altin wurde zur Identifizierung ihres Bruders auf die Polizeistation gebracht. Dort wurde sie durch eine Glasscheibe fünf Personen gegenüber gestellt, von denen einer ihr Bruder war. Aufgrund der erlittenen Folter sei er nicht in der Lage gewesen zu stehen, so die Erklärung.
Seine Schwester Saniye habe direkt im Anschluss an die Gegenüberstellung erneut Anzeige gegen die Verantwortlichen bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Tekin Ulsen war am 23. Juni in Amed mit fünf weiteren Personen von Zivilpolizisten festgenommen worden. Dies wurde von Augenzeugen bestätigt. Obwohl Saniye Altin viele Male nachgefragt hatte und sogar die Wohnung von Tekin Ulsen durchsucht worden war, war bis Samstag immer wieder verneint worden, dass er sich in Polizeigewahrsam befindet.
Mazlum-Der verwies in seiner Erklärung darauf, dass sich dieser Vorfall gerade in den Tagen ereignet habe, in denen der türkische Innenminister R. Kazim Yücelen die Behauptung aufgestellt hatte, es gebe keine systematische Folter in der Türkei. Dennoch sei der Staat ein weiteres Mal auf frischer Tat erwischt worden. In der Erklärung heisst es weiterhin: "Genau zwanzig Tage lang wurde nicht zugegeben, dass sich Tekin Ulsen in Polizeigewahrsam befindet. Wie können diese zwanzig Tage erklärt werden? Warum haben die Sicherheitskräfte und insbesondere die Staatsanwälte geheimgehalten, dass sich Ulsen in Gewahrsam befindet? Die Polizei gibt an, die genannten fünf Personen nicht identifiziert haben zu können. Trotzdem fand mitten in der Nacht eine Razzia in Ulsens Wohnung statt. Ist es möglich, das zu erkären? Wie lange werden die Wolken von Susurluk weiter in Form von Folter und Verschwindenlassen auf die Menschen dieses Landes niederregnen?"
(ÖP, 15.7., ISKU)

IHD Diyarbakir zu Menschenrechtsverletzungen

Gewalt trotz Friedenswunsch

Wie aus dem am 19. Juli auf einer Pressekonferenz veröffentlichten Bericht des IHD Diyarbakir zu Menschenrechtsverletzungen in der Region im Juni hervorgeht, werden nach wie vor Gewaltmittel zur Problemlösung angewandt, obwohl die gesellschaftliche Forderung nach Frieden sich zunehmend verstärkt. Die Daten zu Menschenrechtsverletzungen sind besorgniserregend.

Tote bei Kampfhandlungen:	10
Verbrechen unbekannter Täter und ausserrechtliche Hinrichtungen:	1 Toter, 3 Verletzte
Minen:	4 Tote, 7 Verletzte
Folter und Misshandlung:	39
Verhaftungen:	42
Verletzte bei Interventionen gegen Kundgebungen:	15
Verbannungen:	8
Im Ausnahmezustand-Gebiet verbotene Zeitungen und Zeitschriften:	18
Verbote (Theateraufführungen, Presseerklärungen etc.):	1

(ÖP, 18.07., ISKU)

HADEP- Mitglied entführt und bedroht
Wie Yusuf Ziya Tören (29), HADEP-Mitglied aus Osmaniye, mitgeteilt hat, ist er am Samstag von unbekannten Personen entführt worden. Unter Schlägen wurde er davor gewarnt, weiterhin zur HADEP zu gehen. Bereits zuvor sei er von der Polizei bedroht worden. Wie der HADEP-Sekretär aus Osmaniye, Emenullah Sakar, zu dem Vorfall erklärte, habe sich die willkürliche Repression in letzter Zeit verstärkt.
(ÖP, 18.7, ISKU)

der Bus weiterfuhr, eröffnete sie das Feuer. Unter den Verletzten befinden sich Flüchtlinge aus Ägypten, Indien, Iran und Sudan. *(ÖP, 14.7., ISKU)*

Jugend am 14. Juli auf den Strassen
Kurdische Jugendliche haben aus Anlass des 14. Juli Kundgebungen in Istanbul und Mersin abgehalten. So kamen in Istanbul-Kücükcekmece 300 Jugendliche zusammen. Obwohl das Militär eingriff, kam es zu keinen Festnahmen. Auch in Istanbul-Pendik veranstalteten Jugendliche eine Kundgebung zum Gedenken an das Todesfasten von 1982. In Mersin begrüssten Jugendliche bei einer Kundgebung die zweite Friedensoffensive. Sie trugen ein Transparent mit der Aufschrift "Wir sind alle PKK" und verteilten Flugblätter, auf denen die Fortsetzung derartiger Kundgebungen angekündigt wurde. *(ÖP, 16.7, ISKU)*

Haftbefehl wegen kurdischen Liedern
Fünf Personen, die am 15. Juli im Dorf Saminis bei Van-Catak auf einer Hochzeit kurdische Lieder gesungen haben, sind von Soldaten festgenommen worden und an die Polizei ausgeliefert worden. Am 17. Juli wurde vom Staatssicherheitsgericht Haftbefehl gegen sie wegen "seperatistischer Propaganda" ausgesprochen.
(ÖP, 18.7, ISKU)

IHD Van wieder eröffnet
Die IHD-Zweigstelle in Van ist neueröffnet worden, nachdem ein Prozess gegen einige Vorstandsmitglieder und eine grosse Anzahl weiterer Personen wegen "Aufstachelung zum Todesfasten" mit Freispruch geendet hatte. Der Verein konnte sechs Monate und 25 Tage lang nicht arbeiten.
(ÖP, 18.7, ISKU)

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
jW = junge Welt
NLZ= Neue Luzerner Zeitung
NZZ=Neue Zürcher Zeitung

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Ludwigstr. 13
20359 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 14
27. Juli 2001

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Identitätskampagne trotz staatlicher Repression erfolgreich

Neues Ziel: 200.000 Selbstanzeigen

Laut einer am Mittwoch vom Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ) veröffentlichten Zwischenbilanz haben sich bereits 83.929 Menschen aus ganz Europa selbst als PKK´lerInnen angezeigt. KON-KURD gab zwischenzeitlich bekannt, dass die Kampagne bis zum 31. August verlängert wird und nun 200.000 Unterschriften das Ziel sind. Am 31. August wird auch der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan seine Verteidigungsschrift beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof einreichen.

Allein in Deutschland haben sich bereits mehr als 30.000 Menschen mit ihrer Unterschrift an der Kampagne beteiligt. Das ist, so die Erklärung des KIZ, "... ein Beweis mehr dafür, dass die Bundesregierung ihre bisherige Verbotspolitik, die eine Verleugnung mit beinhaltet, schnellstens überdenken und verändern sollte." Die Kampagne zeige auch, heisste es in der Erklärung weiter, "dass die Kurdinnen und Kurden nicht nur in der Türkei, im Irak, Iran und in Syrien Probleme haben, sondern auch in den europäischen Ländern. Sie werden nirgends offiziell anerkannt, ihnen werden alle Rechte, die anderen Volksgruppen zustehen, vorenthalten und zusätzlich sind sie mit Verboten überzogen. Deutschland kann nicht lange seine Augen vor dieser Realität verschliessen und seine Verantwortung ignorieren."

Auf Stau bei der Justiz folgt Gewalt der Polizei

Die deutsche Polizei versucht mit Gewalt den durch die "Identitätskampagne" ins Stocken geratenen Justizmechanismus zu lösen. In Pforzheim überfielen zehn Polizisten am 22.7. am frühen Morgen die Wohnung des Vorsitzenden der Union Kurdischer Familien Ramazan Sakin und forderten die Herausgabe der Fotokopien der Unterschriftensammlung "Auch ich bin PKK". Im Durchsuchungsbefehl wurde als Begründung "Verstoss gegen das Vereinsgesetz" angegeben. Im Anschluss an die Razzia in der Wohnung Sakins wurde er zum Vereinsgebäude gebracht, wo ebenfalls eine Durchsuchung durchgeführt wurde. Als Sakin daraufhin bemerkte, sie stünden der türkischen Polizei in nichts nach, antwortete ein Polizist: "Richtig." Beschlagnahmt wurden 32 unausgefüllte Unterschriftenlisten sowie ein Dankschreiben des Organisationskomitees des "Langen Marsches" an den Verein für erbrachte Dienste.

Zwischenbilanz der Identitätskampagne
(Stand 25. Juli 2001)

Deutschland:	30.752
Frankreich:	5.118
Schweiz:	16.969
Niederlande:	3.970
Grossbritannien:	4.730
Dänemark/Schweden:	5.627
Balkan/Zypern	9.120
Österreich:	4.298
Belgien:	1.095
Italien:	2.250

Identitätsbekenntnis in Istanbul: Keine Nacht ohne Aktion

Als Gruss an die zweite Friedensoffensive der PKK haben kurdische Jugendliche seit dem 22.7. jede Nacht an verschiedenen Stellen in Istanbul sowie in Antep und Amed Aktionen im Rahmen der Kampagne "Identitätsbekenntnis" durchgeführt. Hunderte von Jugendliche kamen zusammen, zündeten Autoreifen an, versperrten die Strassen und riefen Parolen. Sie führten Fackelmärsche durch und verklebten Aufkleber mit der Aufschrift "Wir sind PKK". Sie versammelten sich an verschiedenen Orten Istanbuls, zündeten Feuer an, versperrten die Strassen für den Verkehr und hängten Transparente mit der Aufschrift "Wir sind Kurden, wir sind PKK" auf. Dabei riefen sie die Parolen "Biz, Biz, Biz PKK'liyiz", "Disa Disa Serhildan Seroke me Öcalan" und "Die Gefallenen von Bingöl sind unsterblich". Wie die "Apocu-Jugend" bekannt gab, werden sie diese Aktionen bis zum ersten September fortsetzen.

(ÖP, 20./23.-25.7., KIZ, ISKU)

Die Linke kann die Macht erlangen

Präsidialratsmitglied Nizamettin Tas hat in einem telefonischen Beitrag zur Sendung "Cözüm" bei MEDYA TV erklärt, die Chance der Linken in der Türkei an die Macht zu kommen, sei so gut wie nie zuvor. "Viele Leute denken, dass die Linke vernichtet ist. Das ist ein Irrtum. Der Wunsch nach Demokratie in der Gesellschaft ist sehr gross. Dieses linke Potential eignen sich Fazilet und Tayyip Erdogan an. Wenn die Linke sich in Bewegung setzt, wird sie Stimmen von den armen Schichten, aus islamischen Kreisen und der MHP-Basis bekommen."

´Bedingung ist ein breites Bündnis`

Die Linke müsse sich schleunigst organisieren, so Tas: "Wenn alle Kreise in der Türkei, die durch das Regime, den Staat, den Krieg, den Chauvinismus Schaden erlitten haben, eine umfassende Koalition bilden, diejenigen, die sich von der CHP abgespalten haben und Erdal Inönü folgen, ihre alten Fehler nicht wiederholen und mit den anderen linken Kreisen, den kurdischen Parteien, der HADEP ein Bündnis bilden, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass sie durch Wahlen an die Macht kommen." Die Distanz des Volkes zur Linken liege darin begründet, dass die revolutionären demokratischen Parteien ihre Funktion nicht erfüllt hätten, so Tas: "Die Linke muss sich zum Volk begeben, bescheiden und den Massen dienlich sein. Ohne sich lange an der Form und Details aufzuhalten, muss eine intensive Praxis stattfinden, um eine Verbindung zu den Massen herzustellen."

´Die Massen achten nicht auf Gerede`

Tas verwies darauf, dass die Zeit der Verwaltungspolitik des Staates in der Türkei vorbei sei: "Im 21. Jahrhundert ist es die Demokratie, die Demokratische Republik, die die Welt strukturiert. Wenn alle Klassen sich und ihre Gewinne verteidigen wollen, sind sie gezwungen, sich in der Demokratischen Republik zu vereinigen." Für die subjektive Widerspiegelung dieser Situation brauche es jedoch ein wenig Zeit, so Tas: "Die Massen achten nicht mehr auf Gerede. Sie achten darauf, inwiefern der Kern zum Wort passt und wie es mit der Verbindung zur Demokratie aussieht.

(ÖP, 24.7., ISKU)

Meldungen

Lasst sie raus!

Am 17. Juli hat der EuMRGH entschieden, dass der Prozess gegen die DEP-Abgeordneten Leyla Zana, Hatip Dicle, Selim Sadak und Orhan Dogan nicht rechtmässig verlaufen und das Gericht nicht unabhängig gewesen ist. Verschiedene JuristInnen forderten ihre sofortige Freilassung. Ihr Rechtsanwalt Yusuf Alatas, der Vorsitzende des Menschenrechtsprojekts Kurdistans Kerim Yildiz, der ehemalige Justizminister Oltan Sungurlu sowie Rechtsanwalt Prof. Kevin Boyle, der den DEP-Prozess vor den EuMRGH brachte, zum Thema einhellig die Meinung zum Ausdruck: "Sie müssen endlich freigelassen werden." *(ÖP, 20.7., ISKU)*

Kurdische Flüchtlinge im Hungerstreik

Der Hungerstreik von drei Kurden im Abschiebegefängnis Büren gegen ihren Abschiebungsbescheid dauert an. Ali Dasayak (30 Jahre) hungert seit 59 Tagen, der 18-jährige Erol Akbulut seit 39 und der 26-jährige Ismail Genc seit 21 Tagen. Nach der Ablehnung ihres Antrages auf politisches Asyl sind die drei Kurden akut von der Abschiebung bedroht. Die Gefängnisleitung ignoriert die Aktion. Gegenüber ÖZGÜR POLITIKA erklärte Dasayak: "Ich bin mehrmals in Deutschland festgenommen worden. Über unseren Hungerstreik wurde in den Medien berichtet. Ausserdem bin ich Militärflüchtling. Wenn ich in die Türkei abgeschoben werde, weiss ich nicht, was mir zustossen wird. Ich will nicht zurück in die Folterkeller der Türkei." Wie Erol Akbulut mitteilte, habe er in der Türkei als Handverkäufer der Zeitung Sterka Rizgari gearbeitet, sei deshalb mehrfach festgenommen worden und trotz seines jungen Alters gefoltert worden.

(ÖP, 26.7., ISKU)

Genua ist überall

Mit verschiedenen Aktionen ist auch in Istanbul gegen den G-8-Gipfel in Genua protestiert worden. Bei den Aktionen wurde mit einer Gedenkminute des in Genua getöteten Italieners Carlo Giuliani gedacht.
Unter Führung von KESK kamen in Kadiköy ca. 400 Personen zusammen, die Transparente mit der Aufschrift "Widerstand weltweit, eine andere Welt ist möglich", "Die Imperialisten können nicht über unsere

281. Tag des Todesfastens

Auch E-Typ ist jetzt F-Typ

Während das Todesfasten gegen das Isolationszellensystem in den F-Typ-Gefängnissen weiter andauert, sind die "E-Typ"- und "Geschlossenen" Gefängnisse in Kurdistan durch innere Umbauarbeiten inzwischen ebenfalls in "F-Typ"- Gefängnisse umgewandelt worden. Die Gemeinschaftszellen sind durch eingezogene Mauern zu Einzel-, Zweier- und Viererzellen umgebaut worden. Wegen allgemeiner Überfüllung der Gefängnisse befinden sich jedoch bis zu zehn Personen in den Zellen.

Wer wird den Preis zahlen?
Sechs Milliarden Lira werden von der Familie von Songül Ince für die Operation verlangt, mit der eine Amputation ihres Armes verhindert wurde. Songül Ince wurde bei der Gefängnisoperation in Bayrampasa schwer am Ellenbogen verletzt. Sie wurde sowohl von einem Schuss, als auch von einer Bombe getroffen. Ihr Vater, ein Arbeiter in Rente, hat nicht die finanziellen Mittel, die teure Operation zu bezahlen. Er macht die "Sicherheitskräfte" für den Vorfall verantwortlich und fordert die Begleichung der Ausgaben vom Justizministerium.

Vorbereitung auf Operation in Kücükarmutlu
Die Wohnungen in Kücükarmutlu, in denen die vorübergehend aus der Haft entlassenen Gefangenen und Gefangenenangehörige das Todesfasten fortsetzen, sind seit einer Woche von der Polizei blockiert. Alle Ein- und Ausfahrten Kücükarmutlus werden von der Polizei kontrolliert. Die Polizei versuche mit allen Mitteln, eine Spannung in der Bevölkerung zu erschaffen. Jeden Moment könne eine gegen die Wohnungen gerichtete Operation stattfinden, so die AktivistInnen, die die Medien dazu aufriefen, die Situation vor Ort zu verfolgen. Auf den Aufruf hin sind IHD-VertreterInnen nach Kücükarmutlu gefahren, um die Lage vor Ort zu untersuchen.

Verhaftung in Mersin
Von sechs Personen, die im Rahmen einer Razzia in einer Wohnung in Mersin, in der das Todesfasten fortgesetzt wird, festgenommen wurden, sind vier verhaftet worden. Unter ihnen befindet sich Semra Kan (18), die im Todesfasten ist, sowie die Schwester des im Todesfasten gefallenen Ugur Türkmen, Sevtap Türkmen. Ausserdem als mutmassliche DHKP-C-Mitglieder verhaftet wurden Sunay Demir und Güzin Tolga.

Protest von Gefangenenfamilien
Mit einer Kundgebung haben Gefangenenfamilien in Mersin die Beendigung der angestiegenen Repression in den Gefängnissen sowie der F-Typ-Anwendung gefordert. Im Namen der Familien forderte Sabite Sürer, Vorstandsmitglied von TUHAD-DER, das Justizministerium dazu auf, von seiner starren Haltung Abstand zu nehmen. Auf der Kundgebung, an der sich eine grosse Anzahl von Gefangenenangehörigen beteiligten, wurden immer wieder die Parolen "Leert die Knäste, Freiheit den Gefangenen" und "Keine Repression kann uns einschüchtern" gerufen.
(ÖP, 20./23./25. 7., ISKU)

Der IHD Istanbul erbittet Geldspenden für die medizinische Versorgung der Hungerstreikenden: Informationsstelle Kurdistan, PGA Köln, BLZ 37010050, Kontonummer: 3968-506, Kennwort: ‚Hungerstreik'

Vertreibung, Verhaftungen, Angriffe und Folter in Kurdistan

Militäroperationen dauern an

Verhaftungen und Folter
Vor einem Monat begann das türkische Militär in Beytüssebap eine Operation, bei der in der Nähe des Dorfes Yardan zwei Soldaten durch eine Mine verletzt wurden. Daraufhin überfiel das Militär das Dorfschützerdorf Yardan und nahm alle Männer fest. Sie werden nach wie vor auf der Jandarmastation festgehalten. Wie bekannt wurde, werden sie gefoltert. Die Zurückgebliebenen haben das Dorf inzwischen verlassen.
In Hisarkale, wo eine weitere Operation stattfand, wurden ebenfalls sämtliche Männer festgenommen und nach zehn Tagen Folter wieder freigelassen. Das Dorf steht nach wie vor unter Blockade. Gegenüber ÖZGÜR POLITIKA erklärte ein Dorfbewohner, der seinen Namen nicht nennen wollte: "Alle Männer wurden gefoltert. Seit einem Monat erlauben sie uns nicht, das Dorf zu verlassen."
Osman Baydemir, der Vorsitzende des IHD in Amed, bestätigte diese Informationen gegenüber Pressevertretern. Er teilte mit, dass die festgenommenen Männer bei der Jandarma in ungesetzlicher Form verhört werden und schwer gefoltert worden seien. Ausserdem sei sämtliches für den Winter vorgesehene Brennholz aus Yaran mit Lastwagen auf die Jandarmastation transportiert worden.

Weitere Dorfentvölkerungen
Die türkische Armee erhöht den in letzter Zeit von neuem begonnenen Druck auf DorfbewohnerInnen, ihre Dörfer zu verlassen. Nach Beytüssebap sind auch in Van Dörfler unter Druck gesetzt worden, schleunigst ihre Dörfer zu verlassen. Bei einer Razzia am 18. Juli in den Dörfer Sülav und Kele bei Van-Erek Dagi wurde den BewohnerInnen eine Frist bis zum ersten August gesetzt, innerhalb der sie ihre Häuser zu verlassen hätten. Wie zu erfahren war, hatte ein Oberstleutnant mit dem Namen Orkan zu den DorfbewohnerInnen gesagt: "Bürger wie euch wollen wir nicht. Ob Griechenland, Irak, Iran, oder Syrien, geht wohin ihr wollt. Hauptsache, ihr verlasst dieses Land."

Dörfer unter Beschuss
Am 14. Juli abends kamen die Dorfschützer Mehmet Yetkin und Cumali Cinta in Guerillakleidung ins Dorf Sirin und forderten zunächst Brot. Bis zum Morgen waren die DörflerInnen den Beleidigungen der Dorfschützer ausgesetzt. Morgens setzten die Dorfschützer die Moschee und das Dorf unter Beschuss und verliessen das Dorf mit einem Auto. Die DorfbewohnerInnen, die die Dorfschützer erkannt hatten, stellten Anzeige bei der Jandarma. Obwohl die Dorfschützer identifiziert werden konnten, wurden sie vom Jandarmakommandanten freigelassen.
Wie die BewohnerInnen von Sirin erklärten, wollen sie jetzt den Fall vor den Gouverneur von Bingöl bringen. Auch in Solhan wurden nach ähnlichen Vorfällen die DorfbewohnerInnen von der Jandarma zur Unterschrift unter ein Papier mit dem Text "Unser Dorf wurde von der Guerilla überfallen" gezwungen.

Hauptmann und Überläufer getötet
Bei einem Kampf zwischen der türkischen Armee und den Volksverteidigungskräften am 22. Juli im Kreis Alacakaya bei Elazig sind ein Jandarma-Hauptmann sowie ein Überläufer ums Leben gekommen. Wie aus örtlichen Quellen bekannt wurde, hat es bei den Volksverteidigungskräften keine Verluste gegeben. In einer Erklärung des Gouverneursamtes von Elazig ist dagegen von einem getöteten Guerillero die Rede.
(ÖP, 20.-24.7., ISKU)

Zukunft entscheiden", "Nein zu IWF" und "Kapitalismus tötet" trugen. Sie riefen Parolen wie "Der weltweite Widerstand wird siegen", "Überall ist Genua, überall ist Widerstand" und "Dieses Land, dieses Volk steht nicht zum Verkauf". Aufmerksamkeit erregte ein Transparent mit der Aufschrift "Rechte für Homosexuelle sind Menschenrechte".
Eine weitere Protestaktion wurde von der ÖDP organisiert. In Aksaray gaben 400 ÖDPler eine Erklärung ab, in der sie das Verbot jeglicher Veranstaltungen von Globalisierungsgegnern kritisierten. Sie riefen "Nieder mit dem IWF, es lebe unser Widerstand gegen die Globalisierung" und drückten ihre Solidarität mit den Widerstandsaktionen in Genua aus.
(ÖP, 21. 7., ISKU)

HADEP-Vorstandsmitglieder verhaftet
Am 19.7. wurde Haftbefehl gegen den HADEP-Vorsitzenden der Provinz Hakkari, Sabahattin Suvagci, und seinen Stellvertreter Musa Ciftci ausgesprochen. Dem vorausgegangen war eine Razzia im vergangenen Monat im HADEP-Gebäude, bei der die dort stattfindenden Musikkurse für ungesetztlich erklärt wurden. Gegen den Vorstand und die am Kurs teilnehmenden Jugendlichen, insgesamt 68 Personen, wurde ein Verfahren eröffnet.
Gegen die willkürliche Verhaftung des HADEP-Vorsitzenden der Provinz Hakkari und eines weiteren Vorstandsmitglieds haben ca. 1000 Personen mit einer Pressekonferenz protestiert. In der Pressekonferenz wurde der Haftbefehl als politisch motiviert und unrechtmässig bezeichnet.
(ÖP, 20. 21. 7., ISKU)

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
KIZ=Kurdistan Informations-Zentrum

!! Das Hamburger ISKU-Büro zieht um! Ab dem 1. August sind wir unter der unten stehenden neuen Anschrift zu erreichen. !!

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 15
3. August 2001

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Die HADEP bewegt sich Schritt für Schritt nach vorn

Die HADEP organisiert sich immer mehr im ganzen Land. Die Partei eröffnete neue Provinzbüros in Kovancilar in der Provinz Elazig und in Kocasinan in der Provinz Kayseri in der letzten Woche, gefolgt von Konya, Eskisehir und Kirsehir.

Als ein Ergebnis der seit etwa einem Monat andauernden Aktivitäten wurden in dieser Woche HADEP-Büros in den Vororten von Yapali und Yeniceoba im Stadtteil Cihanbeyli von Konya eröffnet. Vor allem Frauen zeigten großes Interesse in der Eröffnung der Zentrale in Yapali, die von etwa 700 Menschen besucht wurde. Der HADEP-Konvoi bewegte sich dann in den Vorort Yeniceboa, wo er enthusiastisch von der Bevölkerung begrüßt wurde. Es wurde berichtet, dass die Gendarmerie die Menge der Jugendlichen auseinandertrieb, die sich vor der Eröffnung vor dem Rathaus versammelt hatte. Nachdem der Konvoi eintraf, versammelten sich die Menschen erneut und begrüßten die HADEP-Funktionäre mit traditionellen Musikinstrumenten. Die neue HADEP Vorort-Organisation veranstaltete auch ein Essen für die Menschen, die an der Eröffnung teilnahmen. Die Menschen riefen auf beiden Eröffnungen Parolen, etwa zu den vermissten HADEP-Funktionären Deniz und Tanis ebenso wie "*Keine Verleugnung oder Spaltung - Demokratische Republik*", "*Tausend Grüße nach Imrali*", "*Es lebe der Frieden, Es lebe HADEP*" und "*Nein zur Todesstrafe - Frieden jetzt*". Währenddessen wird die Arbeit zur Eröffnung neuer lokaler HADEP-Zentralen fortgesetzt. Neue Büros sind in den nächsten Monaten in Eregli (Konya), Aksehir, Yunak, Tavsancali (Kulu), Golyazi (Karacadag) und Bulduk (Cihanbeyli) geplant.

500 neue Mitglieder

Die Mitgliederkampagne, die von der Parteizentrale gestartet wurde und sich vor allem auf Istanbul konzentriert, läuft erfolgreich weiter. 500 neue Mitglieder traten der Partei im Stadtteil Gaziosmanpasa in Istanbul bei. Die meisten von ihnen kommen von der CHP, der ÖDP und der aufgelösten Fazilet-Partei. Unter den neuen Mitgliedern sind auch ehemalige Bezirksverantwortliche der genannten Parteien.

(KO, 1.8., ISKU)

PJA führt 3. Parteikonferenz durch

Die dritte Konferenz der PJA (Partei der Freien Frauen) fand in den südkurdischen Bergen vom 11. - 22. Juli statt. Es nahmen Delegierte aus verschiedenen Regionen und einige Gäste teil. Die Parteiversammlung der PJA verfasste eine Erklärung über den Inhalt des Kongresses, die Beschlüsse und den Stand der Diskussionen.
Darin heißt es: "Unsere Konferenz hat die Arbeit bewertet, die die Frauen in der Gesellschaft leisten und die generelle Linie der PJA bestätigt. Alle Aktivitäten der PJA wurden bewertet und es wurde über die Probleme der Partei und der Organisierung als ein Hauptthema geredet. Unsere Konferenz hat untersucht, was getan werden muss, um ein Leben zu etablieren, das sich um die Frau dreht, und hat Entscheidungen auf dieser Ebene getroffen."

Perfektion auf jedem Gebiet

Die Parteiversammlung sagte weiter folgendes: "Die Konferenz diskutierte über die Themen, wie man die männliche Ordnung überwinden kann und wie wir die Initiative für die Freiheit und den Kampf ergreifen können." Außerdem wurden alle militanten Strukturen einschließlich der Verwaltung der PJA einer Selbstkritik unterzogen.

Ausbildung

In der Erklärung heißt es, dass die Ausbildung der Frauen das Hauptarbeitsgebiet der PJA-Aktivitäten in der nächsten Phase sein würde. "Unsere Konferenz hat sich entschieden, die Freie Frauenakademie zu stärken und ein Zentrum für Ideologieentwicklung und Forschung zu etablieren."
Die Konferenz beschäftigte sich mit der Suche nach der Freiheit für die Menschen, und befürwortete die Verbreitung der Ideologie der Befreiung der Frau. Ein anderes Thema der Konferenz war die Verbreitung der Befreiungsideologie in den Mittleren Osten und unter den Frauen der ganzen Welt."

Die Wiederkehr der Frau

Weiter heißt es, "die Rechte und die Freiheiten werden durch die Wiederkehr der Frau erlangt werden. Wir rufen alle Militanten der PJA auf, unser Volk und unsere Freunde, unsere Aktivitäten in der neuen Phase mit neuer Stärke zu unterstützen."

(KO, 30.7., ISKU)

Zeugma im Euphrat versenkt

Antike Stadt wird Staudammprojekt geopfert

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet wurde die in Kurdistan gelegene Stadt Zeugma in den Fluten des gestauten Euphrat versenkt.
Durch dass seit Jahren hinter dem türkischen Birecik-Staudamm ansteigende Wasser wurde allen internationalen Protesten zum Trotz die im 4. Jahrhundert v.Chr. errichtete Stadt vernichtet. Dem an der Grenze zu Syrien gelegenen Staudamm, der Teil des "Südostanatolienprojektes" ist, fielen auch etliche kurdische Dörfer zum Opfer, deren Bewohner zwangsumgesiedelt wurden.
Zu den 22 Staudämmen, die das Projekt insgesamt umfasst, zählt auch der Illisu-Staudamm. Dessen geplanter Bau bedroht mit Hasankeyf die einzige vollständig aus dem Mittelter erhaltene Stadt der Region und hätte ebenfalls die Zwangsumsiedlung tausender kurdischer Familien und die Zerstörung ihrer Dörfer zur Folge.

Meldungen

60 Tage Hungerstreik: Häftling jetzt im Krankenhaus

Nach 60 Tagen Hungerstreik ist der kurdische Abschiebehäftling Ali Dasayak jetzt von der Haftanstalt Büren ins Justizvollzugskrankenhaus Fröndenberg eingeliefert worden, teilte am Wochenende der Verein "Hilfe für Menschen in Abschiebehaft" mit. Ali Dasayak wiege bei einer Größe von 1,73 Meter jetzt nur noch 50,6 Kilogramm, berichtete ein Sprecher des Vereins. Zusammen mit Ali Dasayak befänden sich zwei weitere kurdische Gefangene in der Bürener Haftanstalt im Hungerstreik. Erol Akbulut nehme seit 43 Tagen keine Nahrung mehr zu sich, Ismail Genc hungere seit 24 Tagen. Alle drei Häftlinge wollten damit gegen ihre drohende Abschiebung in die Türkei protestieren. Die Kurden befürchten, dass sie bei ihrer Rückkehr in die Türkei inhaftiert und gefoltert werden.

(ÖP, 2.8., ISKU)

Anwaltsbesuch bei Öcalan wieder verhindert

Der wöchentlich stattfindende Anwaltsbesuch bei dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan am Jahrestag seines "2.-August-Aufrufes" konnte nicht durchgeführt werden. Wieder wurden "widrige Wetterbedingungen" vorgeschoben und das Boot, mit dem die AnwältInnen des "Asrin Hukuk Bürosu" Irfan Dündar, Türkan Aslan und Ayla Akat sowie Mehmet Öcalan bereits unterwegs zur Gefängnisinsel Imrali waren, zurückgerufen. Am 2. August 1999 hatte der PKK-Vorsitzende dazu aufgerufen, die Guerillakräfte vom Staatsgebiet der Türkei zurückzuziehen, um damit zu einer demokratischen Lösung und Frieden beizutragen.

(ÖP, 2.8., ISKU)

Minenexplosion und Waldbrand in Semdinli

Zwischen den Dörfern Kelet und Begalte im Kreis Semdinli bei Hakkari sind zwei Dorfbewohner durch eine Minenexplosion getötet worden. Zwei weitere wurden schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Im Anschluss an die Tragödie überfiel die Jandarma die beiden Dörfer und nahm acht Bewohner fest.
Bei einem Waldbrand am Ümit Dagi in Semdinli sind zwölf Hektar Wald vernichtet worden. Wie Zuständige erklärten, konnte nicht gegen das Feuer vorge-

Vergeltung für Recherchen über Haftanstalten?

Anklage gegen Politikerin in der Türkei

Die Oberstaatsanwaltschaft in Ankara hat Anfang der Woche die Abgeordnete der Demokratischen Linkspartei (DPS) Sema Piskinsüt beschuldigt, den Behörden Informationen vorenthalten und somit «Hilfe für verurteilte Kriminelle» geleistet zu haben. Der Politikerin wurde konkret vorgeworfen, die Identität von Häftlingen zu verheimlichen, die in persönlichen Gesprächen mit ihr von Misshandlungen in Gefängnissen und Polizeiposten der ostanatolischen Städte Erzurum und Erzincan sprachen. Die Vorenthaltung von Informationen mache eine juristische Untersuchung der Vorfälle unmöglich, hielt Staatsanwalt Bekir Selcuk in einem zweiseitigen Schreiben fest. Offenbar in der Hoffnung, über den juristischen Weg die Identität der Häftlinge herausfinden zu können, forderte der Staatsanwalt die Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Frau Piskinsüt.

Die Politikerin wies die Anschuldigungen der Staatsanwaltschaft als politisch motiviert zurück. In ihrem politischen Leben habe sie sich ausschliesslich dafür eingesetzt, dass die Türkei zu einem Rechtsstaat werde, erklärte sie am Mittwoch der Presse. In diesem Rahmen habe sie auch die Gespräche mit den Häftlingen geführt. Die Identität der Häftlinge sei nicht von Belang. Gesucht würden schliesslich Lösungen für die Missstände in den Gefängnissen und nicht die Personen, die über diese Missstände sprächen.

Sema Piskinsüt hat als Vorsitzende der Menschenrechtskommission im türkischen Parlament eine Untersuchung über die Verhältnisse in türkischen Gefängnissen und Polizeiposten initiiert, welche in der Geschichte der Türkei bisher einmalig ist. Zwischen 1998 und 2000 hat ihre Kommission, die sich aus Mitgliedern aller Parteien im Parlament zusammensetzte, die Strafanstalten landesweit besucht und vertrauliche Interviews mit insgesamt 8500 Häftlingen geführt. Die Ergebnisse der Gespräche mit den Häftlingen, die meist als Nummer und nicht mit Namen aufgeführt werden, sind in Berichten zusammengefasst dem Parlament vorgelegt worden. Die Bilanz der zweijährigen Arbeit war, dass in der Türkei entgegen allen Beteuerungen der Regierungen nicht vereinzelt, sondern systematisch gefoltert wird.

(NZZ, 28.7., ISKU)

288. Tag des Todesfastens

Anklage gegen Opfer des Gefängnismassakers geht weiter

Obwohl inzwischen eindeutige Beweise vorliegen, daß duzende Gefangene von staatlichen Kräften ermordet wurden, gehen die Anklagen gegen die Opfer des Gefängnismassakers vom Dezember 2001 weiter. Gegen 154 Gefangene aus dem Cannakale E-Typ Gefängnis werden Prozesse geführt. Alle 154 Gefangene waren nach dem Massaker in verschiedene Gefängnisse im ganzen Land verteilt worden. Der Prozess wurde ohne sie durchgeführt. Sie werden von acht Anwälten vertreten, die verlangten, daß die Gefangenen an der Anhörung teilnehmen können. Die Anwältin Gul Kireckaya verlangte, daß Beweismaterial, wie Videokasseten dem Gericht vorgelegt werden. Außerdem solle die Anzahl der von der Gendamerie verwendeten Bomben, Waffen und Munition belegt werden. *(KO, 2.8., ISKU)*

Der IHD Istanbul erbittet Geldspenden für die medizinische Versorgung der Hungerstreikenden: Informationsstelle Kurdistan, PGA Köln, BLZ 37010050, Kontonummer: 3968-506, Kennwort: ‚Hungerstreik'

Verbot der Refahpartei in Strasbourg bestätigt

Demokratiedefizit

Die einzig gute Nachricht ist, daß die Entscheidung knapp war. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg hat am Dienstag mit vier zu drei Stimmen das Verbot der Refahpartei bestätigt, »um ein Funktionieren des demokratischen Systems (in der Türkei) zu garantieren«.

Was für ein Hohn. Die eigenen Entscheidungen des ECHR aus den letzten Jahren zeigen, um was für ein »demokratisches System« es sich handelt: systematische Folter, Einschränkung der politischen Freiheiten und Zerstörung von Dörfern durch das Militär wurden verurteilt. Zuletzt wurde gar die Freilassung der ehemaligen Abgeordneten Leyla Zana und ihrer Kollegen gefordert, die seit acht Jahren im türkischen Knast sitzen, weil das Verfahren gegen sie unrechtmäßig gewesen ist. Der Richterspruch von Strasbourg hat Gräben vertieft.

Für führende pro-islamische Politiker in der Türkei kam die Entscheidung überraschend. Die sich in Gründung befindenden neuen religiösen Parteien werden ihrer Basis erklären müssen, warum sie eine politische Annäherung an Europa wollen. Die Militärs, die beim Verbot der Refahpartei die Fäden gezogen haben, können sich gestärkt zurücklehnen - ihr »stiller Putsch« von 1997, mit dem der damalige Ministerpräsident Erbakan aus dem Amt gehievt wurde, ist im Nachhinein abgesegnet worden. Für die Millionen Wähler der pro-islamischen Refah- und später auch der Faziletpartei (verboten Ende Juni 2001) bestätigt sich, daß »der christlich-europäische Club« von ihnen doch nichts wissen will und nur scharf auf die Ausbeutung ihrer Heimat ist. Die islamischen Gemeinden in den europäischen Ländern werden sich weiter abkapseln.

Das Verbot der Refahpartei schützt weder eine Demokratie noch die Menschenrechte. Mag sein, daß es eine Gefälligkeitsentscheidung für die türkische Regierung war, wie manche Stimmen in der Türkei vermuten. Vielleicht war es auch nur abendländische Arroganz. An den realen Widersprüchen in der Türkei jedenfalls geht das Urteil weit vorbei.

Sowohl in Europa als auch in der Türkei muß Demokratie erst noch entwickelt werden. Die Europaratskonvention schützt zu sehr die Staaten als die Menschen, was wenig mit deren Rechten zu tun hat. Die Türkei ist Lichtjahre von einer Demokratie entfernt. Der Beweis dafür, so der französische Anwalt der Refahpartei, Laurent Hickel, sei das Fehlen einer ernsthaften legalen Oppositionspartei. Also wird man in Revision gehen. Das nächste Parteiverbot aber, das gegen die pro-kurdische HADEP, wartet bereits in der Schublade des türkischen Verfassungsgerichts.

Aber vielleicht ist das auch so, wie es sich die selbstgefälligen europäischen Gremien wünschen? *(jW, 2.8., ISKU)*

gangen werden, da das Gebiet vermint ist und keine Wege vorhanden sind.

(ÖP, 2.8., ISKU)

Jugend im Aufstand

Jugendliche in Adana haben mit einer Kundgebung ihre Verbundenheit zum PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan zum Ausdruck gebracht. Sie zündeten Feuer an und versperrten die Strasse für eine halbe Stunde. Die Gruppe, die sich "Serhildan-Jugend" nennt, riefen Parolen wie "Barisin Elçisi Imrali'da - Der Friedensbotschafter ist auf Imrali", "Temmuz Sehitleri Ölümsüzdür - Die Juli-Gefallenen sind unsterblich", "Savasa da Haziriz Barisa da - Ob Krieg oder Frieden, wir sind bereit", "Kimliksiz yasamak istemiyoruz - Wir wollen nicht ohne Identität leben", "Biz PKK'liyiz - Wir sind von der PKK", "PKK'ye Selam Serhildana Devam - Gruss an die PKK, weiter mit den Serhildans" und setzten sich zu einem Demonstrationszug in Bewegung.

(ÖP, 2.8., ISKU)

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
KO=Kurdish Observer
jW=junge Welt
NZZ=Neue Zürcher Zeitung

Termine:

9. Internationales Festival

Am 1. September veranstaltet die Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland (YEK-KOM) im Müngersdorfer Stadion in Köln ein großes Friedensfestival.

Anläßlich des Antikriegstages wollen die Veranstalter mit einem internationalen Festival einen Beitrag für den Frieden zwischen den Völkern leisten.

Die KurdInnen in Europa werden mit dem Festival ihrer Sehnsucht nach Frieden, Gleichberechtigung und Anerkennung ihrer Identität Ausdruck verleihen.

1. September 2001
Müngersdorfer Stadion
Köln

!! Das Hamburger ISKU-Büro ist umgezogen! Seit dem 1. August sind wir unter der unten stehenden neuen Anschrift zu erreichen. !!

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 16
10. August 2001

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Irak: Gleichung mit vielen Unbekannten

Die jüngsten Entwicklungen in der Region haben die Situation im Irak, die ohnehin eine Gleichung mit vielen Unbekannten ist, noch mehr durcheinander gebracht. Die US-Regierung, die ihren Plan "Intelligente Sanktionen" gegen den Irak um fünf Monate verschieben musste, weil sie Russland nicht überzeugen konnte, zeigt sich entschlossen, die Saddam-Regierung nicht zu Atem kommen zu lassen. Während die Diskussionen um Raketenstationierungen zwischen den USA und Irak noch andauern, signalisieren die USA eine bevorstehende Intervention. Der Irak dagegen, der die Salve "Intelligente Sanktionen" abwehren konnte, gibt einerseits scharfe Erklärungen gegen die USA ab und ruft andererseits KDP (Demokratische Partei Kurdistans) und PUK (Patriotische Union Kurdistans) zum Dialog auf. Und noch mehr: mit der Türkei befindet sich der Irak in Handels- und diplomatischen Beziehungen fast in den Flitterwochen. Und hat dennoch keine Bedenken, Beschwerde gegen die Vorbereitungen der türkischen Einheiten auf eine Operation gegen die PKK bei der Arabischen Union einzulegen. PUK und KDP, die gegen die Operationsvorbereitungen der Türkei nicht vorgehen, suchen nach Wegen, nach dem Dialogaufruf Saddams die existierenden Beziehungen zum Irak zu verstärken.

Heisse Tage in Mittelost

Täglich verstärken sich die Hinweise darauf, dass die in Mittelost stattfindenden Spannungen sich in kommender Zeit noch intensivieren werden. Israel verstärkt die Gewalt gegen Palästina, die Anzeichen auf eine bevorstehende Bombardierung der USA auf den Irak vermehren sich. Nachdem der Irak letzte Woche ein US-amerikanisches U2-Aufklärungsflugzeug beschossen hatte, hat der Sicherheitsberater von George W. Bush, Condoleezza Rice, scharfe Erklärungen gegen Irak abgegeben. Irak befinde sich auf den Radarschirmen der USA, so Rice, der ausserdem seine Hoffnung ausdrückte, es werde eine Einigung mit Russland zum Thema "Intelligente Sanktionen" geben, mit denen die Aufhebung des Irak-Ambargos mit Ausnahme militärischer Güter vorgesehen ist. Rice teilte eindeutig mit, es gebe Angriffspläne gegen Bagdad in naher Zeit: "Unsere Regierung arbeitet mit bestimmten Freunden und Alliierten an der Erstellung einer konkreten Politik zu diesem Thema. Diese Politik sieht eine entschiedenere Militärintervention vor als die bis heute angewandte Form von Angriff und Rückzug." Auf die Drohung der USA folgte unmittelbar die Antwort aus Bagdad. In einem Artikel in der Zeitung El Tavra, die als Medienorgan der herrschenden Baath-Partei gilt, wird festgehalten, dass vom Irak letzte Woche versucht worden sei, zwei US-amerikanische Aufklärungsflugzeuge abzuschiessen. Ein möglicher Angriff der mit Verstärkung ihrer militärischen Kräfte drohenden USA werde mit dem Sieg Bagdads enden.

Operationsvorbereitung der Türkei

Eine weitere wichtige Entwicklung in der Region ist die Initiative der Türkei, nach Verhinderung der "Intelligenten Sanktionen" eigene Pläne durchzusetzen. Wie bekannt wurde, hat die Türkei ihre im Gebiet Behdinan stationierten Panzer abgezogen und auf die Wegstrecke Seladize und Amediye verlegt.

Ins Soran-Gebiet sind militärisches Zubehör, Munition und technische *(weiter auf Seite 2)*

Flüchtlingscamp Maxmur erwartet dringende Unterstützung

In einer Erklärung haben die BewohnerInnen des Flüchtlingslagers Maxmur im Nordirak, ÄrztInnen, LehrerInnen, Intelektuelle und KünstlerInnen zur Unterstützung aufgerufen. Im Namen der BewohnerInnen, die im 15-jährigen Krieg durch die Spezialkriegskräfte von ihren Geburtsorten vertrieben wurden und seit Jahren ihrem Flüchtlingsdasein überlassen sind, hat der Stadtrat von Maxmur eine Erklärung zu dringenden Problemen Gesundheit und Ausbildung betreffend abgegeben. Darin wird daran erinnert, dass die Maxmur-BewohnerInnen seit ungefähr acht Jahren mit Armut und Krankheit zu kämpfen haben. Den widrigen Flüchtlingsbedingungen zum Trotz hätten sie sich ihre Würde bewahrt. Die Unterstützung durch die UN sei unzureichend und begrenzt. Im Lager gebe es keinen einzigen Arzt, so die Erklärung. "Im Jahr 2001 sterben immer noch viele unserer Kinder an ganz gewöhnlichen Krankheiten. Aber wir finden keine zwei Ärzte und keinen Zahnarzt, der bereit wäre, aus Europa hierher zu kommen." 2800 Kinder erhielten Unterricht in einem akademischen Kurdisch, aber es herrsche akuter Lehrermangel. "Zum Beispiel finden wir für unsere Mädchen-Kunstschule keine Englisch-, Kunst- und MusiklehrerInnen."

Weiter werden in der Erklärung insbesondere kurdische Kreise, die sich mit Kunst, Kultur, Ausbildung befassen, für ihre Haltung kritisiert. "Wo sind sie, unsere Sprachbegabten, KünstlerInnen und Intellektuellen, die täglich in den Medien auftreten und alles und jeden kritisieren? Wir rufen dazu auf, sich für die Verbesserung von Gesundheit und Ausbildung im Lager in Bewegung zu setzen und hierher zu kommen." Weiterhin werden folgende Materialien und Mittel benötigt: alle erforderlichen Mittel und Geräte für Gesundheit und Behandlung, insbesondere auch im zahnmedizinischen Bereich; für den Ausbildungsbereich Kurdisch- und Englischbücher und -materialien; für künstlerisch-kulturelle Arbeit Mittel und Geräte.

(ÖP, 3.,6.8.; ISKU)



Flüchtlingslager Maxmur (Foto: ISKU)

Meldungen

Kurde bei rassistischem Angriff getötet

In Glasgow ist der 22-jährige Kurde Firat Yildiz bei einem rassistischen Angriff durch Messerstiche getötet worden. Yildiz war erst vor kurzem aus der Türkei geflüchtet. Sonntagabend wurde er auf dem Nachhauseweg angegriffen und tödlich verletzt. Wie die Polizei mitteilte, sei die Wahrscheinlichkeit gross, dass es sich um einen rassistisch motivierten Mord handele. Beweise gebe es dafür bisher jedoch nicht. Der Mord an dem jungen Kurden hat die seit längerer Zeit bestehende Anspannung unter den Flüchtlingen und in der Stadt ansteigen lassen. *(ÖP, 7.8., ISKU)*

Bundesregierung genehmigt Export von Zündern in die Türkei

Die Bundesregierung hat den Export von Zündern für Munition in die Türkei genehmigt. Eine entsprechende Entscheidung fiel im Bundessicherheitsrat, einem geheim tagenden Gremium der Bundesregierung. Die Bundesregierung gab keine Stellungnahme ab. Die nunmehrige Exportgenehmigung folgt einer im Frühjahr eingereichten Klage der Herstellerfirma, dem Nürnberger Wehrtechnik-Unternehmen Diehl. *(web.de, 5.8., ISKU)*

Dasayak soll abgeschoben werden

Während der Hungerstreik von drei Kurden im Abschiebegefängnis Büren noch andauert, soll einer der drei, Ali Dasayak, morgen abgeschoben werden. Dasayak ist Kriegsdienstverweigerer. Aufgrund seines seit 60 Tagen andauernden Hungerstreiks hat er ernste gesundheitliche Probleme. Er wurde deshalb auf die Krankenstation des Gefängnisses Fröndenberg verlegt. Die beiden anderen Aktivisten, Erol Akbulut und Ismail Genc, setzen den Hungerstreik fort. *(ÖP, 7.8., ISKU)*

Polizeioperationen in Amed

Die seit einem Monat als "Hizbullah-Manöver" unter dem Namen "Ruhe 34" und "Ruhe 21" durchgeführten Polizeioperationen haben begonnen, die Ruhe der Bevölkerung von Amed gründlich zu stören. Bei den willkürlich durchgeführten Operationen ist insbesondere das grobe Vorgehen der Polizei auffällig. Vor allem in den Abendstunden werden Fahrzeuge angehalten, lange Ausweis-

Irak: Gleichung mit vielen Unbekannten

(Fortsetzung von Seite 1)
Ausrüstung verlagert worden. Nachdem diese Informationen von örtlichen Quellen bestätigt wurden, hat auch Irak Informationen über die Militärverschiebungen der türkischen Armee in die Region verlautbar werden lassen. In einem Brief an den Generalsekretär der Arabischen Union, Amr Musa, vom vergangenen Sonntag, teilt der stellvertretende Ministerpräsident und Aussenminister Iraks, Tarik Aziz, mit, die Türkei habe am 12. Juli Soldaten mit Hubschraubern ins Gebiet Carcela in Südkurdistan gebracht und bereite eine Operation vor. Weiter heisst es in dem Brief: "Irak bewertet das Vorgehen der Türkei als Verletzung seiner Hoheitsrechte." Von Amr Musa fordert Tarik Aziz, gegen das Vorgehen zu intervenieren. Auch PKK-VertreterInnen sprechen von der Vorbereitung einer Militäroperation der Türkei. Murat Karayilan, einer der Führungskräfte der PKK, erklärte zu den Entwicklungen: "Die Türkei bereitet mit Unterstützung der Kräfte aus dem Süden und weiteren Staaten in der Region eine Operation vor. Nach jüngsten Informationen stellt die PUK gewisse Bedingungen für den Plan der Türkei. Die erste Bedingung ist die Beteiligung der KDP, die zweite die Bewaffnung von 20000 Peschmergas. Die Türkei konnte die KDP jedoch noch nicht ganz überzeugen."

Politisches Gleichgewicht

Das Gleichgewicht im Schachspiel zwischen USA, Türkei, Irak, PUK und KDP ändert sich ständig. Saddam Hussein, der sich bemüht, die gegen Irak gerichtete Kneifzangenpolitik der USA ins Leere laufen zu lassen, versucht, das Problem mit Hilfe der Türkei und der Führung im Süden zu lösen. Der Irak legt einerseits Beschwerde gegen die Türkei bei der Arabischen Union ein, andererseits wird das zwischen den beiden Ländern getroffene Abkommen über den Erdgashandel umgesetzt. Zeitgleich mit der Beschwerde Tarik Aziz` über die Türkei wurde über irakisches Satelitenfernsehen die Nachricht verbreitet, das Erdgasabkommen zwischen Türkei und Irak, dessen Grundlage bereits 1997 gelegt wurde und das die Abnahme von 11 Milliarden Kubikmeter jährlich vorsieht, werde umgesetzt. Dieses Abkommen verweist darauf, dass der Protest gegen die türkische Operation nicht aufrichtig ist und der Dialogaufruf Saddams an KDP und PUK der Diplomatieachse Bagdad-Ankara dient. Die Türkei dagegen spielt ihre Karten offen aus: Sie sagt zu den Kurden, "Es kann keinen Staat im Süden geben, Barzani und Talabani können keine andere Eigenschaft als die von Parteiführern annehmen" und richtet an Bagdad die Botschaft, "Sprecht mit Talabani und Barzani und zieht sie mit warmen Erklärungen auf eure Seite". Auch was sie vorhat, ist eindeutig: Den USA zum Trotz die Handelsbeziehungen mit Irak auszubauen, die diplomatischen Beziehungen auf hoher Ebene zu halten und zur Lösung der Frage Barzani und Talabani zu ihren Helfershelfern zu machen und Bagdad als Grundlage zu nehmen. *(YG, 4.-10.8., ISKU)*

294. Tag des Todesfasten

Am 15. August 300 Tage

Am 2. August, dem 236. Tag seines Todesfastens ist Muharrem Horoz in Izmit gefallen.
Er war 28 Jahre alt und Mitglied der Organisation TKP/ML. Der Hungerstreik der politischen Gefangenen in der Türkei wird am 15. August seinen 300. Tag erreichen.


Muharrem Horoz

Bislang gaben 55 Gefangene und sechs Angehörige ihr Leben gegen die Isolationshaft. 30 kamen während der Erstürmung der Gefängnisse am 19. Dezember 2000 ums Leben, alle weiteren starben in den folgenden Monaten im Hungerstreik.
Die Situation in der Türkei ist noch immer davon gekennzeichnet, dass die Regierung in Ankara den Forderungen der Gefangenen nicht nachgeben will. Die Gefangenen ihrerseits haben mehrmals in der letzten Zeit erklärt, daß sie nicht mehr auf der Schließung der neuen Isolationsgefängnisse beharren, sondern bei einer schriftlichen Zusage über Gruppen von 10 bis 15 Personen in den neuen Gefängnissen bereit sind ihren Streik zu beenden.
Die Situation in Kücükarmutlu, wo in vier verschiedenen Häusern insgesamt 20 Personen ihr Todesfasten fortsetzen, ist nach wie vor bedrohlich. Die Polizei kontrolliert sämtliche Ein- und Ausgänge und alle Personen. In Istanbul wurde am 8.8. die Zeitung "Vatan" gestürmt, 11 Personen festgenommen und die gesamte Technik und das Archiv mitgenommen.
Tayad, eine Angehörigenorganisation, die die todesfastenden Gefangenen unterstützt, ruft zu einer Reihe von Solidaritätsaktionen anlässlich des 300. Tages auf.
(ÖP, 9.8., IKM, 3.8., ISKU)

Sorge um Flüchtlinge im türkisch-griechischen Grenzgebiet

Über das Schicksal von etwa 100 afrikanischen Flüchtlingen, die seit drei Wochen vermutlich im Grenzgebiet zwischen der Türkei und Griechenland umherirren, gibt es immer noch keine Klarheit. Die türkische Menschenrechtsvereinigung IHD und Vertreter des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR bemühten sich bisher vergeblich, den wahrscheinlich eingeschlossenen Menschen zu helfen.
Die Flüchtlinge gehören zu einer Gruppe von etwa 270 Afrikanern, die am 7. Juli in Istanbul von der Polizei bei einer Razzia aufgegriffen wurden. Nach einer Woche in Polizeigewahrsam wurden sie dem IHD zufolge gezwungen, zu Fuß durch den türkisch-griechischen Grenzfluss Meric (Evros) auf die griechische Seite zu waten. Griechische Grenzsoldaten schickten sie jedoch zurück. Etliche Afrikaner konnten nach Istanbul fliehen, etwa 100 Flüchtlinge leben laut IHD seither unter freiem Himmel im türkischen Grenzgebiet. Sie haben vermutlich weder Wasser noch Lebensmittel. Gefahr droht ihnen auch durch Minen.
Zwei Personen haben nach Angaben des türkischen Menschenrechtsvereins im Grenzgebiet ihr Leben verloren. Eine weitere Frau soll später wegen Erschöpfung in einem Istanbuler Spital gestorben sein. Berichte der Zurückgekehrten, wonach sie von Mitgliedern der türkischen Gendarmerie beraubt, misshandelt und vergewaltigt wurden, bezeichnete das Uno-Flüchtlingswerk als besonders alarmierend.
Der UNHCR äußerte sich "sehr besorgt". Türkische Behörden verweigern UN-Diplomaten die Genehmigung, nach den Gestrandeten zu sehen. Offiziell heißt es, alle seien in Griechenland. Die Grenzregion ist militärisches Sperrgebiet.
(FR/NZZ, 7.8., ISKU)

kontrollen durchgeführt und die Insassen in grober Form durchsucht. Die Kontrollen finden nicht nur in Fahrzeugen statt, sondern auch in Cafes. Insbesondere das Vorgehen in von Familien besuchten Teegärten lässt die Bevölkerung von Amed ihre Ruhe verlieren. Bei Kontrollen in offenen Bereichen riegelt die Jandarma zunächst das betreffende Gebiet ab. Die Ausweiskontrollen werden dann von Zivilpolizisten durchgeführt. Des weiteren finden verstärkt Wohnungsrazzien statt, vorzugsweise nachts. Die Bevölkerung von Amed fühlt sich angesichts dieser Entwicklung an 1993 erinnert. Bei jeder möglichen Gelegenheit machen sie ihren Wunsch nach Ruhe und Frieden deutlich. Das momentane Vorgehen der Polizei ruft bei ihnen die Reaktion hervor: "Wir haben doch gerade erst wieder begonnen, Luft zu holen. Geht es jetzt wieder los?" *(ÖP, 6.8., ISKU)*

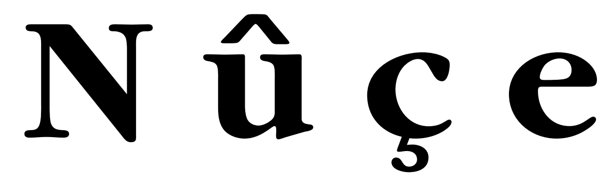
Quellen:
ÖP = Özgür Politika
YG=Yedinci Gündem
FR=Frankfurter Rundschau
NZZ=Neue Zürcher zeitung
IKM=Komittee gegen Isolationsfolter

Termine

Solidarität mit den Gefangenen
In Frankfurt beginnt am 11. August um 12.00 Uhr eine Demonstration, gleichzeitig beginnt dort ein Solidaritätshungerstreik, der in Köln, Strasbourg, und Brüssel insgesamt 45 Tage fortgesetzt werden soll.
Frankfurt - Hauptwache, Goethe Platz 11.-26.8,
Köln - Dom Platte, 26.8.-11.9.
Straßburg, 12.-27.9.
DEMONSTRATION:
11.8.2001, Frankfurt/Main, HBF, 12.00 Uhr

Eröffnungsfeier
Das **FrauenRechtsBüro gegen sexuelle Folter e.V.** lädt alle interessierten Frauen zur Eröffnungsfeier des neuen Büros ein:
Samstag, 25.8. ab 15.00 Uhr
Friedelstrasse 42, 12047 Berlin
(U-Bahn Herrmannplatz)

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku



Nr. 17
17. August 2001



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Trotz Razzien bei HADEP und MKM:

Das kurdische Volk feiert mit Begeisterung den 15. August

Razzien bei HADEP und MKM zum 15. August

Die Wirkung des vor ein paar Tagen vom türkischen Geheimdienst veröffentlichten PKK-Berichts (siehe Rückseite) liess nicht lange auf sich warten. Bei HADEP und MKM, dem Mesopotamischen Kulturzentrum, die in dem Bericht als PKK-gesteuerte Einrichtungen genannt worden waren, fanden aus Anlass des 15. August Razzien statt. Dabei wurden insgesamt 14 Personen festgenommen.

Bei den Razzien gegen sieben Kreisorganisationen der HADEP in Istanbul wurde in Bahcelievler der Kreisvorsitzende Sabahattin Celik und ein Vorstandsmitglied festgenommen, in Gaziosmanpasa sieben Mitglieder sowie in Maltepe zwei Personen. Beim Polizeiüberfall auf das MKM in Istanbul wurden drei Personen festgenommen. Wie Hatice Coban mitteilte, habe die Polizei als Grund für die Razzia genannt: "Dies ist eine von der PKK gesteuerte Einrichtung, hier werden Aktionen für den 15. August geplant". Bei den Festgenommenen handele es sich um die BesucherInnen Nail Yurtsever, Ayten Atay sowie eine weitere Person, deren Name nicht bekannt ist. Die Polizei habe sich drei Stunden lang im MKM aufgehalten und sich ziemlich grob verhalten. Insbesondere bei der Durchsuchung der Frauen sei ein erniedrigendes Verhalten gezeigt worden. Auf Einspruch habe die Polizei davon abgesehen. Desweiteren seien mehrere Schlösser in der Einrichtung aufgebrochen worden, Zeitschriften und verschiedene Dokumente beschlagnahmt worden.

Ausserdem sind in Mersin die am 12. August bei einer Volksversammlung festgenommenen Vorstandsmitglieder Abdulkerim Yananer und Abdullah Okur verhaftet worden. Sie werden für verbotene Veröffentlichungen verantwortlich gemacht, die bei Razzien am 24. Mai in HADEP-Gebäuden beschlagnahmt worden waren. Die HADEP-Mitglieder Sakir Oral und Aydin Gezer, die ebenfalls bei der Versammlung festgenommen worden waren, befinden sich nach wie vor in Polizeigewahrsam.



15. August: Begeisterung überall

Hunderte von Menschen haben in Adana, Istanbul, Izmir und Van den 15. August gefeiert, an dem 1984 der bewaffnete Kampf der PKK begann.

In Istanbul-Beyoglu kamen ca. 500 Menschen zusammen, versperrten eine Strasse für den Verkehr und riefen Parolen für die PKK und den Vorsitzenden Abdullah Öcalan.

In Adana zündete eine Gruppe mit dem Namen "Serhildan-Jugend" an mehreren Orten Feuer an und feierte so den 15. August. Sie riefen die Parolen "Biji Serok Apo", "Biji PKK", "PKK ist das Volk und das Volk ist hier", " Der Botschafter des Friedens ist auf Imrali" und " Ob Krieg oder Frieden, wir sind bereit". Im Stadtviertel Denizli kam es zur Intervention der Polizei, die das ganze Viertel abriegelte.

Desweiteren kam im Stadtteil Barbaros eine Gruppe von Frauen und Kindern unter dem Namen "Adana Volks-Serhildan Initiative" zusammen, die die PJA lautstark grüsste und die Parolen rief: "Terörist Degiliz, PKK'liyiz - Wir sind keine Terroristen, wir sind von der PKK" und "Yasasin Özgür Kadin Hareketi - Es lebe die Freie Frauen-Bewegung".

(ÖP, 15.08., ISKU)

Bericht des IHD Diyarbakir für Juli 2001

Hundertprozentiger Anstieg der Menschenrechtsverletzungen

Der IHD Diyarbakir gab bekannt, dass es in den kurdischen Provinzen im Monat Juli einen hundertprozentigen Anstieg im Vergleich zum Vormonat der Menschenrechtsverletzungen gegeben hat. Die Rechtsverletzungen lägen "über der Norm der Jahreszeit", teilte der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins in Diyarbakir, Osman Baydemir, mit. Die Anzahl der in Kampfhandlungen Getöteten habe sich jedoch verringert. "Diese Verminderung haben wir mit Freude aufgenommen. Wir erwarten jedoch, dass diese Situation das Ergebnis einer bleibenden Politik wird."

Im Juli hätten sich 117 Personen mit Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen an den Verein gewendet, so Baydemir gestern auf einer Pressekonferenz. Er machte darauf aufmerksam, dass diese Daten genau im Gegensatz zum Erlass des Innenministeriums stehen, mit dem Folter verhinderte werden solle.

Menschenrechtsverletzungen laut IHD in Zahlen:

Tote in Kampfhandlungen:	1
Morde unbekannter Täter, ausserrechtliche Hinrichtungen:	5 Tote, 1 Verletzter
Minen:	1 Toter, 19 Verletzte
Festnahmen:	95
Folter und Misshandlung:	74
Verschwundene:	2
Verhaftungen:	41
Dorfentvölkerungen:	2
Lebensmittelembargos:	3
Im OHAL-Gebiet verbotene Zeitungen und Zeitschriften:	3 (insgesamt 29)
Gefängnisse:	3 Tote und 5 Selbstmorde

(ÖP, 15.08.:ISKU)

Meldungen

Selbstmorde in Batman

Aufgrund der in den letzten Jahren stark angestiegenen Selbstmordquote insbesondere von Frauen in Batman ist von zwei zivilgesellschaftlichen Organisationen das "Unterstützungsprojekt für gesellschaftliche Veränderung" gegründet worden. Untersuchungsergebnisse des Projektes haben ergeben, dass in Batman junge Männer ebenso stark von Depressionen betroffen sind wie Frauen. Wie die Sprecherin des Projektes, Ceylan Orhun, erklärte, seien im Rahmen des Projektes Daten für eine soziologische und psychologische Untersuchung gesammelt worden. In Gesprächen mit jungen Frauen habe sich herausgestellt, dass diese insbesondere frühe Verheiratung, Ausgehverbot, mangelndes Vertrauen in sich selbst sowie die Tatsache, dass sie zu keinem Thema um ihre Meinung gefragt werden, als grosse Ungerechtigkeit betrachten.

(ÖP, 11.8., ISKU)

Ali Dasayak verschwunden

Von dem Kurden Ali Dasayak, der aus Büren in die Türkei abgeschoben worden ist, gibt es keine Nachricht. Wie der Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V. bekannt gab, wurde Dasayak am 8.8 mit fast 50 weiteren Kurden und Kurdinnen von Düsseldorf aus abgeschoben. Auch seine Angehörigen wissen nichts über seinen Verbleib. Dasayak hatte 60 Tage mit einem Hungerstreik gegen seine Abschiebung Widerstand geleistet. Er ist Militärdienstverweigerer und wird in der Türkei als PKK-Sympathisant gesucht. Auch die Abschiebung von Erol Akbulut und Ismail Genc, die sich nach wie vor im Bürener Abschiebegefängnis befinden, sei zu befürchten.

(ÖP, 11.8., ISKU)

Vom Heimatdorf verstoßene Kurdin darf hier bleiben

Wenn eine kurdische Asylbewerberin massiv "Tradition und Ehrvorstellungen" ihres "frommkonservativen" Heimatdorfes verletzt hat und deshalb von ihren dortigen Angehörigen verstoßen wird, darf sie nicht aus Deutschland in ihre alte Heimat abgeschoben werden. Das hat jetzt das Verwaltungsgericht Bremen rechtskräftig im Falle einer 25-Jährigen entschieden. (Aktenzeichen: 2 K 2630/99.A) Die junge Frau hatte in einem türkisch-kurdischen Dorf nicht den von ihrer Familie vorbe-

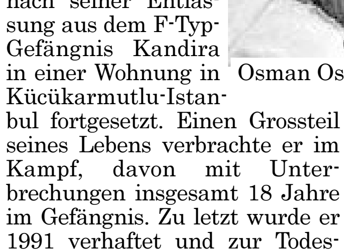
302. Tag des Todesfasten

Todesfasten forderte das 31. Menschenleben



Osman Osmanagaoglu

Im seit fast vier Jahreszeiten andauernden Todesfasten hat am 14.August Osman Osmanagaoglu (44) sein Leben verloren. Er gehörte zur ersten Gruppe der Todesfastenden und hatte die Aktion nach seiner Entlassung aus dem F-Typ-Gefängnis Kandira in einer Wohnung in Kücükarmutlu-Istanbul fortgesetzt. Einen Grossteil seines Lebens verbrachte er im Kampf, davon mit Unterbrechungen insgesamt 18 Jahre im Gefängnis. Zu letzt wurde er 1991 verhaftet und zur Todesstrafe verurteilt. Nach der Gefängnisoperation vom 19. Dezember kam er in das F-Typ-Gefängnis Kandira, von wo aus er im April ins Krankenhaus verlegt wurde. Er wurde mehrmals zwangsernährt. Vor einem Monat wurde Osman Osmanagaoglu mit einer Gruppe von weiteren AktivistInnen aus der Haft entlassen. Er starb am 299. Tag des Todesfastens.



Haftbefehl gegen Todesfastende Angehörige

Gegen die 18 jährige Ayfer Güler, die in einer Wohnung in Kücükarmutlu im Todesfasten steht ist ein Haftbefehl ausgesprochen worden. Sie ist seit 70 Tagen gemeinsam mit ihrer Schwester Arzu im Todesfasten. Den Haftbefehl wertet sie als Intervention gegen das Todesfasten. "Ich habe mit der Aktion begonnen, um diese Menschen zu unterstützen. Aber auch wenn ich hier sterbe, in diese Zellen gehe ich nicht." Die Polizei wartet immer noch an den Einfahrtsstrassen zum Viertel.

Haftbefehle nach Vatan-Razzia

Von den 13 Festgenommenen bei der Razzia im Büro der Zeitschrift Vatan in Istanbul-Sisli letzte Woche ist gegen den TAYAD-Generalsekretär Tekin Tangün, den verantwortlichen Vatan-Redakteur Metin Yavuz sowie den Korrespondenten Ercan Gökoglu Haftbefehl ausgesprochen worden, weil sie "das Todesfasten organisiert" hätten.

(ÖP, 13/15.08., ISKU)

8000 PKK - Gefangene ab dem 15. August im Hungerstreik

Die 8000 PKK-Gefangenen treten ab dem 15. August im Rahmen der Aktivitäten um den Weltfriedenstag am 1. September in Hungerstreik. Sie fordern vom Staat konkrete Schritte zu einem Dialog und bleibenden Frieden.

In einer schriftlichen Erklärung gaben Serdar Erdogan und Cetin Arkac im Namen aller PKK-Gefangenen bekannt, dass sie zwischen dem 15. und 31. August in grossen Gruppen in den Hungerstreik treten. In der Erklärung wird darauf aufmerksam gemacht, dass nach der Gefängnisoperation vom 19. Dezember die Isolation, Vereinsamung und Angriffe auf politisch-kulturelle Identität in den Gefängnissen angestiegen seien.

Die PKK-Gefangenen fordern, dass die seit drei Jahren andauernden schweren Isolationsbedingungen des PKK-Vorsitzenden aufgehoben, die Rechte aller Gefangenen auch für Öcalan geltend gemacht und einige PKK-Gefangene zu ihm verlegt werden. Der Staat müsse Schritte unternehmen für einen Dialog und bleibenden Frieden. Die weiteren Forderung werden folgendermassen aufgelistet: "Eine demokratische Verfassung, die die kurdische Identität anerkennt; eine Generalamnestie, die dem inneren Frieden dient; die Beendigung aller Operationen und der Repression und antidemokratischen Vorgehensweise gegen demokratische Einrichtungen...."

Ausserdem forderten die PKK-Gefangenen die demokratische, patriotische und internationale Öffentlichkeit zur Solidarität auf.

(ÖP, 13.8, ISKU)

Geheimdienstbericht zur PKK

Auf die Ansprache des ANAP-Vorsitzenden Mesut Yilmaz auf dem Parteikongress, in der er das Thema Nationale Sicherheit als schwerwiegendstes Hindernis in der Entwicklung der Türkei ausgemacht hatte, hatte der Generalstab eine scharfe Antwort gegeben, mit der jegliche demokratischen Tendenzen ausgelöscht und die politischen Parteien und das Parlament für unerheblich erklärt wurden. Mit dem am 9. August der Öffentlichkeit präsentierten "Geheimdienstbericht" strebt der Generalstab an, die Politik in eine bestimmte Richtung zu lenken und die in der Diskussion um "Nationale Sicherheit" verlorenen Punkte zurückzugewinnen.

So wird in dem Bericht behauptet, die PKK hätte ihre militärische Kraft verloren, sei jedoch in politischer Hinsicht durchstrukturiert. Der aufmerksamkeitserregendste Teil betrifft die Anprangerung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien.

"Die PKK besitzt Einfluss auf 400 Einrichtungen", so heisst es in dem Bericht. Genannt werden als PKK-Unterstützer u.a. das Mesopotamische Kulturzentrum (MKM), der Verein Freier Frauen (Özgür Kadin Dernegi), das Kulturhaus kurdischer Frauen Jiyan (Jiyan Kürt Kadin Kültürevi), der Arbeitgeberverein Südost (Güneydogu Isadamlari Dernegi) sowie der Verein Angehöriger von Gefangenen (Tutuklu Yakinlari Dernegi).

Weiter wird in dem Bericht festgehalten, die PKK übe Propagandatätigkeiten über gewisse Medien aus. Mit der Aussage, "Die Grundlage der Wirtschaftskrise in der Türkei liegt in dem seit Jahren andauernden Krieg und der auf diesen Krieg gestützten Schwarzmarktwirtschaft" wird die von kurdischen Kreisen hervorgebrachte Auffassung verdreht. Weiter heisst es: "Die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fragen und Probleme in der Türkei tragen zur Stärkung der PKK bei."

Auch die HADEP wird in dem Bericht der Unterstützung der PKK bezichtigt. Ausser- und innerhalb der Türkei sind es laut Bericht 51 Radio- und 20 Fernsehsender, 8 Zeitungen, 15 Zeitschriften, 6 Nachrichtenzentralen und 3 Medienherausgeber, die Unterstützung und Propaganda für die PKK betreiben.

Nach Meinung des Berichts ist die PKK besonders in Europa im Besitz einer breiten Struktur. Vor allem in Belgien, Deutschland und Frankreich sei die PKK organisiert. Die in Europa befindlichen Institutionen werden "nach ihrer Arbeit und Grösse" folgendermassen aufgeführt: "1 Konföderation, 8 Föderationen, 11 Organisationsfrontzentren, 25 Kulturzentren, 125 Unterorganisationen, 20 Kurdistankomitees, 3 Institute, 23 Sportclubs."

(ÖP, 10.8., ISKU)

stimmten, sondern einen anderen Mann geheiratet.

Beide flüchteten 1994 nach Deutschland. Hier ließ sie sich kürzlich gegen seinen Willen scheiden. Weil mittlerweile ihr Asylantrag gescheitert war, drohte die Abschiebung.

(FR, 13.8., ISKU)

HADEP bereitet 1. September vor

HADEP bereitet eine landesweite Friedensdemonstration am Weltfriedenstag, dem 1. September, in Ankara vor. Wie Parteiratsmitglied Ismail Göldas erklärte, werde die Demonstration "Symbol eines zivilen Aufbruchs" darstellen. Einer der Hauptgründe für die Aktion in Ankara sei die Notwendigkeit, einer verknöcherten Partei wie der MHP eine Antwort zu geben. Dabei werden nicht nur die Rechte der Kurden und Kurdinnen zur Sprache gebracht werden, sondern auch die der ArbeiterInnen und BäuerInnen. Die Demonstration werde auch ein Ausdruck gegen die Dervis-Politik sein, die ein Unrecht an den ArbeiterInnen darstelle, so Göldas. In den letzten zwei Jahren ohne Krieg seien keinerlei konkreten Schritte gesetzt worden. Am 1. September beginne ein neuer rechtlicher, ziviler Kampf. *(ÖP, 8.8., ISKU)*

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
FR=Frankfurter Rundschau

Termine

9. Internationales Festival

Am 1. September veranstaltet die Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland (YEK-KOM) im Müngersdorfer Stadion in Köln ein großes Friedensfestival.

1. September 2001
Müngersdorfer Stadion
Köln

Benefizkonzert "Techno gegen Abschiebung" mit Marusha

Die Einnahmen werden einer kurdischen Familie im Kirchenasyl zugute kommen.

25. August, ab 21.30 Uhr
Alter Schlachthof Dresden

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 18
24. August 2001

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Vorbereitung auf den Friedensmarsch in der letzten Phase

1. September: Von Amed nach Ankara für Frieden und Demokratie

Die Vorbereitungen auf die von HADEP, ÖDP, KESK, IHD, der Demokratieplattform Diyarbakir und vielen weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Anlass des Weltfriedenstages am 1. September organisierte Demonstration dauern mit ganzer Intensivität an. In vielen Städten werden in den Stadtvierteln Volksversammlungen abgehalten. Gegen Ende des Monats werden die beteiligten Parteien, Gewerkschaften und demokratischen Massenorganisationen eine gemeinsame Pressekonferenz geben, in der sie der Öffentlichkeit ihre Ziele mitteilen werden.

Wir unterstützen den Friedensmarsch

Angesichts des geplanten Friedensmarsches von Amed nach Ankara am Weltfriedenstag 1. September hat Murat Karayilan als Mitglied des PKK-Präsidialrates erklärt: "Es ist die richtige Entscheidung und wir als Partei unterstützen diese Initiative. Wenn die Staatsvertreter die Aktion nicht behindern und eine Anwort darauf geben, wird sich die Atmosphäre merklich verbessern."

Karayilan wertete in einem Beitrag zur Sendung "Rews" neben dem geplanten Friedensmarsch eine Reihe weiterer Themen aus. Er wies darauf hin, dass die Entscheidung für die Aktion im Rahmen des Weltfriedenstages nicht von der Partei getroffen worden sei.

"Allerdings ist es eine richtige Entscheidung, die wir als Partei unterstützen. Der Marsch unseres Volkes nach Ankara ist ein wichtiger Schritt. Wenn die Staatsvertreter die Aktion nicht behindern und eine Antwort darauf geben, wird sich die Atmosphäre merklich verbessern. Im Anschluss daran müssen Zeichen auf eine Veränderung der Mentalität gegeben werden.



Am "Musa-Anter-Friedenszug" von Brüssel nach Amed beteiligten sich 1997 hunderte AktivistInnen aus Europa und zehntausende KurdInnen. Die Aktion war trotz der Behinderung durch die türkische und deutsche Regierung ein deutlichen Zeichen für das Ende des Krieges (Foto: ISKU)

Die Quelle aller Probleme ist die Verleugnungspolitik. Wenn diese ein Ende findet, kann auch die Guerilla nach Ankara marschieren.

Wenn diesem Marsch Wert beigemessen wird, ihm keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, können von unserer Seite aus noch gewichtigere Friedensschritte gesetzt werden."

Weiter forderte Karayilan: "Die im Geist des 15. August begonnenen Aktivitäten müssen bis zum kommenden Newroz verstärkt werden." Am 1. September müsse das türkische Volk ebensoviel Einsatz für den Frieden zeigen wie das kurdische. "Der Frieden in Kurdistan und der Türkei geht nicht nicht nur die Kurden etwas an. Dieses Problem ist auch das Problem der Türkei und des türkischen Volkes. Denn wenn der Frieden nicht gesichert wird, werden es nicht nur die Kurden sein, die darunter leiden werden. Ebenso sehr wird es Schaden für das türkische Volk und die Völker der Region bedeuten."

Karayilan erinnerte auch an den am 31. August bevorstehenden Prozess des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof: "Die Besetzung Kurdistans war international, auch die Lösung muss international sein. Im internationalen Rahmen muss die kurdische Frage auf die Tagesordnung Europas und der ganzen Welt gebracht werden. Wir müssen aus dem Prozess vor dem EuMRGh den Anfangspunkt für die Lösung machen."

Abdullah Öcalan erklärte in einem Gespräch mit seinen AnwältInnen, der 1. September könne der Beginn wichtiger Entwicklungen sein. "Es reicht nicht, nur Kundgebungen und Demonstrationen zu machen. Wichtig ist es, für eine demokratische, geschwisterliche Lösung der historischen kurdischen Frage einen verständlichen Dialog beginnen zu lassen. Dieser 1. September muss ein Kilometerstein in der Lösung sein."

(ÖP, 17./19./22.8., ISKU)

Repression gegen HADEP

Bei einer Polizeirazzia auf Beschluss der Staatsanwaltschaft im HADEP-Gebäude in Bingöl sind neun Vorstandsmitglieder festgenommen und eine Reihe von Dokumenten beschlagnahmt worden. In der Begründung der Staatsanwaltschaft heisst es, die HADEP habe Einladungen für den Weltfriedenstag am 1. September verteilt. Bei der dreistündigen Durchsuchung wurden das Archiv und andere Gegenstände verwüstet.

Haydar Öztürk, der in Agri aus Anlass des Weltfriedenstages im Namen der HADEP arbeitet, ist von der Polizei festgenommen und mit dem Tod bedroht worden. Ihm wurde vorgeworfen, "im Namen der PKK Aktivitäten durchzuführen". Im Verhör sagte ein Komissar zu ihm: "Du machst hier Kurdisch-Propaganda, hältst Ansprachen für die PKK. Diese Informationen haben wir von den Spezialeinheit. Ihr sprecht von Frieden, was für ein Frieden soll das sein. Was ist schon passiert, dass plötzlich Frieden sein soll."

Im Kreis Yenisehir bei Bursa sind vier HADEP-Mitglieder wegen "Propaganda und Geldsammlung für die PKK" verhaftet worden. Auf eine Anzeige hin war eine Razzia in 20 Zelten durchgeführt worden, in denen SaisonarbeiterInnen wohnen. Von sieben Festgenommenen wurde gegen vier Haftbefehl ausgesprochen.

(ÖP, 19./21.8., ISKU)

Meldungen

Freilassung der vier DEP`ler gefordert

Der Anwalt von Hatip Dicle, Selim Sadak, Orhan Dogan und Leyla Zana hat sich mit der Entscheidung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes an das Premierministeramt gewandt und die sofortige Freilassung der vier Abgeordneten der verbotenen Demokratie-Partei (DEP), die seit Jahren im Gefängnis in Ankara inhaftiert sind, gefordert. Wie der Rechtsanwalt Yusuf Alatas erklärte, hoffe er auf eine Antwort innerhalb der nächsten Woche. Die Türkei habe gar keine andere Wahl, als dem Entscheid des EuMRGh zu folgen und die ehemaligen Abgeordneten freizulassen. *(ÖP, 18.8., ISKU)*

Kriminalisierung der Identitätskampagne

Am 20. August durchsuchten Polizei und Staatsanwaltschaft auf Beschluss des Amtsgerichts Hamburg, das Volkhaus der Türkei e.V. im Zuge eines Ermittlungsverfahrens wegen Verstoß gegen das Vereinsgestz gegen ein Vorstandsmitglied des Kurdistan Volkshaus e.V.. Die Polizei beschlagnahmte Computer und Disketten und nahm drei Anwesende vorübergehend in Gewahrsam. Anlass der Staatsaktion ist die Identitätskampagne. Am 30. Juni demonstrierten in Hamburg rund 4000 Menschen gegen das PKK-Verbot und für die Anerkennung der kurdischen Identität. Am 2. Juli übergab eine Delegation der Hamburger Justizbehörde die Unterschriften von 2.168 Menschen, die sich bezichtigen, Mitglied der PKK zu. Gegen die Teilnehmer der Delegation und der Kundgebung wurden Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz angestrengt, so auch gegen das Vorstandsmitglied des Vereins weil er diese Aktivitäten angemeldet und so gegen das Vereinsgesetz verstoßen habe. *(ISKU, 23.8.)*

Syrische Baath-Partei verhandelt mit Kurden

Ein historisches Treffen: Die syrische Baath-Partei hat erstmals sei ihrer Machtübernahme 1963 Angehörige der kurdischen Minderheit zu einem Gespräch empfangen. Während der einstündigen Unterredung wurden die Mitglieder der "Demokratischen Kurdischen Allianz" aufgefordert, ihre Forderungen schriftlich zu formulieren. Bei

309. Tag des Todesfastens

Opfer der Operation vor Gericht

Vom Strafgericht Üsküdar sind die Aussagen der Gefangenen im F-Typ-Gefängnis Kandira eingeholt worden, gegen die wegen "Aufstand und Besitz von explosivem Material" zum Zeitpunkt der Gefängnisoperation "Rückkehr zum Leben" ein Verfahren eröffnet worden ist, in dem die Todesstrafe gefordert wird. Von 168 Gefangenen wurden 19 am 20.August unter Sicherheitsvorkehrungen vor Gericht gebracht. Aus Protest gegen ihre Haftbedingungen erschienen die Gefangenen barfuss vor dem Richter. Sie wiesen die Anklage zurück und forderten die Verurteilung der Verantwortlichen für die Operation.

Küçükarmutlu weiter unter Blockade

Die Spannung im Istanbuler Stadtteil Kücükarmutlu, dauert an. Ein- und Ausfahrt in das Viertel sind verboten. Neben Panzern stehen Feuerwehrwagen und Ambulanzen bereit. Am 16. August wurde Yildiz Gemicioglu die sich am 301. Tag Ihres Todesfasten befand in einer von der Polizei organisierten Organisation aus dem Haus in Kücükarmutlu entführt, in ein Krankenhaus gebracht und zwangsernährt. Die Gefangenenangehörigenorganisation TAYAD betonte, Yildiz Gemicioglu sei nicht von ihrer Familie, sondern von der Polizei entführt worden. In Zürich wurde unterdessen aus Protest gegen die Besetzung von Kücükarmutlu durch die Polizei für ein paar Stunden die Parteizentrale der Sozialdemokraten besetzt.

Solidaritätshungerstreiks in Europa

In Wien hat am 4. und in Frankfurt am 11. August ein 45 tägiger Hungerstreik begonnen. In der JVA Lübeck befindet sich Rainer Dittrich mit Unterbrechungen wegen seines schlechten Gesundheitszustand seit 300 Tagen in einem Solidaritätshungerstreik. In der JVA Butzbach ist Inan Altun seit dem 15. August und in der JVA Aachen Erdogan Cakir seit dem 20. August in einem unbefristeten Hungerstreik. Ilhan Yelkuvan führt in der JVA Fuhlsbüttel einen 20 tägigen Solidaritätshungerstreik durch. In Zürich befindet sich Cemile Ayyildiz seit 44 Tagen im unbefristeten Hungerstreik vor der St. Jakob Kirche.

Juristendelegation

Für Mitte September plant die Initiative "RechtsanwältInnen und JuristInnen gegen Folter und den Tod durch F-Typ-Zellen", eine Delegation in die Türkei zu schicken. Damit solle in den europäischen Ländern das Schweigen über die Zustände in den türkischen Gefängnissen gebrochen werden. "Die demokratischen Institutionen in der Türkei haben immer wieder bekräftigt, daß die Isolationszellen abgeschafft werden müssen, um den Gefangenen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Solange die europäische Öffentlichkeit jedoch schweigt, sieht sich die Regierung gestärkt, und es wird weitere Tote geben", heißt es in dem Aufruf der Delegation, die mittlerweile von zahlreichen Rechtsanwälten und Juristen unterstützt wird. Es sind Besuche bei türkischen Menschenrechtsvereinen, Gefangenenkomitees, Politikern und Juristen vorgesehen.

Anmeldungen für die Juristendelegation:
Telefon: 0175/78 777 40,
Mail: ra_initiative@hotmail.com

(ÖP, 18.-21.8., jW, 23.8., ISKU)



Hamburger Solidaritätsdemonstration mit den Gefangnenen im Todesfasten (Foto: ISKU)

"Wir fordern die sofortige Erfüllung der menschlichen und demokratischen Forderungen unserer Kinder in den Gefängnissen"

Angehörige der PKK-Gefangenen im Solidaritätshungerstreik

Zur Unterstützung des Hungerstreiks aller PKK-Gefangenen, der bis zum ersten September andauern wird, haben Angehörige in Adana und Antep einen jeweils viertägigen Hungerstreik im Wechsel begonnen.

An dem Hungerstreik im HADEP-Gebäude im Kreis Seyhan, der am 19.August begann, beteiligen sich 20 Personen. Afife Semdinoglu gab vor Beginn der Aktion eine Erklärung an die Medien ab, in der sie eine Neuregelung der Haftbedingungen unter Berücksichtigung der Menschenwürde forderte. "Wir fordern die sofortige Erfüllung der menschlichen und demokratischen Forderungen unserer Kinder in den Gefängnissen. Wir glauben daran, dass ihre Forderungen der gesellschaftlichen Veränderung, der Geschwisterlichkeit und Demokratie dienen."

In Diyarbakir sind 15 Gefangenenmütter, die in der ÖDP-Zentrale (Freiheits- und Solidaritätspartei) einen Hungerstreik machen wollten, um ihren Forderungen nach einem Dialog für einen dauerhaften Frieden und der Anerkennung kurdischer Identität Ausdruck zu verleihen, von der vom ÖDP-Vorstand informierten Polizei mit Gewalt festgenommen worden. Am nächsten Tag kamen sie frei. Ihre Forderungen sind: "Demokratische Änderung der Verfassung einschliesslich Anerkennung der kurdischen Identität; Beendigung der militärischen Operationen im In- und Ausland; Beendigung der Repression gegen demokratische Einrichtungen; Ausrufung einer unterschiedslosen Generalamnestie; Gewährleistung eines Dialoges für einen dauerhaften Frieden."

Die Angehörigen der Gefangenen im Spezialtyp-Gefängnis in Gaziantep haben im HADEP-Gebäude einen Hungerstreik begonnen. Auf einer Pressekonferenz forderte Meryem Sevilen Budak die Aufhebung der Isolationshaftbedingungen auf Imrali sowie konkrete Schritte zur Demokratischen Republik vor dem 1. September.

Der einen Monat lang andauernde Hungerstreik werde in Gruppen jeweils dreitägig von insgesamt 300 Gefangenenangehörigen durchgeführt werden.

In Mersin hat eine 15-köpfige Gruppe im HADEP-Gebäude einen unbefristeten, jeweils in Gruppen für drei Tage durchgeführten Hungerstreik begonnen. Im Namen der Gefangenenfamilien-Initiative erklärte Seyhan Alacatay gegenüber der Presse, für sie als Angehörige hätten auf dem Weg zur Vereinigung mit der EU zeitgenössische, multikulturelle und universelle rechtliche Normen Gültigkeit. Sie sehnten sich nach einem Leben, in dem Menschenrechte und Freiheiten geachtet seien, die Behinderungen der Gedankenfreiheit aufgehoben und die Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung überwunden sei. Um diese Sehnsucht Wirklichkeit werden zu lassen, bestehe Bedarf an gesellschaftlicher Ruhe und Frieden, so Alacatay. Aus diesem Grund dürfe Kämpfen, Polarisierungen und Spannungen, die der gesellschaftlichen Struktur Schaden zufügten, keine Gelegenheit gegeben werden.

(ÖP, 21/22.8., ISKU)

dem Treffen mit den Baath-Vertretern pochten sie auch auf demokratischere Strukturen in Syrien und eine Freilassung aller politischen Gefangenen.

(nz, 22.8., ISKU)

Amnesty prangert Folter in der Türkei an

Rund 1000 Unterschriften gegen Folter in der Türkei sind bei der diesjährigen "Internationalen Radtour für Menschenrechte" von Amnesty International gesammelt worden. Die Annahme der Papierrolle mit den Unterschriften wurde am 21.8.2001 von der türkischen Botschaft in Berlin verweigert.

(taz, 22.8., ISKU)

Neues Parteiverbot droht

Nur eine Woche nach ihrer Gründung droht der islamistische "Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung" ein Verbotsverfahren. Der türkische Oberstaatsanwalt Sabih Kanadoglu hat einen Antrag auf Verwarnung gegen die Partei eingeleitet, da diese zum "symbolischen Widerstand gegen die laizistische Staatsordnung" der Türkei aufrufe. Wird die Verwarnung ausgesprochen, droht ein Verbotsverfahren.

(BZ, 23.8., ISKU)

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
nz = Netzeitung.de
jW=junge Welt
BZ=Basler Zeitung

Termine

9. Internationales Festival

Am 1. September veranstaltet die Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland (YEK-KOM) im Müngersdorfer Stadion in Köln ein großes Friedensfestival.

1. September 2001
Müngersdorfer Stadion
Köln

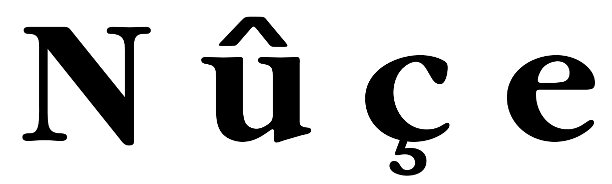
Gedenkveranstaltung für Yilmaz Güney

Am 8. September findet im Audimax der Uni Hamburg (Von-Melle-Park) eine Gedenkveranstaltung für den türkischen Filmemacher Yilmaz Güney statt.
Beginn ist 17.00 Uhr.

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 19
31. August 2001





Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Trotz Verbot der Demonstration in Ankara wird am 1. September in der Türkei und Kurdistan für den Frieden demonstriert

"Hand in Hand für den Frieden"

Die von der HADEP aus Anlass des Weltfriedenstages am 1. September in Ankara geplante Demonstration unter dem Motto "Hand in Hand für den Frieden" ist vom Vali (Bezirksgouverneur) verboten worden. Die jeder Grundlage entbehrende Begründung lautet, die Veranstaltung sei "dazu geeignet, die öffentliche Ordnung ernsthaft zu stören" und könne "zu unerwünschten Vorfällen Anlass geben".

Auch Innenminister R. Kazim Yücelen kündigte das Verbot der Demonstration in einem Erlass mit parallelen Begründungen an. Die HADEP hat sich daraufhin an das Verwaltungsgericht gewendet, um eine Aufhebung des Verbots zu erreichen. Hinter dem Verbot scheint die Tatsache zu stehen, dass am 30. August die "Siegesfeier" (Anm.: Feiertag der Republikgründung) mit Militäraufmärschen stattfindet und die Friedensveranstaltung der HADEP mit 300 000 Beteiligten direkt im Anschluss als die Hauptveranstaltung erscheinen würde. Wie bekannt wurde, haben aus diesem Grund hochrangige Staatsvertreter über das Thema beraten und entschieden, dass die Demonstrationen städteweise erlaubt werden.



HADEP entschlossen
Aufgrund der Entwicklungen kam gestern der HADEP-Vorstandsausschuss zusammen. Auf der Versammlung wurde beschlossen, am Weltfriedenstag mit der notwendigen Entschlossenheit eindrucksvolle Friedensveranstaltungen an allen Orten der Türkei vorzubereiten.

Festnahmen von FriedensaktivistInnen
Bei einer Razzia im HADEP-Gebäude und im Büro der Wochenzeitung YEDINCI GÜNDEM in Urfa sind am 28. August sieben Personen festgenommen worden. Als Begründung wurden die von der HADEP erstellten Friedensplakate genannt. In Amed sind von 50 HADEPlern bei Stadtteilarbeiten zehn festgenommen worden.
In Mersin hat der Vali das Aufhängen der Demonstrationsplakate verboten. In Bingöl wurde das HADEP-Gebäude diese Woche zum zweiten Mal von der Polizei überfallen und auch in Batman wurden Vorstandsmitglieder bei einer Razzia im HADEP-Gebäude festgenommen.
In mehreren HADEP-Gebäuden in Adana sind Razzien durchgeführt worden, bei denen Vorstandsmitglieder festgenommen worden sind. Desweiteren wurden Bücher, Zeitungen und Zeitschriften beschlagnahmt. Von den Hungerstreikenden im HADEP-Gebäude wurden die Personalien festgestellt.
In Van versucht die Polizei, von der HADEP organisierte Stadtteilversammlungen zur Vorbereitung der Demonstration in Ankara am Weltfriedenstag zu behindern. So werden beispielsweise an den Veranstaltungsorten von Polizeifahrzeugen aus lautstark osmanische Märsche abgespielt oder die Sirenen eingeschaltet.
(ÖP, 24./27./29.8., ISKU)

Menschenrechtsverletzungen im ersten Halbjahr 2001

"Folter ist nach wie vor verbreitet und systematisch"

Auf einer Pressekonferenz in der IHD-Zentrale in Ankara wurde der Menschenrechtsbericht für die ersten sechs Monate des Jahres 2001 im Vergleich zu den Vorjahren vorgestellt. Nach Aussage des IHD-Vorsitzenden Hüsnü Öndül ist Folter in der Türkei nach wie vor verbreitet und systematisch. "Das System mit seiner gesetzlichen, juristischen und Verwaltungspraxis hat sich nicht verändert. Die Regierung muss endlich den Willen zeigen, menschenrechtliche und demokratische Standards zu erreichen."
Wie Öndül erklärte, seien es vor allem zwei Ereignisse gewesen, die die erste Hälfte des Jahres 2001 geprägt haben: zum einen die Nachwirkungen der Gefängnisoperation vom 19. Dezember 2000 und die Inbetriebnahme der F-Typ-Gefängnisse, zum anderen die am 19. Februar beginnende Wirtschaftskrise. Nach offiziellen Angaben würden in der Türkei jährlich im Durchschnitt 300 000 Personen festgenommen. Die vom IHD erstellten Daten würden diese Zahl jedoch bei weitem übertreffen.

Menschenrechtsverletzungen in den ersten sechs Monaten 2001 im Vergleich zu den Vorjahren: 1999, 2000, 2001
Morde unbekannter Täter: 130, 73, **78**
Ausserrechtliche Vollstreckungen, Todesfälle in Gewahrsam und mutmasslich durch Folter: 109, 102, **31**
Tote in Kampfhandlungen: 583, 87, **72**
Aktionen gegen Zivilisten (Tote/Verletzte): 69/103, 35/55, **29/36**
Verschwundene: 12, 6, **4**
Folter und Misshandlungsfälle: 334, 263, **435**
Gefangene wegen Gedankenschuld: 122, 125, **95**

(ÖP, 24.8., ISKU)

Meldungen

EuMGh-Prozess Öcalans erneut verschoben
Der für den 31. August geplante Prozess des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EuMRGh) ist ein weiteres Mal auf Antrag seiner AnwältInnen auf den 28. September verschoben worden.
Als eine der AnwältInnen erklärte Hatice Korkut, die Vertagung sei beantragt worden, weil die Vorbereitung der Verteidigung weiter auf Hindernisse stosse. Es sei möglich, dass eine weitere Vertagung beantragt werde. Noch immer sei nicht die gesamte Eingabe Öcalans von der Gefängnisverwaltung an die AnwältInnen weitergeleitet worden, so Korkut. Für die Vorbereitung der Verteidigung sei es wöchentlich nur einmal möglich, mit ihrem Mandanten zusammenzutreffen, manchmal sei der Zeitabstand noch grösser. Diese Treffen seien völlig unzureichend für einen Informationsaustausch.
(ÖP, 29.8., ISKU)

Militäroperation in Haftanin
Die türkische Armee hat am 25. August eine umfassende Operation gegen die Volksverteidigungskräfte (HPG) am Haftanin Berg in Südkurdistan gestartet. Am ersten Tag der Operation fanden intensive Kampfhandlungen statt, in dessen Verlauf es grosse Verluste auf Seiten des türkischen Militärs gegeben hat. Wie die HPG-Pressestelle vermeldete, gab es bei der Guerilla keine Verluste.
(ÖP, 28.8., ISKU)

Friedensmütter festgenommen
Mitglieder der Friedensmütterinitiative, die aus Anlass des Weltfriedenstages in Istanbul eine Presseerklärung abgeben wollten, um sofortige Schritte für den Frieden zu fordern, sind festgenommen worden. Ca. 100 Mütter hatten sich mittags mit Luftballons in den Händen auf der Istiklal Caddesi versammelt. Sie wurden zunächst eingekesselt. Als die Polizei gegen sie einen Angriff startete, riefen die Mütter Parolen auf kurdisch. 50 Friedensmütter wurden festgenommen.
(ÖP, 27.8., ISKU)

"Das Kurdische ist allenfalls ein Dialekt"
Die rechtsgerichtete türkische Regierungspartei MHP lehnt die Forderung der EU nach Sprachfreiheit für die Kurden ab und verlangt stattdessen

316. Tag des Todesfastens

Todesfastende überfallen

Ali Kara und Sükran Sahini sind am 26. August von ihren Familien aus der Wohnung in Izmir entführt worden, in der sie sich im Todesfasten befanden. Sie sind in ihre Heimatorte Tokat und Yozgatli gebracht worden.
Die Polizei hatte zuvor Kontakt zu den Familien der beiden aufgenommen, die am 2. August das Todesfasten in einer Wohnung begonnen hatten. Am 26. August überfiel eine Gruppe von mit Knüppeln bewaffneten Angehörigen der Familie Kara die Wohnung. Sie wurden zunächst von Mitgliedern der Solidaritätsorganisation TAYAD aufgehalten. Schliesslich gelang es jedoch dem Vater von Ali Kara, seinen halb bewusstlosen Sohn mitzunehmen.
Später riefen die Angehörigen Karas die Familie der Todesfastenden Sükran Sahin an und forderten sie auf, auch ihre Tochter aus der Wohnung zu holen. Daraufhin wurde auch Sükran Sahin von einer Gruppe von Verwandten entführt und in ihren Heimatort Yozgatli gebracht.

Todesfasten in Sincan wird fortgesetzt

Ali Suat Ertosun, Generaldirektor der Straf- und Vollzugsanstalten im Justizministerium hatte am 25.8. erklärt, im F-Typ-Gefängnis Sincan hätten 67 Gefangene das Todesfasten abgebrochen, 28 Personen würden die Aktion fortsetzen. Darauf reagierte TAYAD mit einer schriftlichen Stellungnahme, in der es heisst: "Bei den 67 Gefangenen, von denen behauptet wird, sie hätten den Widerstand aufgegeben, handelt es sich um Menschen, die zur Unterstützung des Todesfastens in festgesetzten Zeitabständen Hungerstreiks durchführen. Es wird behauptet, sie hätten aufgegeben, jedoch haben sie für einen bestimmten Zeitraum unterbrochen. Die Erklärung Ertosuns verfolgt den Zweck, die Öffentlichkeit irrezuführen. Schon früher wurden die gleichen Methoden angewandt, um eine Verwirrung zu schaffen. Allerdings haben die bis heute über 100 gesundheitlich schwerst Geschädigten und 62 Toten gezeigt, dass dieser Widerstand nicht mit Demagogie und Lügen zu beenden sein wird."
Besucht und unterstützt die Hungerstreikenden in Köln auf der Domplatte, wo der 45- tägige Solidaritätshungerstreik bis zum 11.9. fortgesetzt werden soll!

(ÖP, 27./28.8., ISKU)

6. Nationalkonferenz der PKK in Südkurdistan abgeschlossen

Zwischen dem 5. und 22. August hat in Südkurdistan die 6. Nationalkonferenz der PKK unter Beteiligung von 136 Delegierten und einer Vielzahl von Guerillakräften als ZuhörerInnen stattgefunden
Von den Mitgliedern des PKK-Präsidialrats nahmen an der Konferenz Duran Kalkan, Osman Öcalan, Nizamettin Tas, Murat Karayilan, Nuriye Kespir und Gülizar Tural teil.

Über hundert Beschlüsse

Auf der Konferenz gab es 17 Tagesordnungspunkte. Neben den Punkten Kultur, Kunst, Medien, internationale Beziehungen und nationale Einheit kam auch die Arbeit der Volksbewegung zur Sprache. Die Diskussionen waren stark geprägt von der Eingabe des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EuMRGh).

'Die Rolle der Guerilla ist strategisch'

Beendet wurde die Konferenz am 22. August mit der Abschlussrede des PKK-Präsidialratsmitglieds Osman Öcalan. Öcalan wertete dabei die drei Monate dauernde Konferenzvorbereitung als "organisatorische Offensive". An der Vorbereitungsarbeit seien über tausend Kader an verschiedenen Orten beteiligt gewesen. "Mit dieser Arbeit sind die schwachen Seiten zu Tage getreten, die keine Antwort auf den momentanen Prozess geben können. Diese Probleme wurden offen gemacht und Antworten darauf gefunden".
Zur Beziehung zwischen dem politischen Serhildan und der Guerilla sagte Öcalan: "Eine grundlegende Eigenschaft unserer Serhildans ist der Bedarf nach dem Schutz durch die Guerilla. Die neue Phase entwickelt sich durch die Garantie und Unterstützung der Guerilla. Auf dieser Basis ist die Rolle der Guerilla strategisch."

Serhildan für den Sieg

Nach Beendigung der 6. PKK-Nationalkonferenz veröffentlichte der Parteirat ein Schreiben über die Ergebnisse.
Darin heisst es: "Frieden, Demokratie und freie Einheit werden mit politischen Serhildans verwirklicht werden. Auf der 6. Konferenz unserer Partei ist eine Organisations- und Aktionslinie für eine Veränderung und demokratische Entwicklung festgelegt worden. Die politische Situation habe Veränderung und Wandel zwingend erforderlich gemacht, wofür wiederum ein von den breiten Volksmassen ausgeführter Serhildan notwendig sei.
"In der erreichten Etappe ist das kurdische Volk damit konfrontiert, die Führungsrolle in der demokratischen Entwicklung einzunehmen, die ihnen in der Türkei und den anderen Ländern der Region die Freiheit einbringen wird."

(ÖP, 28. 8., ISKU)

Despotismus gegen zivilen Ungehorsam

Mitglieder des Staatssicherheitsgerichts, Geheimdienst- und Polizeiangehörige bekommen neuerdings Unterricht zum Thema "ziviler Ungehorsam", welches zu einem der wichtigen Politikmomente der PKK in der letzten Zeit gehört.
Die Eingangslektion trug den Namen "Seminar zu Zivilem Ungehorsam". Auffallend war dabei besonders, dass das Seminar ausschliesslich von dem MHP-Gründer Alpaslan Türkes nahestehenden Fachleuten der Sozialpsychiatrie ausgerichtet wurde. In den Seminaren, auf denen der Begriff "Ungehorsam" erläutert wurde, wurde betont, dass in Zukunft anstelle 'bewaffneter Aufstände' Aktionen des zivilen Ungehorsams in den Vordergrund treten werden. Die Professoren informierten über die Themen "Demonstrationsfreiheit der Bevölkerung", "Zum Beginn des Ungehorsams des Individuums in der Kindheit und der Entwicklung in Familie und Gesellschaft", "Ziele und Taktiken unbewaffneter Angriffe" und "Organisationen und Taktiken des Ungehorsams". Den Teilnehmenden wurden Informationen über zu ergreifende Massnahmen gegen potentielle, als "Angriffe" definierte unbewaffnete Aktionen vermittelt.
An dem ca. drei Stunden dauernden Seminar nahm die gesamte Belegschaft des Staatssicherheitsgerichtes (DGM) Ankara teil, ausserdem MIT-Vertreter, Angehörige des Geheimdienstes der Polizei, der Chef der Antiterror-Abteilung sowie der Abteilung Sicherheit und Beamte des Polizeipräsidiums Ankara.

(ÖP, 25. 8., ISKU)

eine stärkere Rolle der türkischen Sprache im Land. Die Anforderungen der EU in diesem Bereich würden der "kulturellen Spaltung" der Türkei Tür und Tor öffnen, sagte der MHP-Abgeordnete Müjdat Kayayerli. Das Kurdische könne in der Türkei allenfalls als Dialekt gelten . *(DO, 29.8., ISKU)*

Hungerstreik in Büren

Der Kurde Erol Akbulut befindet sich seit 74 Tagen in dem Abschiebegefängnis Büren im Hungerstreik. Ali Dayasak wurde nach 60 Tagen Hungerstreik am 8. August in die Türkei abgeschoben. (siehe Nuce 16/17) Ismail Genc hat seinen Hungerstreik in der Zwischenzeit abgebrochen. Erol Akbuluts Gesundheitszustand ist desolat. Die medizinische Abteilung der JVA Büren teilte ihm daher mit, dass er am 27.8. in das Justizvollzugskrankenhaus nach Fröndenberg verlegt werden soll. Erol Akbulut protestiert mit seinem Hungerstreik gegen seine Abschiebung in die Türkei. Ismail Genc beendete in der Zwischenzeit seinen Hungerstreik. Auch sein Asylfolgeantrag wurde abgelehnt. Seine Rechtsanwältin stellte daraufhin einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht.

(NW, 25.8., ISKU)

Durchsuchungen in Berlin

Am Donnerstag wurden im Zusammenhang mit der "Identitätskampagne" in Berlin kurdische Vereinsräume und Wohnungen durchsucht. Näheres ist noch nicht bekannt.

(ISKU, 30.8.)

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
DO = Dolomiten Online
NW = Neue Westfälische

Termine

"Weltmusik auf kurdisch"
Konzert mit dem bekannten kurdischen Sänger Ciwan Haco am Samstag, dem 22.09.2001 um 17.30 im Audi Max der Technischen Universität Berlin (Strasse des 17. Juni 135, U-Bhf. 2, Ernst Reuter Platz)
Veranstalter: Kurdistan AG FU-Berlin

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 2
4. Mai 2001

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Ein Brief von Bülent Yildirim, der mit 17 Jahren ins Gefängnis kam

Innerlich brenne ich, mein Herz zieht sich zusammen

"...Als ich verhaftet wurde, war ich Schüler in der letzten Gymnasialklasse. Ich wurde mit meinem Bruder zusammen verhaftet. Mein Anwalt hatte immer gesagt, 'du wirst rauskommen, entlassen werden'. Ich habe ihm geglaubt, denn ich hatte weder eine Bombe geworfen noch einen Menschen ermordet. Und ich war 17 Jahre alt. Ich kannte das System noch nicht gut genug. Als ich 12,5 Jahre bekam, begriff ich, dass ich ein 'gefährlicher Terrorist' bin. Sie haben in sechs Jahren aus meinem Kopf und meinem Körper eine Landkarte gemacht. Mit den Schäden, die ich durch Operationen und Hungerstreiks davongetragen habe, halte ich am Leben fest.

Bei der Operation vom 19. Dezember flüchtete ich vor den Bomben, dem Nervengas in eine Ecke. Sie fingen an, mich zu schlagen, die Knüppel regneten auf mich nieder. Ich konnte meinen Kopf nicht mit den Händen schützen, weil meine Hände innerhalb von zehn Sekunden geplatzt oder gebrochen waren. Sie schlugen ununterbrochen auf meinen Kopf ein. Als ich aufwachte, war ich auf dem Rücken gefesselt, ausgezogen, und lag in meinem Blut und mit Knochenbrüchen in einem Transportfahrzeug. Ich wusste nicht, warum ich nicht gestorben war.

Seit sie meinen todesfastenden Bruder vor einem Monat weggebracht haben, bin ich allein. In diesem 'Zimmer' sind alle Farben hell. Das Bettgestell, Schrank, Fenster, Heizung, Wände, Mülltüte. Meine Augen schmerzen, die Nerven sind unter Anspannung.



Angehörige der hungerstreikenden Gefangenen auf der 1. Mai-Demonstration in Istanbul

Meine Familie sehe ich einmal in der Woche. Meine Mutter schläft vor dem Krankenhaus, sie fährt überhaupt nicht mehr nach Hause nach Adana. Nach dem Besuch kehre ich in mein 'Zimmer' zurück. Ich gehe auf und ab. Dann gehe ich auf den Hof, dann wieder auf und ab, auf und ab (...) Ich möchte schlafen, damit die Zeit vergeht. Aber man kann nicht 24 Stunden lang schlafen. Ich kann nicht mal acht Stunden lang schlafen. Ob mein Bruder wohl gestorben ist? Ich weiss es nicht. Ob sie meine Mutter wieder geschlagen haben? Ich weiss auch das nicht.

Parolenrufe dringen in mein Ohr. Auch ich schreie. Die Zahl der Toten ist auf 17 gestiegen. Innerlich brenne ich, mein Herz zieht sich zusammen, mein Blut gefriert. Ich war ungefähr 120 Tage im Hungerstreik. Jetzt habe ich eine Pause eingelegt. Meine Mutter sagt, 'Stirb wenigstens du nicht, sterbt nicht beide'. Ich antworte, 'Was soll ich tun, Mutter, der Mensch wählt weder die Kugel noch die Unterdrückung'. Ich habe meinen Hungerstreik unterbrochen, aber meine Mutter glaubt mir nicht. Trotzdem esse ich nicht, kann nicht essen. Ich kriege es nicht runter. Ich nehme das Essen durch das Loch an, gucke es mir an und schmeisse es weg.

So wie Nevzat Celik sagte: 'Ich hatte Sehnsucht nach dem Tod, während ich wie verrückt leben wollte...'. Mit lieben Grüssen ... Bülent Yildirim."

(ISKU, CH, 02.05. 2001)

Der IHD Istanbul erbittet Geldspenden für die medizinische Versorgung der Hungerstreikenden:

Informationsstelle Kurdistan
PGA Köln, BLZ 37010050,
Kontonummer: 3968-506
Kennwort: ‚Hungerstreik'

Türkisches Parlament verabschiedet Gesetzesänderung

Das türkische Parlament hat am Dienstag abend eine Änderung der Einzelhaftbedingungen zugestimmt. Den aufgrund des Anti-Terror-Gesetzes verurteilten Gefangenen soll demnach gestattet werden, an kulturellen und sportlichen Aktivitäten teilzunehmen und täglich mehrere Stunden zusammenzukommen. Durch zwei weitere Gesetzesvorhaben sollen das Amt eines "Vollzugsrichters" eingerichtet und unabhängige Kontrollräte gebildet werden, die beide die Anstalten regelmäßig inspizieren werden. Diese Gesetze sollen das Parlament in Kürze passieren.

Der türkische Menschenrechtsverein IHD bezeichnete die Gesetzesänderungen als ein "Täuschungsmanöver". Die Isolationshaft werde damit nicht abgeschafft, sondern im Gegenteil legitimiert. Die Zusammenkunft der Gefangenen sei nicht an objektive Kriterien gebunden, sondern willkürlich definiert. Außerdem fordern die Gefangenen, dass die Kontrollräte aus Vertrauenspersonen vom Menschenrechtsverein, dem Ärzteverband und der Anwaltskammern bestehen. Sie sind der Ansicht, dass der Staat diese Organisationen ignorieren und seine eigenen Leute einsetzen wird. Auch der Vorsitzende der Ärztekammer Ankara, Ümit Erkol, wertete die vom Justizminister hervorgebrachte Koppelung der Benutzung von Gemeinschaftsbereichen in den Gefängnissen an Bedingungen als willkürlich und forderte die sofortige Aufgabe dieser Haltung.

Tayad, die Organisation der Angehörigen vieler Häftlinge betonte, die Erleichterungen gingen nicht weit genug. Man fordere, dass sich Gruppen von mindestens 18 Gefangenen begegnen könnten. Außerdem wird eine Reform des Anti-Terrorgesetzes und der Staatssicherheitsgerichte gefordert.

(ISKU/ taz/ SZ/ CH, 30.4/3.5.)

Pressespiegel

Forderungen an die Türkei aus Europa

EU-Erweiterungskommissar Verheugen hat an die Türkei appelliert, den Hungerstreik der Häftlinge rasch zu beenden. Neue Opfer müssten verhindert werden, sagte er am Montag in Istanbul. Er verlangte eine neue Kurdenpolitik und die Abschaffung der Todesstrafe.

Anfang der Woche hatten die Europa-Abgeordneten Daniel Cohn-Bendit und Johannes Swoboda in Gesprächen mit S. Türk und Vize-Regierungschef M. Yilmaz zum Dialog mit den Hungerstreikenden aufgefordert. Sie wollen Anfang Juni erneut in die Türkei kommen. Swoboda sagte, er hoffe, dass sich bis dahin "die Lage in den Gefängnissen ändert".

Eine Delegation aus Belgien, darunter die Vorsitzende der Parlamentsgruppe der GRÜNEN, Leen Länens, statteten gestern den Todesfastenden Resit Sari und Hülya Simsek in Istanbul einen Besuch ab. Länens teilte mit, dass sie in die Türkei gekommen seien, da sie sich verantwortlich für das Thema fühlen: "Zwischen Staat und Todesfastenden muss sofort ein Dialog entstehen."

(ISKU, taz, SZ, CH, 2/3.5.2001)

PKK-Gefangene im unbefristeten Hungerstreik

Die PKK-Gefangenen, die seit dem 16. April eine Hungerstreikkette aus Solidarität mit den Todesfastenden durchführen haben die Aktion ab dem 3. Mai in einen unbefristeten Hungerstreik umgewandelt. Stellvertretend für alle bildeten sich in den Gefängnissen Gruppen die den unbefristeten Hungerstreik durchführen.

In einer Erklärung im Namen aller PKK-Gefangenen teilte Sabri Ok mit: " (...) Wir sind an einen Punkt gelangt, an dem die Situation in den Gefängnissen einen ausserordentlich kritischen Punkt erreicht hat. Aus diesem Grund treten wir ab Donnerstag, dem 3. Mai in einen unbefristeten Hungerstreik. Wir teilen der Öffentlichkeit mit, dass wir als Gesamtheit der PKK-Gefangenen, im Fall der Nichterfüllung der

Heisser 1. Mai

Hunderttausende auf den Straßen der Türkei und Kurdistans

Hunderttausende kurdisch-türkischer Werktätige gingen am 1. Mai auf die Strassen, um ihre Stimmen zu erheben gegen die wirtschaftliche und politische Krise, die F-Typ-Gefängnisse und für den Frieden. Insbesondere in Istanbul, Ankara und Izmir war die Beteiligung der HADEP auffallend gross. Insgesamt war die Beteiligung an den Demonstrationen in 44 Provinzen höher als in den letzten Jahren.
In Istanbul nahmen an der von Türk-Is, DISK, KESK und Hak-Is organisierten Demonstration ca. 80 000 Menschen teil, darunter HADEP, ÖDP, EMEP, SIP, KP, DBP, CHP, Studierenden- und Frauenvereine, Gefangenenangehörige, IHD, Arbeitslose, Bauarbeiter... Die Demonstration war sehr bunt. Neben Transparenten zu Todesfasten, Frieden, Arbeit und Demokratie wurden auch gemeinsame Parolen gegen den IWF, die Regierung und Korruption gerufen.
Am HADEP-Block beteiligten sich 20 000 Menschen. Jugendliche trugen als Symbol für den Frieden weisse Hemden, Frauen traditionelle Kleidung und lila Schilder. Eine Gruppe trug Umhänge mit der Aufschrift "Wo sind Serdar und Tanis" und schwarze Masken auf dem Kopf. Auf Transparenten forderten sie Aufklärung über den Aufenthaltsort der beiden verschwundenen HADEP'ler. Hinter einem Transparent mit der Aufschrift "Sozialismus den Völkern des Mittleren Osten - Für eine bessere Zukunft" wurden vor allem die Parolen "Die Sonne des Sozialismus geht in Imrali auf", "Selam selam, 1000 Grüsse nach Imrali" und "Biji Serok Apo" gerufen.
Bei der Abschlusskundgebung traten nach den Ansprachen von VertreterInnen von DISK, KESK und Türk-Is die Künstler Ali Ekber Eren, Ferhat Tunc und Onur Akin auf. (...)
In Ankara demonstrierten ca. 15 000 Personen, davon 3000 HADEP'ler. (...)
In Amed, wo die Feiern verboten waren, wurden bei einem Polizeiangriff vier Personen schwer verletzt und es kam zu elf Festnahmen. Die Feiern hatten bereits am Vorabend im Stadtteil Baglar in mehreren Vierteln mit dem Anzünden von Feuern begonnen. Gestern versammelten sich Friedensmütter und HADEP'ler unter 'Biji Asiti'-Rufen in Tekkapi, wo sie von Bereitschaftspolizisten mit Knüppeln angegriffen wurden. Vier Schwerverletzte mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Beim Zusammenkommen von 300 Menschen in Dagkapi kam es zu einem zweiten Polizeiangriff. Dort wurden elf Personen festgenommen. (...)



1. Mai-Demonstration in Istanbul

Der 1. Mai in den Bergen
Der 1. Mai wurde auch in den Bergen Kurdistans mit militärischen und kultu-rellen Veranstaltungen von Tausenden Guerilla mit Begeisterung gefeiert. Die Teilnehmenden kamen unter Parolenrufen von überall her auf einen besonders vorbereiteten Platz, der mit einem riesigen Poster Abdullah Öcalans, PKK- und PJA-Fahnen sowie Bildern von im Krieg Gefallenen geschmückt war. Ausserdem waren Transparente mit der Aufschrift "Yasasin 1 Mayis - Biji 1 Gulan" und "Beharren auf dem Sozialismus bedeutet Beharren auf dem Menschsein" aufgehängt. Aufsehen erregte auch eine Ecke des Festplatzes, in der mit Blumen geschrieben stand: "Baskan Apo und allen GenossInnen einen frohen 1. Mai!". (...)
(ÖP, ISKU, 2.5.)

Forderungen der todesfastenden Gefangenen unsere Aktionen intensivieren werden."
(ISKU/ÖP, 2. 5. 2001)

Familie soll Zwangsbehandlung eines Todesfastenden zahlen
Am 13. April wurde Haydar Bozkurt zur Zwangsbehandlung aus dem Edirne F-Typ Gefängnis ins Krankenhaus verlegt. Aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes wurde er in der Intensivstation untergebracht und am 18. April wurde seine Entlassung angeordnet. Da er zu diesem Zeitpunkt im Koma war, musste er noch ein paar Tage auf der Intensivstation verbringen. Von seiner Familie werden für die Behandlung in dem Krankenhaus 3 Milliarden TL verlangt. Die Familie lebt unter der Armutsgrenze und kann in keiner Weise die hohe Summe zahlen.(...). *(TAYAD, 2.5.)*

Quellen:
ÖP=Özgür Politika
CH=Cumhuriyet
SZ=Süddeutsche Zeitung

Friedensgruppe der PKK zu hohen Haftstrafen verurteilt

Fünf Mitglieder der 2. Friedensgruppe, die aus Europa in die Türkei gekommen war, um einen Beitrag zum Frieden in der Türkei und Kurdistan zu leisten, sind zu hohen Haftstrafen verurteilt worden.
Die Hauptverhandlung gegen Haydar Ergül, Ali Sükran Aktas, Aygül Bidav, Imam Canpolat und Yusuf Kiyak, die am 29. Oktober 1999 auf Aufruf des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan im Rahmen des "Projektes Demokratische Republik" aus Wien angereist und verhaftet worden waren, wurde gestern vor dem DGM Istanbul fortgesetzt. Die drei weiteren Mitglieder der Gruppe, Aysel Dogan, Haci Celik und Dilek Kurt, nahmen an der gestrigen Verhandlung nicht teil, weil ihr Verfahren mit schon früher eröffneten Prozessen gegen sie zusammengelegt wird.
Als AnwältInnen waren Asya Ülker, Aysel Tugluk, Cihan Erbas, Irfan Dündar und Mehmet Erbil anwesend. Die Verhandlung begann mit der Ablehnung des Gerichts des zuvor gestellten Antrages der AnwältInnen auf Profitierung vom Amnestiegesetz nach dem durch die Verfassung geschützten "Gleichheitsprinzip". Nach Verlesung der Anklageschrift durch den Staatsanwalt erklärten die Angeklagten, dass sie ihrer bei früheren Verhandlungen gemachten Verteidigung nichts zuzufügen haben. Als letzte Worte teilten sie ihren gemeinsamen Wunsch mit, der zu fällende Gerichtsentscheid möge "einen Beitrag leisten zur Demokratisierung des Landes". Nach einer Pause verkündete das Gericht das Urteil. Haydar Ergül wurde unter Berücksichtigung seines guten Verhaltens vor Gericht wegen seiner "Führungsposition in einer illegalen Organisation" zu 18 Jahren und neun Monaten schwerer Haftstrafe verurteilt. Ali Sükran Aktas, Aygül Bidav, Imam Canpolat und Yusuf Kiyak wurden als "Mitglieder einer illegalen Organisation" ebenfalls unter Berücksichtigung guten Verhaltens zu jeweils 12.5 Jahren Haftstrafe verurteilt. (...) *(ÖP, ISKU, 2.5.)*

Termine

5. Mai, 12.00 Uhr
DEMONSTRATION
Für einen Abschiebestopp nach Sri Lanka
Für einen gerechten und anhaltenden Frieden in Sri Lanka
Bremen, Bahnhofsvorplatz

5. Mai, 12.00 Uhr
DEMONSTRATION:
"Kein Stammheim am Bosporus - Solidarität mit den politischen Gefangenen in der Türkei"
Bonn, Frankenbadplatz

12.Mai, 11.00 Uhr
DEMONSTRATION
"Wir werden für das Feuer des Aufstands in der Diaspora tanzen" - YEK-KOM
Dortmund

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Ludwigstr. 13
20359 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 20
7. September 2001

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Auch am 1. September keine Dialogbereitschaft der Türkei: Ein Toter, dutzende Verletzte und Tausende Festnahmen bei Friedensdemonstrationen

Der Weltfriedenstag in der Türkei

Der türkische Staat findet auf die anhaltenden Friedensbemühungen der KurdInnen keine andere Antwort als Repression. Auch die für den Weltfriedenstag geplante landesweite Kundgebung in Ankara wurde verboten. Trotzdem fanden sich in vielen Städten der Türkei und Kurdistans hunderttausende Menschen auf den Strassen ein und brachten ihr Beharren auf den Frieden zum Ausdruck.



Im Müngersdorfer Stadion in Köln versammelten sich anlässlich des Weltfriedenstages mehr als 100.000 Kurdinnen und Kurden aus ganz Europa und feierten das 9. Internationale Festival unter dem Motto "Lasst uns gemeinsam den Frieden säen!" RednerInnen aus Kurdistan und der Türkei, aus Palästina, Belgien, Deutschland und England forderten ein Ende der PKK-Verbote in Europa und konkrete Schritte für Frieden und Demokratie in der Türkei. (Foto: ISKU)

Schon im Laufe der Woche kam es zu spontanen Kundgebungen in Istanbul und mehreren kurdischen Städten. Per Gerichtsbescheid wurde ein von HADEP und dem Menschenrechtsverein IHD gemeinsam erstelltes Flugblatt zum Weltfriedenstag sowie eine Sonderausgabe des IHD-Bulletins aus Amed mit der Begründung illegalisiert, aus dem Inhalt gehe hervor, dass eine kurdische Frage existiert. Im ganzen Land fanden Razzien bei der HADEP statt, bei denen Plakate und Demonstrationsaufrufe beschlagnahmt und Mitglieder festgenommen wurden.

In Amed bedrohte die Polizei schon im Vorfeld Bevölkerung und Busunternehmen und forderte sie auf, nicht nach Ankara zu fahren. Trotzdem versammelten sich am 31.9. Tausende Menschen morgens in Amed, um sich auf den Weg zu machen. Der Sammelplatz wurde von der Polizei abgesperrt und alle Fahrzeuge beschlagnahmt. Stundenlang harrten die Menschen auf dem Sammelplatz aus, tanzten Halay und riefen Parolen. Als die Polizei die Menge angriff und auch Schusswaffen einsetzte, kam es zu Verletzten und 25 Festnahmen. 5 Personen wurden mit Schussverletzungen in Krankenhäuser eingeliefert. Die Menge versuchte zu flüchten, Jugendliche antworteten mit Steinwürfen auf den Polizeiangriff. Später gab es immer wieder Versuche, sich erneut zu sammeln aber auch erneute Angriffe der Polizei.

In den anderen Städten Kurdistans machten sich ebenfalls Tausende auf den Weg. Teilweise konnten sie ungehindert losfahren, teilweise wurden sie an der Abfahrt gehindert und es kam zu ähnliche Szenen wie in Amed, so z.B. in Batman, wo 150 Personen festgenommen wurden.

In Istanbul wurde am Freitag in einer gemeinsamen Pressekonferenz von KESK, DISK und mehreren Berufkammern das Verbot der Demonstration kritisiert und Flugblätter verteilt. In Ankara verteilten die gleichen Organisationen ebenfalls Flugblätter, ÖDP, CHP, IHD und eine Reihe weiterer Organisationen gaben Presseerklärungen ab.

In Istanbul wurde die für Freitagabend geplante dezentrale Abfahrt der Busse von den verschiedenen HADEP-Kreisorganisationen aus ebenfalls von der Polizei verhindert. Daraufhin kam es überall zu spontanen Kundgebungen, auf den Feuer angezündet und Parolen gerufen wurden. Strassen wurden besetzt, es gab Auseinandersetzungen mit der Polizei und Festnahmen. In diesem Rahmen kam es auch zu dem ersten Toten des Weltfriedenstages 2001: In Istanbul stürzten zwei Männer auf der Flucht vor der Polizei aus dem 6. Stock des HADEP-Gebäudes in den Innenhof. Der 20-jährige Zeynel Durms starb sofort, Yasar Özdurak (19) überlebte schwer verletzt.

Am nächsten Tag strömten trotz der anhaltenden Polizeiblockade tausende Menschen in Topkapi zusammen und hielten dort eine Kundgebung ab. Nachdem die Polizei Gasbomben in die Menschenmenge warf, antworteten Jugendliche mit Steinwürfen. Schließlich gelang es den Demonstranten, die vorrückende Polizei zurückzudrängen und mit einem Demonstrationszug durch Istanbul zu marschieren.

(ISKU)

Verhaftungswelle dauert an

Nach dem Verbot der Friedensdemonstration am 1. September in Ankara ist die HADEP landesweit einem Festnahme- und Verhaftungsterror ausgesetzt. Gestern wurden 11 Personen verhaftet, darunter das Parteiratsmitglied Abdurrahman Dogar und die Friedensmutter Emine Özbek. Dogar war wegen der Abgabe einer Presseerklärung in Tatvan festgenommen worden. Zuvor waren bereits elf Vorstandsmitglieder und Mitglieder wegen des Verkaufs von Buskarten für die Demonstration verhaftet worden.

Auch in Kars sind vier HADEP-Mitglieder aufgrund der Feiern zum Weltfriedenstag verhaftet worden. Unter ihnen befindet sich der Vorsitzende der Jugendorganisation aus Kars, Burhan Bölüm. In Kars fanden vorgestern im Rahmen der fortgesetzten Aktivitäten zum 1. September Kundgebungen unter der Beteiligung von Hunderten von Menschen statt, bei denen Feuer angezündet und Halay getanzt wurde. Bei einem Angriff der Polizei auf die FriedensanhängerInnen kam es zu 23 Festnahmen. Gegen vier von ihnen wurden Haftbefehle erlassen, die restlichen 19 wurden freigelassen.

In Amed wurden von 65 bei den Friedensfeiern Festgenommenen 59 nach Vorführung bei der Staatsanwaltschaft wieder freigelassen. Sechs Personen wurden verhaftet, darunter Emine Özbek, Mitglied der Friedensmütter-Initiative, die zuvor geäussert hatte: "Und wenn sie mich umbringen, werde ich trotzdem Frieden fordern."

(ÖP, 6.9., ISKU)

Meldungen

"Frauensolidarität für den Frieden"

Nach Aktivitäten in Amed und Batman unter dem Motto "Frauensolidarität für den Frieden" haben sich heute kurdische Frauen auf den Weg nach Istanbul aufgemacht, um dort ihre Farben, ihre Kultur und ihre Probleme mit ihren Geschlechtsgenossinnen in Istanbul zu teilen und eine Botschaft für den Frieden zu vermitteln. Bei den Frauen handelt es sich um Mitglieder der Frauenplattformen Diyarbakir und Batman, um Anwältinnen, Gewerkschaftlerinnen, Vertreterinnen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Friedensmüttern, die von Frauen in Istanbul, darunter Schriftstellerinnen, Künstlerinnen und Akademikerinnen empfangen werden. *(ÖP, 6.9., ISKU)*

"Identitätsbekenntnis" der Münchner Polizei

Die deutsche Polizei hat ein weiteres Mal ihre "Identität kundgegeben". Gestern wurde eine Razzia im Münchner Med Kültür Evi unter Anleitung des städtischen Staatsanwaltes von 40 Mitgliedern einer Sondereinheit durchgeführt. Dabei wurden die Anwesenden in Gruppen getrennt und ihre Ausweise kontrolliert. Die Polizei beschlagnahmte Computer, Quittungen und Dokumente. *(ÖP, 6.9., ISKU)*

HADEP-Vorsitzende verhaftet

Bei Protesten gegen das Demonstrationsverbot am Weltfriedenstag in Istanbul sind von den Festgenommenen vier HADEP-Kreisvorsitzende sowie ein Mitglied des Istanbuler Provinzvorstandes wegen "Verstoss gegen das Versammlungsverbot" verhaftet und ins Gefängnis Metris überführt worden. Über die festgenommenen HADEP-Vorstandsmitglieder in Amed gibt es nach wie vor keine Informationen. *(ÖP, 5.9., ISKU)*

Kurde soll gegen das Irak-Embargo verstoßen haben

In Stuttgart muss sich ein Kurde vor der Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, in 694 Fällen gegen deutsche Vorschriften zum UN-Embargo verstoßen und damit 694 Verbrechen begangen zu haben. Der Mann hatte nicht das Regime Saddam Husseins unterstützt, sondern - wenn überhaupt - einige jener Menschen, denen unter anderem durch das Embargo geholfen werden soll: irakischen Kurden nämlich, die in der für sie geschaffenen UN-Sicherheitszone nördlich

323. Tag des Todesfastens

Eine weitere Todesmeldung aus Armutlu

Hülya Simsek, die sich ausserhalb der Gefängnisse am Todesfasten gegen die F-Typ-Gefängnisse beteiligte, ist in Istanbul-Kücükarmutlu am 31.August ihrem 286 Tag des Todesfasten gestorben.
Sie war bis zum Schluss bei Bewusstsein und wog bei ihrem Tod nur noch 20 Kilo. Mit ihrem Tod ist die Zahl der Toten im Todesfasten auf 32 gestiegen.
Hülya Simsek wurde 1963 in Erzincan geboren. Bis zum Massaker vom 19. Dezember war sie verantwortliche Redakteurin des TAYAD-Bulletins. Nach dem 19. Dezember wurde sie bei einer Razzia im IHD verhaftet. 40 Tage sass sie im Gefängnis Bursa. Während dieser Zeit beteiligte sie sich am Todesfasten. Nach ihrer Entlassung ging sie nach Kücükarmutlu, um mit der Aktion fortzufahren.
An ihrem Todestag fand in Armutlu ein Fackelmarsch statt. Nach der Trauerfeier in Erzincan sind in Elazig zehn Personen festgenommen worden, darunter der HADEP-Provinzsekretär und Tayadmitglieder. Die Teilnehmenden an der Trauerfeier waren von der Jandarma angegriffen worden.


Hülya Simsek

Ayyildiz Gesundheitszustand kritisch
Cemile Ayyildiz hungert seit 57 Tagen, um die Todesfastenden in der Türkei zu unterstützen und gegen die gleichgültige Haltung der europäischen Staaten zu protestieren. Die Mutter von fünf Kindern begann ihren Hungerstreik in Zürich und setzt die Aktion jetzt in Basel fort. Ihr Gesundheitszustand verschlechtert sich täglich. Sie hat Artikulationsschwierigkeiten, leidet unter starkem Zittern und Kopfschmerzen, kann kein Salz und Wasser mehr zu sich nehmen.

Selbstverbrennung im Gefängnis
Wie bekannt wurde, hat sich Ufuk Keskin im F-Typ-Gefängnis Edirne vor einer Woche selbst angezündet, um gegen die Polizeiblockade in Kücükarmutlu und die Repression und Isolation in den F-Typ-Gefängnissen zu protestieren. Sein Zustand ist kritisch. Er befindet sich auf der Gefängnis-Krankenstation.

Aufruf von TIHV
Die Menschenrechtsstiftung der Türkei (TIHV) hat in einer Pressekonferenz ihren Aufruf nach Unterstützung ihrer "Solidaritätskampagne" für die Behandlung von gesundheitlich Geschädigten durch Todesfasten, Hungerstreik und Gefängnisoperationen erneuert. Wie in der Pressekonferenz mitgeteilt wurde, besteht dringender Bedarf an materieller Unterstützung. Von den entlassenen TodesfastenaktivistInnen hätten sich 158 an die Stiftung gewandt. Diese Zahl steige täglich weiter an. "Die durch langes Hungern verursachte Störung des zentralen Nervensystems und der damit einhergehende Verlust des Gehör-, Seh- und Laufvermögens, des Gedächtnisses und weitere ernste Gesundheitsprobleme erfordern eine besondere Behandlung, deren sorgfältige und professionelle Ausführung von lebenswichtiger Bedeutung ist. Heute gibt es genügend Erfahrung für eine solche Behandlung, aber nicht die notwendigen finanziellen Mittel. Die gesundheitliche Behandlung einer Person kostet im Schnitt 1 - 1,5 Milliarden TL. Für Brandverletzte werden mindestens 15 Milliarden pro Person gebraucht."
Die TIHV verfüge nicht über diese notwendigen Gelder, so wurde in der Presseerklärung betont und dringend dazu aufgerufen, dazu beizutragen, die Überlebenden am Leben zu erhalten und neue Wernicke-Korschakow-Fälle zu verhindern.
(ÖP, 1/4/5.9., ISKU)

Die Menschenrechtsstiftung der Türkei (TIHV) erbittet Geldspenden für die medizinische Versorgung der Hungerstreikenden, wir werden das Geld an sie weiterleiten:
Informationsstelle Kurdistan e.V.
Postbank Köln, BLZ 37010050,
Kontonummer: 3968-506
Kennwort: ‚Hungerstreik'

Weitere Militäroperation in Haftanin

In einer schriftlichen Erklärung teilte das Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte (HPG) mit, dass zwischen dem 25. und 28. August im Gebiet Haftanin in Südkurdistan, in dem sich PKK-Guerilla befindet, im Rahmen einer umfassenden Operation der türkischen Armee bei Kampfhandlungen zwei Guerillaangehörige in verletztem Zustand in Gefangenschaft geraten und anschliessend hingerichtet worden sind. Desweiteren sei im Gebiet Seranis ein Dorfbewohner mit dem Namen Faka von türkischen Militär getötet worden. Auf Seiten der türkischen Armee habe es mindestens 40 Verluste gegeben.
Weiterhin heisst es in der Erklärung, es sei auffallend und bedauerlich, dass dieser Angriff gegen die Guerilla, die seit drei Jahren einen einseitigen Waffenstillstand einhält und für eine friedliche und demokratische Lösung eintritt, im Vorfeld des Weltfriedenstages durchgeführt wurde. "Unsere Guerillakräfte befinden sich in der Position der legitimen Verteidigung. Für die bei dem Angriff erlittenen Verluste tragen wir keine Verantwortung. Die Verantwortung tragen die Kriegsprofiteure, die die Operation haben durchführen lassen, um sich ihren Anteil am Kuchen zu sichern. Das kurdische und türkische Volk muss diese Kräfte zur Rechenschaft ziehen." *(ÖP, 31.8, ISKU)*

28. September endgültiges Datum für Öcalan-Prozess

Die Forderung der AnwältInnen des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan auf eine weitere Verschiebung des Prozesstermins ist vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof abgelehnt worden. Somit wird der Prozess am 28. September beginnen. Wie die AnwältInnen aus dem "Rechtsbüro des Jahrhunderts" (Asrin Hukuk Bürosu) erklärten, beständen aufgrund unrechtlicher Vorgehensweisen und der zeitlich beschränkten Besuchserlaubnis bei ihrem Mandanten auf Imrali grosse Schwierigkeiten in der Vorbereitung der Verteidigung. Es werde jedoch versucht, die Vorbereitung in dem jetzt festgelegten Zeitraum zu bewältigen.
Bereits zuvor war dem Antrag der AnwältInnen auf Verschiebung des Prozessbeginns auf den 28. September stattgegeben worden. Eine weitere Verschiebung war beantragt worden, weil nach Angaben des Anwaltsbüros die Eingaben Abdullah Öcalans immer noch nicht vollständig an die Verteidigung weitergeleitet worden sind und die Vorbereitungszeit aufgrund der stark eingeschränkten Kommunikationsmöglichkeiten nicht ausreicht.
Aufgrund der Kürze der verbleibenden Zeit werden möglicherweise die Eingaben Öcalans nicht als Ganzes, sondern Stück für Stück an den Gerichtshof weitergeleitet werden.
(ÖP, 4.9., ISKU)

des 35. Breitengrades leben. Der aus dem Irak stammende, kriegsversehrte Flüchtling sitzt bereits seit neun Monaten in Untersuchungshaft. Ihm droht eine mehrjährige Haftstrafe. Bei dem Verfahren handelt es sich um das erste in Deutschland. Es sind auch keine vergleichbaren Prozesse aus anderen Ländern bekannt. *(StZ, 4.9., ISKU)*

Wirtschaftskrise in der Türkei führt zu rasant wachsender Armut
Hunderttausende haben wegen der Wirtschaftskrise der Türkei die Arbeit verloren. Dass der Ministerpräsident Bülent Ecevit das Land aus der Krise führen kann, glaubt kaum mehr jemand. Mit Slogans wie "Nationales Geld ist nationale Ehre" versucht die Regierung, die Devisenflucht zu stoppen. Handelskammern haben ihre Mitglieder aufgefordert, zur Stärkung der Lira keine Devisen mehr anzunehmen. Selbst "umgedichtete" Sager von Mustafa Kemal Atatürk, müssen im Kampf gegen den Kurssturz herhalten. In Anlehnung an dessen Spruch "Glücklich sei der, der sich Türke nennen darf" heißt es nun "Glücklich ist der, der die Lira benutzt". *(SN, 5.9.,ISKU)*

Zahl der Asylbewerber auf neuem Jahreshöchststand
Die Zahl der Asylbewerber ist im August auf einen neuen Jahreshöchststand gestiegen. Mit 9.138 Anträgen wurden 12,9 Prozent mehr als im Vormonat eingereicht, teilte das Bundesinnenministerium am Mittwoch mit. Die meisten Asylbewerber kamen nach wie vor aus Irak (1.840), der Türkei (1.004) und Jugoslawien (770). Insgesamt haben in den ersten acht Monaten des Jahres 58.003 Personen Asyl beantragt. *(K N, 6.9., ISKU)*

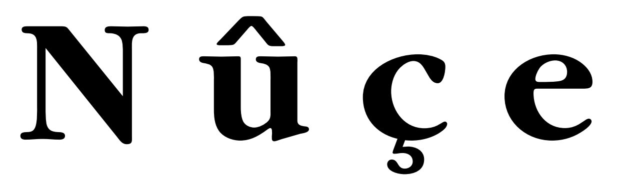
Quellen:
ÖP = Özgür Politika
StZ = Stuttgarter Zeitung
SN = Salzburger Nachrichten
KN = Kieler Nachrichten

Termine

Asylrecht ist Menschenrecht und kein Privileg
Flüchtlinge gegen das rassistische Schily-Papier
Kundgebung am Montag den 10. September um 18.30 Uhr
Treffpunkt ist der Rathausmarkt in Hamburg

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 21
14. September 2001





Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Neue Diskussion über Verfassungsänderung in der Türkei

Nicht aufpolieren, neu machen!

Die Verleugnungspolitik als Quelle aller bestehenden Probleme in der Türkei spiegelt sich auch in den geplanten Verfassungsänderungen wieder, erklärte PKK-Präsidialratsmitglied Murat Karayilan. "Eine ganz neue Verfassung, die gemäss den Bedürfnissen der Bevölkerung gestaltet wird, kann die Lösung der Probleme darstellen."

Karayilan nahm am Abend des 7.9. an der kurdischsprachigen Sendung ‚Rojev' bei MEDYA TV teil. Telefonisch teilte er mit, bei Betrachtung der geplanten Verfassungsänderungen werde deutlich, dass damit die Verleugnungspolitik, die der Grund für seit 80 Jahren bestehende Probleme sei, bewahrt werden solle. Ohne die Aufgabe der Verleugnungspolitik könne auch die Änderung aller Verfassungsartikel keine Lösung erbringen, so Karayilan: "Für eine Lösung muss die Verleugnungspolitik aufgegeben werden. Aber es sieht so aus, dass das wieder nicht berücksichtigt wird. Todesstrafe und Verleugnung bleiben bestehen. Anstatt ein paar Dinge für die EU neu zu polieren, muss eine ganz neue Verfassung gemäss den Bedürfnissen der Bevölkerung her. Das könnte eine Lösung darstellen. Und das kurdische Volk wird nichts anderes akzeptieren."

‚Definition Selcuks angebracht'

Die Definition der Verfassung des Präsidenten des Kassationsgerichtshofes Sami Selcuks anlässlich der Eröffnung des neuen Justizjahres als Polizeisatzung sei vollkommen richtig, so Karayilan. "Und deshalb wollen wir eine neue Verfassung."

Das kurdische Volk könne nicht gleichgültig bleiben angesichts der Tatsache, dass es ignoriert wird und die Todesstrafe aufrecht erhalten bleibt, fuhr Karayilan fort. "Das kurdische Volk muss auch in Nordkurdistan damit beginnen, seine Identität kundzutun. Es muss den Mut zeigen, die Anerkennung seiner nationalen und politischen Identität zu fordern. Wir müssen Serhildan-Taktiken entwickeln. Das Fundament dafür besteht. Die Verleugnung der Kurden und Kurdinnen in der Verfassung muss mit offensiver Praxis beendet werden."

Verleugnung und Guerilla

Zur Situation der Guerilla erklärte Karayilan: "Wenn es ein Gesetz gäbe, dass die Rechte unseres Volkes anerkennt, hätten wir uns damit verteidigt. Solange jedoch die Verleugnungspolitik besteht, brauchen wir eine bewaffnete Kraft zu unserer Verteidigung. Wir wenden uns an die Türkei, sie soll ihre Verleugnungspolitik aufgeben, einen Dialog ermöglichen, dann können wir Projekte zur Situation der Guerilla entwickeln. Solange jedoch die Verleugnungspolitik bestehen bleibt, bleibt auch die Guerilla."

Auch die internationalen Kräfte seien aufgerufen, zur Lösung beizutragen, so Karayilan: "Wenn die internationalen Kräfte über die Vereinten Nationen einschreiten, kann über gewisse Schritte nachgedacht werden. Ohne eine Garantie und gesetzliche Sicherheit kann nichts unternommen werden. Ohne jegliche Sicherheit werden wir unsere Verteidigungskraft nicht aufgeben, sondern im Gegenteil stärken müssen."

PUK bereitet neuen Krieg vor

Wie PKK-Präsidialratsmitglied Murat Karayilan weiter mitteilte, bereite die PUK einen neuen Krieg gegen die PKK vor. "Aus der Türkei sind tausende von Waffen geliefert worden. Das findet heimlich statt. Wir wollen, dass dieser Fakt bekannt wird. Wir wiederholen, wir sind bereit für Dialog und Frieden. Falls geglaubt wird, mit Aggression und Gewalt könne ein Ergebnis erzielt werden, sagen wir, dass das nicht unser Wunsch ist, aber wenn es die Situation erfordert, werden wir auch darauf eine Antwort geben."

(ÖP, 9.9., ISKU)

PKK äußert sich zu Anschlägen in den USA

In einer ersten Reaktion nahm Parteiratsmitglied Duran Kalkan gegenüber Özgür Politika im Namen der PKK zu den Anschlägen in den USA Stellung. Er bezeichnete den Angriff angesichts der zahllosen getöteten Menschen als nicht zu rechtfertigen und führte weiter aus: "Es ist nicht möglich - wie irrtümlich angenommen - diese Art von Vorfällen dadurch zu verhindern, das die militärisch-geheimdienstliche Kraft gestärkt wird, die Polizei und die Armee vergrößert werden und der Staat sich noch mehr stärkt. Im Gegenteil: Solchen Vorfällen kann nur durch Weiterbildung der Gesellschaft, durch Bewusstseinsentwicklung und durch Verschönerung des Lebens vorgebeugt werden. (...) Es ist wichtig, in den Bewertungen zur Grundlage zu machen, das Lösungen entwickelt werden müssen, die der Entwicklung der Menschheit dienen. In diesem Sinne rufen wir alle dazu auf, sich nicht von Emotionen leiten zu lassen, nach konkreten Fakten zu handeln, realistisch zu sein und die Interessen der Menschheit vor alle anderen Interessen zu stellen. Das ist das Richtigste. Nur mit einer solchen Vorgehensweise ist es möglich, die Zukunft richtig zu gestalten und zu sichern sowie die Welt so zu formen, dass sie dem Leben und der Entwicklung der Menschen dienlich ist. (...)

Als Partei lehnen wir solche Vorfälle strikt ab und unterstreichen, dass blinde Gewalt keine Lösung ist. (...) Sogar in den Zeiten, in den wir für die Schaffung des nationalen Erwachens und zur Durchbrechung der nationalen Verleugnungspolitik teilweise Gewalt angewendet haben, haben sowohl unser Vorsitzender als auch unsere Partei immer wieder darauf hingewiesen, das wir nur zu den Waffen gegriffen haben, weil uns keine ander Möglichkeit gelassen wurde...

(...) Diese Vorfälle haben mit Sicherheit mit der Politik, die die Welt beherrscht, und mit dem gegenwärtigen Weltsystem zu tun. Auch wenn in diesem Fall die USA das Angriffsziel waren und die Regierung der USA erklärt, sie werde sich rächen, muss gesehen werden, dass die gegenwärtige US-Politik die größte Verantwortung dafür trägt, dass solche Vorfälle entstehen. Wenn die USA tatsächlich kämpfen möchte, sich rächen möchte und solchen Vorfällen in Zukunft vorbeugen möchte, muss sie als erstes ihre eigene Politik hinterfragen, sich von der Politik distanzieren, die solche Ergebnisse hervorbringt, und sie korrigieren."

(ÖP, KIZ, 13.9., ISKU)

Meldungen

Brief kurdischer Gefangener

Die Gefangenen aus Kurdistan in Hamburg haben in einem Brief an die Ministerpräsidenten Frankreichs, Deutschlands und Englands die Lösung der kurdischen Frage im Rahmen der Demokratischen Republik gefordert. Weiter forderten die Gefangenen die Aufhebung des PKK-Verbots in Europa sowie die Einleitung der notwendigen Schritte zur Anerkennung der nationalen und politischen Rechte für die Kurden, so wie sie auch bei allen anderen Nationalitäten Anwendung fänden. "Die Kopenhagener Kriterien, die der Türkei für die EU-Mitgliedschaft auferlegt worden sind, sind von einer Lösung der kurdischen Frage weit entfernt. Uns beunruhigt die Politik, mit der das Problem der Zeit überlassen wird. Ebenso ist unser Vertrauen in das Rechtswesen Europas zerstört." Den Brief unterstützen 330 Gefangene in Hamburg

(ÖP, 8.9., ISKU)

Schweden schiebt Südkurden ab

Nach einer Meldung der London erscheinenden Zeitung El Hayat, die sich auf eine Nachricht eines schwedischen Radiosenders stützt, haben Türkei und Schweden ein Abkommen geschlossen, mit dem die Abschiebung von 4000 SüdkurdInnen von Schweden über die Türkei gesichert werden soll.

(YG Online, 7. 9., ISKU)

Explosion einer Handgranate

Durch die Explosion einer Handgranate sind in Bingöl-Karliova zwei vierzehnjährige Kinder schwer verletzt worden. Die Kinder hatten auf dem Feld gespielt, wo sie eine Handgranate fanden, die das türkische Militär dort hinterlassen hatte. Die türkische Armee führt in dem Gebiet häufig Militäroperationen durch.

(ÖP, 10.9., ISKU)

Bayrischer Verfassungsschutz zur PKK

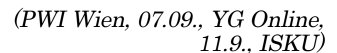
Im Bericht über das erste Halbjahr 2001 des Verfassungsschutzes Bayern wird festgehalten, dass die PKK mit ihrer "Identitätskampagne" bezwekkt, dass PKK-Verbot auzuheben. Diese Veröffentlichung ist die erste offizielle Reaktion deutscher offizieller Stellen auf die Kampagne. Im Bericht heisst es: "Die PKK bemüht sich mit Unterstützung ihrer Sympathisanten um die Aufhebung des in Deutschland herrschenden Verbotes. Dabei nimmt sie Gesetzesverstösse in Kauf." Weiter heisst es: "Die PKK hat

330. Tag des Todesfastens

Selbstmordanschlag auf Bereitschaftspolizei

Bei dem Anschlag in Taksim auf den Sammelpunkt der Bereitschaftspolizei wurden zwei Polizisten und der Attentäter selbst getötet. Die betroffenen Polizeieinheiten waren an der Stürmung von 20 Gefängnissen am 19. Dezember letzten Jahres beteilig, wobei 30 Gefangene ermordet wurden. 24 Menschen wurden bei dem Anschlag verletzt, davon 17 Polizisten. Schwer verletzt wurde unter anderem die australische Touristin Amanda Rigg, die einen Arm verlor. Der IHD Istanbul verurteilte den Anschlag: "Aus welchem Grund und von wem auch immer dieser Anschlag verübt wurde - es ist nicht möglich, einem Angriff auf Menschenleben zuzustimmen." Die DHKP-C übernahm die Verantwortung. Bei dem Selbstmordattentäter handelt es sich um den 25jährigen Ugur Bülbul. Als DHKP/C-Mitglied hatte er eine Zeitlang im Gefängnis gesessen. Bei der Operation am 19. Dezember wurde er von Bartin ins Krankenhaus verlegt und von dort aus in das F-Typ-Gefängnis Sincan, von wo er vor sechs Monaten entlassen wurde. Der türkische Innenminister Rüstü Kasim Yücelen sandte am Dienstag eine Botschaft an die DHKP-C und die Hungerstreikenden. Bisher habe der türkische Staat gegenüber den Hungerstreikenden und deren Familien Milde walten lassen, doch damit könne es schon bald ein Ende haben.





Gülay Kavak



Gülay Kavak ist am 323. Tag ihres Todesfastens gestorben

Gülay Kavak war 32 Jahre alt. Ihr Beruf war Lehrerin. 1991 wurde sie bei einer Demonstration verhaftet und 1993 wieder freigelassen. 1994 wurde sie abermals verhaftet und war seitdem im Gefängnis. Sie war eine derjenigen, die der Zwangsernährung ausgesetzt waren und die auf Grund ihres Gesundheitszustandes kurzfristig aus der Haft entlassen wurden. Auf Gülay wartete außerdem noch ein offener Prozess, bei dem ihr die Todesstrafe angedroht wurde. Sie hat nach der Entlassung aus der Zwangsernährung ihren Todesfastenwiderstand in Kücük Armutlu zusammen mit anderen Haftentlassenen und Angehörigen weitergeführt. Gülay Kavak ist am 7.9. gestorben.

(PWI Wien, 07.09., YG Online, 11.9., ISKU)

\`Machen wir eine Versammlung in Botan\`

Eine italienische Delegation, die zur Beobachtung der Aktionen des kurdischen Volkes am 1. September, dem Weltfriedenstag, in verschiedene türkische und kurdische Städte gefahren war, führte am 6.September eine Pressekonferenz durch. Auf der Konferenz wurden die Angriffe verurteilt und Vorschläge präsentiert.

In der Eröffnungsansprache erklärte Antonello Papis als Vertreter der Metall- und Baugewerkschaft (CGIL): "Was wir gesehen haben ist, dass die Türkei nicht Mitglied in der EU werden kann." Die von der PKK begonnene und beharrlich fortgeführte Friedenspolitik habe innerhalb des Staates Meinungsverschiedenheiten geschaffen. "Die Kriegsbefürworter sind immer noch einflussreich und aggressiv." Am hervorstechendsten sei folgende Beobachtung gewesen: "Das kurdische Volk war selbst angesichts der Angriffe entschlossen in seiner Friedensforderung." Neben VertreterInnen von zivilgesellschaftlichen Organisationen beteiligten sich auch die StaatsanwältInnen Gilberto Ganassi und Paola Mazzeo an der Delegationsreise nach Kurdistan. Sie erklärten, alle von ihnen beobachteten Entwicklungen ständen im Widerspruch zu internationalem Recht. "Wir fordern demokratische JuristInnen und Organisationen aus Europa dazu auf, in Botan ein Treffen zu veranstalten."

Sitzblockaden für Zeynel

Die HADEP-Jugendorganisation hat für den bei einem Polizeiangriff getöteten Zeynel Durmus, der Mitglied der HADEP-Jugend war, in 17 Städten drei Tage lang Protestaktionen durchführt.

Durmus war beim Sturz aus dem 6. Stock des HADEP-Gebäudes in Istanbul-Zeytinburnu gestorben, als er vor der Polizei flüchtete, die eine Menschenmenge angriff, die zur Friedensdemonstration nach Ankara fahren wollte.

In Dersim ist die Kundgebung der HADEP-Jugend von der Polizei angegriffen worden. Dabei kam es zu 20 Festnahmen, darunter den HADEP-Vorsitzenden der Provinz Tunceli.

In Van fand eine Pressekonferenz unter grosser Beteiligung von Jugendlichen und Frauen statt. Als die Polizei angriff, wurden zehn Personen durch Schlagstöcke verletzt. Die Polizei riegelte das Gebäude für drei Stunden ab und nahm 21 Personen fest.

Auch in Ankara, Adana, Mersin, Istanbul, Manisa, Antalya, Diyarbakir, Urfa, Malatya, Igdir und Siirt haben Aktionen zum Gedenken an Zeynel Durmus stattgefunden. An mehreren Orten kam es zu Verboten und Angriffen der Polizei. In Istanbul wurden bei einem Polizeiangriff eine Vielzahl von Menschen verletzt und festgenommen.

Weitere Verhaftungen von HADEPlern

In Amed sind von den am Weltfriedenstag festgenommenen HADEPlern sechs weitere verhaftet worden. In Istanbul, Bitlis, Tatvan, Kars und Amed sind in den letzten beiden Tagen insgesamt 12 HADEPler verhaftet worden.

(ÖP, 7-10.9., ISKU)

Dreifache Steigerung der Menschenrechtsverletzungen gegenüber dem Vormonat

Mit einer Pressekonferenz hat der IHD Diyarbakir seinen Menschenrechtsbericht für den Monat August bekannt gegeben. Demnach haben sich die Menschenrechtsverletzungen einschliesslich Folter, Angriffen und Festnahmen im Durchschnitt im Vergleich zum Vormat gemessen an den Anträgen, die an den Menschenrechtsverein gestellt wurden, verdreifacht.

Menschenrechtsverletzungen in den kurdischen Gebieten:

Tote bei Kampfhandlungen:	3
Morde "unbekannter Täter", aussergerichtliche Hinrichtungen:	7
Minen:	2 Tote
Festnahmen	223
Folter und Misshandlung:	47
Verhaftungen:	25
Verletzte durch Polizeiinterventionen:	61
Dorfniederbrennung (Hausniederbrennung):	2
Amtsenthebung:	6
Im OHAL-Gebiet verbotene Zeitungen und Medien:	29
Verbote von Sprache:	2
Selbstmorde im Gefängnis:	5

(ÖP, 12.9., ISKU)

immer noch eine disziplinierte und starke Organisierung. Von ihrer Fähigkeit, ihre Anhänger sofort in Bewegung zu versetzen, hat sie nichts verloren. Alle organisierten Aktivitäten verlaufen friedlich."

"Die Identitätskampagne der PKK ist darauf ausgerichtet, zu beweisen, dass das Verbot der Organisation unsinnig und nutzlos ist. Mit der Kampagne wird versucht, das Verbot zu durchlöchern." Im Bericht wird darauf hingewiesen, dass auch YEK-KOM eine Kampagne zur Aufhebung des PKK-Verbots begonnen hat. *(ÖP, 8.9., ISKU)*

Erneute Durchsuchung im Münchener MED-Kulturhaus!

Nach den Durchsuchungen der Vereine "Kurdistan Volkshaus" in Hamburg sowie "KOC-DEM, Demokratische Migranten Union" in Berlin wurde am 5. September das "MED-Kulturhaus" in München erneut von der Polizei durchsucht. Die Begründung: Im Verein würden Aktivitäten organisiert oder durchgeführt, die im Rahmen des Betätigungsverbotes der PKK gegen den § 20 Abs. 1 Nr. 4 des Vereinsgesetzes verstießen.

(YEK-KOM, 6.9., ISKU)

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem
KIZ=Kurdistan Informations-Zentrum

Termine

Bundesweite Demonstration:
Asylrecht ist Menschenrecht und kein Privileg - Flüchtlinge gegen das rassistische Schily-Papier Berlin-Alexanderplatz, 29.9. um 12°° Uhr / www.stop-schily.de/

Veranstaltung:
Das "Schily-Papier" / Rassistische Offensive gegen Flüchtlinge und MigrantInnen am 21.9, Christuskirche, Hamburg/Eimsbüttel, 19°° Uhr Kontakt: STOP SCHILY Mail: free2move@nadir.org

Prozess gegen Mehmet Tamboga
Vor dem OLG Düsseldorf beginnt am 18.9. um 9.15 Uhr ein Prozess wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" innerhalb der PKK. Weitere Termine: **19.9, 26.9., 27.9., 1.10., 2.10...**

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 22
21. September 2001

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Verantwortlich handeln!

"An diesem historischen Wendepunkt muss es in Richtung Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit gehen"

In einem telefonischen Beitrag zur Sendung "Cözüm" bei MEDYA TV hat Gülizar Tural, Mitglied des Präsidialrates der PKK, die Haltung der Türkei zum Gegenschlag nach den Angriffen auf die USA als "königlicher als der König" und äusserst gefährlich kritisiert.

"In dieser historischen Wende muss die Richtung der Freiheit, des Friedens und der Gerechtigkeit eingeschlagen werden", warnte sie. Sie verwies auf die Kreise in der Türkei, die Kriegshetze betreiben nach dem Motto "So und so müssen die USA den Krieg eröffnen, muss der Terrorismus ausgerottet werden". "Es gibt Bewertungen der Situation, die einem schon beim Zuhören Angst machen. Es wird darüber diskutiert, die Demokratie an den Nagel zu hängen, das ist besorgniserregend. 'Ob Europa in dieser Situation wohl davon absehen wird, auf die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien zu bestehen', über solche Dinge wird geredet."

Die Türkei habe alle Friedensaufrufe der PKK, die diese seit drei Jahren allen Widerständen zum Trotz ständig wiederholt habe, ignoriert. Statt dessen stürze sich die Türkei mit einem Kopfsprung auf jede auftauchende Möglichkeit zum Krieg. Diese Situation verdeutliche die Haltung der Türkei in der Mission, die sie für sich selbst zugeschnitten habe, so Tural.

'Türkei wird verlieren'

Diese Haltung zeige auch, dass die Türkei sich vom Charakter des Mittelostens entfernt habe, fuhr Tural fort. "Der erneute Eintritt in billige Kriegshetze wird die Türkei verlieren lassen. Sie sollte sich noch einmal die Geschehnisse der letzten 15 Jahre vor Augen halten. Niemand sollte in verantwortungsloser Weise sprechen, ohne daran zu denken, welche Wirkung die Worte bei den Völkern hervorrufe. Unsere Führung und unsere Partei haben nach diesem Vorfall Herangehensweisen entwickelt, mit denen die Dinge in anderer Form angegangen werden. Es ist nicht zu akzeptieren, das über eine Kraft, die seit drei Jahren von Frieden, Geschwisterlichkeit und Demokratie spricht und dafür kämpft, in solcher Weise gesprochen wird." (Anm.: bezieht sich auf die Tendenzen in der Türkei, die 'weltweite Antiterrorwelle' für die Ausführung der Todesstrafe gegen den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und die Vernichtung der PKK, insbesondere der Führungsebene, auszunutzen)

'Sich die Hand reichen'

Tural verwies darauf, dass die Türkei die Entwicklungen und möglichen Ergebnisse diskutieren müsse, ohne dabei ihre Besonnenheit zu verlieren. "Die Diskussion um eine Lösung muss vertieft werden. Wir befinden uns an einem Wendepunkt. Ob an diesem Wendepunkt die Richtung Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit eingeschlagen wird, oder es in Richtung Krieg geht, werden wir sehen. An diesem historischen Wendepunkt muss es in Richtung Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit gehen. Nicht nur in der Politik, sondern alle, die unsere Welt lieben und in einer winzigen Ecke ihres Herzens die Menschlichkeit tragen, müssen sich die Hand reichen. Dazu rufen wir alle revolutionären Kräfte und Frauenorganisationen auf."



So wie hier in Manila finden derzeit überall auf der Welt Demonstrationen gegen einen drohenden Krieg statt.

'Ein unglücklicher Vorfall'

Der Angriff in den USA sei sowohl in menschlicher Hinsicht als auch für die Zukunft der Menschheit ein unglückseliger Vorfall, sagte Gülizar Tural. Damit er nicht gegen die Völker eingesetzt werde, müsse er richtig bewertet werden. Dafür sei es notwendig, eine tiefgreifende mentale Revolution durchzuführen und die Gründe für den derartig zertstörerischen Angriff sowie Lösungswege herauszuarbeiten. "Die Zerstörung ist das Ergebnis des überall stattfindenden Vorgehens unter dem Namen 'Neue Weltordnung'. Am meisten davon betroffen ist der mittlere Osten. Im Kalten Krieg ist nach der Logik verfahren worden, die Völker im Mittleren Osten zu benutzen. Einhergehend mit der Beendigung des Kalten Krieges sollte im Mittleren Osten damit begonnen werden, nach der Realität der einzigen verbleibenden Weltmacht USA zu verfahren. Das hat auch historische Wurzeln. Der Mittlere Osten ist in diese Lage geraten, weil Hunger, Gewalt und Armut vergrössert und die Widersprüche nicht gelöst wurden. Verantwortlich für die bestehende Situation sind Amerika und der Westen. Es muss ein weiteres Mal erkannt werden, dass die Probleme des mittleren Ostens nicht mit klassischer Kriegspolitik und der Unterdrückung der Völker gelöst werden."

(ÖP, 18.9., ISKU)

BRD verschärft Gesetze

Die Bundesregierung nutzt die derzeitige Stimmung der Angst und Verunsicherung, um im Namen der "Terrorismus-Bekämpfung" Gesetze zu verschärfen und neue Überwachungsmaßnahmen zu genehmigen. Betroffene der Verschärfungen sind in erster Linie ausländische Menschen und Organisationen. So wird der §129b neu ins Strafgesetzbuch aufgenommen, der die "Unterstützung ausländischer terroristischer Organisationen" unter Strafe stellt. Auch soll bereits bei Beantragung von politischem Asyl oder auch nur eines Visums die betreffende Person vom Verfassungsschutz überprüft werden. Damit schafft sich die BRD zusätzlich zu den bestehenden Gesetzen neue Möglichkeiten, für sie unliebsame Menschen und politische AktivistInnen die Einreise zu verwehren und sie zu kriminalisieren. *(ISKU)*

Meldungen

HADEPler gefoltert

In Izmir und Mus-Varto sind bei Wohnungsrazzien zehn Personen festgenommen worden. Wie bekannt wurde, werden die Festgenommenen, darunter der HADEP-Kreisvorsitzende aus Varto, gefoltert. Der Grund für die Festnahmen wurde nicht mitgeteilt. In Cizre wurde die Eröffnung einer HADEP-Zentrale verhindert. Die Polizei wechselte das Schloss aus und beschlagnahmte die Schlüssel. In Izmir sind bei Razzien im Mesopotamische Kulturzentrum, in den Büros von Özgür Halk und Azadiya Welat, bei der HADEP, sowie einige weiteren Wohnungen und Institutionen, 17 Personen festgenommen worden. Darunter der HADEP-Kreisvorsitzende aus Konak. Den Festgenommenen wird "Besitz verbotener Veröffentlichungen" und "Aktivitäten im Namen der PKK" vorgeworfen. *(ÖP, 15./16/18.9., ISKU)*

Militärs richteten Verwundeten hin

Die Soldaten, die in Merge bei Sirnak-Uludere Dorfbwohner als vermeintliche Guerillaangehörige unter Beschuss gesetzt hatten, haben einen bei dem Vorfall verwundeten Mann hingerichtet.

Ein Dorfbewohner berichtete: "Die Männer verliessen das Haus und wurden ohne Vorwarnung von den Soldaten beschossen. Als wir zum Ort des Geschehens kamen, war Ömer bereits tot. Mehmet, der nur leicht verletzt war, wurde von den Soldaten auf dem Weg hingerichtet." *(ÖP, 15.9., ISKU)*

Spitzelangebot an kurdischen Studenten

Murat Cig, der in Düsseldorf Maschinenbau studiert, ist von Angestellten des türkischen Konsulats in Düsseldorf bedroht worden, damit er als Agent arbeitet. Er berichtete, dass ihm das Spitzelangebot am 23. Mai vom stellvertretenden Konsulatsleiter Osman Acar unterbreitet worden sei. Falls er das Angebot ausschlage, würde er Schwierigkeiten mit seinem Aufenthalt bekommen. Ihm wurde mit der Abschiebung in die Türkei gedroht.

Er habe einem Anwalt und der Polizei von der Situation berichtet, was aber kein Ergebnis erbracht habe. *(ÖP, 16.9., ISKU)*

Seperatismusprozess gegen Redaktionsverantwortliche

Gegen die Verantwortliche der EKB-Nachrichten, Nahide Kilic, ist wegen "seperatistischer Propaganda" vom Staatssicherheitsgericht ein Prozess eröffnet wor-

337. Tag im Todesfasten

Drei weitere Tote

68 Menschen haben bisher innerhalb und ausserhalb der Gefängnisse ihr Leben verloren, mehr als 100 Menschen wurden durch die Zwangsernährung - Komafolter - um ihr Gedächtnis gebracht. Derzeit befinden sich 173 Gefangene und 20 Angehörige im Todesfasten. Seit dem 16. August 2001 haben Militär und Polizei den Istanbuler Stadtteil Kücük Armutlu umstellt. In Armutlu befinden sich 20 Menschen, die sich außerhalb der Gefängnisse am Todesfasten beteiligen.

Ümüs Sahingöz im Todesfasten gefallen

Ümüs Sahingöz setzte ihr Todesfasten auch nach ihrer bedingten Freilassung in Armutlu fort. Sie hat ihr Leben am 14.9. verloren. Ümüs wurde am 15. Juni 1969 in Yozgat geboren. 1997 wurde sie verhaftet. Sie hat sich dem Todesfasten der 1. Gruppe in Ümraniye angeschlossen. Nach dem Massaker vom 19. Dezember wurde sie in das Spezial-Typ Gefängnis Kartal verlegt. Zwei ihrer Geschwister befinden sich ebenfalls im Gefängnis. Ihr Onkel Bekir Simsek, ist in der 4. Todesfastengruppe im F-Typ Gefängnis Edirne.

Angriff auf Kücük Armutlu

Bei der Beerdigung von Ümus Sahingöz griff die Polizei Armutlu an. Laut Tayad wurden bei den Auseinandersetzungen 150 Menschen verhaftet. Die Bevölkerung von Armutlu baute Barrikaden, um sich und die Todesfastenden zu schützen. Auf die Barrikaden wurde von Spezialteams und Soldaten scharf geschossen und Gasbomben eingesetzt. Mehrere Anwohner wurden schwer verletzt. Die JuristInnen-Delegation, die am 14.9. in die Türkei geflogen ist um sich ein Bild über den Zustand der todesfastenden Angehörigen und der Gefangenen zu machen, wurde auf dem Weg nach Armutlu festgenommen. Während die Delegation noch am selben Abend freigelassen wurde, sitzen die Dolmetscher Ahmet Pusat und Selma Kubat weiterhin.

Selbstverbrennungen

Aus Protest gegen die Stürmung von Armutlu verbrannten sich im Edirne F-Typ Gefängnis Hakan Kolnacik und Bekir Simsek. Im Gefängnis Tekirdag verbrannte sich Ibrahim Erler am 132. Tag seines Todesfastens. Er starb am 19.9. im Krankenhaus an seinen schweren Verletzungen.

Abdulbari Yusufoglu gefallen

In der Nacht zum 20.9. starb der 21jährige Abdulbari Yusufoglu am 137. Tag seines Todesfastens in Armutlu. Mit dem Todesfasten begonnen hatte er in Izmir. Abdulbari kam aus Mardin/ Nusaybin. *(IKM, TAYAD, Halkin Sesi, 15./17./20.9., ISKU)*

Prozessbeginn gegen Mehmet Tamboga

Bundesanwaltschaft ignoriert Wandel der PKK

Der am 18. September eröffnete Prozess gegen den kurdischen Politiker Mehmet Tamboga vor dem OLG Düsseldorf, begann nach der Anklageverlesung mit seiner Prozesserklärung.

Er verurteilte die Anschläge in den USA und drückte sein Mitgefühl mit den Opfern aus. Angesichts von 4 000 zerstörten Dörfern und Tausenden von Toten und des großen Leids, wisse gerade das kurdische Volk, welche Schmerzen blinder Terror hinterlässt. Tamboga, dem die BAW Mitgliedschaft in einer "kriminellen Vereinigung" vorwirft, kritisierte die Haltung dieser Behörde. Sie würde in klassischer Weise alle Taten auflisten, die seit dem Verbot 1993 von der PKK verübt worden seien, ohne den vor drei Jahren eingeleiteten Wandlungsprozess der kurdischen Bewegung zu würdigen. So sei die von seiten der PKK erklärte Beendigung des bewaffneten Kampfes und das Friedensprojekt in der Anklageschrift mit keinem Wort erwähnt. Auch kritisierte er die Formulierung der BAW, die Türkei sei des Herrn Öcalan habhaft geworden, statt zu realisieren, dass es sich bei der Entführung des PKK-Vorsitzenden um einen widerrechtlichen Akt gehandelt habe. Außerdem habe die Behörde den Verlauf des Prozesses gegen Öcalan, dessen Verurteilung zum Tode und seine Haftbedingungen auf der Insel Imrali in völliger Isolation unerwähnt gelassen. Statt dessen dokumentiere die Anklageschrift eine auf der Vergangenheit beharrende anachronistische Haltung. Für eine Gesamtbewertung des gegen ihn eingeleiteten Verfahrens müssten nach seiner Auffassung alle Aspekte der "kurdischen Frage" berücksichtigt und gewürdigt werden. Deshalb ging er ausführlich auf die Geschichte des kurdischen Volkes ein. Für die Verhinderung einer politischen Lösung machte er hauptsächlich die USA und GB verantwortlich. Die BRD habe sich in der Zeit des Aufenthaltes von Öcalan in Italien für eine internationale Kurdistan-Konferenz eingesetzt. Die Arbeit einer seinerzeit eingerichteten Kommission sei allerdings auf Druck der USA und GB nach wenigen Tagen wieder eingestellt worden. So habe Deutschland einen Rückzieher bei der Suche nach einer Lösung des Problems gemacht. Im Zusammenhang mit der Verschleppung Öcalans im Februar 1999 habe Deutschland zwar keine große Rolle gespielt, dennoch gebe es eine moralische Verpflichtung. Beweggründe für die Aktionen in der Folgezeit seien nicht unverständlich gewesen. Das kurdische Volk habe die Entführung als internationales Komplott und als Fortsetzung der alten Politik gesehen. Die Behauptung der BAW, die Besetzungen seien zentral von der PKK gesteuert worden, wies Tamboga in seiner Erklärung entschieden zurück. Hätte die Organisation nicht deeskalierend eingegriffen, wären die Aktionen zweifellos dramatischer verlaufen. Zum Beitrittsbegehren der Türkei in die EU, meinte er, dass es unvorstellbar sei, dieses Land als Mitglied aufzunehmen, das weit entfernt davon sei, die Kopenhagen-Kriterien zu erfüllen. Der über 15-jährige Kampf des kurdischen Volkes habe deutlich gemacht, dass es ein vereintes Europa ohne Kurden nicht geben werde. Eine weitere Leugnung seiner Existenz werde es nicht hinnehmen. Der von der PKK eingeleitete Friedensprozess habe der Türkei die Chance geboten, auf friedlichem und demokratischem Wege die Probleme zu lösen. *(AZADI, 19.9., ISKU)*

Freie Frauen-Stiftung gegründet

Die Gründung der Internationalen Freie-Frauen-Stiftung ist am 15.9. in Amsterdam bekannt gegeben worden. An dem Empfang nahmen Vertreterinnen mehrerer internationaler Frauenorganisationen teil. "Verschiedene Farben, verschiedene Gedanken, verschiedene Sprachen, verschiedene Wirklichkeiten" - unter diesem Motto beginnt die Stiftung ihre Arbeit. Zu ihren Zielen erklärte die Vorsitzende Gönül Kaya: "Die Frau mit ihrer eigenen Natur zusammenzuführen, weltweite Frauensolidarität zu entwickeln, die in der Frau verborgenen Schönheiten für das Leben zu gewinnen, das sind unsere Ziele. Von den Problemen der Frauen in Europa zu denen in Lateinamerika, von den Frauen, die in Palästina Schmerzen erleben, bis zu denen in Jugoslawien, von den Frauen, die in Kurdistan für ihre nationale und geschlechtsbezogene Identität kämpfen, bis zu den Frauen in Afrika, allen Frauen wird unsere Stiftung dienen. Wir unterstützen jedes Projekt auf der Welt, das für Frauen, Kinder und die Gesellschaft arbeitet. Jede Art von Friedensarbeit, die Frauen leisten, werden wir angehen wie unsere eigene Arbeit." *(ÖP, 17.9., ISKU)*

den. Der EKB (Bund Werktätiger Frauen) hatte ein Buch mit dem Titel "Stimme und Mut" (Ses ve Cesaret) herausgegeben, eine Berichtsammlung vom Kongress "Nein zu sexueller Misshandlung und Vergewaltigung nach der Festnahme", der im Juni 2000 stattgefunden hatte und bei dem Frauen von sexueller Folter berichteten. *(ÖP, 16.9., ISKU)*

Hungerstreik gegen Hunger

In Konya-Selcuklu hat der 44-jährige Bayram Aslan mit seiner Frau und seinen Kindern einen Hungerstreik begonnen. Wie Aslan mitteilte, sei die Familie zu Fuss in die Stadt gekommen, weil sie kein Fahrgeld gehabt hätten. Seit einigen Monaten wisse seine Frau wegen Geldmangel nicht mehr, was sie der Familie zu essen geben solle. Sie hätten keine Kraft mehr und würden jetzt einen Hungerstreik beginnen, weil sie ohnehin seit sechs Tagen nicht mehr gegessen hätten. Zuvor sei er als Gelegenheitsarbeiter beschäftigt gewesen. Da es aber keine Arbeit mehr gebe, sei seine Familie mit Hunger konfrontiert. "Wir haben zuhause nicht einmal mehr ein Brot zu essen, warum haben die Regierenden davon keine Ahnung. Mein Protest gilt der Regierung. Sie kommen nur, um sich Wählerstimmen zu sichern, warum kommen sie jetzt nicht und geben Brot und Arbeit." *(ÖP, 17. 9., ISKU)*

Quellen:
ÖP = Özgür Politika

Termine

Kundgebungen und Demonstrationen **Für die Freiheit von Öcalan und Frieden in Kurdistan und in der Welt** am 28.9. unter anderem in Berlin (17.00 Uhr, Brandenburger Tor) und Hamburg (15.00 Uhr, Hachmann-Platz) **Achtet auf weitere lokale Ankündigungen!**

Bundesweite Demonstration:
Asylrecht ist Menschenrecht und kein Privileg - Flüchtlinge gegen das rassistische Schily-Papier
Berlin-Alexanderplatz, 29.9. um 12°° Uhr / www.stop-schily.de/

Demonstrationen gegen den angedrohten Krieg der NATO werden in den nächsten Wochen in vielen Städten der BRD und Europas stattfinden.

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org

bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 23
28. September 2001

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

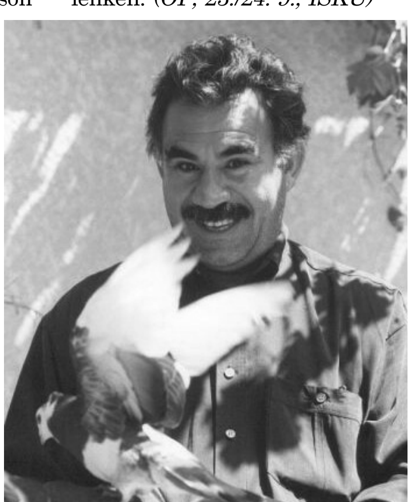
wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

"Europäischer Menschenrechtsgerichtshof ist der erste Schritt einer langen Phase"

Am 28. September wird das Verfahren des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan nach seiner Entführung durch einen internationalen Komplott zum zweiten Mal vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EuMRGh) auf die Tagesordnung gebracht. Wie ein Vertreter der Kurdischen Demokratischen Volkseinheit (YDK) gegenüber ÖP erklärte, wird der erste Teil der Eingabe Öcalans, eine 500-seitige philosophisch-analytische Abhandlung, sowie die 2000 Seiten umfassende Eingabe der AnwältInnen Öcalans aus dem Rechtsbüro des Jahrhunderts (Asrin Hukuk Bürosu) aus Istanbul und der AnwältInnen aus England eingereicht werden.
Weiterhin wird die Anhörung von ZeugInnen beantragt. "Der Prozess wird einen internationalen Umfang bekommen. Auf dieser Basis werden wir - wie auch schon zuvor gefordert - einschliesslich der Person des Antragstellers die Anhörung sämtlicher Zeugen beider Seiten beantragen."
Im Anschluss an die Eingabe des Antragstellers wird von Regierungsseite eine schriftliche Antwort eingereicht werden. Wenn das Gericht die Forderung annimmt, wird es zu einer mündlichen Verhandlung kommen. Bei der Eingabe Öcalans handelt es sich nicht um eine Verteidigung, weil er der Anstragsteller ist. Eine Verteidigung wird vom türkischen Staat gemacht werden.
Der zweite und dritte Teil der Eingabe Öcalans befinde sich immer noch auf Imrali, so der YDK-Vertreter. Faktisch sei die Eingabe von der Inselkommandantur beschlagnahmt. "Seit einem Monat werden die Papiere untersucht. Es wird verhindert, dass sie die AnwältInnen erreichen."

EuMRGh-Entscheid als Wendepunkt
Parteiratsmitglied Ali Haydar Kaytan forderte in einer Auswertung des EuMRGh-Verfahrens vom Gericht, den Kurden und Kurdinnen einen menschengerechten Status zu geben. Eigentlich handele es sich bei dem Problem um eine Türkei-interne Frage, so Kaytan. Mit der Hinzuziehung des EuMRGh werde daraus zumindest praktisch auch eine europäische Frage. "Somit werden die Kurden und Kurdinnen für das aus dem Prozess hervorgehende Ergebnis auch Europa verantwortlich machen. Mehr noch als eine juristische wird das Gericht eine politische Entscheidung treffen. Kaytan unterstrich, dass das kurdische Volk sich im "Zustand des Aufstandes" befinde: "Es ist mit Sicherheit unmöglich, dieses Volk wieder in die Dunkelheit der Geschichte zu stossen und zu vernichten." Das kurdische Volk rief er auf, "mit demokratischen Methoden alles dafür zu tun, damit seine Stimme auf der ganzen Welt gehört werde".

Auf Imrali wurde eine Nation vor Gericht gestellt
Auf Imrali sei nicht eine Person vor Gericht gestellt worden, sondern eine ganze Nation, unterstrich Ali Haydar Kaytan. "Das Urteil Todesstrafe war die Entscheidung, die kurdische Nation zu vernichten. Das beste was der Menschenrechtsgerichtshof tun kann, ist diese Tatsache festzustellen. Die Türkei wollte den Vorsitzenden APO mit eigenen Worten als "Terroristen und Mörder von 40 000 Menschen" verurteilen. Es wurde ein Urteil getroffen und dieses Urteil soll vollstreckt werden. In der Realität jedoch hat ein 15-jähriger Krieg stattgefunden und es gibt verschiedene Seiten im Krieg. Eine davon ist die PKK, die andere die Republik Türkei.
Wenn der EuMRGh die Frage nicht als die einer einzigen Person angeht, auf der Grundlage des Öcalan-Verfahrens die kurdische Frage sieht und sich dementsprechend verhält, muss er vor allem eine Antwort auf diese Frage geben: Was ist für die Kurden vorgesehen?
Am Freitag werden in den wichtigen Metropolen Europas Demonstrationen und Kundgebungen stattfinden und Informationsstände errichtet, um die Aufmerksamkeit der EuropäerInnen auf das Verfahren zu lenken. *(ÖP, 23./24. 9., ISKU)*



Einkaufen auf kurdisch

Hunderte von Frauen haben in Adana und Tarsus, gekleidet in Nationaltrachten und auf kurdischer Sprache mit Hilfe von Dolmetscherinnen in grossen Einkaufszentren wie Carfoursa, Migros, McDonalds, Galeria Einkäufe getätigt. In Gruppen von vier bis fünf Frauen zogen sie morgens los und spazierten eine lange Weile durch die Konsumzentren. Die Frauen, die grosse Aufmerksamkeit auf sich zogen, teilten mit, dass sie mit der Aktion zur Bewahrung ihrer Sprache und Kultur beitragen und sie anderen Kulturen vorstellen wollten. Die kurdischen Frauen aus Tarsus kündigten an, ebenso zu offiziellen Institutionen gehen zu wollen.
Auch am Mittwoch spazierten in Nationaltrachten gekleidete Frauen in Istanbul gruppenweise über belebte Plätze und Einkaufsstrassen und tätigten Einkäufe auf kurdisch. In Batman füllten sie Cafes und Lokale, wo sie ein farbenprächtiges Bild boten. Auch in Van werden die Frauen eine Woche lang ausschliesslich kurdisch sprechen. Aus diesem Anlass trafen sich die Frauen, um in Kleingruppen: demokratische Massenorganisationen, Anwaltskanzleien und Arztpraxen, Friseure, Fotostudios, Apotheken, Hotels, Handwerker, Händler usw. anzulaufen. Ausserdem kündigten sie an, im Laufe der Woche auch noch Banken, Ämter und verschiedene Institutionen und Einzelpersonen zu besuchen.
Auch in Adana wurde das "Einkaufen auf kurdisch" fortgesetzt. Die Frauen in Adana konzentrierten sich dabei insbesondere auf grosse und moderne Einkaufszentren und Lokale wie Galeria und McDonalds, wo vielleicht erstmalig ein Hamburger auf kurdisch bestellt wurde.
(ÖP, 25./26.9., ISKU)

Meldungen

Jugendliche machen "Identitätskundgebungen"
In verschiedenen Stadtteilen in Batman und Izmir haben kurdische Jugendliche Kundgebungen abgehalten, auf denen sie die Anerkennung ihrer nationalen und politischen Identität forderten. Dabei riefen sie die Parolen "PKK ist das Volk und kann nicht verboten werden", "Es lebe der Frieden" und in bezug auf den bevorstehenden Prozess des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof "Das kurdische Volk kann nicht verurteilt werden". Unterstützt wurden sie bei ihren Aktionen von der Bevölkerung, die mit Klatschen und Trillern Beifall spendete. *(ÖP, 22.9., ISKU)*

HADEP-Mitglieder festgenommen
Die gegen die HADEP gerichtete Repression hat auch in Kars begonnen. Im Dorf Damlapinar bei Kars-Selim wurden gestern bei einer Razzia von Militärs vier HADEP-Mitglieder festgenommen. Wie die Provinzorganisation der HADEP Kars in einer Erklärung bekannt gab, sei die Operation damit begründet worden, die Jugendlichen des Dorfes hätten eine Demonstration durchgeführt. Die Festgenommenen seien im Verhör gefragt worden, warum sie der HADEP angehörten. Ausserdem seien sie bedroht worden, nicht weiter zur HADEP zu gehen.
(ÖP, 23.9. ISKU)

Provokationen in Sirnak
Die Provokationen in Sirnak reissen nicht ab. Nach dem Bombenanschlag auf das HADEP-Büro in Cizre am vergangenen Mittwoch wurde am 20.9. auf das Haus des Dorfschützers Cami Tatar in Sirnak ein Handgranatenanschlag verübt.
Bei dem Angriff wurden nach ersten Informationen zwei Personen verletzt. Nach dem Vorfall wurden 10 Verdächtige festgenommen. Nach Aufnahme ihrer Aussagen wurden sie wieder freigelassen.
Da die beiden Anschläge direkt aufeinander folgten, nimmt die Bevölkerung von Sirnak an, dass es sich bei dem Angriff auf die Familie des Dorfschützers Tatar um einen Teil des Planes handelt, eine Spannung zwischen HADEP und Dorfschützern zu schaffen.
(ÖP, 22. 9., ISKU)

Türkei schafft Todesstrafe teilweise ab
Das türkische Parlament hat am 26.9. in Ankara die teilweise Abschaffung der Todesstrafe beschlossen. In der Abstimmung votierten 368 Abgeordnete für eine

343.Tag im Todesfasten

Zeyneb Arikan und Ali Riza Demir gefallen

Nach 343 Tagen ohne feste Nahrung ist am Donnerstag in Istanbul die 34-jährige Zeyneb Arikan gefallen.
Seit '96 war sie im Gefängnis und setzte ihr Todesfasten nach ihrer bedingten Entlassung in Armutlu fort, wo sie jetzt starb. Sie war Mitglied der ersten Todesfastengruppe und mit Kazim Gülbag verheiratet, der sich im April in Regensburg selbst verbrannt hatte. Bei Redaktionsschluß erreichte uns die Nachricht, dass auch Ali Riza Demir gefallen ist.

Besuch aus Irland in Kücükarmutlu
Eine vierköpfige Delegation der Sozialistischen Partei der Republik Irland hat die Todesfastenden in Kücükarmutlu besucht. Mitglied der Delegation war u.a. Michael Devin, dessen Vater Michael Devin zu den zehn Menschen gehörte, die im Hungerstreik von 1981 in Irland ihr Leben verloren.

Auch die 7. Gruppe beginnt.....
In einem Aufruf an das Justizministerium haben Gefangenenangehörige, VertreterInnen politischer Parteien und demokratischer Massenorganisationen die sofortige Aufhebung der Isolation in den F-Typ-Gefängnissen und den Beginn eines Dialoges gefordert. Ausserdem haben die Familien angekündigt, dass am 26.9. die siebte Gruppe mit dem Todesfasten beginnen wird.

Weiterer Prozess gegen TTB
Die Staatsanwaltschaft Ankara hat ein Strafverfahren gegen neun Mitglieder des Hohen Ehrenrates des türkischen Ärztebundes (TTB) eingeleitet, weil dieser im April in einer Presseerklärung die Zwangsernährung eines Todesfastenden kritisiert hat. Gefordert wird eine Haftstrafe bis zu zehn Jahren für "Anstachelung zum Selbstmord".

TIHV braucht Unterstützung!
Die Menschenrechtsstiftung der Türkei (TIHV) benötigt 200 Milliarden TL für die Behandlung von Haftentlassenen, deren Gesundheit durch Todesfasten und Gefängnisoperationen geschädigt ist. Wie die TIHV angibt, wurde für die Behandlung von 244 Personen, die sich bisher wegen Unterstützung an die Stiftung gewandt haben, bis heute 90 Milliarden TL ausgegeben. Für die Weiterbehandlung sind weitere 200 Milliarden TL dringend erforderlich. Die Haftentlassenen werden zu Hause oder im Krankenhaus behandelt. Als Mindestzeitraum gelten dabei sechs Monate. Neben körperlicher Behandlung wird auch Psychotherapie angewendet. Benötigt werden u.a. Medizin, Vitamine, Nahrungsmittel in Breiform, Brillen, Halstücher sowie Luftbetten und Rollstühle.
Nach Angaben der TIHV wurden bisher 250 Personen aus gesundheitlichen Gründen aus der Haft entlassen. *(ÖP, Tayad, 20./21./24./27.9., ISKU)*

Spenden leiten wir an den IHD Istanbul weiter:
Informationsstelle Kurdistan
Postbank Köln, BLZ: 37010050
Konto-Nr: 3968-506
Kennwort: Hungerstreik

entsprechende Verfassungsänderung, meldete die Nachrichtenagentur Anadolu. Damit wurde die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit von 367 der 550 Abgeordneten knapp erreicht.
Die Änderung sieht vor, dass Todesurteile künftig nur noch in Kriegszeiten, bei Kriegsgefahr sowie bei Terrordelikten verhängt werden darf. Die Abschaffung der Todesstrafe gehört zu den Hauptforderungen der EU an den Beitrittskandidaten Türkei. *(DW, 27.9., ISKU)*

Türkisches Parlament stimmt grösserer Sprachfreiheit für Kurden vorläufig zu
Das türkische Parlament hat einer Verfassungsänderung zu mehr Sprachfreiheit für die Kurden zugestimmt. Die Abgeordneten votierten mit großer Mehrheit für die Abschaffung "untersagter Sprachen", wie die Volksvertretung in Ankara mitteilte. Das Verbot könne aber wieder in Kraft treten, wenn die nationale Sicherheit, die öffentliche Ordnung und die Einheit des Landes gefährdet seien. *(taz, 27.9., ISKU)*

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
DW = Die Welt

HADEP geht nach Beytüssebab

Aufgrund der gegen die HADEP durchgeführten Repression, dem Verschwindenlassen von Menschen, unzähligen Festnahmen, Verhaftungen sowie der Missachtung der Gesetze wird Sirnak mit seiner Umgebung seit einiger Zeit "Republik Sirnak" genannt. Ein Name, der dabei immer wieder fällt, ist der des Kommandanten der 23. Division, Generalmajor Yavuz Öztürk.
So verschwanden zwei Vorstandsmitglieder der HADEP aus Silopi spurlos, nachdem sie zuletzt bei der Jandarma gesehen worden waren. Ein weiterer Höhepunkt war der Bombenanschlag auf die HADEP-Zentrale in Cizre vor einigen Tagen. Bemühungen, in Betüssebap eine HADEP-Organisation zu gründen, werden immer wieder auf willkürliche Weise verhindert. Die MHP organisierte sich mit Unterstützung von Spezialkräften und Dorfschützern erstmalig in Beytüssebap, obwohl sie in der kurdisch besiedelten Gegend überhaupt keine Basis hat. Aus den Wahlen 1999 ging trotz aller Repression die HADEP als stärkste Partei hervor. Trotzdem wird die Gründung von Kreisorganisationen weiterhin mit Druck und Drohungen verhindert.
Der HADEP-Vorsitzende der Provinz Sirnak, Resul Sadak, kündigte an, den Einschüchterungsversuchen zum Trotz werde in den kommenden Tagen in Beytüssebap eine Organisierung stattfinden und ein Parteigebäude eröffnet werden.

'HADEP soll nicht kommen'
Wie Sadak jedoch mitteilte, führe der Divisionskommandant Yavuz Öztürk in letzter Zeit Versammlungen mit der Bevölkerung durch, in denen er die Anwesenden auffordere, sich gegen die Organisierung der HADEP einzusetzen. "Zu diesem Zweck macht er Versammlungen mit den Dorfschützern und den Muhtars. Aber auf diesen Versammlungen redet er Klartext: 'HADEP hat hier nichts zu suchen, ihr werdet das verhindern'."

'Es ist die Bevölkerung, die uns will'
Sadak betonte, dass sie ihre Arbeit fortsetzen werden. "Wir sind eine legale Partei und handeln nach dem Willen der Bevölkerung. Wenn die Bevölkerung von Beytüssebap und Cizre unsere Partei dort haben will, werden wir dort Parteiorganisationen gründen. Überall in der Türkei sind wir organisiert und nirgendwo gibt es Unannehmlichkeiten, die von uns ausgehen. Bei den Wahlen 1999 hatten wir weder eine Organisation noch einen Kandidaten, aber das Bürgermeisteramt in Sirnak haben wir gewonnen. Ausserdem haben wir zwei Abgeordnete gestellt. Obwohl es uns gar nicht gab, hat das Volk uns gewollt. Niemand kann sich gegen den Willen des Volkes stellen. In Sirnak sind wir die erste Partei." *(ÖP, 25.9., ISKU)*

Plattform für den Frieden

Aus Anlass der Kriegserklärung der USA und ihrer Verbündeten mit dem Ziel eines Vergeltungsschlages nach den Anschlägen in den USA hat sich in Istanbul eine "Plattform gegen den Krieg" gegründet, an der sich eine grosse Anzahl von Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen beteiligen. In einer Pressekonferenz im IHD Istanbul kündigte die Plattform gestern gemeinsame Aktivitäten gegen einen Krieg und für den Frieden an.
Im Namen der Plattform erklärte die stellvertretende Vorsitzende der HADEP Istanbul, Esra Ciftci, die Angriffe auf die USA seien nicht zu akzeptieren. Mit dem von den herrschenden Gewalt- und Kriegsbefürwortern geplanten Gegenschlag auf den Angriff, bei dem tausende von Zivilisten ihr Leben verloren haben, nach dem Motto "Auge um Auge, Zahn um Zahn", werde jedoch der Tod weiterer Zivilisten und weitere Besetzungen vorbereitet. Durch Krieg werde die Menschheit in ihrer Entwicklung zurückgeworfen. Krieg bedeute den Tod insbesondere auch von Frauen und Kindern und noch mehr Leid. Die Plattform lehne die Wiederholung von Hiroshima, Nagazaki, Halepce und Kosovo ab, so Ciftci.
Wie Ciftci weiterhin mitteilte, werden in der Türkei wie überall auf der Welt am 29. September Anti-Kriegsaktionen stattfinden. Ausserdem werde die Plattform vergrössert werden. Mit Unterschriftenkampagnen und ähnlichen Aktivitäten werde die Plattform den Frieden gegen den Krieg verteidigen. *(ÖP, 26.9., ISKU)*

Termine

KARIKAKULTUR von Avni Odabasi
Ausstellung über die Immigration nach Deutschland und die Menschenrechte
vom 28. September bis 19. Oktober 2001 im Foyer der Landeshochschulbibliothek, Schloß Darmstadt
Geöffnet: Mo. bis Fr. von 10 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 13 Uhr
Veranstalter: Internationalismusreferat im AStA der TUD und YXK (Verband der StudentInnen aus Kurdistan)

Prozesstermine von Mehmet Tamboga
Mehmet steht seit dem 18. September vor Gericht. Die Anklage lautet auf "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" und "Verantwortung für Konsulatsbesetzungen"

1. und 2. Oktober, 9.15 Uhr
OLG Düsseldorf
Tannenstrasse

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 24
5. Oktober 2001

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Aktivitäten der kurdisch-türkischen Friedensbewegung

Friedensfront gegen Krieg

HADEP, ÖDP, EMEP und SIP haben in einer gemeinsamen Pressekonferenz in Istanbul die Anschläge auf die USA verurteilt und gleichzeitig erklärt, die USA und ihre Verbündeten nutzten die Anschläge als Vorwand, um einen Krieg zu beginnen, der "die Welt in neue Katastrophen" führe. Sie warnten die Türkei davor, die Region und die Welt nicht in ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang zu führen.

Der ÖDP-Vorsitzende Ufuk Uras, der die gemeinsame Presseerklärung verlas, erklärte, die Antwort der USA auf den Anschlag mit Krieg und Militarismus werde noch mehr Tote, mehr Armut und Ungerechtigkeit hervorrufen. "Wir wissen das, weil die Türkei die durch Kämpfe erschaffenen gesellschaftlichen Wunden und Ungerechtigkeiten in ihrer jüngeren Geschichte erlebt hat und den Schmerz darüber noch nicht überwinden konnte. Die Kämpfe wurden durch die Form der Lösung der kurdischen Frage der Regierenden verursacht."

'Wir wollen keinen Krieg'

Vertreter von DISK, KESK, TMMOB, TTB, und TDB haben in einer gemeinsamen Pressekonferenz in Ankara bekannt gegeben, dass sie gegen einen Krieg seien. Sie kritisierten die Ankündigung bedingungsloser Unterstützung der Türkei für die USA und bewerteten diese Haltung der Regierung als "Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Land". (...)

Friedensfront in Izmir

In Izmir haben 15 Organisationen, darunter HADEP, ÖDP, KESK, TMMOB, DISK und die Menschenrechtsstiftung in einer gemeinsamen Presseerklärung gegen den Krieg aufgerufen.

Frauen-Aufruf für Frieden

Auch die *Frauenplattform gegen den Krieg* in Istanbul hat dazu aufgerufen, sich an Aktionen gegen den Krieg zu beteiligen.

In einer Pressekonferenz im IHD Istanbul brachten die Plattformmitglieder erneut ihren Widerstand gegen den Krieg zur Sprache. Im Namen der Plattform erklärte Hülya Imak, im Krieg herrsche Militarismus, der antidemokratische Bedingungen erschaffe, die wiederum Gewalt und Repression gegen Frauen hervorrufen. "Wir sind türkische und kurdische Frauen, die unter den Bedingungen eines 15 Jahre andauernden Krieges gelebt haben. Wir haben gesehen, dass Krieg überall auf der Welt für Frauen sexuelle Gewalt und Übergriffe, Vergewaltigung und Armut bedeutet. In diesem Krieg, der für den Profit der internationalen imperialistischen Mächte stattfinden wird, wollen wir als türkische, kurdische, arabische, afghanische oder amerikanische Frauen Solidarität, Frieden und Freiheit teilen." *(ÖP, 3.10., ISKU)*



Polizei geht am vergangenen Samstag in Istanbul gegen eine Friedensdemonstration vor (Foto: web.de)

Falsche Fährten nach Nordirak?

Meldungen über die Anwesenheit »islamistischer Kämpfer« im Nordirak sorgen derzeit in deutschen Tageszeitungen für Aufmerksamkeit.

Die Informationen stammen von der Patriotischen Union Kurdistans (PUK). Der PUK-Sprecher in Ankara, Bahros Galali, hatte gegenüber Journalisten berichtet, daß mindestens 30 PUK-Mitglieder bei einem Angriff auf das Dorf Heli Hama (Nordirak) getötet worden seien. Kämpfer der »Jund al-Islam« sollen den Angriff ausgeführt haben. Diese seien in Afghanistan ausgebildet worden. Duran Kalkan, Mitglied im Präsidialrat der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), warnte, die Ereignisse würden bewußt übertrieben, um offenbar »Gewinn aus den Anschlägen vom 11. September« zu ziehen. Das »Büro für Internationale Beziehungen« der PUK in Deutschland erklärte, Osama bin Laden plane mit Hilfe der »Jund al Islam«, »die Lage in Irakisch-Kurdistan zu destabilisieren«. Auch die New York Times machte den »endgültigen Feind« bei der Kurdischen Islamischen Bewegung aus. Seit dem Ende des 2. Golfkrieges 1991 kontrolliert diese die Umgebung von Halabja im Nordirak. Islamische Hilfsorganisationen unterhalten in dem Gebiet soziale Einrichtungen. Deren Finanzierung erfolgt mit Geldern aus dem Iran und Saudi-Arabien. Die PUK kontrolliert die Provinz Süleymania im kurdischen Nordirak und unterhält ihrerseits enge Beziehungen nach Teheran. Die Nachrichten, die jetzt von der PUK verbreitet werden, stammen von ungenannten »Analytikern«. Danach soll »Jund al-Islam« von Osama bin Laden finanziert werden und die »Destabilisierung der Region durch Terror und Schrecken« zum Ziel haben. Detailliert werden die Namen von Führungsmitgliedern ebenso aufgelistet wie angebliche Bewaffnung, die Höhe der letzten Spende Osama bin Ladens wird genannt (600 000 US-Dollar) Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch nordirakische islamische Organisationen Verbindungen mit Osama bin Laden haben. »Jund al-Islam« hat wohl vor allem durch sein rigoroses Programm Mißtrauen erregt, das in der PUK-Stellungnahme ausführlich dargestellt wird. Sollte es stimmen, wäre es in der Tat dem politischen Vorgehen der Taliban sehr ähnlich. Die Meldungen sind jedoch mit Vorsicht zu bewerten und könnten ein ganz anderes Ziel haben. Die Frage ist angebracht, ob »Jund al-Islam« nicht vielmehr als Bösewicht aufgebaut wird, um eine militärische Intervention im Irak zu rechtfertigen. Dafür spricht die Behauptung, »Jund al-Islam« fungiere »als fünfte Kolonne des Bagdader Regimes«. Beweise seien »aufgefangene Meldungen«, wonach »bin Ladens Gruppe in Abstimmung mit dem irakischen Geheimdienst Mukhabarat« operiere.

(jW, 01.10., ISKU)

Meldungen

Mörder von Halabja in Dänemark

Wie bekannt wurde, hat ein ehemaliger General Saddam Husseins, der verantwortlich an dem Massaker in Halabja beteiligt war, in Dänemark Asyl beantragt. Dänemark ist eines der skandinavischen Länder, die sich immer mit der Betonung von Menschenrechten hervorgetan haben. Bei Halabja handelt es sich um eines der schmerzhaftesten Massaker in der kurdischen Geschichte, das Mitte März 1988 stattgefunden hat. Der Ton in der Auseinandersetzung zwischen Menschenrechtlern und Staat verschärft sich zunehmend, nachdem vor ein paar Tagen durch die Medien bekannt wurde, dass sich der praktisch Ausführende des Massakers, dessen Name geheim gehalten wird, in Dänemark befindet. Es kam die Forderung auf, den General anstatt der Gewährung von Asyl vor Gericht zu stellen. Diese Forderung findet grosse Unterstützung durch die Menschen aus Kurdistan, die in Dänemark leben.

(ÖP, 2.10., ISKU)

Überall Aktionen

Aus Anlass des Prozessbeginnes vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes (EuMRGh) führten Jugendliche in Batman, Van, Mersin, Mardin, Siirt und Istanbul am 28.9. Kundgebungen und Aktionen durch, um ihre Verbundenheit mit dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan zu verdeutlichen. *(ÖP, 29.09., ISKU)*

Festnahmen beim "kurdischen Einkaufen"

Seit einer Woche sind kurdische Frauen in verschiedenen Städten der Türkei und Kurdistans unterwegs in Einkaufszentren und Einrichtungen, um unter der Parole "Mit unserer Sprache und Kultur in alle Lebensbereiche" die Existenz der kurdischen Kultur deutlich zu machen. Am 28.9. kam es dabei erstmalig zu einem polizeilichen Eingriff. In Mersin wurden sieben Frauen festgenommen.

(ÖP, 29.09., ISKU)

Arme Türken setzen kranke Verwandte aus

Vor der bekanntesten psychiatrischen Klinik Istanbuls werden derzeit pro Tag durchschnittlich zehn psychisch gestörte Personen von ihren Verwandten ausgesetzt. Wie der Chefarzt der Nervenklinik Bakirköy sagte, können viele Familien ihre psychisch kranken Angehörigen nicht mehr ernähren und schieben sie in die Klinik ab. Als Grund sieht er die herrschende Wirtschaftskrise in der Türkei.

(NZZ, 02.10., ISKU)

350 Tage Todesfasten

Stoppt das Sterben!

Zwei Tote in Ankara
In Ankara starben im Stadtteil Tuzlucayir die Todesfastenden Ayse Bastimur (34) am 341. Tag und Özlem Durakcan (19) am 71. Tag. Ayse Bastimur hatte das Todesfasten im Gefängnis von Canakkale begonnen. Sie wurde zur Zwangsernährung ins Numune Krankenhaus in Ankara gebracht, verweigerte jeglichen medizinischen Eingriff und wurde schliesslich bedingt für sechs Monate aus der Haft entlassen, woraufhin sie die Aktion in einer Wohnung in Tuzlucayir fortsetzte. Özlem Durakcan, die am 71. Tag starb, hatte zunächst die beiden Schwestern Zehra und Canan Kulaksiz bis zu ihrem Tod in Kücükarmutlu gepflegt. Danach ging sie nach Ankara und begann dort das Todesfasten. Özlem Durakcan stammte aus Yozgat und war erst 19 Jahre alt.



Ayse Bastimur und Özlem Durakcan

14 Festnahmen
Bei der Überführung der Leichname von Ayse und Özlem zur Gerichtsmedizin griff die Polizei die Menschenmenge an. Es kam zu 14 Festnahmen. Einschliesslich der 32 Menschen, die bei der Gefängnisoperation am 19. Dezember ums Leben kamen, sind im Rahmen des Todesfasten inzwischen 72 Personen gestorben.

Aufruf von TAYAD
Aus Anlass der Todesfälle der letzten Tage verurteilte die Angehörigenorganisation TAYAD in einer Erklärung die Gleichgültigkeit der Staatsvertreter, die einen Dialog für eine Lösung verweigerten, und rief dazu auf, den Tod von weiteren Menschen zu verhindern. Weiter heisst es in der Erklärung: "In den Gefängnissen hat die 7. Gruppe begonnen. Wir fordern die sofortige Anerkennung ihrer Forderungen. Stoppt das Sterben!"
(ÖP, 29.09., ISKU)

HADEP steigert das Tempo

Der Parteirat der HADEP hat in der vergangenen Woche eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Zu den Beschlüssen gehört auch die Organisierung in Provinzen, in denen es bisher noch keine Parteiorganisation gibt. Dazu gehören Edirne, Samsun, Erzincan, Kilis und Sivas. Die in Istanbul und Amed begonnene Mitgliederkampagne soll auf alle Provinzen ausgeweitet werden. Zielsetzung dabei ist eine Anzahl von neugewonnenen Mitgliedern, die 25% der bei den Wahlen von 1999 in den Provinzen jeweils gewonnenen Stimmen entspricht. Insgesamt hatte die Partei rund 1,5 Millionen Stimmen bei den Wahlen errungen. Mit der Kampagne wird dementsprechend eine Anzahl von 350 000 Mitgliedern angestrebt.
Eine HADEP-Delegation wird Sirnak besuchen, wo die HADEP bei den Wahlen von 1999 als stärkste Partei hervorgegangen war und trotzdem immer noch keine Provinzorganisation besteht. In Cizre, wo auf das Parteigebäude letzte Woche ein Bombenanschlag verübt wurde, wird eine Kreisorganisation eröffnet. Dasselbe gilt für Siverek, wo HADEP ebenfalls stärkste Partei ist. Zu den weiteren Beschlüssen gehört die Aufklärung des Verbleibs der beiden am 25. Januar 2001 in Silopi verschwundenen Vorstandsmitglieder Serdar Tanis und Ebukebir Deniz. Weiterhin wurde die Herausgabe eines Medienorgans beschlossen. Für gemeinsame Aktivitäten gegen einen möglichen Krieg im Mittleren Osten nach den Anschlägen in den USA wurde eine Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und anderen Parteien beschlossen. Das gleiche gilt für Veranstaltungen im Rahmen der Menschenrechtswoche um den 10. Dezember. Zwischen dem 12. und 14. Oktober 2001 findet eine Frauenkonferenz in Diyarbakir statt, zwischen dem 9. und 11. November eine Jugendkonferenz in Istanbul. *(ÖP, 30.09, ISKU)*

Frauenzentrum DIKASUM eröffnet

Seit Monaten hat die Stadtverwaltung Diyarbakir an der Gründung eines "Untersuchungs- und Anwendungs-Zentrums für Frauenfragen" (DIKASUM: Kadin Sorunlari Arastirma ve Uygulama Merkezi) gearbeitet. Am 1.10. fand die Eröffnung statt. DIKASUM hat die Zielsetzung, die Probleme von Frauen festzustellen, die Wirkung von Migration und kultureller Veränderung auf Frauen zu untersuchen, Unterricht zum Thema Gesundheit zu geben und bei den Frauen das zur Verteidigung ihrer Rechte notwendige Bewusstsein zu schaffen. Wie die Sozialarbeiterin Gönül Baris bei der Eröffnung gegenüber den Gästen, darunter Bürgermeister, Frauen-Institutionen, Partei- und Vereinsvorständen, erklärte, setze sich DIKASUM gegen Traditionen wie "Blutrache, Verlobung im Kindesalter, Vielfrauenehe" ein, die wie mit Migration und Gewalt zur Verschlechterung der Lebensbedingungen von Frauen beitragen. Sie verwies auf die in letzter Zeit insbesondere in der Region von Frauen verstärkt verübten Selbstmorde. Weiter sagte Baris: "DIKASUM hat das Ziel, die Frauensolidarität zu stärken, den weiblichen Blickwinkel zu entwickeln und zu erweitern, und ein Stützpunkt für Frauenfragen zu werden. Die bei uns stattfindenden Arbeiten können unter zwei Überschriften zusammengefasst werden. Erstens, wissenschaftliche Forschung und Untersuchung zur Definition der Probleme, Bedürfnisse, Wünsche und Vorschläge von Frauen. Zweitens, Beratung, Rehabilitation und Ausbildung in Hinblick auf eine Lösung der so definierten Probleme." *(ÖP, 2.10., ISKU)*

Neuerscheinung: Mehmets Buch

Gefährliche Protokolle

Endlich ist jetzt "Mehmets Buch" auf Deutsch erschienen. Die türkische Journalistin Nadire Mater lässt 42 ehemalige Rekruten über ihre Zeit beim Militär erzählen. "Mehmets Buch" heißt es, weil in der Türkei Soldaten Mehmed oder Mehmetçik, kleiner Mehmed, genannt werden.
Sie habe kein politisches Buch schreiben wollen, erklärt die Autorin und enthält sich jeder Stellungnahme. Dennoch ist das Buch in hohem Maße politisch, denn es macht diejenigen zu Subjekten, die nie um ihre Meinung gebeten wurden, allenfalls als Gefallene geehrt werden.
Nadire Mater: "Mehmets Buch"
448 Seiten, Suhrkamp
Frankfurt a. M. 2001, 22,90 DM
(taz, 2.10., ISKU)

Das Buch kann auch über die ISKU-Adresse bestellt werden.

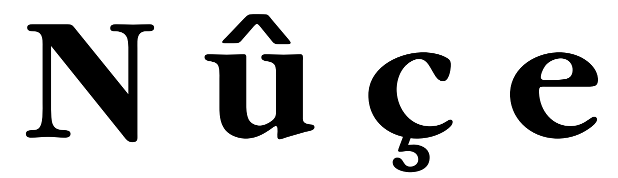
Bester Film: Fotografie
"Die Fotografie", der neueste Film der Filmgruppe im Mesopotamischen Kulturzentrum (MKM) in Istanbul unter der Regie von Kazim Öz, der bereits mit dem kurdischsprachigen Kurzfilm "Ax" bekannt wurde, hat beim 6. Filmfestival in Mailand den Preis für den besten Film verliehen bekommen. Die Hauptrollen in dem Film teilen sich Nazmi Kirik und Mizgin Kapazan, die uns bereits aus "Reise zur Sonne" bekannt sind, sowie Feyyaz Duman. In der Türkei wird er das erste Mal Anfang Oktober beim Filmfestival in Antalya gezeigt werden. Mitte Oktober kommt der Film in die Kinos. *(YG, 29.09., ISKU)*

'Bemühung um Frieden kein Verbrechen'
Am 1.10. fand die zweite Hauptverhandlung gegen das Mitglied des Nationalkongresses Kurdistans (KNK) Mehmet Tamboga statt, der sich als mutmasslicher PKK-Führungskader in Köln in Haft befindet. Auf die Fragen des vorsitzenden Richters zu seinem Lebenslauf erzählte Tamboga, wie und wo er die Bekanntschaft der PKK gemacht hat, aus welchem Grund er sich zur Teilnahme an der PKK entschied, wie die Bedingungen während seiner 16-jährigen Haftzeit waren, und von den Entwicklungen, nachdem er aus dem Gefängnis entlassen wurde. Auf eine Frage nach seinen Aktivitäten in Deutschland antwortete Tamboga: "Ich habe nie daran geglaubt, dass meine Aktivitäten der Bundesrepublik Deutschland Schaden zufügen, und ich glaube es auch heute nicht. Denn all unsere Bemühungen sind darauf ausgerichtet, die von der PKK in den letzten beiden Jahren begonnenen Friedensarbeiten zu unterstützen. Mein Ziel ist, einen Beitrag für den Frieden zu leisten. Die Friedensphase muss auch in Deutschland installiert werden. Das mag seinen Preis haben, und nötigenfalls wird eben ins Gefängnis gegangen."
Weitere Termine: 15.10. - 13.00 Uhr, 23./24. 10. - 9.15., OLG Düsseldorf *(ÖP, 2.10., ISKU)*

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
jW = Die Welt
YG=Yedinci Gündem
NZZ=Neue Zürcher Zeitung

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 25
12. Oktober 2001





Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kommentar der Özgür Politika zum Krieg der NATO

Eine Aussage, ein Szenario

Die Meinung, dass der Angriff gegen Afghanistan nur ein Anfang sein wird, der wirkliche Krieg jedoch über dem Irak ausgetragen werden wird, beginnt an Gewicht zu gewinnen. In westlichen Medienorganen heisst es, das wirkliche Ziel sei die Führung Saddam Hüseyins. Einhergehend mit dem Sturz Saddams werden über die vorgesehenen möglichen Pläne folgende Informationen gegeben: "Saddam Hüseyin wird stürzen. Der Bruder des ehemaligen Königs Hüseyin von Jordanien, Hasan, wird als König an die Spitze des Iraks gesetzt werden. Während die Vereinigung von Jordanien und Irak auf diesem Weg eingeleitet wird, wird ein Stück Land Jordaniens dem zu gründenen Palästinenserstaat überlassen werden. Palästina wird unter die Gefolgschaft des Königreichs genommen werden."
Als radikalste Vertreter dieses Planes werden US-Vizepräsident Dick Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, sein Stellvertreter Paul D. Wolfowitz sowie der Ex-CIA-Chef R. James Woolsey genannt. In den Kommentaren wird sogar die Erklärung des US-Präsidenten George Bush, es müsse ein Palästinenserstaat gegründet werden, als eine Voraussetzung dieses Planes bewertet.
Wie man es auch betrachtet, ist diese Aussage mit Sicherheit nicht völlig von der Hand zu weisen. Wenn wir bei dieser Aussage bleiben, der Plan umgesetzt wird, wird es für die arabisch-israelische Frage auf einem bestimmten Niveau eine Lösung geben. Das starke Israel wird erhalten bleiben, Jordanien und Irak vereinigt und die Gründung eines palästinensischen Staates ermöglicht werden.
Überspringen wir diese Dimension und kommen wir auf den Punkt, welchen Einfluss die Durchführung dieses Planes auf die andere aktuelle Frage der Region, die kurdische Frage, haben könnte.
Nehmen wir mal an, von Washington ist der vorgesehene Plan in gewissem Sinn ausgeführt worden. Was wird aus Iraks Norden, also Südkurdistan? Wird dieser Boden im Falle eines Sturzes Saddams unter die Kontrolle des grossen Königreichs gelangen? Oder wird ein neues Staatengebilde Südkurdistan eigens für die Kurden entstehen?
In einer solchen Situation kommen zwei "Lösungswege" in Betracht. Der erste ist die Gründung eines kurdischen Staates in Südkurdistan unter US-Kontrolle. Allerdings macht das Kräftegleichgewicht in der Region, insbesondere die Haltung der Türkei und Irans, eine solche Staatenbildung nahezu unmöglich. Die Türkei hat angekündigt, jede Initiative, die aus den Kurden eine weltweit anerkannte Macht werden lässt, als Kriegsgrund zu betrachten. Insofern sieht es so aus, als ob die Entwicklung einer Beziehung der us-amerikanischen Führung zu den Kurden unter Übergehung der Türkei nicht möglich ist. Wenn das so ist, bleibt noch der andere "Lösungsweg", also die Alternative, dass Südkurdistan unter die Kontrolle der Türkei gestellt wird. Bereits im Golfkrieg von 1991 ist diese These häufiger hervorgebracht worden und hatte den Appetit Turgut Özals und so einigen weiteren Kreise anschwellen lassen. Zu verstehen ist darunter, dass der gleiche Plan zehn Jahre später erneut aufgebracht wird und somit der Region die gebührende Ordnung verpasst werden soll. Allerdings sollte nicht vergessen werden, dass damit neue Probleme entstehen werden. Denn es ist offensichtlich, dass kein Plan Erfolg haben wird, der die Kurden ignoriert und ihren Willen verleugnet. *(ÖP, 6.10., ISKU)*

Umfrage ergibt 'Nein zum Krieg'

Aus einer in Istanbul, Ankara, Izmir, Adana, Samsun, Amed und Erzurum durchgeführten Umfrage des Meinungsinstituts ANAR mit 1240 Personen im September ist hervorgegangen, dass die Türkei nicht an einem Krieg der USA gegen Afghanistan teilnehmen soll.
Von den an der Umfrage Teilnehmenden lehnten 66,7% einen Angriff der USA auf Afghanistan ab, 63,9% die volle Unterstützung der Regierung für die USA, 64,5% die Öffnung der Militärbasen (für die USA) und 86,1% die Teilnahme türkischer Soldaten. Auf die Frage, wer den Anschlag auf die USA verübt habe, antworteten 20,7% "inneramerikanische Kräfte" und nur 13,3% "Bin Laden". Die Frage, "Wer hat bis heute am meisten Unterstützung für den Terrorismus geleistet?" antworteten 25.1%, "die USA". Mit "Irak" antworteten nur 11,8%. 50,6% der Teilnehmenden waren der Auffassung, dass durch die nach den Anschlägen auf die USA ergriffenen Massnahmen individuelle Freiheiten beschnitten werden.

Vorgezogene Neuwahlen ein Muss

Weiterhin ging aus der Umfrage hervor, dass bei Neuwahlen alle Parteien an der 10%-Hürde scheitern würden. 40,8% der Teilnehmenden vertraten die Meinung, für die Lösung der Probleme der Türkei seien vorgezogene Neuwahlen unbedingt notwendig. Als unzufrieden mit ihrem Leben bezeichneten sich 40%, 36,6% blicken ohne Hoffnung in die Zukunft. *(ÖP, 5.10., ISKU)*

Wirtschaftskrise: Türkei in der Depression

Eine Umfrage, die von ANAP in Auftrag gegeben worden war, hat die weite Verbreitung von Hoffnungslosigkeit und Misstrauen in der Türkei gezeigt. Gemäss der Umfrage, die von dem Institut MIR zwischen dem 5. und 13. September in 17 verschiedenen Kreisen mit 5124 Personen durchgeführt wurde, besteht kein Vertrauen in den Staat, seine Politik und Institutionen. 59,7% der Befragten waren der Auffassung, dass in Kürze eine soziale Explosion stattfinden werde.
82,4% bezeichneten den Staat als Plage für das Volk. 34,2% haben kein Vertrauen in irgendeine Einrichtung betreffend einer Lösung der bestehenden Probleme. Eine neue Wirtschaftskrise erwarteten 79% der Befragten. Auf die Frage, ob die Türkei ihre Probleme mit dem bestehenden System lösen könne, antworteten 71% mit Nein. 63,5% glaubten nicht daran, dass die laufenden Operationen gegen Korruption irgendein Ergebnis hervorbringen werden. Die Frage, "Wird sich die Lage unseres Landes in den kommenden Monaten verbessern oder verschlechtern?" beantworteten 43% mit "Verschlechtern", weitere 40,1% waren der Meinung, es werde sich nichts ändern. *(ÖP, 8.10., ISKU)*

Meldungen

'Nein zum Krieg' verboten

Eine Unterschriftensammlung der Istanbuler Zweigstelle des Menschenrechtsvereins (IHD) gegen den Krieg, die dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan geschickt werden sollte, ist von der Polizei verhindert worden. In Kartel wurden bei einer Kundgebung unter dem Motto 'Nein zum Krieg' mit ca. 200 Teilnehmern verschiedenen Parteien, Gewerkschaften und Massenorganisationen fünf Personen festgenommen. In Amed wurde eine Unterschriftenkampagne der EMEP nicht genehmigt. *(ÖP, 7.10., ISKU)*

Kriegsgegnerinnen festgenommen

In Istanbul-Beyoglu sind ca. 30 Frauen festgenommen worden, die eine Anti-Kriegs-Kundgebung durchführen wollten. Eine ca. 50-köpfige Gruppe der "Kriegsgegnerinnen-Plattform Istanbul" hatte sich vor der ÖDP-Zentrale versammelt und Parolen wie "Nein zum Krieg", "Frieden jetzt sofort" und "Frauen, nehmt nicht teil am Krieg" gerufen. Die Polizei verbot das Verteilen von Flugblättern und griff die eingekesselten Aktivistinnen an, wobei es zu ca. 30 Festnahmen kam. Auch gegen MedienvertreterInnen wurde Gewalt von Seiten der Polizei angewendet, um Aufnahmen des Vorfalls zu verhindern. *(ÖP, 08.10., ISKU)*

EuMRGh-Angst in Griechenland

Angesichts des am 28. September begonnenen Prozesses des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EuMRGh) ist auch die Regierung Griechenlands aktiv geworden. In Griechenland, das bei der Entführung Öcalans durch einen internationalen Komplott eine aktive Rolle gespielt hat, sind aus Anlass des EuMRGh-Prozesses Gerichtsverfahren gegen Einzelpersonen eröffnet worden, darunter der ehemalige Admiral Antonios Naxakis, der Anteil an der Verbringung Öcalans nach Griechenland hatte, und weitere 12 Personen. In der staatsanwaltschaftlichen Begründung heisst es, Naxakis sowie zwei Kurden mit den Namen Cengiz Yakar und Ayfer Kaya, die damals mit Öcalan zusammen waren, hätten "Griechenland benutzt und den Frieden auf internationalem Gebiet in Gefahr gebracht". *(ÖP, 06.10., ISKU)*

Anwaltskammer vertritt Frauen kostenlos

Der Vorsitzende der Anwaltskammer Erzurum, Faruk Terzioglu, hat angekündigt, dass die an die Anwaltskammer

357 Tage Todesfasten

Weiterer Todesfall im Todesfasten...

Auch Mustafa Coskun, Todesfastender im Gefängnis Ermenek in Karaman, ist am 2. Oktober gestorben.
Coskun, 1970 im Kreis Cevizlidere in Dersim-Ovacik geboren, stammte aus einer armen kurdischen Familie. 1999 wurde er wegen "Unterstützung" verhaftet. Vorher hatte er für verschiedene Zeitungen als Elazig-Korrespondent gearbeitet.
Bereits im Todesfasten erkrankte Coskun an Kehlkopfkrebs. Als sich seine Krankheit verschlimmerte, wurde er in Ankara ins Krankenhaus eingeliefert. Weil die Ärzte die Magensonde falsch einsetzten, wurde er auf die Intensivstation verlegt, wo er verstarb. Sein Leichnam wird an seinem Geburtsort Cevizlidere beigesetzt werden.

Gefangene krankenhausreif geschlagen
Wie bekannt wurde sind im E-Typ-Gefängnis Mardin die beiden Gefangenen Seyhmus Karaali und A. Kadir San nach einem Angriff durch Gefängnispersonal ins Krankenhaus eingeliefert worden.
In einem Brief zum Thema des Vorsitzenden von Mazlum-Der, Yilmaz Ensaroglu, heisst es, aus dem Gefängnis in Mardin seien solche Meldungen schon häufiger gekommen. "Wir glauben, dass die Rechtsverletzungen dort systematisch durchgeführt werden." Weiter heisst es in dem Brief, der Angriff habe am 21. August stattgefunden. "Seyhmus Karaali und A. Kadir San sind auf dem Rückweg von einem Gespräch mit dem Gefängnisdirektor über bestimmte negative Vorgänge von ca. 10-15 Gefängnisangestellten angegriffen worden. Nach dem Angriff wurden sie ins Staatskrankenhaus eingeliefert, wo ihnen attestlich bescheinigt wurde, sie hätten 'brutale Schläge' erhalten."
(ÖP, 3./4.10., ISKU)

Die Menschenrechtsstiftung der Türkei (TIHV) erbittet Geldspenden für die medizinische Versorgung der Hungerstreikenden, wir werden das Geld an sie weiterleiten:
Informationsstelle Kurdistan e.V.
Postbank Köln, BLZ 37010050,
Kontonummer: 3968-506
Kennwort: ‚Hungerstreik'

Menschenrechtsverletzungen Routinesache

Yavuz Önen, Vorsitzender der Menschenrechtsstiftung der Türkei (TIHV), hat darauf hingewiesen, dass die Menschenrechtsverletzungen fortgesetzt werden.
Im Rahmen einer Pressekonferenz in der Zentrale der TIHV veröffentlichte Önen die Menschenrechtsbilanz der letzten drei Monate. Önen kritisierte den Umstand, dass aus den Anschlägen in New York und Washington Kriegsgründe gemacht worden seien. Die Verantwortlichen müssten auf dem Rechtsweg bestraft werden.
Die Verfassungsänderungen in der Türkei seien mit einem äusserst beschränkten Verständnis von Freiheit vollzogen worden. Önen betonte, dass die Änderungen in den Medien übertrieben worden seien und die Öffentlichkeit getäuscht wurde.
Weiter erinnerte er daran, dass bei der TIHV 270 vorübergehend Haftentlassene (aus dem Todesfasten) in Behandlung seien. "Es ist die TIHV, die die Behandlungen übernimmt, die in der Verantwortung des Staates liegen."

In drei Monaten 427 Anfragen
Im Zeitraum der letzten drei Monate hätten sich 427 Personen wegen medizinischer Behandlung an die TIHV gewandt. 123 Personen hätten ihre Folterung öffentlich gemacht. Weiterhin sagte Önen, HADEP und EMEP seien in diesem Zeitraum die Parteien gewesen, die am stärksten der Repression ausgesetzt seien und deren Arbeit verhindert wurde.
Die vom RTÜK (Medienkontrollrat) ausgesprochenen Strafen der Schliessung und vorübergehenden Stillegung hätten eine sehr grosse Dimension erreicht, so Önen. So habe der RTÜK verhindert, dass sieben Webseiten erreicht werden können, darunter die Zeitungen Özgür Politika, Yedinci Gündem und Azadiya Welat.
Menschen, die im OHAL-Gebiet (Ausnahmezustandsgebiet) in ihre entvölkerten Dörfer zurückkehren wollten, seien der Repression der Jandarma ausgesetzt. Ausserdem seien ausser dem Schliessungsprozess der Refah Partei 107 weitere Prozesse vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof zum Nachteil der Türkei ausgegangen.
Nach dem Menschenrechtsbericht des TIHV sind im Zeitraum Januar bis September 2001 in der Türkei 335 Menschen Folter und Misshandlung ausgesetzt gewesen. Fünf Menschen sind in Gewahrsam gestorben, 40 Menschen haben ihr Leben im Todesfasten verloren und 42 GewerkschaftlerInnen wurden festgenommen. *(ÖP, 7.10., ISKU)*

Schiff mit 460 Flüchtlingen in Süditalien gestrandet

Ein Schiff mit 463 Flüchtlingen an Bord, darunter 140 Kinder, ist am 29. September in der Nähe der Stadt Crotone an der Küste der süditalienischen Region Kalabrien gestrandet. Rettungskräfte hätten wegen des schlechten Zustandes des Schiffes Polizeiboote angefordert, um die illegalen Zuwanderer an Land zu bringen, berichteten italienische Medien. Bei den Flüchtlingen handelt es sich offenbar um Kurden.

Griechische Küstenwache nimmt 86 Flüchtlinge fest
Die griechische Küstenwache hat 86 Flüchtlinge in der Ägäis aufgegriffen. Die Behörden erklärten am Dienstag, vor der Insel Evia seien 66 Männer entdeckt worden, hauptsächlich Pakistaner und irakische Kurden. Die Küstenwache suche nach den Helfern der Männer und ihrem Boot. Auf der Insel Kos wurden am 1.Oktober abends 20 weitere Flüchtlinge aufgegriffen. Von ihnen stammten zehn aus Sierra Leone, sechs aus Sri Lanka und vier aus Äthiopien. Die Flüchtlinge seien mit einem Fischerboot nach Kos gebracht worden, hieß es.

Australien fängt Schiff mit 250 Irakern ab
Die australische Marine hat am 7.Oktober in der Nähe der Weihnachtsinseln einen indonesischen Fischkutter mit etwa 250 irakischen illegalen Einwanderern abgefangen und zur Kursänderung zurück in internationale Gewässer veranlasst. Daraufhin warfen Flüchtlinge ihre Kinder über Bord oder sprangen selbst ins Wasser.
Nach Angaben der Behörden hatten alle Menschen, die ins Wasser sprangen oder geworfen wurden, Schwimmwesten an. Die Kinder und einige ihrer Eltern wurden aufgefischt, an Bord der Fregatte "HMAS Adelaide" geholt und zum indonesischen Fischerboot zurückgebracht, das sie in die 120-Seemeilen-Zone der entlegenen australischen Weihnachtsinseln transportiert hatte.

Flüchtlingsschiff in Italien angekommen
Ein Schiff mit 316 kurdischen illegalen Einwanderern ist am 8.Oktober in Süditalien angekommen.
Das Schiff sei bereits vor seiner Ankunft im Hafen von Crotone in Kalabrien von der Küstenwache entdeckt worden, berichteten die Behörden. Es handle sich um Kurden aus der Türkei und dem Irak. Sie seien in ein Auffanglager gebracht worden.
Seit Jahresbeginn haben bereits 20 Schiffe mit insgesamt mehr als 5300 Flüchtlingen an Bord an der süditalienischen Küste angelegt.

(dpa, AP, SDA, 1./2.8.10., ISKU)

gebundenen AnwältInnen von Gewalt betroffene Frauen zukünftig kostenlos vertreten. Viele der in Kurdistan lebenden Frauen hätten keine Kenntnis über ihre Rechte. Für Frauen, die innerfamiliärer Gewalt ausgesetzt seien und auf juristischer Ebene dagegen vorgehen wollten, gebe es von der Anwaltskammer Erzurum viele Erleichterungen. "Kein Geld zu haben, darf für die Frauen kein Grund sein, weiterhin Gewalt über sich ergehen zu lassen. Wir haben beschlossen, dass von Gewalt betroffene Frauen, die sich an uns wenden, kostenlos in ihren Rechten vertreten werden." *(ÖP, 6.10., ISKU)*

Das wievielte Massaker...
Nachdem vor einem Monat zwei Dorfbewohner in Beytüssebap von Einheiten der türkischen Armee ermordet worden sind, wurden jetzt im Kreis Semdinli bei Hakkari im Rahmen einer Militäroperation drei weitere Dorfbewohner getötet. Wie aus örtlichen Quellen verlautbar wurde, spielte sich der Vorfall am 26. September auf ländlichem Terrain in Semdinli ab. Soldaten der türkischen Armee erschossen drei unbewaffnete Dörfler. Wohin ihre Leichname verschleppt wurden, ist noch unbekannt. *(ÖP, 7.10., ISKU)*

Dersims Wälder brennen
In den ländlichen Gebiete der Kreise Ovacik und Hozat in Dersim hat die türkische Armee, die seit einer Woche dort in Bewegung ist, auch die letzten Wälder der Region angezündet. In dem seit Tagen andauernden Brand ist ein grosses Gebiet zerstört worden.
(ÖP, 8.10., ISKU)

Quellen:
ÖP = Özgür Politika

Termine

"Bremen - Land der vielen Kulturen" ist vom 01.10.01 bis 28.10.01 der kurdischen Kultur mit historischen und politischen Inhalten gewidmet.
Kunstaustellung mit Nuri Aslan Eröffnung 21.10. 19 Uhr Forum Kirche, Hollerallee 75
Repression gegen kurdische Frauen... Veranstaltung mit Jutta Hermann u. Nuray Sen, 22.10. 20.00 Uhr Literaturcafe Ambiente

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

SONDERAUSGABE 1
13. Oktober 2001

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

"Eigentliches Ziel ist der Mittlere Osten"

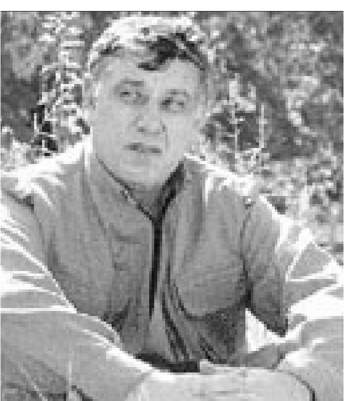
Interview mit PKK-Präsidialratsmitglied Cemil Bayik - Von NURDOGAN AYDOGAN

Der Angriff der USA und Grossbritanniens auf Afghanistan hat begonnen. Wie bewerten Sie diese Entwicklung?
Die Taliban-Führung ist eine Kraft, die im Rahmen des Projektes "Grüner Gürtel" von den USA hervorgebracht worden ist. Sie vertritt eine Rückständigkeit, die überhaupt nicht in die Region passt und im Widerspruch zur Region steht. Während der Mittlere Osten und Nahasien die Zivilisation vertritt, bemüht sich die Taliban, die Werte der Zivilisation abzuschaffen. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass der Krieg der Zivilbevölkerung Schaden zufügen, über Afghanistan hinausgehen und sich in den Mittleren Osten ausbreiten wird. Auch wenn jetzt auf die Umgebung Usama Bin Ladens und Afghanistan abgezielt wird, ist offensichtlich, dass der Krieg gemäss den dort erzielten Resultaten auf Irak und den Mittleren Osten übergreifen wird. Das bewerten wir als als eine gefährliche Entwicklung für den Weltfrieden und die Völker, die verhindert werden muss.

Bewerten Sie die durch den Angriff hervorgerufene gespannte Lage also nur als einen Anfang?
Unter dem Namen "Antiterrorkampf" sind für Gewalt und Krieg neue Entscheidungen, Massnahmen und Bündnisse vorgesehen. Bestimmte Brennpunkte der Macht, insbesondere die USA, England und Israel, versuchen die ganze Welt dazu zu zwingen, sich nach dem Motto "Für uns oder gegen uns" in Reih und Glied aufzustellen. Die Bündnispartner, die sich unter dem Namen "Antiterrorkampf" zusammengeschlossen haben, verfolgen mit schrecklichem Terror eine Auslöschungspolitik gegen die Sprecher der Völker, die durch eine grosse Ungerechtigkeit unterdrückt und ausgebeutet werden und für Frieden, Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigeit kämpfen. Wer nicht kapituliert, soll nach dieser Logik vernichtet werden.
Mit der Neuordnung im Irak entsprechend des Profites für die USA und England wird der Golf von Basra vollständig unter Kontrolle genommen werden. Ausserdem werden dadurch Iran und Syrien eingekreist und zur Kapitulation gedrängt werden. Falls sie nicht kapitulieren, sollen auch sie ins Visier genommen und gestürzt werden. Somit wäre die Verbindungslinie von Afghanistan bis zum Libanon in ihrer Hand und die Herrschaft über den Mittleren Osten und Nahasien gesichert. Und das kommt einer Übernahme der Weltherrschaft gleich. Die US-Besuche in der letzten Zeit in Ägypten, Saudi-Arabien, Oman und der Türkei, die Verstärkung ihrer Kräfte im Golf von Basra, Oman und der Türkei, die Ankündigung eines möglichen Palästinenserstaates, all das dient dem Zweck der Ausrichtung auf den Irak. Um ein Resultat aus diesem Krieg zu ziehen, wird angestrebt, die arabische Welt aufzuweichen, sich die Parteilosigkeit einiger und die Unterstützung anderer zu sichern.

Kann als Ziel des Krieges also die Neuordnung der Region bezeichnet werden?
Staaten und Organisationen werden eingeschüchtert und an die Leine gezwungen. Wer nicht mitmacht, wird zerquetscht. Auf dieser Basis wird die Neue Weltordnung gegründet werden, die die USA-England-Israel seit den 90er Jahren bis heute erfolglos durchsetzen wollten. Darauf aufbauend wollen sie sich die Weltherrschaft sichern.
Zweifellos muss diese Situation als internationaler Terror bewertet werden. Das eigentliche Ziel der USA, Englands und Israels sind über den Irak hinaus die Völker des Mittleren Ostens. Sie wollen den Vorfall vom 11. September nutzen, indem sie ihre eigentlichen Ziele dahinter verstecken und umsetzen. Ihr Ziel ist es, über Mittelasien, den Kaukasus und den Mittleren Osten zu herrschen, diese Gebiete gemäss ihrer eigenen Gewinne neu zu ordnen, ihre Weltherrschaft zu sichern, indem sie alle strategischen Gebiete und Energiequellen einnehmen, desweiteren ihre erlebten Stauungen und Probleme somit überwinden, und das Auftauchen anderer Kräfte, die ihre Herrschaft beeinträchtigen könnten, zu verhindern. Diese Ziele wollen sie erreichen, indem sie die NATO und andere Mächte zu Werkzeugen machen. Gemäss des Zieles, die Profite des kapitalistischen Systems für die USA und England zu sichern, sich die Zukunft zu sichern, ist in der Intervention gegen den Mittleren Osten, Mittelasien und den Kaukasus und in der Neuordnung dieser Gebiete der NATO und insbesondere der Türkei eine grössere Rolle als früher zugedacht worden. Und die Türkei passt sich dieser Rolle an. Darunter ist zu verstehen, dass die Türkei gemäss der Profite der USA, Englands und Israels in Bewegung gesetzt und benutzt werden wird; dass die Türkei neuen Abenteuern hinterherläuft und der Mittlere Osten das Kriegszentrum werden wird.

Welche Bedeutung hat der 5. Atikel des NATO- Vertrages, dessen Anwendung jetzt beschlossen wurde, in Hinsicht auf die KurdInnen?
Die KurdInnen sind ein Volk, das in der Phase eines 15-jährigen legitimen Verteidigungskampfes auf grausame und grenzenlose Weise der NATO und der Kraft der internationalen Reaktion ausgesetzt war. Wie jetzt wieder offen gestanden wurde, unterstützen die USA, die NATO, die internationale und regionale Reaktion die Türkei in jeder Hinsicht. Alle Unterstützung, die durch den 5. Paragraphen möglich ist, der heute offen zur Anwendung kommen soll, kam der Türkei zu. Die Türkei konnte den 15-jährigen Krieg mit dieser Unterstützung führen. In dieser Hinsicht ist das kurdische Volk ein Volk, auf dessen Rücken der 5. Paragraph am heftigsten angewandt wurde. Und letztendlich muss auch der gegen den Parteivorsitzenden APO


Cemil Bayik ist Mitglied des Präsidialrats der Arbeiterpartei Kurdistans

durchgeführte internationale Komplott, der auf die Vernichtung der Existenz unserer Partei und unseres Volkes abzielte, in diesem Rahmen bewertet werden. Gegen unser Volk ist seit der Geburt der PKK bis heute eine grenzenlose Gewalt, schreckliche Massaker und Vernichtungspolitik angewandt worden.
Die Sprache unserer Partei und unseres Volk für die Lösung der Probleme ist nicht Gewalt, Krieg, Verleugnung und Vernichtung; wir haben mitgeteilt, dass eine Lösung auf der Grundlage von Frieden, Dialog, Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit über den Weg des demokratisch-politischen Kampfes entwickelt werden muss und diese Auffassung auf das Niveau einer Linie gebracht und in die Praxis umgesetzt. Das gilt nicht nur für die Lösung der kurdischen Frage, sondern ist darüber hinaus der Lösungsweg, der für alle Probleme der Welt im 21. Jahrhundert Gültigkeit haben müsste. Deshalb sind wir gegen jedes Kriegsszenario, das entwickelt werden soll und der Menschheit keinen Nutzen, sondern Schaden zufügt.

Die Türkei möchte, dass die PKK mit in den Antiterrorkampf einbezogen wird. Sie sucht nach Unterstützung in dieser Richtung. Was ist die Verbindung dessen zu den internationalen Entwicklungen?
Die Türkei steht an der Spitze der Kräfte, die sich sehr über die Vorfälle vom 11. September gefreut haben und die dadurch entstandene Atmosphäre ausnutzen will. Die Situation der Türkei wurde nach dem 11. September noch deutlicher: dass der Erfolg der neuen Phase, die die USA, England und Israel einzuleiten bemüht sind, in Verbindung mit der Türkei steht, dass die Türkei die

Diese Sonderausgabe der Nuçe...

erscheint anlässlich des Krieges der NATO gegen Afghanistan. Als Publikation, die sich mit der Lage im Mittleren Osten - mit dem Schwerpunkt Kurdistan - auseinandersetzt, wollen wir einen Beitrag zur entstehenden Bewegung gegen den jüngsten imperialistischen Krieg leisten.
Als ersten Schritt dazu veröffentlichen wir zwei Artikel aus türkischsprachigen pro-kurdischen Medien in deutscher Übersetzung, die die Haltung der kurdischen Befreiungsbewegung und der demokratischen Bewegung in der Türkei zu den aktuellen Geschehnissen wiedergeben.
Gerade die kurdische nationale Befreiungsbewegung ist seit Jahrzehnten mit der Kriegspolitik der NATO konfrontiert und kann aufgrund eigener Erfahrung und genauer Beobachtung der politischen Vorgänge im Mittleren Osten eine wichtige Orientierung für eine Politik geben, die die Beendigung solcher Kriege und die Schaffung einer Welt, die allen Menschen ein Leben in Frieden und Freiheit bieten kann, zum Ziel hat.

ihr zufallende Rolle zu spielen gewillt ist, diese wiederum mit ihrer Rettung vor dem Problem PKK und kurdische Frage verbunden ist. Im Gegenzug dazu fordert sie offen Unterstützung in der Vernichtung der PKK und dem von ihr angeführten Freiheits- und Demokratiekampf. Regierung, Parlament, politische Parteien, Medien, verschiedene Gruppen von Intellektuellen, Banden und Profitbrennpunkte machen mobil, um Maximalprofite einzuheimsen. Während der 11. September für viele Kräfte der Welt betrüblich gewesen ist, wurde er für die Türkei als ein erfreuliches, rettendes Ereignis betrachtet, das die Rettung vor einer Reihe von Problemen, insbesondere der kurdischen Frage bedeutete.

Die Türkei teilt mit, dass sie verstanden worden ist und die nötige Unterstützung erhalten hat. Wir betrachten das als äusserst gefährliche Entwicklung. Wir rufen die USA, England, Israel und die NATO dazu auf, die PKK und das kurdische Volk nicht zum Opferlamm für ihre Profite zu machen, kein Werkzeug für die schmutzigen Ziele der Türkei zu sein, die Türkei nicht zu unterstützen und endlich Schluss zu machen mit ihren bis heute begangenen Verbrechen. Sie werden keinen Profit mit der Unterdrückung des kurdischen Volkes und der PKK machen. Wir rufen die türkischen Vertreter und alle Kreise, die auf der alten Politik beharren und ihr dienen, dazu auf, diese Herangehensweise aufzugeben. Eine demokratische, friedliche und in freier Einheit umgesetzte Lösung ist die einzige Alternative, die der Türkei und der gesamten Menschheit zugute kommt. Ansonsten könnte es dazu kommen, zwischen Moschee und Kirche zerquetscht zu werden. Die Türkei muss auf ihr Wissen und ihren Verstand aufbauend an ihre langfristigen Gewinne denken und sich einer lösungsfähigen Politik zuwenden. Sich in dem entstandenen Staub und Rauch mit einer enggefassten Herangehensweise in eine verrückte Politik zu werfen, kann für die Türkei die Konfrontation mit den schwersten Problemen der Geschichte bedeuten. Sie sollte in dieser Atmosphare schwerwiegendster Probleme die PKK und das kurdische Volk nicht von neuem in einen legitimen Verteidigungskrieg zwingen und ihre falschen Berechnungen aufgeben.

Das Interview erschien am 10. Oktober in der türkischsprachigen Tageszeitung Özgür Politika. Es wurde für den Abdruck gekürzt und ist in der vollständigen Fassung unter **www.nadir.org/isku** *nachzulesen.*

Wilde aller Länder, vereinigt Euch!

Überall riecht es nach Blut. Überall hat sich Angst und Schrecken festgesetzt. Alle Ohren haben sich an die Sprache der Gewalt gewöhnt. Gewisse Menschen halten Landkarten in ihren Händen. Sie machen Zeichen auf diesen Karten. Mit einem Kreuz. Ein Kreuz bedeutet den Tod. An den Orten, die mit dem Stift gekennzeichnet werden, leben Menschen.

Wer wird wessen beschuldigt? Wer fällt das Urteil? Haben wir überhaupt kein Recht, irgendetwas zu erfahren? Was ist das für eine Eile? Bin Laden flüchtet doch gar nicht. Er wird auch nicht als Heiliger ins Himmelreich aufsteigen. Und die Mitglieder von El Kaide werden nicht die Weltherrschaft an sich reissen. Darüberhinaus werden Urteile von Gerichten gefällt. Staatsminister können sich nicht untereinander absprechen und eine Menschengruppe, eine Gesellschaft schuldig sprechen. Das steht in keiner Verfassung der Welt. Der CIA beispielsweise ist keine gerichtliche Instanz.

Die den Staatsministern heimlich präsentierten Papiere sind keine juristischen Beweismittel. Auf dieser von der Technologie erreichten Stufe erklären sie irgendwen, den sie sich gerade in den Kopf gesetzt haben, für schuldig und bestrafen ihn. Wie war das noch mit der Unabhängigkeit des Gerichts? Dabei ist es nicht mal eine Frage der Unabhängigkeit des Gerichts, sondern es handelt sich um eine ausserrechtliche Vollstreckung. Über welches Gericht wir, die mit dem Tod bedrohten Menschen im Mittleren Osten, eine Entschädigung einklagen können, ist nicht bekannt.

Wer wird sie verurteilen? Wer hervortritt, wird von Bush mit Drohungen bedacht. Das Angriffsziel bleibt ungeklärt. Die Länder des Mittleren Ostens haben Schwierigkeiten, eine Haltung angesichts der Bedrohung mit dem Tod an ihrer Seite anzunehmen. Das steht im Widerspruch zum Gesetz. Von wem werden wir Rechenschaft fordern? Hat insbesondere die Bevölkerung von Afghanistan nicht das Recht, Bush vor Gericht zu bringen? Nein, denn wer wird sie anhören! Auf der einen Seite steht die gewaltige "Zivilisation", auf der anderen die potentiellen Terroristen. So brüllen es die USA heraus, in Verbrechensgemeinschaft mit der gesamten "zivilisierten Welt", insbesondere Europa.

Da kommt dem Menschen der Reichstagsbrand in den Kopf. Der Brand, von dem sich später herausstellte, dass die Nazis ihn selbst gelegt hatten, wurde über "einen Verrückten" den KommunistInnen angelastet und unter diesem Vorwand begann die Hetzjagd auf sie. Das Gerichtsverfahren dauerte sehr lange an, aber in diesem Zeitraum starben in der Atmosphäre der Mobilmachung tausende von Kommunisten und waren dazu verurteilt, in den Konzentrationslagern Folterungen zu ertragen, die noch schlimmer waren als der Tod.

Die Szenarien ändern sich, aber das Thema bleibt das gleiche. Die "zivilisierte Welt" verstreut den Tod in den Völkern und verurteilt Millionen von Menschen zu einer ständigen Todeserwartung. Eine andere Lösung hat die "Zivilisation" nicht, keine "zivilisiert" zu nennende Methode. Wurden nicht die IndianerInnen unter ähnlichen Vorwänden vernichtet? Hat nicht der Kampf zwischen Herrschenden und unterdrückten Völkern immer in der Form "Kampf der Zivilisation gegen die Wilden" stattgefunden? Ist nicht die Menschheitsgeschichte die Geschichte dieser wilden Brutalität? Guillotine, Kreuzigung, Verbrennung bei lebendigem Leib, Häutung, Augenausstechen. Das gleiche machen sie jetzt mit weiterentwickelten Waffen. Und wieder gibt es kein Recht. Die Medien als neue religiöse Institution geben Gutachten nach dem Schariatsgesetz ab.

Was wird das afghanische Volk tun? Die Araber? Die Kurden? Die Tschetschenen? Wer wird morgen zum Wilden erklärt? Mit welcher Begründung werden die nach zeitgenössischem Denken als "unzivilisiert", "dumm", "schädlich" "anormal", oder "überflüssig" erklärten Opfer aus der Welt geschafft werden? Im Namen der Zivilisation, im Namen des Verstandes, im Namen der Kultur. Gegen den Terror, gegen Primitivität, gegen Druck, gegen Ausschreitungen und Gewalttätigkeit, gegen Fanatismus, gegen dunkle Mächte, gegen Ausserirdische. Es werden Hände zerfetzt, Beine abgetrennt, Adern herausgerissen werden, es wird Haut verbrennen, Augen werden erblinden, Lungen werden sich mit Rauch füllen, es werden Fingernägel gezogen werden und Frauen, Männer, Kinder vergewaltigt werden. All das passiert ohnehin. In diesem Moment leben und sterben Millionen von Menschen unter diesen Bedingungen. Die neuen Mittel der ansteigenden Gewalt werden jeden im Hauch des Todes leben lassen. Die durch Nuklearwaffen ohnehin gelebte Ungewissheit wird weiter zunehmen.

Die Welt braucht ein neues Zivilisationsniveau. Das technologische Niveau hat die Zerstörungskraft der Gewalt dermassen ansteigen lassen, dass die Welt mit der Gefahr ihrer Auslöschung konfrontiert ist. Wenn wir kein gesellschaftliches Lebensniveau erreichen, das Gewalt ablehnt, also eine neue Zivilisationsstufe, wird es uns nicht möglich sein, die Mittel der Gewalt anzuhalten und einzuschränken. Wenn heute die öffentlichen Verbrennungen und Folterungen des Mittelalters als barbarisch angesehen werden, muss die heutige Gewalt, deren Zerstörungsgrad um ein vielfaches höher ist, überwunden und aus dem Leben verbannt werden. Gibt es keinen menschlicheren Weg, als die, die Gewalt beginnen, und die, die sie fortsetzen, zu stoppen und ihnen die Gelegenheit zum nachdenken zu geben? Es gibt ihn, aber diesen Weg müssen wir erschaffen. Wir Wilden. Alle Unterdrückten, Diskriminierten, Zurückgewiesenen, Verleugneten dieser Welt! Die BesitzerInnen der dunklen, grünen, roten, gelben, blauen und violetten Worte. Deren Geschichte in der Erde vergraben liegt. Die ihre Geschichte vergessen haben. Die zum vergessen Verurteilten. Die ihre Liebe und Leidenschaft ins Feuer werfen.

Die das Feuer haben. Vereinigen wir uns, um nicht zu verschwinden. Da wir Bush nicht vor Gericht bringen können, die Zivilisation nicht zur Rechenschaft ziehen können, da diese Zivilisation uns nicht mehr aufnimmt, lasst uns ohne weitere Zeit zu verlieren, bevor wir durch die eine oder andere Methode völlig willenlos werden, teilhaben an der Suche nach der neuen Zivilisation. Geben wir ihr unsere eigene Farbe und unsere Kraft.

Es ist kein Zufall, dass die "Theorie des dritten Sektors" und die Frauenideologie von den Wilden dieses Teils des Erdbodens ausgesprochen wurde. Auch die Umsetzung dieser Theorien in praktische Erfahrung wird auf diesem Boden stattfinden. Die Renaissance des Mittleren Ostens wird die gesamte Welt auf ein neues Zivilisationsniveau bringen. Die bis heute stattgefundenen Entwicklungen sind die Garantie für diese Vorhersehung. Aus diesem Grund rufe ich alle Wilden dieser Erde und die Frauen, die die wildesten dieser Wilden sind, dazu auf, die Entwicklungen auf diesen Böden ernst zu nehmen und sich in weiter Form zu vereinigen. Wenn unser gemeinsames Wort auf den Strassen der Zivilisation umgeht, werden nicht die Menschen sterben, sondern die Zivilisation.

PINAR SELEK ist Soziologin, sie gehört der feministischen Bewegung der Türkei an. Der Artikel erschien am 10. Oktober in der Wochenzeitung ***Yedinci Gündem****.*

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 26
19. Oktober 2001

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

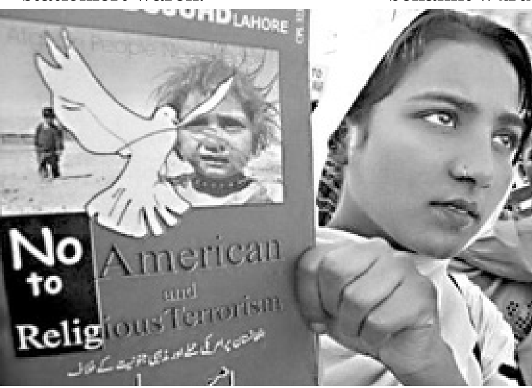
wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Massive Truppenverlegung der türkischen Armee nach Südkurdistan

Kriegsähnliche Zustände

Die durch den Angriff der USA auf Afghanistan hervorgerufene Spannung spiegelt sich auch in Kurdistan wieder. Die vorwiegend in den Abendstunden durchgeführten Truppen- und Materialverlegungen der türkischen Armee über den Grenzpunkt Habur nach Südkurdistan werden fortgesetzt. In Hakkari ist mit dem Aufbau einer Zeltstadt begonnen worden.

Während sich die Vermutungen, der stattfindende Krieg werde sich auf den Irak und Südkurdistan ausbreiten, langsam konkretisieren, werden die am 4. Oktober begonnenen Truppenverlegungen über den Grenzpunkt Habur fortgesetzt, der nach den Anschlägen in den USA für den Heizölhandel gesperrt worden war. Zu den vorwiegend in den Abendstunden durchgeführten Truppen- und Materialtransporten gibt es von offizieller Seite keine Stellungnahme. Wie aus örtlichen Quellen jedoch verlautbart wurde, bewegen sich die Militärfahrzeuge über Zaxo in die Gebiete, in den Einheiten der türkischen Armee bereits zuvor stationiert waren.



Eine Demonstrantin im pakistanischen Lahore fordert ein Ende des amerikanischen und des religiösen Terrorismus

Informationen gibt es auch darüber, dass zwei UN-Fahrzeuge, die Hilfsgüter in den Irak transportieren wollten, am Grenzpunkt Habur aufgehalten worden sind.
Desweiteren werden Vorbereitungen auf einen möglicherweise in Südkurdistan beginnenden Flüchtlingsstrom getroffen. Wie bekannt wurde, haben in den Gebieten Semdinli und Yüksekova bei Hakkari nach der Ankündigung des Roten Halbmondes, er werde Zelte mit einer Aufnahmekapazität für 10 000 Menschen ins Grenzgebiet schicken, Vorbereitungen für den Aufbau von Zeltstädten begonnen. Das Verteidigungsministerium hat unterdessen in einem Schreiben an die Valis (Gebietsgouverneure) von Amed, Mardin, Van, Igdir, Kars, Hakkari und Sirnak die notwendigen Vorbereitungsmassnahmen gefordert.

(ÖP, 12.10., ISKU)

Frieden zwischen KurdInnen

PKK-Präsidialratsmitglied Osman Öcalan äußerte sich am 14. Oktober telefonisch bei MEDYA TV zu den Entwicklungen in Südkurdistan:
Auch wenn es von Zeit zu Zeit von bestimmten Organisationen ausgehende Kriegsprovokationen gebe, habe sich die politische Welt der KurdInnen, ihre Organisationen und Einzelpersonen unter dem Gedanken "Wenn es schon keinen nationalen Frieden geben kann, so sollten wenigstens keine Kämpfe stattfinden", vereinigt. "Seit zehn Monaten konnten Kämpfe verhindert werden. Unsere Partei will ohnehin keinen Krieg. Bei den anderen Organisationen hat sich das Verlangen nach Krieg ebenfalls vermindert. Aber nach wie vor zeigen sie nicht den festen Willen, einen inneren Frieden einzuhalten." Jede Kraft, die eine Kriegsgefahr heraufbeschwöre, werde sich vom Volk isolieren," so Öcalan. "Wir sagen, die KurdInnen müssen über die Tendenz, keinen Krieg zu führen, hinaus - hin zu einem inneren Frieden kommen. Wenn das erreicht ist, werden sie aus einer Neuordnung nicht mehr ausgeschlossen werden können."
Angesichts dieser Entwicklungen sprach Öcalan eine Warnung in bezug auf die Südkurdistanpolitik der Türkei aus: "Wenn die KurdInnen auf der Grundlage der Gesamtheit des Iraks einen föderalen Status erhalten, wird dies nicht zum Nachteil der Türkei sein, sondern zu ihrem Vorteil." Die KurdInnen sowohl im Süden als auch im Norden so sehr gegen sich aufzubringen, spreche nicht von Vernunft, drückte sich Öcalan aus. An die Türkei gerichtet fuhr er fort: "Ununterbrochen werden Drohungen gegen die Kräfte aus dem Süden ausgesprochen. Aber es macht keinen Sinn, sie niederzumachen, weil sie einen föderalen Status erhalten könnten. Die momentane Situation ist äusserst unangenehm für die SüdkurdInnen. Unser Vorschlag ist, sich mit den SüdkurdInnen nicht über Krieg, sondern über eine demokratische Plattform zu verständigen. Auch die NordkurdInnen sind bereit für eine friedliche Lösung. Ein Vorteil für die Türkei ergibt sich über eine Einigung mit den KurdInnen."

(ÖP, 16.10., ISKU)

Frieden wird nicht toleriert

Nachdem in Ankara, Adana, Izmir und Istanbul geplante Friedenskundgebungen von den örtlichen Valis verboten worden waren, wurde in Istanbul-Kadiköy versucht, eine Presseerklärung zum Thema abzugeben. Dabei kam es zu 44 Festnahmen und vielen Verletzten.
Ungefähr 1000 Mitglieder von HADEP, ÖDP, EMEP und SIP versammelten sich mit Transparenten auf der Sögütlücesme Caddesi und begannen, Parolen gegen den Krieg zu rufen. Die anrückende Polizei forderte die sofortige Auflösung der Versammlung. Die VeranstalterInnen beharrten dennoch auf der Abgabe eine Presseerklärung, woraufhin die Polizei mit Hunden und Schlagstöcken angriff.


Ein Friedensdemonstrant wird von der Polizei abgeführt

(Ö P, 15.10., ISKU)

Meldungen

Ankara will mit verändertem Gesetz Referendum umgehen
Ausgerechnet jetzt, wo sich die Türkei in der schwersten Rezession seit 1945 befindet, möchten sich die Parlamentsabgeordneten in Ankara kräftige Erhöhungen ihrer Bezüge verschaffen. Da dieses der Bevölkerung nicht vermittelbar sei entschied der Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer, dem Änderungsartikel seine Unterschrift zu verweigern und ihn zur Volksabstimmung zu stellen. Dass die Türken ihren Abgeordneten den Griff in die Kasse genehmigen, gilt als unwahrscheinlich - und so legten die Politiker jetzt nach. Um das Referendum zu umgehen, plane die Regierung eine Gesetzesänderung, sagte Justizminister Hikmet Sami Türk am Dienstag. Denn eine Volksabstimmung sei ein "Luxus", den sich die Türkei nicht leisten könne.
(FR, 17.10., ISKU)

Anschlag auf Polizeiwagen: 2 Tote, 1 Verletzter
Bei einem bewaffneten Anschlag auf ein ziviles Polizeifahrzeug in Istanbul-Küçükçekmece wurden gestern morgen zwei Polizisten getöten und einer schwer verletzt. Die Täter konnten unerkannt entkommen. Wer den Anschlag verübt hat, wurde bisher nicht bekannt.
(ÖP,15.10., ISKU)

Schärferes Vorgehen gegen Ausländervereine
Nach dem Vorschlag des Bundesinnenministeriums sollen Ausländervereine künftig auch dann verboten werden können, wenn sie Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer und religiöser Belange öffentlich unterstützen, befürworten oder hervorrufen. Auch Aktivitäten, die sich gegen die außenpolitischen Interessen oder die völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands richten, sollen künftig zu einem Verbot oder zu einer Einschränkung führen können.
Das Bundesinnenministerium beabsichtigt nun, diesen Verbotskatalog zu erweitern, indem er die Bestimmungen des geltenden Ausländergesetzes zum Verbot der politischen Betätigung von Ausländern auf das Vereinsgesetz überträgt. *(BZ, 12.10., ISKU)*

Australien - Weitere Flüchtlinge nach Nauru gebracht
Mit 260 Asylsuchenden an Bord hat die australische Fregatte "Tobruk" am 14. Oktober Anker vor der südpazifischen Insel Nauru geworfen und damit begonnen, die überwiegend irakischen Flüchtlin-

Ein Jahr Hungern im Gefängnis

von FARUK AKTAS

Sie befinden sich zwischen vier Wänden. Ihnen fehlt ein grosser Teil ihrer Freiheiten. Mit mindestens acht bis zehn anderen Menschen wollen sie zusammensein. Ihre Persönlichkeit soll ihnen erhalten bleiben, es soll nicht gefoltert werden und es soll keine militärische Disziplin geben, fordern sie. Ihre Familien sollen bei Besuchen nicht unmenschlicher, erniedrigender Behandlung ausgesetzt werden. Dafür hungern sie seit einem Jahr. Seit einem Jahr sind sie im Todesfasten. Sie begnügen sich mit Flüssigkeit wie Zuckerwasser. Es gibt nichts, was ihnen wegen dieser Aktion nicht schon widerfahren wäre. Sie machen Folterungen durch, sind Nazi-Behandlungen ausgesetzt, sterben jeden Tag ein bisschen mehr, tragen Behinderungen davon. So wie sich die Anzahl derer, die eine Lösung fordern, vermindert, so vermindern auch sie sich. Auch das passt dem Staat gut in den Kram.

Als vor fast einem Jahr, am 20. Oktober 2000, die Straf- und Untersuchungsgefangenen den Beginn eines Todesfastens gegen die Einführung der F-Typ-Gefängnisse ankündigten, entstand eine Spannung in einem beachtlichen Teil der Gesellschaft. Die Spuren des Todesfastens von 1996 waren noch lebendig in den Köpfen. Um keine neuen Todesfälle zu erleben, setzten sich vor allem die Familien sowie zivilgesellschaftliche Organisationen, demokratische Massenorganisationen, Intellektuelle, SchriftstellerInnen und KünstlerInnen in Bewegung. Was sie vereinte, war weder die Richtigkeit noch die Verkehrtheit des Todesfastens. Was sie wollten, war dass keine Menschen sterben. Ein grosser Teil der Forderungen der Gefangenen betraf ohnehin Mindeststandards, die in den Gefängnissen in einer auf Demokratie und Menschenrechten aufgebauten Gesellschaft vorhanden sind. Der Staat ignorierte zunächst einerseits diese Forderungen und die Reaktionen aus der Gesellschaft und vervollständigte andererseits mit Höchstgeschwindigkeit die Baumassnahmen für die F-Typ-Gefängnisse. Nach 60 Tagen wurden Gespräche mit den Gefangenen geführt. Aber die ca. zwei Wochen andauernden Gespräche konnten keine Ergebnisse hervorbringen. Justizminister Hikmet Sami Türk teilte mit, dass die Verlegungen verschoben werden. Die Gefangenen werteten diesen Schritt jedoch als unzureichend und bezeichneten ihn sogar als Komplott.

Rückkehr zum Leben: 30 Tote

Die Gespräche wurden unvermittelt abgebrochen und die Gefängnisoperation vom 19. Dezember begann. Gegen zwanzig Gefängnisse gleichzeitig wurde gegen Morgen mit schweren Waffen und Arbeitsgerät von Soldaten und Sondereinheiten eine Operation durchgeführt. Im Verlauf der Operation wurden 30 der Gefangenen mit Schusswaffen niedergemäht, verbrannt oder durch Schläge getötet, Dutzende wurden schwer verletzt. Auch zwei Soldaten verloren ihr Leben durch Schüsse aus Gewehren anderer Soldaten und Spezialeinheiten. Die Krankenhäuser füllten sich mit Verletzten. Ein Teil der Schwerverletzten wurde sogar ohne zunächst ins Krankenhaus gebracht zu werden, direkt in die von Justizminister Türk "verschobenen" F-Typ-Gefängnisse verlegt. Auf den Transporten wurden fast alle mit Knüppeln und Eisenstangen zusammengeschlagen. Insbesondere von den nach Kandira Verlegten wurden viele auch vergewaltigt. Die verlegten Gefangenen setzten die Aktion in den F-Typ-Gefängnissen fort. Viele begannen erst dort mit dem Todesfasten.

Der Tod liess sich nieder

Während aus den 20 dem Erdboden gleichgemachten Gefängnissen noch der nach verbrannten Leichen riechende Rauch aufstieg, liess sich der Tod auch sozusagen in der Gesellschaft nieder. Ausser dem IHD (Menschenrechtsverein der Türkei), der TIHV (Menschenrechtsstiftung der Türkei), dem türkischen Ärztebund und einigen weiteren demokratischen Massen- und Berufsorganisationen liessen sich fast alle Teile der Gesellschaft zum schweigen bringen. Und während die Gesellschaft schwieg, begann das Vergessenwerden der Gefangenen. Und trotzdem setzten sie die Aktion fort. Als 150 Tage erreicht waren, kamen die ersten Todesmeldungen. Während die Tage verstrichen, gingen immer mehr AktivistInnen dem Tod entgegen. Fortwährend kamen in bestimmten Abständen Todesnachrichten. Als nach 300 Tagen ein Tod dem anderen folgte, ging ein erneutes Aufbäumen durch die Gesellschaft. Aber auch dagegen hatte der Staat einen Kunstgriff zur Hand und so begannen die Entlassungen der im Totenbett ruhenden AktivistInnen. Ihre Strafe wurde für sechs Monate ausgesetzt. Im Wesentlichen wollte der Staat sich damit das Image verleihen, dass er gegen das Sterben der Gefangenen sei, und er wollte sich vor den immensen Behandlungskosten retten. Auf diese Weise wurden ungefähr 250 Personen vorübergehend aus der Haft entlassen. Die in Haft befindlichen Gefangenen bemühten sich, die Plätze der Gestorbenen und Entlassenen zu füllen, indem neue Gruppen ins Todesfasten traten.

41 schmerzvolle Nachrichten

Von den Entlassenen setzten einige, vor allem wegen DHKP/C- Mitgliedschaft oder -Unterstützung Beschuldigte, die Aktion draussen weiter fort, an Orten, an denen bereits Familienangehörige ins Todesfasten getreten waren. Kurze Zeit später kamen auch von dort die Todesmeldungen. Bis zum heutigen Tag kamen diese Meldungen genau 41 Mal aus den Wohnungen und Gefängnissen. Solange keine Lösung für das Problem gefunden wird, wird die Aktion fortgesetzt werden und solange die Aktion fortgesetzt wird, wird es weitere Todesmeldungen geben... *(YG, 13.-19.10, ISKU)*

Hungerstreik in Türkei fordert 42. Todesopfer

Ankara (AP) Der Hungerstreik von Häftlingen und deren Angehörigen in der Türkei hat am Donnerstag das 42. Todesopfer gefordert. Der 30 Jahre alte Ali Ekber Baris starb nach Angaben der Gefangenenhilfsorganisation TAYAD in einem Krankenhaus in der Stadt Izmit. Das Mitglied einer verbotenen kommunistischen Organisation fastete seit 157 Tagen. *(ap, 18.10., ISKU)*

Gesteigerte Anzahl von Folterfällen

Wie aus Berichten von Amnesty International und dem Menschenrechtsverein der Türkei IHD hervorgeht, ist Folter in der Türkei nach wie vor weit verbreitet. Nach Angaben des IHD hat sich die Anzahl von Festnahmen und Folter nach der Festnahme im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des Vorjahres sogar noch gesteigert. Auch im Türkei-Bericht von ai wird festgehalten, dass Folter immer noch sehr verbreitet ist. In einer Auswertung des Halbjahresberichts des IHD erklärte der Vereinsvorsitzende Hüsnü Öndül, in den ersten sechs Monaten des Jahres 2000 hätten von 15.980 festgenommenen Personen 263, im ersten Halbjahr 2001 von 21.812 Festgenommenen 435 angegeben, sie seien gefoltert worden. Öndül teilte weiterhin mit, nach offiziellen Angaben werde der Jahresdurchschnitt von Festnahmen mit rund 300.000 angegeben.

Auch im ai-Bericht über die Lage in der Türkei im ersten Halbjahr 2001 wird darauf hingewiesen, dass die Repression gegen MenschenrechtlerInnen gestiegen ist, die Beschränkung der Ausdrucksfreiheit anhält und trotz weiter Verbreitung von Folter es sehr selten zu Gerichtsverfahren gegen Folterer kommt. *(ÖP, 17.10., ISKU)*

ge an Land zu bringen. Die "Tobruk"-Flüchtlinge sind auf Nauru in dem Durchgangslager untergebracht, in dem schon mehr als 500 andere Asylsuchende, darunter auch die von der "Tampa", leben. Das Lager ist überfüllt, es fehlt an Trinkwasser, das aus Australien angeliefert werden muss. 220 Asylsuchende, die durch die Fregatte "Adelaide" von ihrem sinkenden indonesischen Schiff aufgefischt wurden, sind auf der Weihnachtsinsel interniert; etwa 200 weitere asylsuchende Iraker ankern auf einem indonesischen Schiff vor dem Ashmore-Riff. Derweil plant Premier John Howard ein weiteres Internierungslager in Papua-Neuguinea. *(FR, 16.10., ISKU)*

410 Flüchtlinge in Italien

Auf einem in Süditalien angekommenen Flüchtlingsschiff ist am 14. Oktober eine Frauenleiche entdeckt worden. Die Frau habe die anstrengende Fahrt über das Mittelmeer unter "unmenschlichen Bedingungen" nicht überlebt, berichtete die Polizei. Acht weitere Personen seien ins Krankenhaus gebracht worden. Die Tote sei gemeinsam mit 38 anderen Frauen und 62 Kindern eine Woche lang im Schiffsinneren eingeschlossen gewesen, hieß es. Insgesamt seien 410 Flüchtlinge kurdischer Herkunft mit dem Schiff im süditalienischen Hafen Crotone angekommen. Seit Jahresbeginn sind fast 6000 Flüchtlinge an Bord von Schiffen in Süditalien angekommen. *(DW, 16.10, ISKU)*

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
YG=Yedinci Gündem
BZ=Berliner Zeitung
DW=Die Welt
FR=Frankfurter Rundschau

Termine

Filmabend - "Ronahi bedeutet Licht"
22.10. - 19.30 Uhr Neues Schauspielhaus, Rosenmauerstrasse, Uelzen
Zum Gedenken an die 1998 gefallene Inernationalistin Andrea Wolf

Gedenkkundgebung für Ronahi
Zum 3. Jahrestag der Ermordung von Andrea Wolf
23.10. - 17.00 Uhr - vor dem Türkischen Konsulat Hamburg (Tesdorpfstrasse, Moorweide)

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 27
26. Oktober 2001

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Neue Kreisorganisationen der HADEP eröffnet

Frischer HADEP-Wind in Agri

Die HADEP-Delegation um den Generalvorsitzenden Murat Bozlak, die seit ein paar Wochen auf Rundreise durch die Türkei und Kurdistan ist, hat in Agri und Diyadin Kreisorganisationen eröffnet. Durch die Beteiligung der Bevölkerung, die größer als erwartet war, wurden aus den Eröffnungsfeiern eindrucksvolle Demonstrationen.
Die HADEP-Delegation fuhr zunächst von Dogubeyazit nach Diyadin. Nach einer kurzen Ansprache des Generalvorsitzenden Bozlak auf der Eröffnungsfeier ging die Fahrt weiter nach Agri. Dort warteten tausende von Menschen auf die Delegation, die die Parolen "HADEP ist das Volk und das Volk ist hier", "Biji HADEP" und "Nein zur Todesstrafe" rief. In einer Ansprache erklärte Bozlak, die Regierung verhalte sich gleichgültig gegenüber den wirtschaftlichen und sozialen Problemen in der Region. Die Bevölkerung unterstütze die Regierung nicht mehr. "Es herrscht kein Vertrauen mehr in diese Regierung. Es müssen so schnell wie möglich Neuwahlen stattfinden."

Polizeiprovokationen
Während Bozlaks Ansprache, riefen die anwesenden Polizisten den Distrikt-Vorsitzenden Ayhan Demir zu sich, forderten den sofortigen Abbruch der Ansprache und drohten mit einem Eingriff. Auf den Einspruch Ayhan Demirs, Bozlak würde sich mit seiner Ansprache bei der Bevölkerung bedanken, begannen die Polizisten über Lautsprecher Sirenengeheul abzuspielen.
Auch Ansagen und Musik aus den HADEP-Fahrzeugen überschritten die Toleranzgrenze der Polizisten, die unter Flüchen und Drohungen die Scheiben eines Wagens einschlugen.

Angriff mit "Graue Wölfe"-Zeichen
Als sich der HADEP-Konvoi auf den Weg zum Parteigebäude machte, griff die Polizei die zurückbleibende Bevölkerung an. Die Menschenmenge wurde auseinandergetrieben und drei Personen, die sich dem HADEP-Konvoi anschliessen wollten, festgenommen.
Nachdem der Konvoi das Parteigebäude erreicht hatte, informierte Parteiratsmitglied Nurettin Yilmaz den Polizeichef von Agri darüber, dass einige Polizeibeamte die Menschenmenge angegriffen hatten, indem sie das "Graue Wölfe"-Zeichen machten. Dieses Verhalten könne nicht gebilligt werden.
Im HADEP-Gebäude hielt Bozlak eine weitere Ansprache, in der er sagte: "Wir werden die Vorfälle nicht übergehen. Die HADEP ist eine legale Partei. Sie hat die gleichen Rechte wie DSP oder ANAP." Mit Verweis auf den stattfindenden Friedensprozess fuhr er fort: "Wir werden auf falsches Vorgehen keine falsche Antwort geben. Wir sind eine Partei, deren Ziel es ist, offen für 70 Millionen Menschen zu sein." Weiter wies Bozlak darauf hin, dass sich die potentielle Wählerstimmenanzahl für die HADEP in den jüngsten Meinungsforschungsumfragen gesteigert habe: "Vertraut Eurer Partei und vertraut Euch selbst. Die HADEP ist Anwärterin auf die Führung der Türkei. Und wie Ihr gesehen habt, marschiert sie auf die Macht zu."

(ÖP, 19.10., ISKU)

EU-Parlament fordert von Türkei Abschaffung der Todesstrafe

Das Europäische Parlament in Straßburg hat die Türkei im Hinblick auf den angestrebten EU-Beitritt des Landes zur Abschaffung der Todesstrafe aufgefordert. In einer am Donnerstag von den Abgeordneten verabschiedeten Resolution wird die Regierung in Ankara zu weitreichenden Reformen bei der Einhaltung der Menschenrechte aufgefordert. Um der EU beizutreten, müsse das Land zudem eine funktionierende Marktwirtschaft sowie ein etabliertes demokratisches System haben.

(ap, 25.10., ISKU)

Prozeß über sexuelle Gewalt in Polizeihaft erneut vertagt

Mit Vertagung mangels Beweismitteln endete dieser Tage auch der dritte Prozeßtag vor dem Istanbuler Strafgericht nach nur 45 Minuten. Nächster Termin ist der 5. Februar 2002. Den 19 Angeklagten wird vorgeworfen, den türkischen Staat und dessen Sicherheitskräfte verleumdet und beleidigt zu haben, indem sie im Sommer letzten Jahres an einem Kongreß zum Thema sexuelle Gewalt in den Gefängnissen mitgewirkt haben.
Wie auch bei den beiden letzten Terminen fehlen immer noch entscheidende Beweismittel: Ein Video, das bei dem Kongreß aufgenommen worden sein soll, ist noch immer nicht wieder aufgetaucht. Eine der Angeklagten, Fatma Deniz Polattas, befand sich zur Zeit des Kongresses in Polizeihaft, kann also nicht teilgenommen haben. Dies wurde schon beim ersten Prozeßtermin festgestellt, konnte aber laut Aussage des Richters bis jetzt nicht überprüft werden.
Zwei der Angeklagten machten eine Aussage. Suna Aras berichtete von zwei Beispielen aus der jüngeren Vergangenheit, bei denen Frauen auf offener Straße vergewaltigt worden sind. Jedesmal seien Polizisten dabeigewesen. In einem Land, wo dies möglich sei, fühle sie sich nicht in Sicherheit. Die angeklagte Schriftstellerin Berin Tas, die den Kongreß mit vorbereitet hatte, glaubt, daß sexuelle Folter und Vergewaltigung immer wieder vorkommen werden, da die Täter wüßten, daß sie in der Türkei nicht bestraft würden. Die Aussagen wurden von Seiten des Richters nicht kommentiert. Eine der Angeklagten meinte nach der Verhandlung, der Prozeß würde offensichtlich absichtlich verschleppt, um betroffene Frauen einzuschüchtern und sie davon abzubringen, Anzeige zu erstatten.

(jW, 24.10., ISKU)



Wir gedenken
Ronahî - Andrea Wolf
Sie wurde am 23. Oktober 1998 mit 23 weiteren GenossInnen von der türkischen Armee in Nordwestkurdistan ermordet

Meldungen

Intensivierte Militäroperationen
Die Operationen der türkischen Armee dauern trotz der einseitigen Beendigung des Krieges durch die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und trotz aller Lösungsvorschläge der PKK weiter an. Der momentane Schwerpunkt dieser Operationen liegt in den ländlichen Gebieten der Kreise Pülümür, Ovacik, Pertek und Hozat in Dersim und in Kigi, Yedisu, Adakli und Karliyova in Bingöl. Wie mitgeteilt wurde, sind an den seit einem Monat intensivierten Operationen eine grosse Anzahl von Soldaten beteiligt. Obstgärten und Wälder wurden dabei niedergebrannt und DorfbewohnerInnen zum Verlassen ihrer Dörfer aufgefordert. Zu Kampfhandlungen ist es bisher nicht gekommen.

(ÖP, 19.10., ISKU)

Schliessungsverfahren gegen IHD
Das 24. Landgericht Ankara hat die Schliessung des Menschenrechtsvereins IHD wegen "zweckfremder Tätigkeiten" abgelehnt. Der Schliessungsprozess war mit der Begründung eröffnet worden, bei einer Durchsuchung in der IHD-Zentrale seien illegale Dokumente beschlagnahmt worden, aus denen hervorgehe, dass der Verein "satzungs- und zweckfremden Aktivitäten" nachgehe. Der IHD-Vorsitzende Hüsnü Öndül bewertete das Urteil beim Verlassen des Gerichtsgebäudes als rechtmässig. Es habe nicht den geringsten Grund gegeben, das Verfahren überhaupt zu eröffnen, das einzig wegen einer erlogenen Meldung der Nachrichtenagentur Anadolu Ajansi zehn Monate angedauert habe.

(ÖP, 23.10., ISKU)

Wahlen in Maxmur
Die BewohnerInnen des Flüchtlingslagers Maxmur (in Südkurdistan) werden am 20. Oktober zu den Wahlurnen gehen. Es finden Stadtratswahlen statt. Für das Bürgermeisteramt gibt es drei KandidatInnen. Der Stadtrat, der aus 35 Mitgliedern besteht, wird für ein Jahr gewählt.
Laut Wahlgesetz müssen mindestens ein Drittel der Stadtratsmitglieder Frauen sein. Die Wahl ist geheim, die Auszählung öffentlich und gewählt werden kann ab 16 Jahren. Das Alter für das passive Wahlrecht liegt bei 25 Jahren. Im Lager sind in vier verschiedenen "Stadtteilen" Wahlbüros eingerichtet worden. Zu den Funktio-

Ansatz einer Lösung nicht in Sicht

Ein Jahr und fünf Tage Todesfasten

Vergangenen Samstag jährte sich ein trauriger Termin, ein Jahr des Todesfastens in türkischen Gefängnissen. Die Zahl der Gefallenen ist inzwischen auf mehr als 70 angestiegen. Trotzdem ist noch nicht einmal der Ansatz einer Lösung in Sicht. Das Sterben verläuft still.
In Istanbul-Beyoglu hat die Polizei eine Gruppe angegriffen, die eine Kundgebung zur Unterstützung des Todesfastens durchführen wollte. Die Gruppe hatte sich vor dem Galatasaray-Gymnasium aus Anlass des Jahrestages des Beginns des Todesfasten versammelt. Beim Angriff der Polizei kam es zu vielen Festnahmen

Hinrichtung als Selbstmord dargestellt?
Yunus Güzel, der mit 12 weiteren Personen vor einer Weile als "mutmassliches DHKP-C-Mitglied" in Istanbul festgenommen worden ist, ist auf dem Polizeipräsidium zu Tode gekommen. In einer Erklärung der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums heisst es, Güzel habe sich in seiner Zelle am Bett erhängt. Die Todesursache ist jedoch noch nicht geklärt. Die Staatsanwaltschaft Fatih hat die Ermittlungen zu dem Tod Güzels aufgenommen. Güzel war mit der Begründung festgenommen worden, er plane einen Selbstmordanschlag. Da es schon früher zu ähnlichen Vorfällen gekommen war, wird vermutet, dass Güzel in der Folter getötet worden ist und somit eine ausserrechtliche Hinrichtung stattgefunden hat.

34 Entlassungen auf der Schwelle zum Tod
Innerhalb der letzten Woche sind aus dem F-Typ-Gefängnis Edirne 34 im Todesfasten stehende Untersuchungs- und Strafgefangene aufgrund ihres kritischen Gesundheitszustandes aus der Haft entlassen worden. Wie Sprecher des Gefängnisses erklärten, ist die Haftentlassung vorübergehend für sechs Monate. *(ÖP, 23./24.10., ISKU)*

Gefälschte Fotos von Serdar Tanis

Wie das Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte (HPG) in einer schriftlichen Erklärung bekannt gegeben hat, handelt es sich bei den Fotos, die in verschiedenen (türkischen) Medienorganen als Bilder des am 25. Januar 2001 verschwundenen HADEP-Kreisvorsitzenden von Silopi Serdar Tanis präsentiert worden sind, um einen Fälschungsversuch. Bei den Personen, die auf den Fotos in Guerillakleidung und bewaffnet abgebildet sind, handelt es sich laut HPG um Doktor Kawa und Kemal, die nach wie vor in der Guerilla sind.
Bereits zuvor hatte es verschiedene jeglicher Grundlage entbehrender Aussagen über den Verbleib von Serdar Tanis und Ebukebir Deniz gegeben, nachdem sie zuletzt auf der Jandarmastation Silopi gesehen worden waren.

'Keine Verbindung zu Vorfall in Ovacik'
Ausserdem teilte das Hauptquartier mit, die HPG habe nicht mit dem bewaffneten Angriff auf den Staatsanwalt in Dersim-Ovacik zu tun. Wie es in der Erklärung heisst, sei versucht worden, die PKK dafür verantwortlich zu machen. Zu dem Anschlag hat sich TIKKO bekannt.
(ÖP, 23. 10., ISKU)

Schiff mit Flüchtlingen vor Java untergegangen

Bei einem Schiffsunglück vor der Küste Javas sind vermutlich 360 Flüchtlinge ums Leben gekommen. Wie die Internationale Organisation für Migration (IOM) und das UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) am Dienstag in Genf mitteilten, ereignete sich der tragische Unfall bereits am 19. Oktober. Das völlig überladene Schiff, bei dem es sich um ein 18 Meter langes und drei Meter breites traditionelles indonesisches Holzboot handelte, sank nach Angaben des IOM-Sprechers, Jean-Philipe Chauzy, innerhalb weniger Minuten auf der Fahrt von der indonesischen Insel Java zu den australischen Weihnachtsinseln. Von den 400 Passagieren - 85 Prozent sollen irakischer Herkunft gewesen sein, bei den andern handelte es sich anscheinend um Afghanen, Iraner, Algerier und Palästinenser - überlebten nach Angaben Chauzys nur 44. *(NZZ, 24. 10., ISKU)*

Flüchtlinge gestoppt
Die türkische Küstenwache hat auf einem Schiff in der Ägäis 86 Flüchtlinge aufgegriffen. Das Schiff mit 27 Palästinensern und 59 Irakern fuhr unter griechischer Flagge, so die Medien.
(taz, 22.10., ISKU)

Schiff mit 165 Flüchtlingen
Die griechische Küstenwache hat am 20. Oktober 165 Flüchtlinge auf einem unter britischer Flagge fahrenden Segelschiff entdeckt. Bei den Flüchtlingen handelt es sich überwiegend um irakische Kurden. Sie wurden auf die Insel Tinos gebracht.
(AP, 20.10., ISKU)

Schiff mit rund 110 Flüchtlingen
Die griechische Küstenwache hat am 24. Oktober nach offiziellen Angaben auf einem Schiff etwa 110 Flüchtlinge aufgegriffen. Das Schiff sei vermutlich aus der Türkei gekommen, sagte ein Sprecher des Handelsmarine-Ministeriums. Das griechische Radio berichtete, bei den Flüchtlingen handle es sich um aus Iran und dem Irak stammende Kurden.
(NZZ, 25.10., ISKU)

Ausserrechtliche Hinrichtung

Die Polizei hat am 17. Oktober im Kreis Silvan bei Amed bei einer Wohnungsrazzia die 18-jährige Gurbet Kilic und zwei weitere Personen, deren Namen nicht bekannt wurden, getötet. Der Wohnungseigentümer Kasim Kilic sowie der achtjährige Savas Kilic wurden dabei verletzt.
Nach dem Vorfall erklärte Innenminister Kazim Rüstü Yücelen, Angehörige der PKK hätten das Feuer auf die Staatskräfte eröffnet, daraus habe sich eine Kampfhandlung ergeben. Der Vali (Gebietsgouverneur) des Ausnahmezustandsgebietes (OHAL) gab bekannt, es seien "PKK-Angehörige getötet" worden. Kurz nach dem Vorfall wurden jedoch bekannt das es sich bei der als PKK'lerin getöteten Person um die in der Wohnung lebende Gurbet Kilic handelt. Auch die Verletzten sind Bewohner der Wohnung.
Nach dem Vorfall wurde eine grosse Anzahl von Personen festgenommen, darunter der verletzte Wohnungsinhaber Kasim Kilic, sein Bruder Adil Kilic, Mitglied des HADEP-Stadtrates, sowie Kinder im Windelalter. Die Umgebung der Wohnung wurde für eine lange Zeit von der Polizei abgesperrt und aus Amed kommenden JournalistInnen der Zugang zum Ort des Geschehens verweigert. Wie der Vorsitzende des IHD Diyarbakir, Osman Baydemir, mitteilte, widersprechen sich die aus Silvan kommenden Informationen und die an den IHD gerichtete Anfrage mit den offiziellen Stellungnahmen. Baydemir erklärte weiterhin, dass die Identität der beiden bei dem Vorfall getöteten angeblichen PKK-Mitglieder nicht festgestellt wurde.

(ÖP, 18.10., ISKU)

nen des Stadtrats gehören vor allem infrastruktuelle Aufgaben wie Strassenbau, Wasser-, Strom und Gesundheitsversorgung. Desweiteren zählen Handelskontrolle und Beziehungen zur UNO dazu.
(ÖP, 19.10., ISKU)

Gala von "Fotograf" in Istanbul
Am Montagabend fand im Atatürk-Kulturzentrum in Istanbul die Filmgala von "Fotograf" (Die Fotografie) statt. Das neuste Werk der Filmgruppe des Mesopotamischen Kulturzentrums Istanbul (NCM) unter der Regie von Kazim Öz hat bereits beim 6. Internationalen Filmfestival in Mailand den ersten Preis gewonnen. An der Gala nahmen neben einer grossen Anzahl von KinofreundInnen der Istanbuler HADEP-Vorsitzende Dogan Erbas, die Ehefrau des bekannten Künstlers Ahmet Kaya sowie der Schauspieler Hikmet Karagöz teil. "Fotograf" erzählt die Geschichte von zwei jungen Männern, die im gleichen Bus nebeneinander sitzen und von Istanbul aus Richtung Osten reisen...
(ÖP, 24.10., ISKU)

"Gegen Arbeitslosigkeit, Armut, Korruption und Krieg - globale Gleichheit, Gerechtigkeit und Frieden"
Die Gewerkschaftskonföderationen DISK (Konföderation Revolutionärer Arbeitergewerkschaften) und KESK (Könföderation von Gewerkschaften Öffentlich Werktätiger) planen einen gemeinsamen Marsch auf Ankara aus fünf verschiedenen Regionen der Türkei, um die Aufmerksamkeit der Regierung auf die bestehenden Probleme zu lenken. Die Karawanen aus fünf verschiedenen Regionen sollen am 9. November Ankara erreichen. *(ÖP, 19.10., ISKU)*

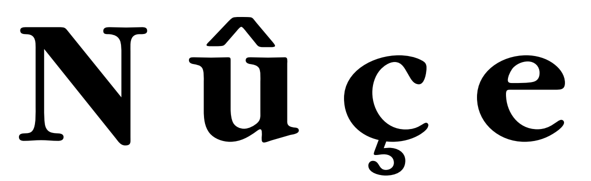
Quellen:
ÖP = Özgür Politika
jW = junge Welt
NZZ = Neue Zürcher Zeitung

Termine

"Die Situation von Frauen nach der Flucht " vor sexueller Folter in der Türkei und Kurdistan
Vortrag von Susanne Rößling aus Berlin vom FrauenRechtsBüro gegen sexuelle Folter e.V.
8.11. 20 Uhr, Buchladen Le Sabot, Bonn, Breite Str. 76

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 28
2. November 2001





Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Können Lügen zur Wahrheit werden?

Willkürliches Vorgehen deutscher Behörden gegen TeilnehmerInnen der Identitätskampagne "Auch ich bin ein PKKler"

Ab dem 13. Juni 2001 begannen KurdInnen zunächst in Europa eine Identitätskampagne unter dem Motto "Auch ich bin ein PKKler(in)". Im Rahmen dieser Kampagne haben sich bislang annährend 100.000 KurdInnen, davon über 40.000 allein in Deutschland, offiziell "angezeigt". Ziel dieser Kampagne ist es, auf die Nichtanerkennung der Identität als KurdInnen auch in den europäischen Ländern, hinzuweisen und gleichzeitig gegen das Betätigungsverbot der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK zu protestieren. Obwohl diese Kampagne in allen europäischen Ländern durchgeführt wurde, ist Deutschland das einzige Land, in dem diese Kampagne versucht wird mit rechtswidrigen Mitteln zu kriminalisieren. KurdInnen, die sich an der Kampagne beteiligt haben, werden willkürlich vorgeladen und unter Druck gesetzt, damit sie sich von der Kampagne distanzieren. Die Betroffene (etwa 100 Personen) erzählen, dass ihnen ihre eigene Unterschrift auf dem Selbstanzeigeformular vorgelegt wird und auf sie eingeredet wird, dass sie erklären, es sei nicht ihre Unterschrift. In den Gesprächen werden den Betroffenen Konsequenzen angedroht, sollten sie zu ihrer Beteiligung an der Kampagne stehen.



Es ist offensichtlich, dass es nicht darum geht, wirklich zu überprüfen, ob die Unterschriften authentisch sind, sondern vielmehr darum, die Wirkungskraft dieser Kampagne zu schwächen. Seit Jahren wird entgegen der nackten Realität immer wieder behauptet, dass Kurdinnen und Kurden durch "bestimmte Kreise" gezwungen würden, sich gegen ihren Willen für ihre eigene Sache einzusetzen. Diese Lüge wird uns immer wieder mit der Hoffnung aufgetischt, dass sie irgendwann Wahrheit werde. Diese Kampagne soll kriminalisiert werden, weil sie diese Behauptungen widerlegt und aufdeckt.

(KIZ, 26.10, ISKU)

Genug ist genug !!!

Aus einer gemeinsamen Erklärung des Kurdistan Informations-Zentrums e.V. (Berlin), der Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan (Köln)", Ufficio Informazione del Kurdistan (Rom), Comitee du Kurdistan (Brüssel), Centre d'Information du Kurdistan (Paris) und Kurdish Centre for Human Rights (Genf) zur Festnahme von Herrn Sahin Engizek in Köln.

Am 29. Oktober 2001 wurde auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft der kurdische Politiker Sahin Engizek in Köln festgenommen. Angeblich soll er sich dem Vergehen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung nach §129 schuldig gemacht haben. Sahin Engizek ist bekannt für sein Eintreten für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage. So führte er in dieser Sache als Mitarbeiter des Kurdistan Informations Zentrums zahlreiche Gespräche mit Vertretern aus deutscher Politik verschiedenster Couleur. Aber auch seine deeskalierende Rolle bei Fragen der inneren Sicherheit war staatlichen Stellen willkommen. Umso mehr befremdet uns die Festnahme eines Politikers, der sich ausschließlich auf dem Wege des Dialoges für einen Frieden in der Türkei einsetzte.

Seit dem Bestehen des Betätigungsverbotes für die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) von 1993 sehen sich die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Kurden insgesamt immer wieder massiver Repression ausgesetzt. In den teils abenteuerlich anmutenden Konstrukten der Bundesanwaltschaft offenbart sich der Bankrott deutscher Politik in der kurdischen Frage.(...)

Die Bundesrepublik Deutschland hat ein Kurdenproblem hausgemachter Art. Eine Lösung kann nur durch Dialog, nicht durch Verbote erreicht werden. Wir fordern deshalb die Bundesanwaltschaft dazu auf, von weiteren Provokationen abzusehen. Das Betätigungsverbot für die PKK muss aufgehoben, die kurdische Identität anerkannt und Sahin Engizek unverzüglich freigelassen werden.

Neuerscheinungen

Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz

Gutachten zu den Rechtlichen Grundlagen zur Lösung der kurdischen Frage in der Türkei erstellt von Prof. Dr. Norman Paech
Herausgegeben vom Kurdistan Informations-Zentrum e.V
Das Büchlein kostet 5,- DM und ist über das KIZ zu erwerben:

**Kurdistan Informations-Zentrum
Kaiser-Friedrich-Str. 63,
Postfach 12 11 22
10 605 Berlin
Tel: (49) 030-32764023
Fax: (49) 030-32764025
e-mail:KurdistanIZ@aol.com**

Die Europäische Union, die Türkei und die Kurden

von Mehmet Sahin

240 Seiten
ISBN: 3-933884-06-3
Preis 15,00 DM

Bestellung:
**Pro Humanitate
Postfach 90 02 65
51112 Köln
Tel: 02203 - 126 76,
Fax: 02203 - 126 77.**

Sonderrabatte für den Buchhandel, sonst bei Abnahme von 10 Ex. 20%, bei 20 Ex. 30%, bei 50 Ex. 40% und bei 100 Expl. 50% Rabatt.

Meldungen

Sirin Tunc freigelassen
M. Sirin Tunc, der als Mitglied der ersten PKK-Friedens- und Demokratie-Gruppe vom DGM in der Türkei zu einer Haftstrafe von 12 Jahren und 6 Monaten verurteilt worden war, ist aufgrund einer in den achtziger Jahren im Militärgefängnis Diyarbakir abgesessenen Haftstrafe am 15. Oktober aus dem Gefängnis entlassen worden. Wie RA Bekir Kaya mitteilte, befand sich sein Mandant von 1980-1991 als PKK-Mitglied im Gefängnis. Mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes [der nach dem Militärputsch von 1980 verhängt worden war] sei er nun freigesprochen worden. Die Strafen wurden miteinander verrechnet. "Somit hat mein Mandant sogar 2.5 Jahre zuviel abgesessen.", so RA Kaya. *(ÖP, 28.10., ISKU)*

Fortgesetzte Militaeroperationen
Im Rahmen von Militäroperationen der türkischen Armee in Kurdistan finden immer wieder Gefechte zwischen der Guerilla der Volksverteidigungskräfte (HPG) und der Armee statt. Während die Guerilla keine Verluste zu vermelden hatte, hat es beim türkischen Militär Tote und Verletzte gegeben. Am 24 Oktober starteten Kräfte der türkischen Armee eine Operation im Gebiet Kato Jirki bei Hakkari. Desweiteren gab es Gefechte in den vergangenen Tagen bei Operationen am Gabar-Berg in Sirnak und und in Kasura-Metina.
(ÖP, 26.10., ISKU)

Öcalan als Friedensbotschafter
Mit dem Ziel, den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan als Friedensbotschafter durch den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EuMRGh) anzuerkennen, ist in Mersin eine Kampagne von der Initiative "Familien von Gefallenen, Guerillamitgliedern und Gefangenen" gestartet worden, in deren Rahmen Briefe an den EuMRGh geschickt werden. In den Briefen werden die Bemühungen Öcalans für Frieden und Demokratie in der Türkei erläutert und es wird die Forderung aufgestellt, Öcalan solle als Friedensbotschafter anerkannt werden.
(ÖP, 30.10., ISKU)

Ausnahmezustand in vier Kurdenprovinzen verlängert
Der Nationale Sicherheitsrat der Türkei hat den Ausnahmezustand in vier kurdischen Provinzen im Südosten des Landes am Dienstag um weitere vier Monate verlängert. Betroffen sind die Provinzen Diyarbakir, Tunceli,

Güzels Familie glaubt nicht an Selbstmord

Yunus Güzel, der in Istanbul als mutmassliches DHKP-C-Mitglied und "Selbstmordattentäter" festgenommen worden war und nach offiziellen Angaben durch Selbstmord in Polizeigewahrsam zu Tode kam, ist am 26.10. in Antakya beerdigt worden. Die Beerdigung fand unter hohen Sicherheitsvorkehrungen der Polizei statt. Wie seine Familie mitteilte, glaubt sie nicht an einen Selbstmord.

Anklage wegen Todesfall in Polizeigewahrsam
Inzwischen haben der Menschenrechtsverein IHD und die Stiftung Gesellschaftlicher Rechtsstudien Anklage gegen den Chef und die Beamten der Antiterrorabteilung des Istanbuler Polizeidirektion gestellt. In der Anzeige heisst es, der Tod von Yunus Güzel habe Zweifel in bezug auf die Todesursache geweckt und müsse untersucht werden.


Yunus Güzel

Beim Verlassen des Justizgebäudes gab Eren Keskin eine Erklärung ab, in der sie betonte, dass in den Arrestzellen der Antiterrorabteilung die Betten fest im Boden verankert seien und die Zellen durch Kameras überwacht würden. "Die Punkte, dass es in der Zelle von Yunus Güzel keine Kamera gegeben haben soll, dass er das Bett, das schwerlich aus dem Boden gerissen werden kann, aus eigener Kraft aufgestellt haben soll und eine Reihe ähnlicher Dinge, lassen uns vermuten, dass Güzel durch Folter gestorben ist." Um diese Zweifel auszuräumen, müsse sofort eine Abordnung, an der die Anzeigensteller beteiligt würden, den Ort des Geschehens besichtigen und Ermittlungen gegen den Abteilungsleiter und die Beamten der Antiterror-Polizei eröffnet werden, so Keskin.

(ÖP, 26./27.10., ISKU)

Irak rechnet mit US-Angriff

Der stellvertretende irakische Ministerpräsident Tariq Aziz rechnet mit einem baldigen Angriff der USA auf sein Land. In einem Interview der Londoner Zeitung «Sunday Telegraph» sagte er, Bagdad habe Informationen über von den Amerikanern und Briten geplante Angriffe «auf 300 Ziele mit 1.000 Raketen» im Irak. Aziz sagte weiter, ein amerikanisch-britischer Angriff auf Irak könnte die von den USA angestrebte "Koalition gegen Terrorismus" auch mit islamischen Ländern sprengen.
In dem Interview dementierte Aziz Berichte über Kontakte irakischer Diplomaten mit mutmaßlichen Terroristen der Anschläge vom 11. September. Aziz sagte weiter, die irakischen Streitkräfte hätten sich von ihrer Niederlage im Golfkrieg vor zehn Jahren erholt und seien «fähig und in der Lage, das Land zu verteidigen».
Auch die Türkei fürchtet, dass die USA ihren Krieg gegen den Terror auch auf Irak ausweiten. Nach den Anschlägen in New York und Washington sah man sich in Ankara zunächst aufgewertet, denn als islamisches Nato-Land in unmittelbarer Nähe zur Krisenregion im Nahen und Mittleren Osten hat die Türkei einen unübersehbaren strategischen Nutzen für die USA und Europa. Inzwischen weicht diese Haltung aber eher einer Furcht vor Angriffen auf den Irak mit unabsehbaren Folgen für das Gleichgewicht in der Region.
Offiziell spricht man in Ankara vor allem von den hohen wirtschaftlichen Verlusten, die die Türkei bereits als Folge des letzten Krieges gegen Irak erlitten hat. Was man in Ankara vor allem fürchtet, ist, dass die Kurden im Nordirak, die seit zehn Jahren in einem von Bagdad de facto unabhängigen Provisorium leben, die Gelegenheit nutzen, um einen eigenen Staat auszurufen. Sollten sie dies nicht wagen, so ist es immerhin wahrscheinlich, dass aus ihrer provisorischen Autonomie ein legaler Zustand mit weitgehenden Rechten der lokalen Institutionen wird.

Die Idee eines Protektorats
Eine Lösung aus Sicht der Türkei wäre ein türkisches Protektorat im Nordirak. CNN-Türk berichtete darüber, dass Gespräche über so eine Lösung zwischen der Türkei und den USA stattgefunden hätten. Auch die nordirakischen Kurdenparteien sollen damit unter gewissen Voraussetzungen einverstanden sein. Die Idee eines türkischen Protektorats ist keineswegs neu, nach dem Golfkrieg wurde sie schon einmal erwogen und selbst eine Ausdehnung der Türkei auf den ölreichen Nordirak war in der Diskussion.

Beschwerde des Iraks wegen Militäroperationen
In einem Brief an die UN hat die irakische Führung mitgeteilt, dass die türkische Armee zwischen dem 6. und 9. Oktober eine Militäroperation gegen die PKK in Südkurdistan durchgeführt hat. Es wird gefordert, Druck auf die türkische Regierung auszuüben, damit die Militäroperationen in Südkurdistan gestoppt werden. Bei der genannten Operation seien 30 Panzer und 60 Fahrzeuge eingesetzt worden.

(BaZ, 30.10,.web.de, 28.10.ÖP, 27.10., ISKU)

Friedensaufruf der Friedensgruppen

Aus Anlass des 2. Jahrestages ihrer Ankunft in der Türkei haben die Mitglieder der ersten und zweiten Gruppe "Für Frieden und eine demokratische Lösung" aus den Gefängnissen Mus und Gebze einen Brief an RegierungsvertreterInnen, und die Öffentlichkeit geschrieben:
"Die Kriegswinde haben damit begonnen, durch den Kampf der Völker hervorgebrachte Werte wie Menschenrechte, Freiheiten, Demokratie, Multikultur etc. zu bedrohen." Am stärksten wehe der globale Kriegswind im Mittleren Osten: "Gewisse Kräfte wollen, dass die Türkei, die in dieser Region eine geopolitische Bedeutung hat, sich von diesen Winden mitreissen lässt. Sowohl verschiedene globale Akteure als auch ihre inländischen profitgierigen Verlängerungen liebäugeln mit neuen Kämpfen."
Weiter heisst es in dem Brief, für die Entwicklung eines dauerhaften Friedens müssten die Zuständigen Schritte setzen: "Anstatt die Separatismus-Paranoia zu pflegen, ohne dass auch nur die geringste Separatismus-Gefahr besteht, und darauf aufbauend mit der Verleugnungstheorie fortzufahren, muss es für Einheit und Einigung auf der Grundlage von Gleichheit zu mutigen Neuregelungen kommen." Ausserdem betonen die Friedensgruppen in ihrem Brief, die jüngsten Verfassungsänderungen seien positiv, jedoch weit davon entfernt, eine Antwort auf die Erwartungen zu geben. Für einen sozialen Frieden bestehe Bedarf nach einer unterschiedslosen Generalamnestie, die auch die Kräfte jenseits der Grenze mit einschliesse. Im letzten Teil des Briefes wird festgehalten: "Die Haltung 'Jetzt machen wir sie fertig', nachdem die Anschläge in den USA als Vorwand genommen worden sind, ist verantwortungslos und gefährlich. In der momentanen Phase ist es die wichtigste Aufgabe, gegen einen neuen Krieg und neue Kämpfe eine organisierte Haltung einzunehmen." *(ÖP, 28.10., ISKU)*

Hakkari und Sirnak. Der ab dem 30. November geltenden Verlängerung muss noch das Parlament in Ankara zustimmen; dies gilt als Formsache.
Der Ausnahmezustand wurde 1987 für 13 Provinzen eingeführt. Er gestattet den Gouverneuren, Ausgehsperren zu verhängen, Kundgebungen zu verbieten und Soldaten zur Verhinderung illegaler Demonstrationen einzusetzen. Mit Abflauen der Kämpfe im Kurdengebiet wurde der Ausnahmezustand in neun Provinzen aufgehoben, zuletzt in Van im Juni vergangenen Jahres. *(ap, 30.10., ISKU)*

Neue Offensive im kurdischen Medienbereich
Nach langer Vorbereitungszeit ist die Mesopotamisches Nachrichtenagentur (Mezopotamya Haber Ajansi - MHA) gegründet worden. Die Zentralredaktion befindet sich in Frankfurt. Ziel der MHA ist, über ein auf der ganzen Welt verstreutes Korrespondenten-Netz Nachrichten über Kurdistan und den Mittleren Osten aus erster Hand zu liefern. Neben einem Nachrichtenabonnement wird die MHA auch einen Fotoservice unterhalten. Der Nachrichten- und Fotoservice kann über Internet erreicht werden. Wie die MHA-VertreterInnen mitteilen, laufen die Vorbereitungen dafür auf Hochtouren. *(ÖP, 30.10., ISKU)*

Prozess gegen Konsulatsbesetzer wird neu aufgerollt
Gegen 4 KurdInnen, denen gewaltames Eindringen in das israelische Konsulat im Februar 1999 in Berlin vorgeworfen wird, wird ab dem 2.11. neu verhandelt.
Ob dabei die beiden israelischen Todesschützen, die damals 4 KurdInnen erschossen, als Zeugen geladen werden, ist fraglich. *(ISKU)*

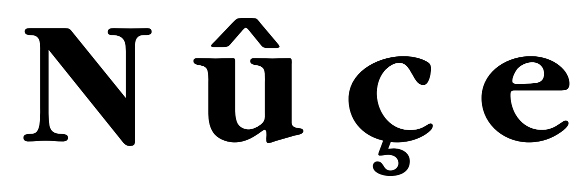
Quellen:
ÖP = Özgür Politika
KIZ=Kurdistan Informations-Zentrum
BaZ=Basler Zeitung

Termine

Film: **Duvar - Die Mauer**
von Yilmaz Güney
am 6. November ab 18.30 Uhr im Café der Kurdistan Solidarität Hamburg, B5 - Brigittenstr.5

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 29
9. November 2001





Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

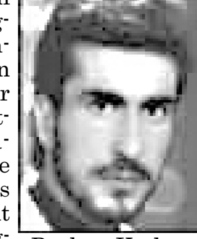
wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

HADEP-Mitglied in seiner Wohnung hingerichtet

Staatlicher Mord in Dogubeyazit

In der Nacht vom 29. auf den 30. Oktober führten Einheiten der Antiterrorabteilung der Polizeidirektion Dogubeyazit im Stadtviertel Ahmede Xani Razzien in 20 Wohnungen durch. Auch die Wohnung von Burhan Kockar, der in der HADEP-regierten Stadtverwaltung Dogubeyazits arbeitete, sollte durchsucht werden. Als es mitten in der Nacht an der Tür klopfte, fragte Kockars Frau, ob ein staatsanwaltlicher Durchsuchungsbefehl vorliege. Die Polizei drohte daraufhin: "Wenn ihr nicht aufmacht, werfen wir eine Granate". Kaum hatte Burhan Kockar die Tür geöffnet, schoss die Polizei. Kockar wurde schwer verletzt, aber die Polizei ließ ihn anderthalb Stunden verletzt am Tatort liegen. Aufgrund des hohen Blutverlustes durch drei Schusswunden verlor Burhan Kockar sein Leben.

Bei den Razzien wurde ausserdem das Haus des HADEP-Kreisvorstandsmitgliedes Ahmet Turan beschossen. Im Anschluss wurde Turan und 20 weitere HADEP-Mitglieder festgenommen. Unter den Festgenommenen befindet sich auch Mehmet Kebude, HADEP-Mitglied. Seine Frau Leman berichtete: "Sie kamen rein, stülpten meinem Mann eine Tüte über den Kopf und zwangen ihn, sich zu setzen. Unaufhörlich sagten sie Sachen wie 'wo ist deine Waffe, bring die Waffe, zeig uns die PKK-Fahne' Ich stand mit meinem neun Monate alten Baby in einer Ecke. Einer kam zu mir und drückte mir das eine Ende eines Elektrokabels in die Hand, das andere Ende meinem Kind. Und dann sagte er, 'los, steck das Kabel in die Steckdose'."


Burhan Kockar

Wütende Proteste in Dogubeyazit

Wenige Stunden nach dem Mord versammelten sich zehntausend wütende BewohnerInnen Dogubeyazits vor dem Staatskrankenhaus, um den Leichnam von Kockar zu holen und riefen Parolen wie "Mörderstaat" und "Mörderpolizei". Sie griffen die Polizeistation und das Gefängnis mit Steinen an und warfen ein Militärfahrzeug um. Als die Menschenmenge immer größer wurde, wurde der Leichnam mit der Begründung, es werde eine Autopsie durchgeführt, nach Trabzon gebracht.

30.000 Menschen bei Burhan Kockars Beerdigung

An der Trauerfeier für Burhan Kockar beteiligten sich 30.000 Menschen. Aus Protest gegen den Vorfall blieben in der gesamten Stadt den ganzen Tag über die Rolläden geschlossen.

In einer Erklärung aus der HADEP-Zentrale in Ankara wurde betont, es bestehe ein Zusammenhang zwischen dem Mord an Burhan Kockar und dem Mord an drei Menschen im Kreis Silvan und der am 12. Oktober begonnenen Rundreise der HADEP-Abordnung um den Parteivorsitzenden Murat Bozlakdurch kurdische Städte.

Berxwedan Jiyane

Gegen die Ermordung von Burhan Kockar wurde in Van, Hakkari, Batman, Adana, Istanbul und Izmir mit verschiedenen Aktionen protestiert. Die HADEP veranstaltete massenhaft besuchte Kundgebungen auf denen auf die angestiegene Repression seit dem Weltfriedenstag am ersten September aufmerksam gemacht wurde.

In Adana wurde in der HADEP-Zentrale unter der Beteiligung von ungefähr 500 Menschen eine Presseerklärung abgegeben, die von ÖDP, EMEP, IHD, SIP und der Gewerkschaft Genel-Is unterstützt wurde. Im Anschluss daran fand eine öffentliche Protestfaxaktion an den Staatspräsidenten statt.

In Amed und Ankara wurden Kundgebungen abgehalten. Es wurden die Parolen "HADEP ist das Volk und kann nicht zum schweigen gebracht werden" sowie "Berxwedan Jiyane - Widerstand heisst Leben" gerufen. Im Namen der Friedensmütter erklärte Müyesser Genes, die Grundlage für die Ausweglosigkeit in der Türkei sei die fortgesetzte Behinderung der Freiheit von Glauben, Sprache und Denken. Sie verurteilte die Hinrichtung Kockars scharf und bewertete die Entscheidung der Türkei, Soldaten nach Afghanistan zu schicken als "den Beginn eines neuen Sterbens im Namen eines Kredites von Amerika".

Bewusste Hinrichtung

Burhan Kockar wurde bewusst und vorsätzlich hingerichtet. Zu diesem Resultat ist eine Untersuchungsdelegation, bestehend aus VertreterInnen von IHD, Mazlum-Der und Anwaltskammer Van gekommen. Bei der Veröffentlichung der Ergebnisse ihrer Untersuchungen in Dogubeyazit im Rahmen einer Pressekonferenz teilte die Delegation mit: "Bei der Betrachtung der Distanz zur Stelle, an der die Schüsse abgegeben wurden, wird der Vorsatz offensichtlich."

Der stellvertretende IHD-Vorsitzende Osman Baydemir erklärte "Beim Gespräch mit dem Landrat teilte uns dieser mit, dass Burhan Kockar sich nicht auf der Liste der bei der Operation festzunehmenden Personen befand. In Gesprächen mit seiner Familie und Bekannten sind wir zu dem Schluss gekommen, dass das eigentliche Ziel sein Bruder Nedim Kockar war, dessen Ermordung für jene Nacht geplant worden war."

Inzwischen ist die Ermordung von Burhan Kockar auch auf die Tagesordnung des Parlamentes gebracht worden. Der stellvertretende Vorsitzende der Saadet-Partei (SP), Prof.Dr. Mehmet Bekaroglu, richtete eine Anfrage an den Innenminister Rüstü Kazim Yücelen. Die Ehefrau Kockars, Ufuk Kockar hat unterdessen Strafanzeige gegen die verantwortlichen Polizisten gestellt.

(ÖP, 1./2./3./4./6.11., ISKU)

Haftgrund: EuMRGh-Eingaben

In Ardahan und Kars sind vier HADEPler festgenommen worden, weil sie die veröffentlichten Eingaben des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EuMRGh) bei sich trugen. Im Anschluss wurden sie vor den Haftrichter geführt und ins Gefängnis überstellt.

Der HADEP-Distriktvorsitzende von Ardahan, Metin Salim bewertete gegenüber ÖP den Vorfall als gegen die HADEP gerichtet.

EuMRGh-Eingaben "eingesammelt"

Auf richterlichen Beschluss und mit der Begründung, es enthalte "Propaganda für eine Organisation" ist die "Einsammlung" der von Abdullah Öcalan an den EuMRGh eingereichten Eingaben, die als Buch unter dem Titel "Vom sumerischen Priesterstaat zur demokratischen Volksrepublik" erschienen sind, angeordnet worden. Der Mem-Verlag, erhob Einspruch gegen das Urteil.

(ÖP, 4./6.11., ISKU)

Meldungen

Schluss mit dem auf Krieg ausgerichteten Budget

Verschiedene Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vertreter politischer Parteien haben in Istanbul und Ankara gegen die Entscheidung der Türkei, Soldaten in den Krieg nach Afghanistan zu schicken, protestiert und dafür plädiert, das Budget nicht für Krieg zu verwenden, sondern den Werktätigen zukommen zu lassen. Auf den Kundgebungen wurden die Parolen gerufen "Nein zum Krieg", "Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker" und "Budget fürs Volk, nicht für den IWF".

(ÖP, 4.11., ISKU)

Anklage: PKK Mitgliedschaft

Der Generalbundesanwalt hat beim Oberlandesgericht Celle Anklage gegen Kazim E. erhoben. Wie die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe am Dienstag bekannt gab, wird dem 31-jährigen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" vorgeworfen. Er soll in der PKK-Region "Mitte" und leitend in der PKK-Region "Nord" in Deutschland tätig gewesen sein. *(ap, 6.11., ISKU)*

Drei Soldaten am Bagok-Berg durch Minen getötet

Drei Soldaten der türkischen Armee sind im Rahmen einer Militäroperation am 27. Oktober am Bagok-Berg bei Mardin ums Leben gekommen, zwei weitere Soldaten wurden verletzt. Todesursache war die Explosion von drei Minen, die die Militärs in den Vorjahren in dem Gebiet gelegt hatten. Zu Gefechten zwischen der türkischen Armee und der Guerilla kam es nicht. Die Operation endete am 30. Oktober mit dem Rückzug der Armee. Eine Person mit dem Codenamen "Siyar", die zuvor aus den Reihen der PKK desertiert war, wurde von den Militärs zur Operation mitgenommen dann ermordet und dort liegengelassen.

(ÖP, 2.11., ISKU)

PKK ruft auf PDS-Konferenz zur Lösung auf

Unter anderem wurde auf der Konferenz "Türkei und kurdische Frage" eine siebenseitige Erklärung des PKK-Präsidialrates verlesen, in der darauf hingewiesen wurde, dass die PKK zu jedem Schritt für eine demokratische Lösung bereit sei und der Aufruf zu einer bereits zu einem früheren Zeitpunkt angekündigten internationalen Konferenz wiederholt wurde. *(ÖP, 4.11., ISKU)*

Für Frieden Richtung Ankara

Um aus fünf verschiedenen

Angriff auf Solidaritätshungerstreik in Istanbul

Erneutes Massaker in Kücükarmutlu

Am 5. November um 15.00 Uhr überfielen 1000 maskierte Bereitschaftspolizisten und Spezialkräfte Kücükarmutlu von zwei Seiten. Es wurde gezielt und ungezielt geschossen. Polizisten positionierten sich auf den Dächern und unter Schüssen bewegten sie sich auf die Todesfastenhäuser zu. Nach Angaben der AnwohnerInnen wurde weder von den Todesfastenhäusern ausgehend, noch von Personen, die sich zur Unterstützung in der Umgebung und an den Barrikaden aufhielten, Widerstand gegen die Polizei geleistet. Ali Haydar Bozkurt zündete sich aus Protest gegen die Operation selbst an, woraufhin die Polizei das Feuer auf ihn eröffnete. Weiter berichten AugenzeugInnen, dass im Verlauf der Operation aus einem der Widerstandshäuser hohe Flammen schlugen, die erst nach einer langen Zeit von Polizei und Feuerwehr gelöscht wurden. Später wurden die Leichname von vier verbrannten Personen übereinander geworfen. Auch die Verletzten wurden zunächst auf den Boden gelegt und schliesslich über den Boden schleifend in Krankenwagen verfrachtet.

Inzwischen ist bekannt, dass vier Personen bei dem Überfall ums Leben gekommen sind: Die Todesfastenden Arzu Güler, sowie die UnterstützerInnen Bülent Durga, Sultan Yildiz und und Baris Kas. Neben Sultan Yildiz war auch Baris Kas TAYAD-Mitglied. Bülent Durga, hatte sich bereits am Todesfasten von 1996 beteiligt und war erst vor kurzem aus dem F-Typ-Gefängnis Edirne entlassen worden. Die Ermordeten sind unterdessen in ihre Heimatorte gebracht worden. Der Leichnam von Arzu Güler wurde nach Dersim-Hozat überführt, von Baris Kas nach Dersim-Pertek. Sultan Yildiz wurde in Sivas-Kangal, Bülent Durgac in Mersin beerdigt.

Die TAYAD-Familien gaben eine Erklärung vor einem der Widerstandshäuser ab. Sie teilten mit, die Polizei habe das Feuer auf die Häuser eröffnet und die Körper der Getöteten wiesen Schusswunden auf. Vor dem Haus wurden auf einem Tisch die von den Sondereinheiten benutzten Gasbomben und leeren Geschosshülsen ausgebreitet und den anwesenden PressevertreterInnen gezeigt. Währenddessen versammelte sich eine grössere Gruppe und drückte in Parolen ihren Protest gegen das Massaker aus. Auf dem Dach des Hauses wurde ein Transparent mit der Aufschrift: "Der Widerstand geht weiter" aufgehängt.

Krankenhaussprecher bestätigen Schussverletzungen

Sprecher des Krankenhauses in Sisli gaben bekannt, dass von zehn verletzten Personen sechs entlassen worden seien. Haydar Bozkurt, Hakki Simsek, Dursun Ali Pekin und Ahmet Güzel jedoch hätten Schuss- und Brandverletzungen. Die aus dem Krankenhaus entlassenen wurden von der Polizei festgenommen.

Das Todesfasten auch ausserhalb der Gefängnisse gegen die Isolationszellen im Haus in der 25. Strasse in Kücükarmutlu und in Alibeyköy gehen weiter. In der Wohnung in Alibeyköy ist inzwischen die Telefonleitung unterbrochen worden.



Vier Gefangene zündeten sich an

Aus Protest gegen den Angriff zündeten sich im F-Typ-Gefängnis Tekirdag Nail Cavus und Kemal Ayhan selbst an. Im F-Typ-Gefängnis Sincan hat sich Mahmut Öztürkmen angezündet. Sein Zustand ist kritisch. Im F-Typ Gefängnis Kandira zündete sich Eyüp Samur selbst an. Nail Cavus und Eyüb Samur sind inzwischen an ihren Brandwunden verstorben.

Das TAYAD Büro in Istanbul wurde gestürmt. Der TAYAD Vorsitzende Betül Gökoglu und vier weitere Personen wurden festgenommen.

Verdacht auf chemisches Gas

Der CHD (Verein Fortschrittlicher Juristen) gab eine Pressekonferenz in der Istanbuler Zweigstelle des Vereins ab. In der Erklärung hiess es: "Wie in Diyarbakir, in Ulucanlar, am 19. Dezember in zwanzig Gefängnissen, vor einer Woche in Dogubeyazit und an vielen weiteren Orten wurden jetzt in Kücükarmutlu Hinrichtungen vollstreckt."

Der Fakt, dass die Körper der bei der Operation Getöteten und Verletzten Brandwunden unterhalb der Kleidung aufwiesen, habe den Verdacht auf den Einsatz einer speziellen chemischen Substanz geweckt. Weiterhin wurden vom CHD Ermittlungen gegen die Verantwortlichen des Einsatzes, das Justiz- und Innenministerium, gefordert.

Proteste vom IHD

Die IHD-Delegation, die nach dem Vorfall Untersuchungen in Kuçükarmutlu angestellt hatte, übergab am 7.11. einen Bericht an den Istanbuler Gouverneur. Im Bericht wird betont, dass die bei der Polizeioperation angewandte extreme Gewalt Ursache für die Toten und Verletzten gewesen sei. Im IHD Adana gab der dortige Vorsitzende Sehmuz Kaya eine Presseerklärung ab, in der die Operation scharf verurteilt wurde. Ebenfalls anwesend waren dabei Gefangenenfamilien. Kaya erklärte, anstatt die Isolation in den Gefängnissen aufzuheben, fordere das Justizministerium neue Todesfälle heraus. "Die Hinrichtung in Polizeigewahrsam von Yunus Güzel, die drei Morde in Silvan, der Tod von Burhan Kockar und zum Schluss das Massaker in Armutlu zeigen uns, dass weiterhin auf Blutvergiessen gesetzt wird. Wir verwarnen die Zuständigen und fordern die Beendigung der Massaker sowie die Aufhebung der Isolation."

Über 30 TAYAD-AnhängerInnen aus Deutschland und Frankreich besetzten den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EuMRGh). Die Besetzung, bei der Parolen wie "Nieder mit dem faschistischen Staat" gerufen wurden, dauerte von 13 bis 15 Uhr an. Wie RA Ahmet Yücel im Namen der AktivistInnen erklärte, wurden einige von ihnen durch die Polizeigewalt verletzt. Weiter sagte Yücel: "Unser Ziel war es, auf das Massaker in Kücükarmutlu in der Türkei an Gefangenen und ihre Angehörigen aufmerksam zu machen und dagegen zu protestieren."

In Hamburg besetzten UnterstützerInnen sowohl das Büro der Grünen, als auch kurzzeitig ein Büro im Kurt Schumacherhaus, der SPD Zentrale.

(ÖP, IHD Dokumentationsservice, Komittee gegen Isolationsfolter, 4.-8.11., ISKU)

Protestfaxe:

Premierminister Ecevit:
Tel-Fax: 0312 4195896 / 4170476

Staatspräsident Sezer:
Tel-Fax: 0312 4686380 / 42713 30

Innenministerium:
Tel-Fax: 0312 4181368 / 4181795

Parlament:
Tel-Fax: 0312 4205000

Regionen am 9. November in Ankara zusammenzutreffen, hat am 5.11. in Edirne der von den Gewerkschaften KESK und DISK organisierte "Marsch auf Ankara gegen Arbeitslosigkeit, Armut, Korruption und Krieg und für globale Gleichheit, Gerechtigkeit und Frieden" begonnen. Zum Auftakt, bei dem die mit Panzern und Bereitschaftsmannschaften anwesende Polizei intensive Kontrollen durchführte, gaben die Vorsitzenden von DISK und KESK eine Pressekonferenz, auf der auch die Entsendung von Soldaten nach Afghanistan kritisiert wurde. "Wir wissen, dass auch dafür den Preis die Werktätigen bezahlen werden. In diesem Sinne setzen wir unseren Kampf fort und fordern Frieden."

Auch von Amed, Denizli, Samsun und Antep aus hat der Marsch nach Ankara inzwischen begonnen. *(ÖP, 6.11., ISKU)*

Türkisch-Irakischer Südkurdistan-Plan

In einer auf oppositionelle Kräfte im Irak gestützten Meldung der in London erscheinenden Zeitung El Hayat heisst es, irakische Einheiten seien in der Region Zemar nahe Mossul stationiert worden. Der Verantwortliche für Aussenbeziehungen der Demokratischen Partei Kurdistan-Irak, Hosyar Zebari, erklärte gegenüber El Hayat, Ankara und Bagdad hätten sich auf einen Plan geeinigt, der die Umklammerung der Umgebung der Kurden in Südkurdistan, den Abbruch der Beziehungen zu Syrien und die Rückkehr der irakischen Kräfte in die Region vorsieht.

Dieser Plan bedrohe die nach dem Golfkrieg von England und den USA errichtete Sicherheitszone, so Zebari. *(ÖP, 8.11., ISKU)*

Quellen:
ÖP = Özgür Politika

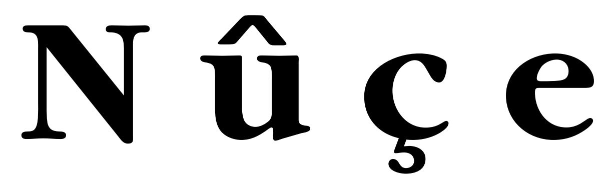
Termine

Symposium am 1.-2. Dezember
VERBOTEN IST, DEN FRIEDEN ZU VERBIETEN
Zur Notwendigkeit der Aufhebung des Betätigungsverbots gegen die PKK in Deutschland
Veranstaltet von: YEK-KOM, IPPNW, medico, AZADI e.V., Humanistische Union e.V
Anmeldeformular auf unserer Internetseite

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 3
11. Mai 2001





Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Stellungnahmen zum Prozeß vor dem Menschenrechtsgerichtshof

Europa ist der Kern des Problems!

In verschiedenen Erklärungen nahmen Abdullah Öcalan sowie weitere Führungsmitglieder der PKK zu dem am 31. Mai beginnenden Prozeß vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EMGH) Stellung. Präsidialratsmitglied Duran Kalkan ging dabei vor allem auf die Rolle Europas in der kurdischen Frage ein.

“Die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegenüber den Kurden entstand mit den in Europa geschlossen Abkommen. Was mit Lausanne geschaffen wurde hält bis heute an. Deshalb liegt es auf der Hand, dass auch die Lösung der kurdischen Frage im Zusammenhang mit dem europäischen System steht. Es besteht die Tendenz, die kurdische Frage nur als eine Frage der Kurden und der Türkei bzw. der Region zu sehen. Wir sind der Meinung, dass die Sichtweise dieser Tendenz sehr begrenzt ist. Die kurdische Frage ist ein internationale Frage. Ismail Besikçi definierte dies als "internationales Kolonialsystem". Das Zentrum dieser Kolonialisierung war Europa.

Auf dieser Grundlage fasste unser Vorsitzender den Entschluss zu seiner Reise nach Europa. Er sah in Europa den Ausgangspunkt für die Suche nach einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage. So wie für die Führung des bewaffneten Kampfes der Bezug auf den Mittleren Osten notwendig war, so muß man sich auf Europa beziehen, wenn eine demokratische Lösung der kurdischen Frage angestrebt wird. Es war deshalb notwendig, da Europa die Quelle für die Probleme und daher auch das Zentrum einer Lösung darstellt.”

England spiele, so Kalkan, eine führende Rolle bei den Plänen, die Liquidierung des PKK-Vorsitzenden und der Partei doch noch zu erreichen. “England entwickelte die Strategie des Komplotts und definierte die dafür notwendige Politik. Dennoch musste es einsehen, dass sie unseren Vorsitzenden nicht eliminieren konnten, sondern er weiterhin unsere Partei anführt. Weiterhin steht unsere Partei aufrecht und konnte ihren Einfluss auf die kurdische Bevölkerung ausweiten. Deshalb versucht England, noch bevor unser Volk in Europa diese Entwicklung verstanden und eine entsprechende Mobilisierung entwickelt hat, unsere Partei zu verbieten. Das ist nichts anderes als ein Teil des internationalen Komplottes. England hat erkannt, dass sein in den Anfängen der 20er Jahre entwickeltes System offen gemacht wird. Das würde bedeuten, dass der



Demonstration am 8.Mai in London gegen die Kriminalisierung der PKK

Charakter dieses Systems, dass im Namen der Demokratie ein Genozidsystem entwickelte, welches nach dem Genozid an den Armeniern einen Genozid an den Kurden durchführt; entlarvt werden würde. All dies würde aufgedeckt und der Kampf gegen dieses System entwickelt werden, an dessen Ende England zur Rechenschaft gezogen würde. Um das zu verhindern erklärt es: "Die PKK ist terroristisch, ich verbiete sie". Auf diese Weise versucht es sich seiner Verantwortung zu entziehen. Das ist nichts anderes als die Fortführung der Politik des Komplotts, des Völkermords, der Verleugnung und der Vernichtung. Es ist alles andere als eine demokratische Haltung.”

Auf die Frage zur Rolle der kurdischen Bevölkerung in der weiteren Entwicklung erklärte Kalkan: “Der Kampf bedarf einer noch breiteren Massenorganisierung. Wir bewerten den Volksaufstand in Amed als Beweis, dass das kurdische Volk den Kampf der neuen Phase aufgenommen hat. Es ist notwendig, dass auch die KurdInnen in Europa diesen Kampf aufnehmen. So wie Amed und Istanbul Gebiete dieses Kampfes darstellen, so ist das mit Berlin, Paris, London, Köln und Bonn nicht anders. Daher bedarf es eines Verständnisses, welches die Bevölkerung in den Kampf zieht, sie daran teilhaben lässt und weg vom Niveau der reinen Unterstützung zum eigentlichen Träger des Kampfes macht.”

(ÖP 8.5., KIZ, ISKU)

Abdullah Öcalan zum Prozeß

Wie der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan mitteilt, befindet er sich in der Vorbereitung seiner Verteidigung für den bevorstehenden Prozess vor dem EMGH, die umfangreicher als die des Imrali-Prozesses sein wird.

In der Verteidigung werde er sich mit Europa "raufen", so Öcalan: "Es wird viel mehr eine Verteidigung gegen Europa sein. Europa hat die Türkei, die Kurden und mich genötigt. Deswegen werde ich nicht rumschreien, aber die Türkei muss diese Dinge begreifen." Grund für die momentane Krise in der Türkei seien die Kriegsausgaben, erklärte der PKK-Vorsitzende und wiederholte, der einzige Weg zur Überwindung der Krise sei die Demokratisierung. "Meine Verteidigung werde ich darauf aufbauen. Wir müssen richtig verstanden werden. Ich spreche dabei nicht nur vom Staat der Türkei sondern sogar vom Staat des Mittleren Ostens. Grundlegend für mich ist der Bestand eines demokratischen Staates. Ich bestehe auf der Demokratischen Republik. *(ÖP 4.5., ISKU)*

Wir sind bereit

Osman Öcalan hat die Regierung und Armee der Türkei dazu aufgefordert, eine Delegation zum Dialog nach Südkurdistan zu schicken. Zur Situation der systembildenden Kräfte erklärte er: "In der Türkei kann die Armee kein weiteres Mal putschen. Auch die rechten Kräfte haben nicht mehr genug Kraft für einen Angriff. Es sind die Kräfte, die ausserhalb des Systems stehen, die Schritte unternehmen und diese Phase in eine demokratische Veränderung verwandeln müssen. Die Atmosphäre in der Türkei ist bereit für einen Wandel. Die Kräfte, die den Wandel verwirklichen müssen, sind die kurdische Nationalbewegung und die Werktätigen. Die Emek-Plattform ist demokratisch, auch wenn es in ihrer Struktur reaktionäre Kräfte gibt und ihr Programm schwach ist. Die kurdische Nationalbewegung ist stärker und geordneter, aber auch sie zeigt Schwächen dabei, ihre Vorreiterrolle einzunehmen."

(ÖP 6.5., ISKU)

Pressespiegel

Friedensmütter freigesprochen

Fünf Friedensmütter und ihr Dolmetscher, die wegen "Unterstützung einer illegalen Organisation" angeklagt worden waren, sind am Mittwoch vom Staatssicherheitsgericht Diyarbakir freigesprochen worden. An der gestrigen Hauptverhandlung nahmen die Mitglieder der "Friedensmütterinitiative" Fahriye Bikkin (65), Rahime Ince (65), Azize Yildiz (39), Müyesser Günes (48) und Sekernaz Cakal (65) sowie ihr Dolmetscher Murat Batgi teil. RA Firat Anli bewertete den Freispruch als äusserst positiv. Er diene dem Frieden und den Friedensanhängern. Weiter sagte Anli: "Die einzige Absicht meiner Mandantinnen lag darin, im Mittleren Osten, in der Region, Frieden zu stiften. Das Gerichtsurteil weist gleichzeitig daraufhin, dass die Repression gegen derartige Initiativen falsch ist."

Die Friedensmütter waren im September 2000 zur Beendigung der Kämpfe in Südkurdistan in das Gebiet gefahren und mit Barzani und Talabani zusammengetroffen. Bei der Rückkehr in die Türkei waren sie von der Jandarma in Silopi festgenommen und verhaftet worden. *(ÖP 10.5., ISKU)*

Fünf Tote bei Kämpfen in Gabar

Nach Angaben von Guerillaeinheiten in Kurdistan hat die türkische Armee Ende April in den Gabar-Bergen eine Operation durchgeführt. Im Rahmen der vom 26.4. bis zum 3.5. stattfindenden Operation haben türkische Einheiten die Volksverteidigungskräfte zweimal angegriffen. Bei den Angriffen starben fünf Soldaten. Die Guerilla hatte keine Verluste. Eine ähnliche Kampfhandlung hat in Hakkari-Cukurca stattgefunden. Weiter wurde bekannt, dass türkische Armeeeinheiten nach wie vor Peschmergakommandanten der PUK ausbilden. Ausserdem bemüht sich die Türkei um einen zweiten Grenzpunkt, über den der Irak erreicht werden kann. Zu diesem Zweck strebt die Türkei die Knüpfung von Beziehungen zum Irak an. *(ÖP 7.5., ISKU,)*

Operationen in Lice und Kulp

Einheiten der türkischen Armee haben in Lice und Kulp im Norden Ameds eine Operation begonnen. Die beteiligten Soldaten sind aus Batman und Sason ins Gebiet verlegt worden.

204 Tage Todesfasten

Das Todesfasten von ca. 250 Gefangenen in der Türkei ist heute am 204. Tag. Die Zahl der Toten ist auf über 50 angestiegen. 28 Menschen starben bei dem Massaker im Dezember, 22 Menschen starben im Todesfasten. Der Staat bleibt weiter hart. Inzwischen wurde der Artikel 16 des "Antiterrorgesetzes" geändert, das die Nutzung von Gemeinschaftsbereichen in den Gefängnissen an zahlreiche Bedingungen und "gute Führung" bindet. Jedoch selbst der Vorsitzende der parlamentarischen Menschenrechtskomission Hüseyin Akgül erklärte nach einem Besuch von Mitgliedern der Gefängnis-Unterkomission in Kandira, Tekirdag, die Änderung des Antiterrorgesetzes sei für eine Beendigung des Todesfastens in den Gefängnissen nicht ausreichend. Vertreter von 19 Organisationen, ua. der Emek-Plattform, Türk-Is, TTB, HADEP, ÖDP-erklärten, das der Staat seine unbeugsame Haltung aufgeben und Verhandlung führen solle.

Hüseyin Kayaci und Cafer Tayyar Bektas haben im Todesfasten ihr Leben verloren

Der todesfastende Hüseyin Kayaci, Angehöriger der Organisation MLKP, der aus dem Gefängnis Izmir Buca zur Zwangsbehandlung in das Staatskrankenhaus in Izmir verlegt wurde, ist am 148. Tag seines Todesfastens gestorben. Der Todesfastende Cafer Tayyar Bektas, Angehöriger der Organisation TKP(ML) kam am 200. Tag seines Todesfastens ums Leben. Bektas, der in einem TIKKO-Verfahren zur Todesstrafe verurteilt worden war, war bereits bei den Gefängnisoperationen in Ulucanlar und Burdur schwer verletzt worden. Sein Bruder Ali Riza Bektas befindet sich im F-Typ-Gefängnis Sincan.

(TAYAD, milliyet, 7.5.)

Bevölkerung von Kücükarmutlu im Hungerstreik

Während das Todesfasten in den Gefängnissen den 200. Tag erreicht, hat die Bevölkerung von Kücükarmutlu eine Hungerstreikkette im Cemevi für die Erfüllung der todesfastenden Gefangenen begonnen. Die meisten der AktivistInnen, die gestern nach einer von TAYAD organisierten und von 150 Menschen besuchten Pressekonferenz den Hungerstreik begonnen haben, sind Frauen. Die Bevölkerung von Kücükarmutlu ist entschlossen, den jeweils im dreitägigen Wechsel stattfindenden Hungerstreik bis zur Erfüllung der Forderungen der Gefangenen fortzusetzen. (...) Wie bekannt wurde, hat die Polizei alle Einfahrten nach Kücükarmutlu mit Panzern abgesperrt. *(ÖP 6.5., ISKU)*

'Für ein Leben das Leben 10 Minuten anhalten'

Der IHD-Vorsitzende Hüsnü Öndül rief zur Beteiligung an der Kampagne "Für ein Leben das Leben 10 Minuten anhalten" auf. Das Sterben gehe jeden etwas an, so Öndül. Falls mit der Aktion auch nur ein Leben gerettet werden könne, sei das wertvoll und könne die Menschheit vor der eigenen Scham retten. Weiter habe der IHD beschlossen, gemeinsam mit KünsterlerInnen einen Marsch von Istanbul nach Ankara zu unternehmen. Ausserdem werden Märsche von den F-Typ-Gefängnissen Sincan nach Kandira und von Kandira nach Edirne unter dem Motto "Der Mensch durchbricht die Isolation" stattfinden.

(ÖP 8.5., ISKU)

Hatice Yazgan wird nie wieder gesund

Die Staatsanwaltschaft Ankara hat die Strafe von Hatice Yazgan, die aufgrund des Todesfastens ihr Bewusstsein verloren hat und niemals wieder gesund wird, für sechs Monate ausgesetzt. Sie war als Mitglied der DHKP/C zu 12.5 Jahren schwerer Haft verurteilt worden. Obwohl sie das Bewusstsein verloren hatte, wurde in einigen Medien darüber spekuliert, dass sie das Todesfasten abgebrochen hat und damit versucht, die angestiegenen Proteste in der Öffentlichkeit zu dämpfen. Ihre Familie erklärte: Die Wahrscheinlichkeit, dass sie wieder wie früher wird, ist gleich Null." *(ÖP 9.5., ISKU)*

Türk in der Kritik

Die Reaktionen der Gefangenenangehörigen auf die Untätigkeit des Justizministers und der Regierung halten an. Ca. 60 Mitglieder von TUAD und MAG-DER versammelten sich gestern vor der Galatasaray-Post, um mit einer Faxaktion den Justizminister aufzufordern, das Sterben zu stoppen. Eine weitere Gruppe von 120 Personen führte gestern vor dem IHD Istanbul einen Sitzstreik durch. *(ÖP 5.5., ISKU)*



Unterstützungsaktionen

Eine zehnköpfige Gruppe hat am 8. Mai zur Unterstützung der Forderungen der todesfastenden Gefangenen das Gebäude von Amnesty International in Düsseldorf besetzt. Die AktivistInnen teilten mit, dass sie mit der Aktion neben ai die Aufmerksamkeit aller Menschenrechtsgruppen und der Öffentlichkeit wecken wollten. Sie riefen dazu auf, jeder möge seiner Menschenpflicht nachkommen. Bei den Forderungen der Gefangenen handele es sich um schlichte und annehmbare Forderungen. Von ai forderten sie eine internationale Eilaktion, die Entsendung einer Delegation, sowie die Verurteilung des türkischen Staates, der dem Sterben den Weg bereitet habe. Die AktivistInnen sind im ai-Gebäude in Hungerstreik getreten.

Eine weitere Besetzung fand in Berlin statt. Eine Gruppe betrat die Versammlung von Staatsministern von zwanzig Ländern während der Direktübertragung einer Ansprache des britischen Aussenministers. Sie trugen dabei Transparente in türkischer und deutscher Sprache, mit denen sie ihren Protest gegen die Türkei ausdrückten und riefen Parolen zur Unterstützung des Todesfastens. Die AktivistInnen wurden festgenommen.

In Hamburg fand eine Protestkundgebung vor dem türkischen Konsulat statt.

In Stuttgart fand eine Protest- und Gedenkkundgebung für Hüseyin Kayici und Tayar Bektas, die am Vortag im Todesfasten gestorben waren, statt.

(ÖP 10.5., ISKU)

PC-Beschlagnahmung bei linkeseite.de

Am 03.05.2001 wurde vom LKA-Stuttgart im Rahmen einer Hausdurchsuchung wegen des Vorwurfs der Unterstützung der DHKP-C der PC der Linken Seite beschlagnahmt *(Linke Seite, 3.5.)*

Weiter wurde bekannt, dass an der am 2. Mai begonnenen Operation tausende von Soldaten sowie eine Vielzahl von Dorfschützern beteiligt sind. Zur Beherbung der Soldaten werden Schulen umliegender Dörfer benutzt. Bis auf weitere Anweisung findet dort kein Unterricht statt. *(ÖP 8.5.,ISKU)*

Bevölkerung will neue Partei

Eine Umfrage mit dem Namen "Der Puls der Türkei" von Stratgie-Mori hat ergeben, dass bei Neuwahlen die drei Koalitionsparteien DSP, MHP und ANAP an der 10%-Hürde scheitern und die Oppositionsparteien DYP und FP mit ein bis zwei Prozentpunkten über der Hürde ins Parlament einziehen würden. 82% der Wähler, die mit Ecevit, Bahceli und Yilmaz "nicht zufrieden" sind, zeigten sich mit Staatspräsident Sezer zufrieden und 42.9% mit Kemal Dervis. 12% der Befragten würden ihre Stimme der DYP geben, 11% der FP, "wenn heute Wahlen stattfinden würden". Die MHP käme auf 7%, ANAP auf 6% und Ecevits DSP auf 3%. Die CHP und HADEP würden mit 5% nicht über die 10%-Hürde kommen. 9% der Befragten gaben an, sie seien "unentschlossen". Mit 31% am meisten Zuspruch fand die Antwort "gar keine" auf die Frage, welche Partei gewählt werden würde. *(ÖP 9.5., ISKU)*

Quellen

ÖP=Özgür Politika
KIZ=Kurdistan Informationszentrum

Termine

Demo, 12.5. in Dortmund:
"Wir werden für das Feuer des Aufstands in der Diaspora tanzen" Beginn: 12:00 Uhr
1.-Westpark
2.-Westfalenhallen, Parkplatz D

Demo, 16.5. in Hamburg
Solidarität mit den Hungerstreikenden in der Türkei
17.30 Hachmannplatz (Hbf)

Veranstaltungshinweis:
Sexuelle Gewalt, Krieg und Vertreibung in Kurdistan
13. Mai um 15 Uhr in der FH-Frankfurt, Audimax (Geb.8)

Aktionstage und Protestmarsch gegen die Residenzpflicht

Nieder mit der Residenzpflicht, den Apartheids-Gesetzen ! Bewegungsfreiheit ist unser Recht! Deutschland ist für Flüchtlinge nicht sicher!

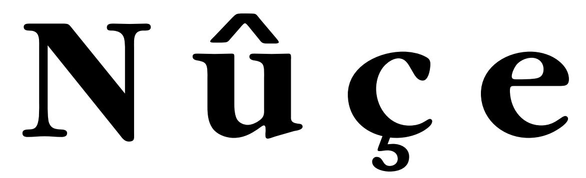
Unter diesen Parolen mobilisieren The VOICE Afrikaforum und die Flüchtlingsinitiative Brandenburg in einem breiten Bündnis zu den Aktionstagen nach Berlin. Während des 3-tägigen Protestcamps werden Flüchtlinge der Forderung nach Abschaffung der Residenzpflicht Nachdruck verleihen. Bewegungsfreiheit ist nicht verhandelbar. Bewegung ist Leben und Freiheit!

17.- 19. Mai 2001
Protestcamp auf dem Schloßplatz in Berlin, Aktionen und Veranstaltungen
DEMONSTRATION
19. Mai; 12.00 - Schloßplatz
Weitere Informationen unter:
www.nadir.org/residenz

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Ludwigstr. 13
20359 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 30
16. November 2001





Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Interview mit Abdullah Öcalan

Widerstehen mit revolutionärem Gewissen

Drei erdrückende Jahre auf Imrali. Drei lange Jahre unter ständiger Kontrolle, abgeschnitten vom Leben, auf einer mit Sondergesetzen geführten Gefängnisinsel. Zweck dieser Behandlung ist es, den in Gefangenschaft lebenden PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan vom Leben zu isolieren. Aber den Gefallen tut er den Anwendern dieser Verfahrensweise nicht. Trotz allem bleibt er dem Leben verhaftet; mit seinen eigenen Worten: er schützt das Kind in seinem Inneren mit grosser Liebe und Sorgfalt. Öcalan hat eine umfassende Eingabe für seinen Prozess vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof vorbereitet. Diesen Text nennt er "Manifest der demokratischen Zivilisation". Darin berichtet er von Anatolien, Mesopotamien und der Entwicklung der Zivilisation und gibt Anhaltspunkte dafür, wie ein Leben in Frieden sein sollte.

Herr Vorsitzender, Sie leben auf Imrali unter schweren Bedingungen. Wie ist Ihre körperliche und psychische Verfassung? Wie lange werden diese Bedingungen noch weiterbestehen?

Die Bedingungen hier sind problematisch für die Gesundheit, aber ich mache kein Drama daraus. Ich spreche da nicht weiter drüber, um dem Volk Kummer zu ersparen. Ich bewahre mir meine Kaltblütigkeit.

Wie ist Ihr Gesundheitszustand?

Ich bemühe mich, mich selbst zu schützen. Ich bewahre mir mein Gedächtnis. Was für mich wichtig ist, ist die seelische und ideologische Dimension des Lebens. Für mich bedeutet Widerstand, die Achtung und die Kraft der Bedeutung nicht aufzugeben und zu bewahren. Nicht für einen Moment habe ich mich hier dem Verfall in den Wahnsinn hingegeben; der grösste Verlust, die grösste Niederlage ist es, die Sinneskraft zu verlieren. Aber ich bewahre mir das. Wenn jedoch der Körper Bankrott anmeldet, was soll ich dann tun. Ich weiss auch nicht, wie weit das gehen wird.

Im Allgemeinen haben die Bedingungen hier aber keinen allzu grossen Einfluss auf mich, ich kann vier bis fünf Stunden schlafen. Der Sommer war hart, das wird jetzt vielleicht besser werden. Körperlich habe ich keine weiteren ernsten Probleme. Wenn ihr Rifat Ilgaz lest, er sagt, die Bedingungen auf Imrali sind hart. Imrali ähnelt keinem anderen Ort, hier ein paar Jahre auszuhalten, ist schwer. Wahrscheinlich kommt das vom Klima. Ich nehme an, er hat hier auch eine Zeit verbracht.



Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali

Ihre AnwältInnen haben mitgeteilt, dass Sie hunderte von Briefen bekommen haben. Und insbesondere die von Kindern und Frauen erregen Aufmerksamkeit. Wie haben Sie das gefunden, was möchten Sie Ihnen sagen?

Die Briefe sind wichtig und bedeutungsvoll. Viele sind in Form kurzer Botschaften. Die Briefe von den Frauen aus den Gefängnissen finde ich sehr bedeutsam, sie haben mich verstanden, das ist mir wichtig. Sie haben sehr vielsagende Sachen geschrieben, es sind sehr inhaltsreiche Briefe dabei. Ich kann nicht alle einzeln beantworten, aber einige Antworten habe ich geschrieben. Für die Frauen habe ich ein Projekt entwickelt. Eigentlich hätte ich das auch gerne für die Kinder gemacht. Ich bin eigentlich immer noch ein Kind. Und wenn ich die Sechzig erreiche, werde ich ein Kind sein. Daran ist nichts merkwürdiges. Ich übermittele diesen Kindern meine grosse Liebe.

Herr Vorsitzender, Sie haben eine umfassende Eingabe für den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof vorbereitet. (...) Unter anderem haben Sie Ihre Eingabe auch die "dritte Geburt" genannt. Warum dritte Geburt?

Die alte Mentalität, die alten Leute, der alte Krieg, die alte Ideologie, Liebe, Achtung; ich sage das für euch alle, es war eine bankrotte soziale Ethik, ein zwanzigjähriges Profitmachen, eine Falle, ein schmutziges Leben, was in der Türkei stattfand. Wenn ihr Zeitung lest, könnt ihr sehen, dass die gesellschaftliche Ethik zusammengebrochen ist. Meiner Meinung nach wird das überwunden werden. Ich sage das für die gesamte Türkei und die Kurden: es ist die Möglichkeit zur Befreiung aufgetreten. In meiner Eingabe habe ich das ausführlich behandelt. Sie gibt Anhaltspunkte für die Entwicklung der Menschheit. Aus diesem Grund nenne ich mein Buch "Die Dritte Geburt". Ich sage Neugeburt der Renaissance dazu.

Was für eine Veränderung wird Ihre Eingabe hervorrufen, bzw. was für eine Veränderung erwarten Sie?

Meine Eingabe ist in diesem Thema lehrreich; sie erklärt die Fakten. Sie gibt allem von neuem die Chance auf Leben und Freiheit. Sie ist von der Qualität, die jüngsten Ereignisse in den USA zu analysieren und zu lösen. Meine Eingabe ist eine historische, psychologische, mentale, ethische und politische Antwort. Es besteht die Notwendigkeit der Veränderung in allen Bereichen. Meine Eingabe kann jedem in grossem Ausmasse einen Weg aufzeigen. Mit ihr wird die ökonomische, politische, ethische Befreiung möglich. Dabei ist sie aussagekräftig und gerade rechtzeitig fertig geworden. In diesem Sinne haben die Kurden grosses Glück. Denn sie haben grossen Schmerz erlebt. Diesen Schmerzen müssen Blumen gegeben werden. Solche Perioden sind wichtig in der Menschheitsgeschichte.

Auch die Tempel erlebten Schmerzen, so bildete sich Religion. Moses ging auf den Berg, erlitt Schmerzen und es entstand eine Religion. Jesus wurde ans Kreuz genagelt, er erlitt Schmerzen, es entstand eine Religion. Mohammed wanderte aus, erlitt Schmerzen, ging auf den Berg Hira und es entstand eine Religion. Auch heutzutage wird es so sein, Transformation, Veränderung sind schmerzvoll. Was stattfindet, ist der Geburtsschmerz. In gesellschaftlichen Veränderungen werden Schmerzen erlebt. Das ist es, was in der Türkei stattfindet. Wer nicht an die Veränderung glaubt, ist verdammt und niveaulos und hat keine Chance auf Würde. Achtungslos. Wir müssen die Vorhut der Transformation stellen. Die vom kurdischen Volk erlebten Schmerzen sind gross. Wer sehr grossen Schmerz erlebt hat, ist bereit zur Transformation. Und dafür verantwortlich.

(ÖP, 10.11., ISKU)

Meldungen

Massendemonstration gegen türkische Regierung

Tausende Arbeiter und Beamte haben am Freitag in der Türkei gegen die Regierung und den Internationalen Währungsfonds (IWF) demonstriert. Etwa 15 000 Menschen zogen durch die Hauptstadt Ankara und forderten den Rücktritt der Regierung, die nicht mit der Wirtschaftskrise fertig werde. Die Demonstranten warfen der Regierung vor, sie folge blind den IWF-Weisungen.

(ap, Reuters, BZ, 10.11., ISKU)

IWF stimmt weiterem Türkei-Kredit zu

Vertreter des Internationalen Währungsfonds haben nach einem Medienbericht einem weiteren Kredit zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Türkei zugestimmt. IWF-Vertreter hätten Ausgabenkürzungen der Regierung in Ankara am Dienstag gebilligt und einem Kredit über mindestens neun Milliarden Dollar 2002 vorerst zugestimmt, berichtete die halbamtliche türkische Nachrichtengagentur Anatolia. Die Türkei hatte um einen neuen Kredit über mindestens zehn Milliarden Dollar für das kommende Jahr gebeten.

In diesem Jahr erhält das Land von IWF und Weltbank insgesamt 15,7 Milliarden Dollar. Die türkische Lira hat in diesem Jahr gegenüber dem US-Dollar um 60 Prozent an Wert verloren, Millionen Menschen verloren ihre Arbeit. *(ap, 13.11., ISKU)*

Aufstehen gegen die Hinrichtungen

Verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter das Dicle Frauenkulturzentrum (DKKM), haben in Erklärungen gegen die in den letzten Tagen vollstreckten ausserrechtlichen Hinrichtungen in Silvan, Dogubeyazit und Küçükarmutlu protestiert und die Öffentlichkeit zur Aufmerksamkeit aufgerufen. Ebenfalls scharf verurteilt wurde das gewalttätige Vorgehen der Polizei gegen die Studierenden, die gegen doe Hochschulrektoren-Konferenz protestiert hatten.

(ÖP, 09.11., ISKU)

Leichnam des entführten Barackilic aufgefunden

Der Leichnam von Fuat Barackilic, der zuvor von Dorfschützern und JITEM-Mitarbeitern entführt worden war, wurde gefunden. Letzte Woche fanden Dorfbewohner im Gebiet Cehennem Deresi eine männliche Leiche. Sie verständigten die Familie

Neuer Polizeiüberfall auf die Todesfasten-häuser in Kücükarmutlu und Alibeyköy

Kücükarmutlu wurde ein weiteres Mal von Polizei und Sondereinheiten überfallen. Bereits am 5. November hatte dort ein Massaker stattgefunden, das zu insgesamt sieben Toten - davon drei Selbstverbrennungen aus Protest im Gefängnis - und zehn Verletzten geführt hatte. Als Vorwand für den erneuten Polizeieinsatz mussten die im Viertel errichteten Barrikaden herhalten.
Im Versuch, die Aktion vor der Öffentlichkeit geheim zu halten, begann der Angriff der Polizei und Sondereinheiten in Begleitung von Panzern, Arbeitsmaschinen, Krankenwagen, Feuerwehr und einem Hubschrauber am 13.11 um 6.30 Uhr. Eine an den Barrikaden wartende Gruppe von ca. 50 Personen leistete Widerstand mit Molotow-Cocktails und Steinen und zündete die Barrikaden an. JournalistInnen wurde der Zugang zum Ort des Geschehens verweigert. Insgesamt wurden bei der Operation zehn Personen festgenommen, darunter fünf Todesfastende zwei BetreuerInnen und ein deutscher Besucher
Neun der zehn Festgenommenen, die im Anschluss an die Operation ins Krankenhaus gebracht wurden, verweigerten jegliche medizinische Behandlung. Ebenso verweigerten sie die Abgabe ihrer Personalien an die Polizei. Vom Krankenhaus aus wurden sie zum Polizeipräsidium überführt. Ergin Karagöz, der sich im Todesfasten befindet, blieb im Krankenhaus, um sich eine Wunde in der Leistengegend behandeln zu lassen, die durch Splitter einer Tränengasbombe verursacht wurde.

Auch in Alibeyköy Operation
Nach Kücükarmutlu wurde auch eine Operation in Alibeyköy durchgeführt, wo sich sieben vorübergehend aus der Haft Entlassene in einer Wohnung im Todesfasten befanden. Dort wurden insgesamt neun Personen festgenommen, darunter sechs Todesfasten-Aktivisten und zwei der Betreuerinnen. Alte Frauen, die sich im Gebäude aufhielten, gingen während der Operation auf die Strasse, um gegen den Polizeieinsatz zu protestieren. Die Festgenommenen wurden ins Krankenhaus eingeliefert, wo sie ebenfalls jegliche Behandlung verweigerten, und später zum Polizeipräsidium gebracht. Auch hier wurden JournalistInnen an einem von der Wohnung weit entfernten Punkt von den Sicherheitskräften aufgehalten.

Gesetze für das Stillschweigen
Im Parlament wird diese Woche ein wichtiger Gesetzesentwurf behandelt. Wenn dieser Entwurf angenommen wird, werden zukünftig Unterstützer des Todesfastens mit einer Haftstrafe von bis zu 20 Jahren verurteilt werden können. Der Istanbuler Polizeichef: "Es wird ein neues Gesetz vorbereitet, nach dem die Aufstachelung zum Todesfasten als Verbrechen zählt. Endlich wird auch ärztliche Behandlung möglich gemacht werden."

Muharrem Cetinkaya gefallen
Am 6. November hatte sich Muharrem Cetinkaya aus Protest gegen die Operation in Kücukarmutlu im F- Typ Gefängniss in Sincan verbrannt und wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Am 12.11. hat er sein Leben verloren. Er ist der dritte Gefangene, der an den Folgen der Selbstverbrennungen aus Protest gegen das Massaker in Armutlu gefallen ist.
(ÖP, 12./ 14.11., ISKU)

PKK unterstützt nationale Konferenz

Die PKK hat erklärt, den vor kurzem vom Nationalkongress Kurdistan (KNK) gemachten Aufruf für eine Kurdistan-Konferenz unter dem Motto "Nationaler Frieden, nationale Einheit und Demokratie" voll und ganz zu unterstützen und sich daran zu beteiligen.
In einer Stellungnahme für ÖP äusserte sich Murat Karayilan, PKK-Präsidialratsmitglied: "Wir betrachten diesen Aufruf als angebrachte und notwendige Initiative. Es ist sogar eine reichlich verspätete Initiative." Die weltweiten politischen Entwicklungen nach dem 11. September hätten grossen Einfluss auf den Mittleren Osten und Kurdistan. So unterstrich er, dass heutzutage stärker als je zuvor Bedarf an einer gemeinsamen Strategie und einheitlicher Meinung herrsche. "Das zu übersehen, kann nur mit Blindheit oder Verrat erklärt werden. Jede Ansichtsweise, die die Kurden von der Einheit, von einer gemeinsamen Strategie abhält, entspricht der des Feindes." Die geplante Konferenz könne eine bedingte Vereinigung im Rahmen einer Diskussion und einer gemeinsamen Strategie darstellen und somit das Fundament legen für einen gemeinsamen nationalen Kampf. Aus diesem Grund hoffe die PKK, dass sich niemand gegen die Idee der Konferenz stellen werde, teilte Murat Karayilan mit. "Es existiert ein gefährliches Vakuum, das eine Schwächung hervorrufen kann. Die gegnerischen Kräfte können davon profitieren, sie tun es sogar schon. Wenn es um Südkurdistan gehe, würden von einer solchen Initiative sogar am stärksten die südkurdischen Kräfte profitieren, betonte Karayilan. Weiterhin verwies er auf die Schwierigkeiten, die der Verwirklichung einer solchen Konferenz im Wege ständen. "Jetzt will jeder die Einheit. Angeblich sind alle für Einheit, Frieden, inneren Frieden und Demokratie. Aber niemand unternimmt einen Schritt in diese Richtung. Warum? Weil alle ihre politischen Strukturen an verschiedene Kräfte gebunden haben. Es existieren profitgebundene Abhängigkeiten. Insbesondere die über Kurdistan herrschenden Kolonialstaaten haben großen Einfluss auf die kurdischen Organisationen."
Durch diese erschwerenden Bedingungen bestehe die Möglichkeit, dass ein Teil der Organisationen nicht an der Arbeit für die nationale Einheit teilnehmen könne, so Karayilan. "Wenn jedoch der Wunsch nach Einheit wirklich aufrichtig ist und nicht als Organisation teilgenommen werden kann, so kann doch jeder sein eigenes Umfeld teilnehmen lassen. Eine solche Arbeit, an der Einzelpersonen aus unabhängigen, patriotischen und intellektuellen Kreisen teilnehmen und in deren Rahmen sich Diskussionen, ein einheitliches Verständnis und eine gemeinsame Strategie entwickeln, kann das offizielle Fundament bereiten, auf dem sich vielleicht in Zukunft alle kurdischen Organisationen treffen können." *(ÖP, 13.11., ISKU)*

Verfassung geändert, aber...

Der IHD Diyarbakir hat bei der Veröffentlichung seines Menschenrechtsverletzungs-Bericht des Monats Oktober darauf aufmerksam gemacht, dass trotz der durchgesetzten Verfassungsänderungen die Rechtsverletzungen in den kurdischen Gebieten um 100 Prozent angestiegen sind.

Die Bilanz in Zahlen
Tote in Kampfhandlungen: 3
Morde unbekannter Täter/ aussergerichtliche Hinrichtungen: 11
Minenopfer: 2 Tote, 3 Verletzte
Festnahmen: 141
Folter, Misshandlung, Bedrohung: 24
Verschwunden: 1
Verhaftungen: 11
Dorfniederbrennung: 1
Waldverbrennung: 8
Verbannung: 3
Geschlossene Zeitungen: 2
Geschlossenes Radio: 1
Im OHAL-Gebiet verbotene Zeitungen und Zeitschriften: 29
Verbotene Aktivitäten (Theater, Plakatieren etc.): 67
Selbstmorde: 6
(ÖP, 14.11., ISKU)

Barackilic. Um den Leichnam zu identifizieren, fuhren die Angehörigen mit Soldaten in das Gebiet. Obwohl die Leiche identifiziert wurde, beschlagnahmten die Militärs den toten Körper und überführten ihn zum Jandarma-Bataillon Karliova.
Eine weitere männliche Leiche ist vor drei Tagen bei Siirt aufgefunden worden. Die Leiche befand sich auf dem Gelände der militärischen und städtischen Müllkippe und war bereits teilweise verwest. Dokumente, die Hinweis auf die Identität des Toten geben könnten, wurden nicht gefunden. Es wurde bekannt, dass der Leichnam ohne vorherige Autopsie von der Polizei auf einem geheimgehaltenen Friedhof in Siirt begraben wurde. *(ÖP, 09.11., ISKU)*

Fast 500 Flüchtlinge in der Türkei festgenommen
Türkische Sicherheitskräfte haben fast 500 Flüchtlinge festgenommen, die über das Meer nach Italien reisen wollten. Allein in der westlichen Küstenstadt Ayvacik wurden 424 Flüchtlinge aufgegriffen, die nach Angaben der Polizei aus Afghanistan, Nigeria, dem Irak, Iran, Pakistan, Indien und der Türkei stammen. Die Polizei suchte nach 1000 weiteren Flüchtlingen, die entkommen konnten. Die Polizei nahm sieben mutmassliche Menschenschmuggler fest.
(NZZ, 12.11., ISKU)

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
BZ = Berliner Zeitung
NZZ=Neue Zürcher Zeitung

Termine

Konfliktfeld Türkei: Islam, Menschenrechte und Europa

Informationsveranstaltung mit **Akin Birdal** (IHD), **Prof.Dr. Udo Steinbach** (Orientinstitut) und **Osman Baydemir** (IHD)

29.11.2001 - 17:00 Uhr
Hörsaal B der Uni Hamburg
(Von-Melle-Park 8)

veranstaltet von:
Kurdische Gemeinde HH e.V.
Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte
AStA der UWP

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 31
23. November 2001

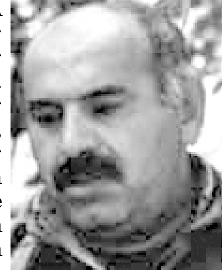
Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Die Linke muss eine Linie festlegen

Am 18.11 äusserte sich Osman Öcalan telefonisch in der Sendung 'Gündem' (Tagesordnung) bei MEDYA TV zur Situation der türkischen Linken. Öcalan verwies darauf, dass die Forderung nach Demokratie erstmalig von den breiten Massen ausgesprochen werde. "In dieser Situation ist es wichtig, die Haltung der Linken festzulegen. Die Linke hat es immer noch nicht geschafft, die aktuelle Politik zu erfassen. Sie hat den F-Typ auf die Tagesordnung gebracht. Revolutionäre sind für das Volk da. Während es notwendig gewesen wäre, sich für eine Lösung der Probleme des Volkes einzusetzen, sind die Gefängnisbedingungen zur Haupttagesordnung gemacht worden. In dieser Situation ist die Linke vom eigentlich Notwendigen abgewichen. Sie wollten auch uns miteinbeziehen. Durch diese Politik wurden hunderte von Revolutionären in diese Richtung gelenkt. Ungefähr 80 Menschen sind gefallen und hunderte haben die Kraft verloren, den Kampf weiterzuentwickeln. Die Energie der Revolutionäre und Revolutionärinnen wurde an den falschen Punkten verbraucht. Diese Vorgehensweise ist organisatorischer und politischer Selbstmord. Auch wenn es sich um heldenhaften Widerstand handelt, dem wir Achtung entgegenbringen, ist das das Resultat.


Osman Öcalan

Von Ängsten befreien

Öcalan verwies darauf, dass das bestehende linke Potential brach liege. Wenn dieses Potential auf richtiger Grundlage belebt werde, könne sich innerhalb eines Jahres eine lawinenhaft anwachsende, sozialistisch geprägte Bewegung entwickeln. Öcalan erinnerte daran, dass der Hauptgrund für das Unvermögen einer demokratischen Öffnung der Türkei die kurdische Frage sei: "TÜSIAD beispielsweise hat das erkannt. Die herrschenden Klassen haben diese Feststellung gemacht und versuchen, auf dieser Basis Politik zu machen. Aber es ist die Linke, die das tun muss. Notwendig ist die Entwicklung einer Linken, die sich zum Grundsatz macht, dass eine demokratische Lösung über die Lösung der kurdischen Frage zu erreichen ist. Eine solche Linke könnte eine grossartige Entwicklung verzeichnen. Es muss sich von den bestehenden Ängsten befreit werden. Die Linke muss eine Linie festlegen und einen Kampf entwickeln, der wo nötig auch auf Selbstkritik ausgerichtet ist. Dafür braucht es eine neue Formierung. Dabei meinen wir nicht, dass das Heute und das Erbe der Linken verleugnet werden soll. Es muss eine aktuelle Politik und Linie erstellt werden. Das von unserem Parteivorsitzenden entwickelte Demokratiemanifest hat auch für die Linke Gültigkeit. Wenn es richtig ausgewertet wird, kann eine Öffnung stattfinden und eine Lösung gefunden werden."

Die ÖDP-Diskussionen

Weiterhin äusserte Osman Öcalan sich zu den in der letzten Zeit intensivierten Diskussionen innerhalb der ÖDP. [Freiheits- und Solidaritätspartei, die sich vor einigen Tagen auf einem Parteikongress gespalten hat] "Die auf den kurdischen Befreiungs- und Demokratiekampf ausgerichtete Tendenz hat eine Chance auf Erfolg. Die sich an diesem Punkt organisierende Bewegung muss unverzüglich strukturiert werden. Wenn sich dieser Flügel in eine Partei umwandeln will, soll sie das sofort und ohne zu zögern tun. Wir sind der Überzeugung, dass der Erfolg unausweichlich ist, wenn sie sich mit der kurdischen Bewegung zusammenschliessen und der Kampf in Form einer vereinigten demokratischen Front geführt wird." Zum Schluss seines Beitrages sagte Öcalan: "Wenn sich die Linke nicht entwickelt, fällt der PKK die Aufgabe zu, das linke Erbe zu vertreten. Wenn die Linke ihren Kampf nicht vertritt, hat die PKK das Recht, ihn zu vertreten. Unsere Partei ist eng mit dem von Mahir und den anderen entwickelten Kampf verbunden" [Anm. Mahir Cayan, Gründer der THKP - C (Volksbefreiungspartei und Front der Türkei)] *(ÖP, 20. 11., ISKU)*

Identitätskampagne auf die Türkei und Kurdistan ausgeweitet

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) weitet ihre vor allem in Europa begonnene Kampagne "Bekenntnis zur nationalen und politischen Identität" auf die Türkei und Nordkurdistan aus. In einer schriftlichen Erklärung des PKK-Präsidialrates wird die Beteiligung an einer neuen politischen und nationalen Serhildan-Offensive gefordert. In der Erklärung heisst es: "Die erste Phase des 'Identitätsbekenntnisses' wird in der Form einer mündlichen Forderung nach nationaler Freiheit stattfinden. Während in der Türkei und Nordkurdistan das Identitätsbekenntnis mit demokratischen Aktionen zum Ausdruck gebracht werden wird, werden in den anderen Teilen unseres Landes neben solchen Aktionen auch an internationale Institutionen gerichtete Unterschriftenkampagnen durchgeführt werden. Unser im Ausland lebendes Volk wird indessen das fortgesetzte Identitätsbekenntnis mit einer neuen Offensive verstärken."

Neue Serhildan-Offensive

Weiterhin wird das kurdische Volk in der Erklärung zur Offensive aufgefordert: "Ihr müsst mit friedlich-demokratischen Mitteln wie Demonstrationen, Kundgebungen, Rolllädenschliessen, Boykotten, Streiks, Versammlungen etc. eine neue Serhildan-Offensive starten, in deren Rahmen gesagt wird, 'Ich bin Kurde/Kurdin, ich fordere die Anerkennung meiner nationalen Identität, Freiheit für den Vorsitzenden APO, meine Muttersprache, meine nationalen und kulturellen Rechte'." Ab dem 15. November werde in der Türkei und in Nordkurdistan mit den Identitätsbekenntnissen begonnen werden. Es sei von grosser Bedeutung, dass das gesamte kurdische Volk, vor allem aber die in diesen Gebieten lebenden Kurden, ihre Beteiligung an dieser neuen politischen Serhildan-Offensive zeigten, so der PKK-Präsidialrat.

(ÖP, 15.11., ISKU)

Meldungen

Jugend feiert 27. November

Die Feiern zum 23. Jahrestag der PKK-Gründung am 27. November haben bereits begonnen. In Istanbul-Kartal haben 150 kurdische Jugendliche am 18.11. nachts eine Kundgebung abgehalten. Sie zündeten Feuer an und riefen "Biji Serok Apo", "Der Krieg wird aufhören, der Mittlere Osten wird sich befreien" und "Frieden jetzt sofort". Danach demonstrierten sie mit Transparenten "Wir befreien uns im Licht der Verteidigung" [Anm.: Verteidigung: Eingaben des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof] eine halbstündige Demonstration durch. Im Kreis Karliova bei Bingöl ist an einem Gymnasium die eine Seite der gehissten türkischen Fahne mit einem Plakat des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan überklebt worden. *(ÖP, 20. 11., ISKU)*

Öcalan wird nicht verlegt

Justizminister Hikmet Sami Türk teilte mit: "solange die Bedingungen sich nicht ändern", könne nicht die Rede davon sein, dass der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan in ein anderes Gefängnis verlegt wird. Türk bezog sich damit auf eine Äusserung von Verteidiungsminister Sabahattin Cakmakoglu (MHP) vor einigen Tagen, es sei an der Zeit, Öcalan von der Gefängnisinsel Imrali in ein normales Gefängnis zu verlegen. *(ÖP, 17.11., ISKU)*

Erschreckendes Vorgehen gegen Strassenverkäufer in Habur

Im Zollbereich am Grenzübergang Habur sind Strassenhändler einem erschreckenden Vorgehen der diensthabenden Polizisten und Zollwächter ausgesetzt. Ungefähr 20-25 dieser fliegenden Händler, die den wartenden LKW-Fahrern preisgünstige Lebensmittel und Getränke anbieten und von denen viele noch Kinder sind, sind zur Kennzeichnung mit Gewalt die Haare geschoren worden. Nach dieser Prozedur wurden sie mit Tritten und Schlägen vom Zollgelände verjagt. *(ÖP, 17.11., ISKU)*

HADEP Fußballteam verhaftet

Beim von der HADEP-Jugend organisierten "1. Zeynel Durmus Fussballturnier" [Anm.: Durmus war am Weltfriedenstag auf der Flucht vor der Polizei zu Tode gestürzt.] hatte das Team Kayip-Spor [kayip=verschwunden] den dritten Platz erspielt. Den gewonnenen Pokal wollten die Fussballer den Familien der Anfang des Jahres in Silopi "ver-

81. Todesnachricht aus der Türkei

399 Tage dauert das Todesfasten in der Türkei. Die 26-jährige Tülay Korkmaz, Mitglied der DHKP-C, aus der 4. Todesgruppe ist im Istanbuler Krankenhaus gestorben. Sie war im 193. Tag ihres Todesfastens. Nach Angaben des Menschenrechtsvereins (IHD) wird der Hungerstreik noch von 171 Häftlingen und Angehörigen fortgesetzt.

Neues Gesetz soll Hungerstreiks beenden
Nach Polizeiaktionen mit vier Toten in zwei Istanbuler Stadtvierteln will die türkische Regierung Hungerstreiks nun mit juristischen Maßnahmen gegen Angehörige und Sympathisanten beenden. Ein Gesetz, das am 15.11. im Parlament beraten wurde, bedroht Aufrufe zum Hungerstreik mit zwei Jahren Haft, 20 Jahre drohen dem, der eine Zwangsernährung verhindert.
Das IKM ruft insbesondere Ärzte dazu auf, sich an einer weiteren Delegation nach Kücük Armutlu zu beteiligen, wo die Bedrohung seitens der Polizei gegen Angehörige und UnterstützerInnen weitergeht. Augenzeugenberichte belegen inzwischen, dass die Toten von Kücük Armutlu gezielt von der Polizei hingerichtet wurden. *(IKM, SZ, 16., 20., ISKU)*

FrauenRechtsBüro berichtet über Vergewaltigungen in Polizeihaft

Rund 146 Frauen haben sich bisher hilfesuchend an das FrauenRechtsBüro gegen sexuelle Folter in Istanbul gewandt. Das teilte das Büro in seiner soeben veröffentlichten Statistik mit.
Demnach wurden 48 Frauen in Polizeihaft vergewaltigt. Die Mehrheit der Frauen, 89, wurden sexuell mißhandelt und entführt. Sechs Frauen starben später; zwei Frauen begingen Selbstmord, eine Frau sowie ein 14jähriges Mädchen wurden durch Angehörige "zur Ehrenrettung" getötet. Eine weitere Frau starb an den Langzeitfolgen der Folter, eine Frau starb im Todesfasten der politischen Gefangenen. Fünf Frauen erlitten Fehlgeburten infolge der Vergewaltigungen, fünf weitere Frauen wurden gemeinsam bzw. in Anwesenheit ihrer Kinder gefoltert. Das Alter der mißhandelten Frauen und Mädchen reicht von zehn bis 67 Jahren.
Die Täter, so führt die Statistik aus, stammen aus allen Bereichen der türkischen Sicherheitskräfte: Polizei, Gendarmerie (Militär), Dorfschützer, Vollzugsbeamte. Das FrauenRechtsBüro weist daraufhin, daß eine Vielzahl an Hintergründen für die Taten besteht. Dazu gehört der 15jährige Kriegszustand in den kurdischen Gebieten. Über 100 der Frauen sind kurdischer Herkunft. Die Mißhandlungen fanden bei Dorfvertreibungen statt und gegen Frauen, die wegen politischer Aktivitäten festgenommen wurden. In manchen Fällen sollten Informationen über den Aufenthaltsort von männlichen Familienangehörigen erpreßt werden. Oft war es pure männliche Machtdemonstration gegen politisch aktive, gefangene Frauen.
(jW, 22.11., ISKU)

IHD: Gefährliche Zustände

Menschenrechtsbericht für die Monate Juli bis September 2001

Die IHD-Zentrale in Ankara hat ihren Menschenrechtsbericht für die Monate Juli bis September 2001 veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass sich die Menschenrechtsverletzungen im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Jahr 1999 verdoppelt haben. Zum Thema Folter und Gedankenfreiheit seien keine Fortschritte zu verzeichnen.
Im Jahr 1999 seien nach IHD-Kenntnissen in den Monaten Januar bis September 472 Personen, im Jahr 2000 508 und im Jahr 2001 762 Folter und entwürdigender Behandlung ausgesetzt gewesen.

Gestiegene Bilanz
Die Menschenrechtsverletzungsbilanz im Zeitraum Juli-August-September 2001 in der Türkei lautet in Zahlen folgendermassen:

"Morde unbekannter Täter: 46
Ausserrechtliche Hinrichtungen, Todesfälle nach der Festnahme und durch Folter: 12
Tote in Gefechten: 14
Tote und Verletzte bei Aktionen gegen Zivilisten: 13 Tote und 32 Verletzte
Folter und Misshandlungsfälle: 327
Festnahmen: 13 577
Verhaftungen: 913
Entvölkerte und niedergebrannte Dörfer: 2
Verletzungen und Vergewaltigungen bei Angriffen: 21
Verweigerung oder Behinderung medizinischer Behandlung: 252
Tote im Hungerstreik/Todesfasten: 7
Arbeitsentlassung: 5463
Verbannung und Entfernung aus dem Amt: 1572
Von Razzien betroffene und geschlossene Massenorganisationen, politische Medienorgane und Kulturzentren: 83
Verbotene Medien und Veranstaltungen: 57
Geforderte Haft- und Geldstrafen (in 402 Fällen): 632 Jahre, 10 Monate Haft
Ausgesprochene Haft- und Geldstrafen (in 25 Fällen):
86 Jahre, 6 Monate Haft, 4 Milliarden 284 Millionen TL
Im Gefängnis wegen Gedankenschuld: 91"
(ÖP, 22.11., ISKU)

Angreifer gefasst, aber...

Nach dem Angriff am 14.11. auf zwei HADEP-Gebäude in Istanbul, bei dem zwei Vorstandsmitglieder durch Messerstiche und Schüsse verwundet wurden, wurde der Täter bei einem erneuten Angriff auf den IHD-Istanbul gefasst.
Eren Keskin gab eine Erklärung vor dem IHD-Gebäude ab: "Wir verdanken unser Leben unseren Kollegen. Diese Person, die von der Polizei nicht gestellt werden konnte, wurde von unseren Kollegen gefasst." Keskin gab folgende Informationen zu dem Täter Zeki Genc: "Geboren 1970 in Ordu. Mitglied der Ülkü Ocaklar [Anm. 'Idealistenheim', faschistische Vereinigung] in Sisli. Bekennt sich als Person, die bewaffnete Angriffe auf HADEP- und DEP-Mitglieder verübt hat. Er wurde am 3. März auf eine Anzeige von der Antiterror-Abteilung Beyoglu festgenommen. Im Besitz von zwei Pistolen, einer Handgranate und Unteroffiziers-Kleidung. Im Verhör soll er sich als verantwortlich für die Verbrechen am DEP-Distrikt-Vorsitzenden aus Diyarbakir, Vedat Aydin, am Özgür Gündem-Mitarbeiter Hüseyin Deniz sowie die in Silopi verschwundenen HADEP-Vorstandsmitglieder Serdar Tanis und Ebubekir Deniz bekannt haben. Trotzdem wurde er freigelassen."

Auch für Brandanschlag auf ÖDP verantwortlich
Wie der Istanbuler ÖDP-Vorsitzende Vahit Genc mitgeteilt hat, hat Zeki Genc am 2. März einen Brandanschlag auf die ÖDP-Zentrale in Beyoglu verübt. "Nach dem Anschlag wurde Zeki Genc von der Antiterrorpolizei gefasst. Obwohl er Waffen, einen gefälschten Personalausweis und eine Handgranate bei sich führte, wurde er freigelassen."
Desweiteren griff die Polizei die etwa 1000 Personen an, die sich aus Protest gegen die Angriffe auf die HADEP-Zentralen versammelt hatte.
(ÖP, 16.11., ISKU)

schwundenen" HADEPlern Ebubekir Deniz und Serdar Tanis übergeben. In Silopi wurden sie jedoch festgenommen und sitzen jetzt im Gefängnis.
(ÖP, 18. 11., ISKU)

Türkei verlegt Truppen nach Zaxo
Wie aus örtlichen Quellen bekannt wurde, hat die türkische Armee ca. 18.000 Soldaten nach Südkurdistan in die Region Zaxo verlegt. Die am 12. November in der Region Bestler von der türkischen Armee begonnene Militäroperation ist gestern abend mit dem Rückzug der türkischen Einheiten beendet worden. Zu Gefechten kam es nicht.
(ÖP, 15.11., ISKU)

Geld investieren ist kriminell
Das hessische Innenministerium hat am Mittwoch auf Ersuchen von Bundesinnenminister Schily den Verein und Wohnungen von sechs Vorstandsmitgliedern des "Vereins Kurdische Arbeitgeber" durchsuchen lassen. Der Verein soll der PKK nahe stehen. In Sicherheitskreisen hieß es, dass es sich bei dem jetzt ins Visier der Fahnder geratenen Verein um eine Organisation kurdischer Unternehmer handelt. Sie diene dem Zweck, Kapital aus Kurdistan Gewinn bringend in Westeuropa anzulegen.
(yahoo, 21.11., ISKU)

Hässliche Inszenierung
In Baden-Württemberg hat die Kriminalpolizei eine Verleumdungsinitiative durchgeführt. Sie versuchte, dem Kurden Turgay Ballikaya einen Raubüberfall auf eine Filiale einer Supermarktkette anzuhängen. Gegenüber ÖP erklärte er: "Vom Tag meiner Festnahme an wollte die Polizei, dass ich gestehe, den Raubüberfall auf Befehl der PKK und im Namen des Kurdistan-Kulturzentrum begangen zu haben. Obwohl ich während der Verhöre ständig wiederholt habe, dass ich nichts mit dem Vorfall zu tun habe und die PKK derartige Dinge nicht macht, wurde ich für 50 Tage ins Gefängnis gesteckt."
Inzwischen wurde Ballikaya als unschuldig entlassen.
(ÖP, 17.11., ISKU)

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
SZ = Süddeutsche Zeitung
jW = junge Welt

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 32
30. November 2001

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Interview mit Mitgliedern der PKK-Führung

23. Jahrestag der Gründung der PKK

Die PKK wird auch als eine Bewegung der Kritik bezeichnet. Können Sie von den Anfangsbedingungen und den Punkten erzählen, die von der PKK kritisiert worden sind?

Halil Atac: Die PKK ist aus objektiven Bedingungen entstanden. Vor ihrer Gründung gab es so einige Organisationen, es gab linke und kurdische Bewegungen. Aber diese konnten keine Antwort darstellen auf die bestehende Realität. Das ist ein wichtiger Grund für die Entstehung der PKK. Die PKK ist nicht nur auf der Grundlage der Systemkritik entstanden. Sie hat auch die türkische und kurdische Linke und deren Einstellungen und Bewegungen ins Zentrum der Kritik gestellt. Somit war die Entwicklung der PKK dialektisch und ebenso entstand aus diesem Vorgehen eine Entwicklungsdynamik. Sie hat die Situation der Gesellschaft als ein Ganzes der Kritik unterzogen. Der Parteivorsitzende hatte erkannt, dass die kurdische Frage nicht mit einer Reihe von Reformen zu lösen ist. Er nahm insbesondere auch eine umfassende Kritik an dem sich in Südkurdistan entwickelnden primitiven Nationalismus vor, der auch auf den Norden in bestimmter Hinsicht Einfluss ausübte. Auf dieser Grundlage entstand die PKK. So einige Leute konnten damit nicht viel anfangen. Sie glaubten nicht daran, dass eine solche Bewegung, die die Gesellschaft selbst so stark kritisierte, überhaupt Entwicklungschancen habe, dass sie sich mit der Gesellschaft verbinden und eine gesellschaftliche Befreiung verwirklichen könne. Der PKK ist es jedoch gelungen, im Gegensatz zu diesem Denken und Handeln eine radikale und umfassende Entwicklung in Gang zu setzen.

Was war Ihr konkretes Ziel in jener Zeit, als es noch keine abgeschlossene Vorbereitung und fertig formulierte Strategie gab? Gab es etwa das Ziel, bloss Kurdistan zu gründen?

Halil Atac: Das Problem lag nicht darin, unbedingt zu einem Staat zu werden. In jener Zeit wurde aus den Diskussionen mit der türkischen Linken deutlich, dass wir eine freie Einheit des kurdischen und türkischen Volkes brauchen. Es gab sogar in der PKK-Front die Tendenz zu organisatorischer Einheit. Das wurde jedoch durch die chauvinistische Herangehensweise der türkischen Linken unmöglich gemacht. Es gab grosse Unterschiede zwischen der Einheit, die sie anstrebten, und der Einheit, für die die PKK eintrat. Daraus entstand ein Problem. Was unter der chauvinistischen Logik und dem Nationalismus lagerte, war die Verleugnung des kurdischen Volkes. Das Ziel der PKK war es nicht, einen von der Türkei getrennten und unabhängigen Staat zu gründen. Es wurde eine Einheit mit dem unabhängigen und freien Willen des kurdischen Volkes angestrebt. Als Ergebnis der falschen Herangehensweise der türkischen Linken an dieses Thema entwickelte die PKK ihre eigene Ideologie. Diese Ideologie entwickelte sich weiter und baute auf dem Fundament der eigenen Wirklichkeit auf.

> *"In der Synthese von Osten und Westen ist die PKK richtungsweisend, authentisch und überzeugend. Sie steht in keinerlei Abhängigkeit zu irgendeinem dogmatischen Zentrum. Sie nährt sich nicht von billigen Utopien. Sie nimmt sich aufrichtige und mutige Menschen zur Basis. Sie verspricht ihren AnhängerInnen weder persönliche Profite noch Prestige. Ihre Türen sind für Wahrheit, Gerechtigkeit und Schönheit weit geöffnet und frei. Zu ihren Lebensprinzipien gehören Gleichheit und Achtung der Arbeit. Im Entwicklungsverlauf wird sich die Gesellschaft, nachdem sie diese Besonderheiten mit eigenen Augen gesehen hat, der Organisierung widmen. Mehr als von dem was gesagt wird, wird die Anziehungskraft davon ausgehen, wie gelebt wird..."*
> **Abdullah Öcalan**

Es heisst auch, "die PKK ist symbolischer Ausdruck für eine Art Synthese von Ost und West". Was ist Ihrer Meinung nach darunter zu verstehen?

Mervan Toprak: Die PKK ist eine Aufklärungsbewegung, deren Charakter von der Synthese vom sozialistischen Gedankengut des Westens und dem kulturellen Erbe des Ostens geprägt ist. Dieser Umstand hat die PKK geformt. Die PKK ist nicht einseitig vorgegangen. Sie hat sowohl den Westen als auch den Osten kontinuierlich mit einem kritischen Abstand betrachtet. In der Behandlung des Ostens hat sie die Rückständigkeit in der kurdischen Gesellschaft, die in der Finsternis der Geschichte verbliebene verdammte Persönlichkeit dem Erdboden gleichgemacht. Aber es ist ihr auch gelungen, die Traditionen auf historischer Basis, die positiven Grundlagen, die die Menschheit hier hervorgebracht hat, zu erfassen. Dadurch hat eine Verschmelzung mit dem Volk stattgefunden und die PKK ist im Mittleren Osten zu einer einflussreichen Kraft geworden. Bei dieser Synthese sind jedoch nicht nur positive Seiten übernommen worden, es hat auch von beiden Polen aus negativer Einfluss stattgefunden. Der Kern der Neustrukturierung liegt in der Säuberung dieser Punkte.

Die Eingaben (Öcalans an den EuMRGh) beinhalten Analysen zur Frauenfrage. Der PKK-Vorsitzende hat die Frauen, die den erniedrigsten Teil der Gesellschaft ausmachen, ins Zentrum des Kampfes und der Lösung gestellt. Was ist der Grund dafür?

Mizgin Dersim: Vom am stärksten erniedrigten Gesellschaftsteil, vom schwächsten Glied der Kette auszugehen und dieses ins Zentrum zu stellen, ist eine generelle Eigenschaft unseres Vorsitzenden. Er hat schon sehr früh die bestehenden Widersprüche in der Gesellschaft, die Probleme des kurdischen Volkes und der Frau erkannt und Unbehagen darüber verspürt. Dagegen hat er reagiert und rebelliert. Schritt für Schritt ist so ein Potential erstanden. Auch durch seine Mutter ist er zu sehr differenten Ergebnissen gekommen. Sie als Vertreterin der Göttinnenkultur hat den Vorsitzenden auf gewisse Dinge gestossen und ihn aufgestachelt. Die Grundlage dafür, dass der Vorsitzende die Frau ins Zentrum des Kampfes stellt, besteht darin, dass die Frau als Lebenschaffende auch im Zentrum des Lebens steht. Erniedrigte Menschen müssen auf die Beine gebracht und ins Zentrum des Lebens gestellt werden.

In der Verbindung der Frau und der Menschheit mit ihren Wurzeln steckt auch der Kern des Sozialismus. Ohnehin steht das Wesen der Frau dem Sozialismus nahe. Die Frau hat im Krieg eine aktive Rolle eingenommen, aber sie hat nicht zu ihrem spezifischen Wesen gefunden. In der begonnenen Phase besteht auch die Aufgabe, die Frau mit ihrem eigenen Wesen bekannt zu machen, sie ihrem eigenen Wesen zuzuführen, daraus eine Lebensweise und ein System zu machen und das Fundament für die Schaffung eines auf Frauen ausgerichteten Lebens zu legen *(YG, 30.11.,ISKU)*

Meldungen

Kurden feiern 23. Jahrestag
Aus Anlass des 23. Jahrestages der PKK-Gründung haben in vielen Metropolen weltweit die Feiern begonnen. Die ArbeiterInnenpartei Kurdistans wurde am 27. November 1978 im Dorf Fis bei Amed gegründet. In den vergangenen 23 Jahren Kampf ist der kurdische nationale Befreiungskampf zu einem untrennbaren Teil der Kurden geworden. Die Feiern werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. *(ÖP, 26. 11., ISKU)*

Razzien in Amed, Haftstrafe für Konuk
Bei Razzien in drei verschiedenen HADEP-Zentralen in Amed ist eine Person festgenommen worden. Die Polizei kontrollierte die Ausweise der Anwesenden und beschlagnahmte eine grosse Anzahl von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen, darunter auch das Buch des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan "Vom sumerischen Priesterstaat zur Volksrepublik". Ausserdem wurden Plakate von den Wänden gerissen.
Der HADEP-Provinzvorsitzende von Siirt, Ahmet Konuk, ist zu zwei Jahren Haftstrafe verurteilt worden. Gegen ihn war mit der Begründung, er habe in einer schriftlichen Presseerklärung im Januar Justiz und Militär beleidigt, ein Verfahren eröffnet worden. *(ÖP, 25.11., ISKU)*

In Amed ist selbst sitzen verboten
Eine von der HADEP Diyarbakir geplante Sitzaktion mit der Forderung nach Aufklärung des Verbleibs der am 25. Januar 2001 in Silopi verschwundenen HADEP-Vorstandsmitglieder Serdar Tanis und Ebubekir Deniz vor der HADEP-Zentrale ist von der Polizei blockiert worden. Bereits in den frühen Morgenstunden wurde das Parteigebäude abgeriegelt. Daraufhin entwickelten sich lange Verhandlungen zwischen Polizei und Parteimitgliedern. Die Vorstandsmitglieder Erkan Erinci und Mazlum Öncel wurden festgenommen, als sie durch die Polizeisperre zum Parteigebäude gelangen wollten. In Istanbul fand aus gleichem Anlass eine Kundgebung statt, an der sich 1500 Personen beteiligten. *(ÖP, 26.11., ISKU)*

Flugblattaktion der Türkei gegen die PKK
Die türkische Armee hat den Abwurf von einer Million Flugblättern in Ostanatolien und im nördlichen Irak angekündigt. Sie

Zum 8. Jahrestag des Betätigungsverbotes gegen die PKK

Keinen Tag länger!

Nach acht Verbotsjahren ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen. Welche Auswirkungen hatte das Verbot?

In erster Linie hat es die kurdische Bevölkerung stark beeinträchtigt. Über Jahre werden nun schon Wohnungen von Kurdinnen und Kurden gewaltsam durchsucht, kurdische Einrichtungen verboten, Tausende von Kurdinnen und Kurden zu teilweise hohen Geldstrafen und Dutzende zu Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie sich für ihre Rechte einsetzten.

Mit ihm wurden demokratische Grundrechte eingeschränkt (z.B. die Verschärfung des Asyl- und Ausländergesetzes und der Lauschangriff). Über 700.000 Menschen (die in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden) wurden zu potentiellen Gewalttätern gemacht und das friedliche Zusammenleben in Deutschland stark beeinträchtigt.

Speziell für die Durchsetzung des Verbots wurde der Polizei-, Strafverfolgungs- und Geheimdienstapparat beträchtlich ausgebaut, was viele Millionen gekostet hat. Ein besonderer Sektor ist entstanden, in dem viele Menschen wie Geheimdienstagenten, Polizisten, Übersetzer, angebliche "PKK-Spezialisten", angebliche "Kurdenexperten" Abhörpersonal, Staatsanwälte usw., ihr Geld verdienen, die darauf auch in Zukunft nicht mehr verzichten möchten und aus diesem Grunde mit allen Mitteln eine Aufhebung des PKK-Verbotes verhindern wollen.

Es hat in der Türkei gerade jene Kräfte gestärkt, die während des jüngsten fünfzehnjährigen Kampfes gegen die Kurden grenzenlos gefoltert, Häuser und Felder in Brand gesteckt, über 4000 Dörfer und Weiler entvölkert, Morde "unbekannter Täter" organisiert und verübt haben und gegen legale kurdische Einrichtungen vorgegangen sind. Das Verbot fördert genau die Politik, die heute im Beitrittsdokument der EU kritisiert wird und deren Überwindung als Voraussetzung für die Mitgliedschaft der Türkei festgelegt wurde.

Ein Verbot, das willkürliche Repression nach sich zieht, demokratische Grundrechte außer Kraft setzt, Profiteure schafft, Kräfte unterstützt, die die Existenz des kurdischen Volkes verleugnen und es vernichten wollen, die davon besessen sind, die kurdische Frage mit militärischer Gewalt zu lösen, ein Verbot, das dazu beitragen kann, eine demokratische politische Lösung der kurdischen Frage zu verhindern, darf keinen einzigen Tag länger aufrecht erhalten bleiben. Die Fortdauer des PKK-Verbots bedeutet nichts anderes als die Zurückweisung der Friedenspolitik der PKK und die Kriminalisierung aller Bemühungen der Kurdinnen und Kurden, zu einer Lösung zu gelangen.

Wir erwarten von der deutschen Regierung, dass sie, als Antwort auf die in der Struktur und der Politik der PKK vollzogenen Veränderungen, endlich auch ihre Kurdenpolitik ändert und als ersten Schritt das Verbot aufhebt und dass sie den Kurdinnen und Kurden in Deutschland das Recht auf politische Betätigung zugesteht. *(KIZ, 26.11., ISKU)*

Folter als "Wesen des Staates"

"Selbst wenn die Türkei alle EU-Kriterien erfüllt, werden wir trotzdem weiter foltern", sagt der Vize-Chef der rechtsgerichteten türkischen Regierungspartei MHP. "Die Folter ist uns zum Wesensbestandteil geworden."

In einem Interview gab Yahnici ein Beispiel für den Umgang der Behörden mit der Folter: Er erinnerte daran, dass die Regierung das Folterverbot im Paragraph 243 des türkischen Strafgesetzbuches verschärft hatte, aber: "Dann kam der Polizeichef in den Justiz-Ausschuss und sagte: ‚Amnestiert alle meine Leute, die nach dem 243er verurteilt wurden.'" Mit anderen Worten: Folterer werden nicht bestraft, sondern von den Vorgesetzten in Schutz genommen.

Dass Yahnici freimütig über die Folterpraxis spricht, macht ihn zwar längst nicht zu einem Freund der EU oder zu einem Verfechter entschiedener Reformen, im Gegenteil: Der nationalistische Politiker wirft der EU vor, von der Türkei Unmögliches zu verlangen und teilweise dieselben Forderungen zu erheben wie die Kurdenrebellen von der PKK. Doch Yahnicis Unverblümtheit schafft eine in der Türkei seltene Atmosphäre der Offenheit bei einem sensiblen Thema, das von anderen Politikern in Ankara lieber totgeschwiegen wird.

Die Zahlen sprechen für sich. Dem türkischen Innenministerium zufolge wurden in den vergangenen zwei Jahren Verfahren gegen knapp 5000 Polizisten wegen Misshandlung und Folter eingeleitet; verurteilt wurden gerade einmal 190 Beamte. Nach einer Statistik des Menschenrechtsvereins IHD lag die Zahl der Fälle von Folter und Misshandlungen in den ersten neun Monaten des Jahres bei 762, das sind rund 40 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum vor zwei Jahren - und damit vor der Anerkennung der Türkei als EU-Kandidat. Die Europäische Union habe Recht mit ihrer Aussage, dass es in der Türkei keine Fortschritte im Menschenrechtsbereich gegeben habe, erklärte der IHD. *(BN, 29. 11, ISKU)*

406 Tage Todesfasten

Beim Todesfasten in der Türkei sind 81 Menschen gefallen, über 100 Menschen sind durch die Zwangsernährung gesundheitlich zerstört und haben ihr Gedächtnis verloren. Wie viele momentan zwangsernährt werden, ist nicht klar, auf jeden Fall aber alle Frauen der ersten 6 Gruppen. Die Belagerung des Stadtteil Kücük Armutlu geht weiter, obwohl sich dort keine/r der Todesfastenden mehr befindet. Ein Haus von TAYAD-Mitgliedern wurde geräumt und zu einer Polizeiwache umfunktioniert. Das IKM ruft dazu auf sich an einer Delegation Anfang Dezember zu beteiligen.

(IKM, 27.11., ISKU)

Erklärung zu Angriffen auf das MKM

In der letzten Woche gab es Angriffe auf zahlreiche demokratische Institutionen, unter anderem auch auf das MKM. Nur auf den ersten Blick handelt es sich bei den Angreifern um durchgeknallte Einzeltäter. In der Presseerklärung sagte das MKM:

"Wenn man bedenkt, dass die angegriffenen Einrichtungen jeden Tag von hunderten von Gästen besucht werden, ist leicht zu begreifen, dass das Ziel der Angreifer die Einschüchterung des Volkes ist.

Wir denken, dass die Angriffe, die als Aktion von geistig verwirrten Einzeltätern dargestellt werden, nicht von derartig "unschuldiger" Qualität sind, wie zu suggerieren versucht wird.(...) Unserer Meinung nach hat sich lediglich die Form der Angriffe auf unsere Einrichtungen verändert. Insbesondere in den letzten Tagen wird kontinuierlich versucht, eine provokative Atmosphäre in unserer Institution zu erschaffen. Es ist bekannt, dass die Sicherheitskräfte und die Istanbuler Polizei durchaus in der Lage wären, diese Sorte von Angriffen zu unterbinden, wenn sie nur wollten. Wir rufen die zuständigen Stellen dazu auf, angesichts der Angriffe und für unsere Lebenssicherheit ihren Funktionen nachzukommen.

(MKM, 26. 11., ISKU)

will damit Bewaffnete der Kurdischen Arbeiterpartei zur Rükkehr ins Zivilleben bewegen. "Jetzt ist die Zeit, sich von der Organisation zu lösen. Worauf wartest du noch? Deine Familie wartet auf dich", heisst es in den Flugblättern, wie die Nachrichtenagentur Anadolu berichtete.

(NZZ, 24.11., ISKU)

Verbot für Jiyana Nû

Die für den 23.11. geplante Aufführung des neuen Stücks "Gurzek neLedan" der Theatergruppe "Teatre Jiyana Nû" des Mesopotamischen Kulturzentrums (MKM) in Istanbul ist vom zuständigen Landrat in Beyoglu für zunächst einen Monat verboten worden. Das sowohl kurdisch- als auch türkischsprachige Stück konnte bisher nur beim Internationalen Theaterfestival Ankara aufgeführt werden. In einer schriftlichen Erklärung der Theatergruppe wird darauf aufmerksam gemacht, dass am 21. November die Genehmigung für das Stück erteilt wurde, einen Tag später jedoch kurz vor Beginn der Aufführung die Verschiebung für einen Monat eingegangen ist. Als Begründung des Verbots seien die Angriffe auf IHD und HADEP sowie der Jahrestag der PKK-Gründung angeführt worden. *(ÖP, 24. 11., ISKU)*

'Fotograf' in Amed

Der bereits mit verschiedenen Preisen ausgezeichnete Spielfilm "Fotograf" (=Die Fotografie) der Filmgruppe des Mesopotamischen Kulturzentrums (MKM) ist nach dem Start in den türkischen Metropolen jetzt auch in Diyarbakir (Amed), Urfa und Van angelaufen. In Amed wird eine Sondervorstellung stattfinden, bei der der Regisseur Kazim Öz sowie von den SchauspielerInnen Mizgin Kapazan und Feyyaz Duman anwesend sind.

(ÖP, 24. 11., ISKU)

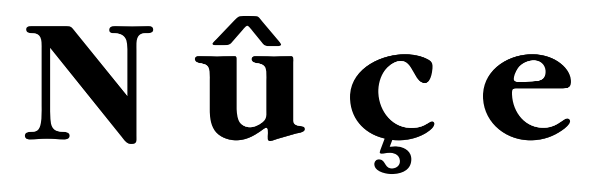
Quellen:

ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem
BN = Bremer Nachrichten
NZZ = Neue Zürcher Zeitung
MKM = Mesopotamisches Kultur-Zentrum
KIZ = Kurdistan Informations-Zentrum

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 33
7. Dezember 2001





Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Neue Terrorwelle gegen fortschrittliche Institutionen nach MGK Sitzung

Razzien in Kultur- und Medieneinrichtungen

Auf Anordnung des Staatssicherheitsgerichtes (DGM) sind Razzien in verschiedenen Kultur- und Medieneinrichtungen in Istanbul durchgeführt worden. Als Begründung wurden dabei die von der PKK entwickelten Aktionen "zivilen Ungehorsams" angeführt. Es kam zu einer Reihe von Festnahmen. Auffällig bei der Operation gegen kurdische Einrichtungen sowie linke und demokratische Organe ist die Tatsache, dass sie direkt nach der am Dienstag stattgefundenen Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) durchgeführt wurde. Bei den überfallenen Einrichtungen handelt es sich um folgende:
"Die Wochenzeitung Yedinci Gündem (durchsucht wurde das Büro am Taksim), die kurdische Wochenzeitung Azadiya Welat, die Monatszeitschriften Özgür Halk, Özgür Gençlik, Rewsen, Özgür Kadinin Sesi, das Dicle Frauenkulturzentrum, das Kurdische Institut, die Verlage Mem und Aram, die Gelincik Agentur, das Mesopotamische Kulturzentrum, Zend Bilim, die Kultur-Ausbildung-Medien-Film- und Reklamefirma, das Anadolu Kulturzentrum, das Gençlik (Jugend-) Kulturzentrum, das Tohum Kulturzentrum, das Yüzçiçek Acsin Kulturzentrum, die Zeitungen Devrimci Demokrasi, Kizilbayrak und Yasamda Atilim."
Die Überfälle begannen direkt nach der Verschickung eines dreiseitigen Berichtes mit dem Prädikat "Äusserte Geheimhaltung" an 81 Gouverneurssitze des Landes durch das Innenministerium der Türkei. Bei der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) am Dienstag wurden die in Kurdistan und der Türkei begonnenen "Identitätsbekenntnisse" sowie die Herauskristallisierung der HADEP als einziger Partei in Kurdistan thematisiert und über entsprechende Gegenmassnahmen diskutiert. Vor der Sitzung jedoch wurde vom stellvertretenden Staatssekretär im Innenministerium, Sebati Buyuran, ein Bericht an die Gouverneurssitze verschickt, aus dem hervorgeht, dass die PKK sich darum bemühe, zur "Serhildan-Partei" zu werden. Für die Entwicklung "politischer Serhildans" sei in Südkurdistan ein spezielles Camp eingerichtet worden, in dem Ausbildung zur Aktionsform "ziviler Ungehorsam" gegeben werde. Die dort auszubildenden Kader setzen sich aus Gymnasial- und Universitätsabsolventen sowie aus Personen zusammen, die die organisatorische Theorie und die neue Strategie der Organisation verinnerlicht hätten. Inhalt der Ausbildung seien Themen wie Strassenaktionen nach palästinensischem Vorbild und Massenbewegungen.

MGK-Terror gegen HADEP

Nach den Razzien auf verschiedene Kulturzentren und Medienorgane sind am 30.11. alle HADEP-Organisationen in Istanbul und Siirt von der Polizei überfallen worden. Dabei wurde eine grosse Anzahl von Personen festgenommen und verschiedene Materialien beschlagnahmt. Nach den Razzien teilte der Istanbuler HADEP-Vorsitzende Dogan Erbas mit, im vom Staatssicherheitsgericht (DGM) ausgestellten Durchsuchungsbefehl wimmele es von willkürlichen und unwahren Anschuldigungen. So werde behauptet, die HADEP führe auf Forderung der PKK Aktionen wie die Identitätsbekenntnisse durch, in HADEP-Gebäuden seien Transparente gemalt worden, die bei illegalen Aktionen verwendet worden seien, sowie Molotow-Cocktails und Bomben hergestellt worden, PKK-Angehörige würden bei der HADEP Unterschlupf finden usw. "Bei Beendigung der Durchsuchungen wird sich herausstellen, dass nichts illegales zu finden ist und hinterher werden wir als Partei von unseren Rechtsmitteln Gebrauch machen", so fuhr Erbas fort. Die Überfälle seien illegal und der Beschluss dafür politisch. "Sie finden statt, weil die HADEP in letzter Zeit von vielen Seiten diskutiert wird und einen nicht aufzuhaltenden Anstieg zu verzeichnen hat."

(ÖP, 30.11., 01.12., ISKU)

Symposium über Folgen des Betätigungsverbots der PKK

Am Wochenende diskutierten rund 50 Interessierte in Berlin über Hintergründe und Folgen des nunmehr achtjährigen "PKK-Verbots" in Deutschland.
Zwei Tage lang sprachen deutsche und kurdische Experten über die Geschichte der Kurden, die deutsch-türkischen Beziehungen, die PKK und deren bewaffneten Kampf. Auch die europäisch-türkischen Beziehungen nach dem 11. September dieses Jahres wurden erörtert. Der Verein AZADI (kurdisch: Freiheit), der strafrechtlich verfolgten Kurden in Deutschland hilft, legte eine Bilanz über Festnahmen, Razzien und Verurteilungen von Kurden infolge des PKK-Verbotes seit Oktober 1999 vor. Betroffene berichteten über ihre Erfahrungen.
Einer der ersten, der wegen seinem PKK-Engagement sechs Jahre in einem deutschen Gefängnis in Isolationshaft war, ist heute Mitglied im Präsidialrat der Partei. Duran Kalkan wandte sich in einer Videobotschaft aus den kurdischen Bergen an die Teilnehmer des Symposiums. Er war einer der Angeklagten im großen PKK-Prozess in Düsseldorf (1988-1994). Kürzlich hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die lange Haftzeit Kalkans verurteilt. Sie habe nicht den Straftaten entsprochen, derer er beschuldigt worden sei.
Kalkan räumte jetzt zwar Fehler bei den damaligen kurdischen Aktionen ein, das Verbot aber sei "zutiefst undemokratisch und schadet der deutschen Demokratie allgemein", betonte Kalkan und sagte: "Wir für unseren Teil haben die Lehren daraus gezogen. Dasselbe erwarten wir auch von Deutschland."
Leider fehlten für diesen Appell die richtigen Ansprechpartner. Weder von staatlicher Seite noch seitens der Bundestagsparteien waren Vertreter anwesend. Die geringe Teilnehmerzahl entsprach nicht der Vielzahl von Organisationen und Persönlichkeiten, die mit einem Aufruf für das Symposium geworben hatte. "Die kurdische Frage steht derzeit nicht auf der politischen Agenda", stellte denn auch der Leiter des Deutschen Orientinstituts, Udo Steinbach, trocken fest. Mit einer Aufhebung des PKK-Verbots sei, zumal vor der Bundestagswahl, nicht zu rechnen. Die Regierung wolle die Beziehungen zur Türkei nicht gefährden. *(ND, 3.12., ISKU)*

Meldungen

Weitere IWF-Kredittranche für die Türkei freigegeben

Der Exekutivausschuss des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat der Freigabe von weiteren drei Mrd. $ an Finanzhilfen zugunsten der Türkei zugestimmt. Der sofort abrufbare Betrag ist Teil eines Stand-by-Kredits von 19 Mrd. $. Die Türkei hatte zuvor bereits knapp 12 Mrd. $ davon bezogen. Die Auswirkungen des 11. Septembers auf wichtige Wirtschaftssektoren in der Türkei wie den Tourismus rechtfertigten im Übrigen eine Ausweitung der internationalen Finanzhilfen. Wie ein hochrangiger IWF-Vertreter ferner bestätigte, sollen vor diesem Hintergrund dem einzigen muslimischen Nato-Mitglied im kommenden Jahr zusätzliche 10 Mrd. $ an Zahlungsbilanzhilfen zur Verfügung gestellt werden.

(NZZ, 30.11., ISKU)

Friedenskonferenz in Belgien

Zwischen dem 13. und 14. Dezember wird Belgiens Hauptstadt Brüssel zum Schauplatz für die "Nationale Konferenz für Frieden, Demokratie und eine Lösung der kurdischen Frage" werden. Inhaltlich wird es dabei um folgende Themen gehen: Kurden in der aktuellen Weltkonjunktur, Einheit zwischen Kurden, Friedens- und Demokratieprinzipien u.ä. An der Konferenz werden sich etwa 150 VertreterInnen kurdischer Parteien und Einrichtungen sowie kurdische Interlektuelle beteiligen.

(ÖP, 1.12., ISKU)

Namensänderung der PKK

In einem Beitrag bei MEDYA TV zum 23. Jahrestag der Parteigründung kündigte PKK-Präsidialratsmitglied Osman Öcalan eine mögliche Namensänderung der PKK an.
"Wenn dem kurdischen Volk ein Status zugesprochen wird, wird die PKK ihre historische Funktion erfüllt haben." In der ersten Hälfte des Jahres 2002 werde der 8. Ordentliche Parteikongress stattfinden. Aus diesem Anlass sei eine neue interne Diskussion begonnen worden. "Wir befinden uns in einem Entwicklungsprozess. Innerhalb von ein, zwei Jahren ist es möglich, dass die PKK ihre Rolle erfüllt haben wird, eine ganz neue Formierung und damit eine neue Namensgebung und Bestimmung entsteht. In der Geschichte des kurdischen Volkes und der Völker der Region wird eine neue Phase beginnen."

(YG, 1.-7. 12., ISKU)

Aufruf zum Widerstand

Der PKK-Präsidialrat hat die Razzienwelle in Istanbul, scharf kritisiert. Osman Öcalan wies darauf hin, dass die Türkei mit Krieg auf Frieden antworte und rief das kurdische Volk zum ununterbrochenen demokratischen Widerstand auf.
Öcalan betonte, dass die Razzien auf Beschluss des Nationalen Sicherheitsrates auf dessen November-Sitzung gefällt wurde und das Vorgehen besorgniserregend sei. Zweck dessen sei nicht die Verhinderung von Straftaten, sondern vielmehr die Unterdrückung der kurdischen demokratischen Bewegung. "Wir wissen sehr gut, dass die Angriffe gegen die USA am 11. September Einfluss auf die gesamte Welt gehabt haben. (...) Die Türkei hat sich darauf ausgerichtet, die Sache zum Anlass für die Niederschlagung des Freiheits- und Demokratiekampfes des kurdischen Volkes zu machen.

‚Intervention im Irak geplant'
Ein Grund für die aktuelle Repressionswelle seien auch die Bewegungen im Irak und in Südkurdistan, betonte Öcalan. Unter der Führung der USA finde eine Vorbereitung auf eine Intervention im Irak statt. Die Türkei habe erkannt, dass innerhalb dieser Entwicklungen im Falle einer Intervention gegen den Irak die Entwicklung der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung an Geschwindigkeit gewinnen und die Zuerkennung eines Status für die Kurden unausweichlich werde. Dagegen versuche sie anzugehen. "Um die Ausweitung des Freiheitskampfes des kurdischen Volkes im Rahmen einer solchen Intervention zu verhindern und darüber hinaus das aktuelle Entwicklungsniveau zurückzuschrauben, verschärft die Türkei die Repression im Inland.

'Demokratische Reaktion zeigen'
Angesichts dieser Situation forderte Öcalan das kurdische Volk auf, wieder und wieder seine demokratischen Forderungen hervorzubringen. "Das kurdische Volk muss ununterbrochen Widerstand leisten. Es darf nicht vergessen werden, das jeder Schritt zurück die Repression stärker werden lässt. Wenn wir der Gewalt Einhalt gebieten und für den Frieden eine demokratische Lösung entwickeln wollen, dann müssen wir Widerstand gegen die aktuelle Repression zeigen. Die demokratischen Forderungen müssen bis zum Schluss hervorgebracht werden. Vor allem muss das kurdische Volk sich selbst als Hüter der demokratischen Gewinne in der Türkei betrachten. Gegen die Repression muss es seinen Kampf steigern und das kontinuierlich.

Der Süden wird in Bewegung geraten
Auf die Frage, wie er die Forderung der Türkei bewerte, im Falle einer Intervention gegen den Irak im Gegenzug zu einer Beteiligung daran Mossul und Kirkuk zugesprochen zu kriegen, antwortete Osman Öcalan: "Die Ziele der USA bei der Aufforderung zur Beteiligung und der Türkei bei ihrer Beteiligung sind unterschiedlich." Die USA habe verschiedene Szenarien für den Irak entworfen, eines davon beinhalte, die Türkei aussen vor zu halten und die Möglichkeit für die Bildung eines kurdischen Staates zu schaffen. Diese Situation sei für die Türkei schwerlich zu akzeptieren. "Dann wollen die USA die Türkei unter die eigene Verantwortung bringen. D.h., das Hindernis Türkei soll überwunden werden, indem der Türkei ein bestimmter Anteil am Öl in Mossul und Kirkuk zugesprochen wird, die im Süden zu schaffende kurdische Formation im inneren gehalten und somit das Problem gelöst wird. An diesem Szenario wird gearbeitet. Falls die Türkei nicht in die Bildung eines kurdischen Staates in Südkurdistan einwilligen sollte und auch im Gegenzug an einer Beteiligung am Erdöl nicht in die us-amerikanische Irak-Politik unterstützen sollte, wird das Szenario aktuell werden, in dem die Türkei aussen vor gehalten wird. Dieses zweite Szenario beinhaltet eine Intervention über Jordanien. Die USA wollen einen Teil des Iraks mit Jordanien vereinigen, und einen weiteren Teil, d.h. Südkurdistan für eine Staatenbildung ausrichten. Die Lage ist immer noch nicht geklärt. Weil die Türkei vor einer solchen Situation zurückweicht, macht sie in den letzten Tagen Ankündigungen, dass sie ihre Politik ändert. Sie möchte mit den USA gemeinsam vorgehen. Anstatt gegen die Intervention anzugehen, strebt sie an, daran teilzunehmen und somit die Entwicklungen in Südkurdistan einzuschränken. Sie richtet sich darauf aus, einen starken Status der Kurden zu verhindern und sich Profit über den Irak zu sichern."
Die USA haben vor allem und anders als die Türkei eine kurdische Formation im Irak auf ihre Tagesordnung genommen, teilte Öcalan mit. Im Falle ernsthafter Bemühungen von kurdischer Seite sei eine solche Entwicklun durchaus möglich. Die Türkei wolle mit ihrer Beteiligung diese Entwicklung verhindern und akzeptiere diese im Kern nicht. An diesem Punkt sei es möglich, dass zwischen der Türkei und den USA erneut Probleme auftreten. Mit der Einbeziehung der Türkei in die Angelegenheit werde versucht, sie zur Akzeptanz des Planes zu bewegen. Die Türkei dagegen strebe mit ihrer Beteiligung die Niederschlagung des Planes an. "Ausgerichtet auf eine Verhinderung der Entwicklungen bezweckt die Türkei eine Besatzungsbewegung. Die USA dagegen will die Türkei zur Zustimmung des Planes bewegen, indem sie im Gegenzug zu gewissen Zugeständnissen bestimmte Profite verspricht

(YG online, 2.12., ISKU)

Neuerscheinungen

AZADI Informationen Nr. 26 - Rundbrief des Rechtshilfefonds für KurdInnen 'Azadi' - zu beziehen über: **AZADI e.V., Lindenthalgürtel 102, 50953 Köln, Tel: 0221 - 923 44 97 -** *www.nadir.org/azadi*

ASITI Nr.5 - Bulletin der Internationalen Initiative "Freiheit für Öcalan - Frieden in Kurdistan" - zu beziehen über: **Internationale Initiative, PSF 10 05 11, 50445 Köln -** *www.freedom-for-ocalan.com/asiti*

Ronahi Nr. 20 - Zeitschrift des Verbandes der StudentInnen aus Kurdistan (YXK) - zu beziehen über: **YXK, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln** - *www.yxkweb.com*

Gedenken an 'Özgür Ülke'
Auch im siebten Jahr nach dem Bombenanschlag auf die Zeitung Özgür Ülke ist mit einer Gedenkveranstaltung gegen den Vorfall protestiert worden.
MitarbeiterInnen der Zeitungen YG und Azadiya Welat trafen am 4.12. vor dem bei dem Anschlag komplett zerstörten Gebäude in Istanbul-Kumkapi zusammen, um gegen den Vorfall zu protestieren und Ersin Yildiz zu gedenken, der damals getötet worden war. Nach einer Schweigeminute hielt der Özgür Ülke-Mitarbeiter Hüseyin Aykol eine Ansprache, in der er daran erinnerte, dass mit Unterstützung sozialistischer Medien bereits am Tag nach dem Bombenanschlag die nächste Ausgabe der Zeitung erschienen war. "Auch das hat gezeigt, dass wir in der Lage sind, alles zu schaffen."

(YG online, 4.12., ISKU)

JITEM bereitet Komplott vor
In Diyarbakir werden Menschen seit über einem Monat vom JITEM [Geheimdienst der Jandarma] festgehalten. Wie bekannt wurde, sind dabei Aussagen gegen HADEP, IHD und Vereine von Gefangenenangehörigen erzwungen wurden.
Dieses Vorgehen, gegen das die Anwaltskammern der Region heftig protestieren, wird seit 34 Tagen beharrlich fortgesetzt. In Anlehnung an den Beschluss 430 KHK, der in den neunziger Jahren erlassen wurde, sind sechs Personen vom JITEM aus dem Gefängnis zum Verhör geholt worden.
Cihan Aydin, einer der AnwältInnen von zwei der Festgenommenen - Mustafa Yasar und Remziye Dag - kündigte an, den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EuMRGh) anzurufen und dabei wegen Dringlichkeit auf sofortige Behandlung des Falles und die Ergreifung von sofortigen Massnahmen zu plädieren. *(ÖP, 30. 11., ISKU)*

Quellen:

ÖP	=	Özgür Politika
YG	=	Yedinci Gündem
NZZ	=	Neue Zürcher Zeitung
ND	=	Neues Deutschland
IKM	=	Komitee gegen Isolationsfolter

Todesfasten : Erneuter Angriff auf Kücükarmutlu

Am 2. Dezember gab es erneut Polizeiangriffe im Istanbuler Stadtteil Kücük Armutlu. Ein bewohntes Haus wurde durch einen Panzer abgerissen, dabei wurden vier Bewohner verletzt.
Vor dem Staatssicherheitsgericht Ankara wurden 24 Personen, die sich an die Proteste gegen die F-Typ Gefängnisse beteiligt haben, zu drei Jahre und neun Monaten verurteilt und in die F-Typgefängnisse verlegt. Ihnen wurde vorgeworfen das Todesfasten unterstützt zu haben. Gegen neun Ärzte der Türkischen Ärztekammer hat die Staatsanwaltschaft in Ankara bis zu 10 Jahren Gefängnisstrafe gefordert. Den Ärzten wird vorgeworfen vier todesfastende Gefangene zum "Selbstmord" überredet zu haben. Als Beweis wird die Erklärung der Ärztekammer vom 17. April 2001 aufgezeigt. Der Staatsanwaltschaft ist jedoch ein kleiner "Fehler" unterlaufen, denn drei der gestorbenen Gefangenen waren schon vor dem Datum der erwähnten Erklärung tot.

Protest nach dem Verbot der Aufführung des Filmes "Der Stille Tod"
Die Aufführung des Filmes "Der Stille Tod" über das Todesfasten von Hüseyin Karabey in Bursa wurde verboten. Ca. 100 Personen die gekommen waren um den Film zu sehen, mussten wieder gehen. Die Menge fing an zu protestieren und Parolen zu rufen, als sie von dem Verbot erfuhren. Hierauf kesselte die Polizei die Menge ein.

(IKM, 1./3.12, ISKU)

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 34
14. Dezember 2001

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Interview mit PKK-Präsidialratsmitglied Cemil Bayik

Keinen Schritt zurück

Zur Zeit wird auch in Kurdistan und der Türkei die Kampagne "Identitätsbekenntnis" geführt. Sie sagen, dass die Identitätsfrage ein allgemeines Problem in der Türkei ist...

CB: Das ist richtig. In der Türkei besteht heute nicht nur für die KurdInnen ein Identitätsproblem. Auch das türkische Volk und die Türkei selbst haben ein Identitätsproblem. Die Lösung der kurdischen Identitätsfrage wird auch die Identitätsprobleme der Türkei und des türkischen Volkes lösen. In diesem Sinne ist der Kampf der KurdInnen für die eigene Identität gleichzeitig der Kampf dafür, das türkische Volk und die Türkei ihrer Identität zuzuführen. Jeder Intellektuelle, Demokrat, Sozialist und Patriot, der die Türkei liebt und eine wirklich geschwisterliche Einheit des türkischen und kurdischen Volkes will, müsste den von kurdischer Seite entwickelten Identitätskampf durch Eigenbeteiligung stärken, ihn als Kampf für die eigene Identität betrachten und angesichts dessen grosse Aufregung verspüren. Die von der PKK aufgestellten Forderungen sind natürliche und menschliche Forderungen. Niemand in der heutigen Welt, der für Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit eintritt, kann sich gegen diese Forderungen stellen und sie zurückweisen. Sogar das türkische Regime kann nur dagegen angehen, indem es sie mit der PKK in Verbindung bringt. Auf andere Weise kann sie nichts gegen diese Forderungen einwenden.

Wie bewerten sie die Haltung der Türkei in bezug auf die Kampagne?

CB: Die Türkei sollte sich nicht vor der Anerkennung der Identität des kurdischen Volkes fürchten, es ist ein mutiges Verhalten gefragt. Sie muss sich endlich von der Separatismus-Phobie befreien. Es ist die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik, die die Türkei zur Zersplitterung führt. Vor dieser Politik muss Angst empfunden werden. Es muss endlich begriffen werden, dass die Türkei sich mit dieser Politik bloss selbst Schaden zufügt und sie ausser Gefahr zu gar nichts führt. (...) Solange die kurdische Frage nicht auf der Grundlage einer demokratischen freien Einheit gelöst wird, wird der Kampf des kurdischen Volkes für Identität, Sprache und Kultur unter jeder Bedingung fortgeführt werden.


Cemil Bayik

Verläuft die Kampagne auf dem gewünschten Niveau bzw. was für eine Linie verfolgen Sie weiterhin?

CB: Angesichts der Angriffe der Türkei, der Verhaftungen, Folterungen, Bedrohungen, Erpressungen, Morde und der herabsetzenden und behindernden Anstrengungen verschiedener Kräfte darf nicht zurückgewichen werden. Jeder muss in diesen Kampf mit einbezogen werden, niemand darf sich unter irgendwelchen Vorwänden heraushalten. Es muss sich massenweise an die Meldeämter und Gerichte gewandt werden, in grossen Gruppen muss darauf gedrängt werden, dass die Ausweise auf "Staatsbürger der Türkei und Kurde/Kurdin" umgeändert werden. Gewandt ans Parlament, an die Anwaltskammer, an Menschenrechtsorganisationen muss diese Forderung vertreten werden, es muss zu Ansammlungen vor diesen Einrichtungen kommen, auf denen auf die Anerkennung der Identität gedrängt wird. Der begonnene Entwicklungsprozess muss mit verschiedenen Aktionsformen vorangetrieben werden. Aus dem Leben gegriffene Motive, wie die Kampagne der Jugend für muttersprachlichen Unterricht oder die Einkaufsaktionen der Frauen in Nationalkleidung können noch weiter bereichert werden. Das türkische Volk und Angehörige weiterer Minderheiten müssen in die Aktionen miteinbezogen werden. Durch die Einbeziehung der Gesamtgesellschaft der Türkei werden die Aktionen gestärkt werden und zum Erfolg führen.

Es heisst, dass auf der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) die politischen Aktivitäten der PKK als gefährlich bezeichnet worden sind und ihre Eindämmung als unbedingt erforderlich erklärt worden ist. Warum fürchtet sich der MGK Ihrer Meinung nach so sehr vor der Strategie des politischen Serhildan?

CB: Die oligarchische Führung in der Türkei, die Banden, Mafiosis und Profiteure, die ihre Kraft von dieser Führung erhalten, haben jahrelang Profit aus dem Krieg in Kurdistan geschlagen, die Türkei ausgebeutet und das Land in eine Hölle verwandelt, indem sie jede Art von Unrechtmässigkeit für legitim erklärt haben. Die heutige politische, soziale und wirtschaftliche Krise baut auf dieser Tatsache auf (...) Die Daten der letzten Zeit zeigen, dass die Gewalt ansteigt. Wem fällt welche Aufgabe zu, um diese Gewaltwelle zu stoppen? Es sieht so aus, als ob die neue Phase für die kurdischen und demokratischen Kräfte hart werden wird. Es ist zu erwarten, dass demokratische Einrichtungen geschlossen werden, dass sie durch ständige Repression an ihrer Arbeit gehindert werden, dass versucht wird, demokratische Stimmen zum schweigen zu bringen, Organisierung und Aktionen verhindert werden, desweiteren Verhaftungen, Repression, Folter, Morde unbekannter Täter, Bedrohungen, Erpressung. Für die KurdInnen und alle für Demokratie und Freiheit eintretenden Kräfte gilt, angesichts des neuen Konzeptes keinen Schritt zurückzuweichen, die demokratischen Stellungen bis zum Ende zu schützen und auszunutzen, die Kräfte zu vereinigen und sich gegen die Repression zu stellen und den politisch-demokratischen Kampf weiterzuentwickeln. Es muss allen bewusst sein, dass im entgegengesetzten Fall der zu zahlende Preis sehr hoch sein wird. Alle intellektuellen, demokratischen und freiheitlichen Kräfte aus der Türkei dürfen die KurdInnen nicht alleine lassen und an der Seite der KurdInnen Haltung zeigen gegen Grausamkeit und Lüge. Das gleiche gilt auch für die KurdInnen. Auch sie dürfen die türkischen Werktätigen und demokratischen Kreise nicht allein lassen und müssen mit ganzer Kraft an deren Seite stehen. Auch Europa und die USA müssen die Ermutigung der oligarchischen Führung der Türkei aufeben und eine Haltung annehmen, die der kurdischen und der Demokratie-Frage in der Türkei dient. *(ÖP, 7.12., ISKU)*

Meldungen

Topfdeckelprotest in Van
Jugendliche in Van haben mit "Topfdeckelschlagen" gegen die Repressionswelle gegen kurdische und sozialistische Einrichtungen im direkten Anschluss an die Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) protestiert. Sie kündigten die Fortsetzung der Aktion für eine Woche jeweils abends zwischen 19 und 21 Uhr an. *(YG, 7.12., ISKU)*

Türkinnen tragen aus Protest Hosen
Hunderte türkische Frauen im öffentlichen Dienst sind am letzten Freitag demonstrativ in Hosen gekleidet zur Arbeit erschienen. Sie wollten damit ihren Unmut gegen eine Kleidungsvorschrift bezeugen, die Frauen im öffentlichen Dienst das Tragen von Hosen untersagt. In der Türkei dürfen Gewerkschaftsangaben zufolge Frauen in Schul-, Regierungs- oder Postgebäuden nur Röcke tragen. *(NLZ, 10. 12, ISKU)*

Kinder wegen "Muttersprachenforderung" festgenommen
In Diyarbakir-Çarikli wurden nach einer Kinderdemonstration für muttersprachlichen Unterricht zehn Kinder festgenommen. Wie bekannt wurde, begaben sich gestern Soldaten zur Grundschule von Carikli, um den Schuldirektor und zwei Lehrer zur Jandarma-Station zu bringen. Im Anschluss begannen sie eine Jagd auf Kinder in der Ortschaft. Nach einer vorbereiteten Liste suchten sie die Wohnsitze verschiedener Kinder auf und nahmen gestern vier, heute sechs Kinder im Alter zwischen neun und 14 Jahren fest. Die Operation wird fortgesetzt. *(YG , 12.12., ISKU)*

US-Diplomaten bestreiten Verwicklung Iraks in Terroranschläge und Milzbrandattacken
Scott Ritter, früher Offizier der US-Marines und Leiter eines UN-Waffenkontrollteams im Irak, und Edward Peck, ehemaliger US-Botschafter in Bagdad, bestreiten jegliche Verwicklung Bagdads in die Terroranschläge vom 11. September sowie eine vom Irak ausgehenden Bedrohung mit ABC-Waffen.
Bei einer Konferenz des "Center for Policy Studies" wies Ritter Berichte zurück, die versuchen, den mutmaßlichen Anführer der Flugzeugentführer vom 11. September, Mohammad Atta, mit dem irakischen Nachrichtendienst in Verbindung zu bringen, weil er sich in Prag angeblich mit

Toprak Arik - Aufruf an die kurdischen Frauen

Geben wir unseren Stimmen die Freiheit

Als Frau wird uns schon vor der Geburt ein Name gegeben. Unsere Namen mögen verschieden sein, und wir sind auch nicht zusammen geboren worden, aber wir erleben die gleichen Dinge und teilen ein gemeinsames Schicksal. An dieses Schicksal haben wir geglaubt. Wir wissen nicht, ob das Leben einmal besser werden wird. Oder wir suchen an anderen Orten. Etwas anderes zu wollen, bedeutet jedoch, als elendige Sünderin aus der Gesellschaft ausgestossen und so den Preis dafür zu zahlen. Manchmal kommt es vor, dass wir mit uns selbst allein sind. Und eigentlich sind das die Momente, in denen wir uns die richtigsten Fragen stellen. Aber entweder können wir sie nicht beantworten oder wir mischen uns mit Gewissensbissen in unserer Unentschlossenheit in die Menschenmenge von morgen und verschwinden. Und aus dem, was wir in späteren Tagen erleben werden, werden die gleichen Tage, deren Zeit bloss noch nicht gekommen ist. Dabei kann die Frage, wer und was ich bin, unser Leben vollständig verändern. Es gibt diese Geschichte von dem Menschen, der sich aufmacht, um einen grossen Schatz zu finden. Nach einer langen Reise findet er den Schatz direkt vor sich liegen. Es ist eine Tatsache, dass er den Schatz nicht hätte finden können, wenn er sich nicht auf die Reise gemacht hätte. Unsere Identität als Frau zu finden, ist ebenso schmerzhaft. Aber wir wissen, dass es nicht nötig ist, in die Ferne zu gehen, um uns selbst zu finden. **Vergessen wir nicht, dass die grössten Gedanken und Taten damit beginnen, uns die Fragen von neuem zu stellen, die uns am simpelsten vorkommen oder deren Antwort wir uns sicher sind.**

So wie die Frage nach der Frauenbefreiung nicht nur die der Frauen und die der Freiheit nicht nur die der Gefangenen ist, so ist es auch nicht nur Sache der KurdInnen, das Kurdischsein zur Sprache zu bringen. Und die kurdische Identität wird am stärksten von der neuerschaffenen Frauenidentität vertreten. Deshalb sind es wir Frauen, die sich am stärksten in diese Wirklichkeit einbringen müssen. Vielleicht haben wir in der Vergangenheit durch unsere Untätigkeit oder Unfähigkeit viele Dinge verloren. Brechen wir aus dem Schicksal aus, Besitz oder unter der Protektion von jemand anders zu sein. Geben wir alle unsere Stimmen dieser Stimme. Und sagen wir alle zusammen 'Ich bin KurdIn'.

So wie die Gefangenschaft beginnt auch die Freiheit in unseren Köpfen und wächst in unseren Herzen. Geben wir unseren von uns selbst gefangen gehaltenen Stimmen die Freiheit, um als Frauen ein Lied zu singen, dessen Noten aus Frieden, Geschwisterlichkeit und Freiheit sind. *(ÖP, 8.12., ISKU)*

Ausnahmezustand bleibt Ausnahmezustand

Der Vorsitzende von GOÇ-DER Diyarbakir, RA Talay, forderte den Staat anlässlich einer Pressekonferenz zum Ausnahmezustandsgesetz (OHAL) auf, endlich damit aufzuhören, jeden Menschen in der Region als potentiellen Verbrecher zu betrachten. "Die aus ihren Dörfern vertriebenen Menschen können immer noch nicht zurükkkehren. Früher gaben die Zuständigen als Begründung für die Vertreibung "Sicherheit" und "Kampfhandlungen" an. Obwohl es in den letzten beiden Jahren keine Kämpfe mehr gegeben hat, bleiben sie dabei. Ständig werden Erklärungen zum Thema Dorfrückkehr abgeben, aber ein konkreter Schritt wird nicht gesetzt. Die Menschen warten darauf, eine Antwort auf ihr Rückkehrbegehren zu bekommen, ebenso gibt es immer noch neue Vertreibungen."

In den durch das OHAL-System geführten Provinzen ist das Thema, das die Öffentlichkeit am stärksten verwundet hat, die "Morde unbekannter Täter". So sind in der Region 1.305 Menschen durch "Morde unbekannter Täter" ums Leben gekommen. Als eine der schlimmsten Menschenrechtsverletzungen wird auch das "Verschwinden nach der Festnahme" angesehen. Als letztes Beispiel dafür stehen die HADEP-Vorstandsmitglieder Serdar Tanis und Ebukebir Deniz aus Sirnak, die seit elf Monaten vermisst werden. Prozesse, die in der Region von hunderten von Menschen wegen Folter und Vergewaltigung angestrengt worden sind, werden ständig vertagt.

Nach offiziellen Daten sind insgesamt 3092 Niederlassungen, davon 692 Dörfer entvölkert worden. Nach Gewerkschaftsangaben haben seit 1991 bis heute über 500 Zwangsversetzungen aus der Region stattgefunden, davon allein 275 aus Diyarbakir *(ÖP, 12.12., ISKU)*

Vergewaltigung - Ein Tabuthema

Leyla Bozaci ist an dem Abend, den sie nie vergessen wird, mit einer Freundin unterwegs. Die beiden Frauen haben Sile besucht, einen Badeort am Schwarzen Meer, eine Autostunde von Istanbul entfernt. Auf dem Rückweg werden sie von einem Wagen mit zwei Polizeibeamten gestoppt. Sie verlangen die Ausweise der Frauen. Leyla hat ihre Papiere vergessen. Die Männer sagen, sie müsse zur Polizeistation mitkommen. Damit beginnt der blanke Horror.

Die junge Frau wird nicht zur Wache, sondern in ein Hotel gebracht. Die Polizisten zerren sie mit gezogener Waffe auf ein Zimmer - unter den Blicken zahlreicher Zeugen. Leyla wird vergewaltigt, und dass sie mit dem Leben davonkommt, hat sie womöglich nur ihrer Freundin zu verdanken, die sie schließlich aufspürt. Dass der Fall nun im Januar, gut vier Monate nach der Tat, vor ein türkisches Gericht kommt, kann Leyla ihrem eigenen Mut zuschreiben.

Die junge Frau hat ein Tabu gebrochen. Sie hat über jene Augustnacht in der Öffentlichkeit gesprochen. Vergewaltigung ist in der Türkei immer noch ein Thema, über das man besser schweigt. Wenn geredet wird, dann von verletzter Ehre, von Gewalt, die mit Gewalt ausgelöscht werden soll. Aber nicht der Vergewaltiger ist dabei das Ziel der neuen Tat, sondern die Frau. So bekam Leylas Ehemann Eyüp von Verwandten den Rat, seine Frau zu töten. "Ich liebe meine Frau", entgegnete Eyüp solchen Ratschlägen - im türkischen Fernsehen. Er werde nicht wegen der "Familienehre" zum Mörder. Eyüp spricht auch von Ehre, aber er meint etwas anderes. "Für mich", sagt er, "ist es eine Ehrensache, gegen eine solche Mentalität zu kämpfen."

Leyla ist in Rumänien geboren, lernte dort ihren türkischen Mann kennen und kam mit in Türkei. Drei Kinder hat das Paar, der kleinste Sohn ist zwölf Monate alt. "Ich wollte nicht schweigen", sagt sie, "damit andere Frauen nicht dasselbe erleben müssen."

Der Arbeitgeber von Eyüp Bozaci hat ihm mittlerweile gekündigt. Dass dies eine Folge seiner öffentlichen Auftritte war, ist nicht zu beweisen. Jedenfalls war die Familie bald mittellos. "Seht her, das ist die Türkei", titelte daraufhin eine große Tageszeitung - um das mutige Paar zu unterstützen. Auch solcher Medien-Einsatz ist neu, und dies rief schließlich den Vizegouverneur auf den Plan. Nun bekommt das Paar finanzielle Hilfe und Eyüp einen neuen Job in seinem Beruf als Schweißer. Der Vizegouverneur sagte, wegen der Verbrecher in Uniform dürfe man "nicht die gesamte Polizei beschuldigen." Der Staat werde den Bozacis aber "zur Seite stehen". *(SZ, 12.12., ISKU)*

einem Mitarbeiter der irakischen Botschaft getroffen habe. "Bei der Zusammenkunft in Prag wurde die Möglichkeit diskutiert, Radio Free Europe in die Luft zu jagen, denn der Radiosender verbreitet gegen Saddam Hussein gerichtete Nachrichten. Er ist ein legitimes Ziel." *(jW, 11.12., ISKU)*

'Stoppt das Sterben'

Wie die Vorsitzende des IHD Istanbul, Eren Keskin mitgeteilt hat, ist der Vorschlag der Vorsitzenden der Anwaltskammern Istanbul, Ankara, Izmir und Antalya für die F-Typ-Gefängnisse, der unter dem Begriff "Drei Türen, drei Schlösser" zusammengefasst wird, von Gefangenen akzeptiert worden. Keskin forderte das Justizministerium zur Beantwortung des Vorschlages auf.

Bei einer Pressekonferenz am 12.12. haben der IHD sowie AnwältInnen und Angehörige von Gefangenen eine Presseerklärung abgegeben, in der sie darauf hingewiesen haben, dass die von den Anwaltskammern vorgeschlagene Formel "Drei Türen - drei Schlösser" keine Veränderung in der Architektur der Gefängnisse vorsehe, sondern damit lediglich die Schlösser von jeweils drei Türen geöffnet werden. Sie forderten das Justizministerium auf, eine sofortige Anwort auf diesen Vorschlag zu geben.

Göksel Arslan, eine der Anwältinnen erklärte, "Mit dieser Formel wird die Architektur der Gefängnisse nicht verändert, wie es das Justizministerium behauptet hat. Wenn dem Vorschlag nicht entsprochen wird, werden 375 Gefangene im Todesfasten ihr Leben verlieren." *(YG, 12.12., ISKU)*

Quellen:

ÖP	=	Özgür Politika
YG	=	Yedinci Gündem
NLZ	=	Neue Luzerner Zeitung
jW	=	junge Welt
SZ	=	Süddeutsche Zeitung

Termine

Demonstration für die Aufhebung der Isolationshaft
22.12.2001 - 13.00 Uhr
Hauptbahnhof Frankfurt/M.
(Hauptausgang)

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 35
21. Dezember 2001

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Murat Karayilan über die nationale Konferenz für Frieden, Demokratie und Einheit

'Wir unterstützen die Entscheidungen'

Vom 13.-14. Dezember fand in Brüssel eine Konferenz "Für Frieden, Demokratie und Einheit", an der sich knapp 120 Partei- und OrganisationsvertreterInnen sowie Einzelpersonen und Intellektuelle aus den vier Teilen Kurdistans beteiligt haben, statt. ÖP interviewte zur Konferenz und dem EU-Gipfeltreffen das PKK-Präsidialratsmitglied Murat Karayilan, das wir in einer gekürzten Fassung hier veröffentlichen

Wie bewerten Sie die unter Führung des KNK (Kurdischer National Kongress) stattgefundene Nationale Konferenz?
Murat Karayilan: Die vom KNK organisierte Konferenz war ein angemessener, wenn auch verspäteter Schritt. Bekannterweise ist eines der grössten Probleme der KurdInnen das Problem der Einheit. In der Vergangenheit haben zu diesem Thema verschiedene Bemühungen stattgefunden, die in der Mehrzahl auf Initiative verschiedener Kräfte sabotiert wurden.
Die Lösung der kurdischen Frage ist mit dem Problem der Einheit eng verbunden. Je mehr die KurdInnen ihre Verbindung zu den äusseren Kräften, insbesondere zu den kolonialistischen Staaten schwächen und die Verbindung zwischen sich selbst stärken, desto grösser wird die Wahrscheinlichkeit, dass die kurdische Frage gelöst werden kann.
Die Konferenz war ein dementsprechender Schritt. Es gibt eine Reihe von Beschlüssen, die die Zukunft betreffen, auf einer Lösung aufbauen und die Einheit weiter stärken sollen, das sind sehr positive Sachen.

Aller Anstrengungen und Aufrufe zum Trotz haben einige bekannte Kräfte nicht an der Konferenz teilgenommen.
MK: Dass sie nicht gekommen sind, kann das getroffene Ergebnis nicht verändern. Denn in der momentanen Phase, in der die Welt neu geformt wird und insbesondere im Mittleren Osten diese Neustrukturierung aktuell ist, ist es eine schlichte Notwendigkeit, dass das kurdische Volk eine Einheit bildet, eine gemeinsame Strategie aufbaut und in dieser Form in die Entwicklungen interveniert. Wenn diese Notwendigkeit von einigen Kräften nicht begriffen wird und sie aufgrund von enggefassten Profiten für ihre eigenen Organisationen sich der Einheit verweigern, so können die eigentlichen VertreterInnen des kurdischen Volkes doch nicht wegen dieser falschen Haltung auf das Ziel der Einheit und die Arbeit dafür verzichten. Natürlich werden wir unsere Bemühungen für die Einbeziehung aller Kräfte fortsetzen. Wir geben dem sogar eine besondere Bedeutung.

Was kann über die zukünftige Rolle des KNK in der kurdischen nationalen Bewegung gesagt werden?
MK: Unserer Meinung nach muss man die Phase von der ersten Sitzung des KNK bis heute als Gründungsphase betrachten. Seine grundlegende Rolle muss er jetzt ausfüllen indem er in alle Bereiche Kurdistans gelangt und endlich in den verschiedenen Teilen Kurdistans Büros eröffnet. Andernfalls wird er zu einer Auslandsorganisation. Der KNK ist eine Organisation, die eine strategische Stellung im nationalen, demokratischen, kurdischen Kampf innehat. Deshalb muss er entsprechend seiner eigenen Rolle ein Niveau erreichen, und dafür diplomatisch-politische praktische Aktivitäten entwickeln.

In den Tagen, in denen die Nationale Konferenz durchgeführt wurde, fand auch in Brüssel der EU-Gipfel von Laeken statt. Was bedeutete dieser Gipfel vom Standpunkt der KurdInnen aus gesehen?
MK: Wir haben Laeken-Gipfel verfolgt und gesehen, dass die kurdische Frage zum Verhandlungsthema gemacht worden ist, was wir natürlich mit Besorgnis betrachten. Denn die nationalen demokratischen Forderungen des kurdischen Volkes nach Freiheit sind in kontinuierlicher Form von den Staaten Europas für - nennen wir es mal gewisse Profite - vertan worden. In der momentanen Phase erwartet das kurdische Volk von Europa eine wirklich ernsthafte und aufrichtige Herangehensweise an das Thema. Aber wir wissen, dass der türkische Staat insbesondere nach den Vorfällen vom 11. September seine eigene Verleugnungspolitik gegenüber den KurdInnen auch Amerika und Europa aufdrängt. Der Kampf des kurdischen Volkes ist kein Terrorismus. Schwerpunktmässig ist er als Selbstverteidigungskampf entstanden. Es ist richtig, dass es in der Phase des von uns geführten bewaffneten Kampfes eine Reihe von Initiativen gab, die über das Ziel hinaus gingen und dem Terrorismus nahekamen. Heute kritisieren wir diese einzeln und überall. Aber trotzdem kann nicht daran angelehnt der Kampf des kurdischen Volkes und sein berechtigtes Vorgehen als Terrorismus bezeichnet werden. Demgegenüber stehen die Dinge, die der türkische Staat in aller Offenheit getan hat. Es wurden 4000 Dörfer zerstört. Tausende von Menschen wurden von sogenannten "unbekannten Tätern" ermordet. Beim schmutzigen Krieg des Staates handelt es sich um Terrorismus. Der vom Staat geführte Krieg war vollkommen unrecht, er hielt sich nicht an internationale Kriegsregeln, es wurden Menschenrechte verletzt. Die Frage muss vor internationalen Gerichtshöfen behandelt werden. Jetzt findet der Prozess unseres Parteivorsitzenden vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof statt. Um die Wirklichkeit ans Tageslicht zu bringen, müssten eigentlich die Vertreter des türkischen Staates vor Gericht erscheinen.

Was können Sie zu den möglichen Ergebnissen dieser Entwicklung sagen?
MK: Bis jetzt ist soviel klar: einzig die PKK als Vertreterin der KurdInnen als ‚terroristisch' zu betrachten, bedeutet den türkischen Staat reinzuwaschen. Zweitens bedeutet es, im Krieg, den der türkische Staat weiterhin führen wird, Partner zu sein. Neben all diesen Dingen ist es Fakt, dass unsere Partei vor drei Jahren einen Waffenstillstand erklärt hat. 1999 wurde mit der Erklärung unseres Parteivorsitzenden der bewaffnete Kampf beendet. Strategie, Taktik, Organisierung, Propaganda, alle Organe des momentanen Kampfes unserer Partei bauen auf Frieden und Demokratie auf. Dies alles zu ignorieren und die PKK wie von der Türkei gefordert als ‚terroristisch' zu betrachten, bedeutet, dem kurdischen Volk den Krieg zu erklären. Es bedeutet, den von unserer Partei eingeleiteten Friedensprozess zurückzuweisen. Falls das wirklich die Entscheidung ist, wird damit dem Gewissen der Menschheit ein schwarzer Fleck zugefügt. Es sieht so aus, dass sie zu diesem Thema keine gemeinsame Entscheidung erreicht haben. *(ÖP, 19.12., ISKU)*

All unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir angenehme Feiertage und ein erfolgreiches Jahr 2002.

Nûçe Nr. 36 wird am 3. Januar 2002 erscheinen

Meldungen

Militäroperation in Haftanin
Die türkische Armee hat am 15.12. eine Militäroperation im Haftanin-Gebiet in Südkurdistan begonnen. Wie aus regionalen Quellen bekannt wurde, nehmen an der Operation 2000 Soldaten teil. Bisher sei es zu keinen Gefechten gekommen. Über Silopi sei ein Militärkonvoi von 100 Fahrzeugen nach Südkurdistan eingedrungen.
(YG online, 16.12., ISKU)

Prozesswelle gegen Anwälte
Gegen die AnwältInnen des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, Irfan Dündar, Aysel Tugluk, Mahmut Sakar und Dogan Erbas, laufen insgesamt 15 Ermittlungsverfahren wegen in den Medien veröffentlichten Erklärungen Öcalans. Die Staatsanwaltschaft bezieht sich in den Anklagen auf verdrehte Meldungen in türkischen Medien. Gegen RA Irfan Dündar wurde sogar ein Verfahren wegen eines Interviews in der spanischen Zeitung El Mondo eingeleitet. *(YG 15.-22.12., ISKU)*

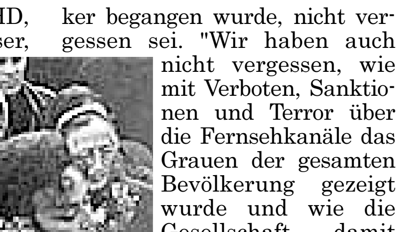
EP: Zana sofort freilassen
Das Europaparlament hat die sofortige Freilassung der ehemaligen DEP-Abgeordneten Leyla Zana gefordert.
In Ansprachen im Parlament wurde erklärt, Zana sei gemeinsam mit weiteren Kollegen ihrer Freiheit beraubt worden, weil sie die kurdische Frage zur Sprache gebracht und eine gerechte Lösung gefordert habe. Im Anschluss an die Reden nahm das Europaparlament den Vorschlag auf Forderung nach sofortiger Freilassung von Leyla Zana und der birmanesischen Oppositionellen Aung San Su Kyi an.
(YG online, 14.12., ISKU)

Schon über Zehntausend!
Wie die Initiative Kurdischer Studierender für Kurdischunterricht mitgeteilt hat, wird ihre Kampagne für muttersprachlichen Unterricht aller Behinderungen und Bedrohungen zum Trotz fortgesetzt. In einer Erklärung macht die Initiative darauf aufmerksam, dass die Hochschulrektoren gegen das Gesetz verstossen, wenn sie

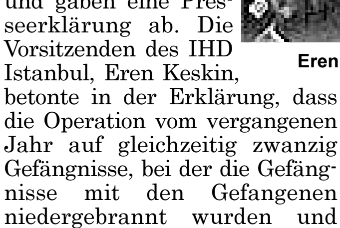
“Ausgehend von der Tatsache, dass Isolation ein Verbrechen an der Menschheit ist...”

30 Festnahmen bei Presseerklärung

Etwa 80 Personen u.a. von IHD, HADEP, ÇHD, Volkshäuser, ÖDP, TUYAP und TAYAD sowie Gefangenenangehörige protestierten gegen das Gefängnismassaker vom letzten Jahr am 19. Dezember in Istanbul vor dem Gefängnis Bayrampasa und gaben eine Presseerklärung ab. Die Vorsitzenden des IHD Istanbul, Eren Keskin, betonte in der Erklärung, dass die Operation vom vergangenen Jahr auf gleichzeitig zwanzig Gefängnisse, bei der die Gefängnisse mit den Gefangenen niedergebrannt wurden und damit im Namen einer "Reform" zum F-Typ-Gefängnis ein historisch unvergleichliches Massaker begangen wurde, nicht vergessen sei. "Wir haben auch nicht vergessen, wie mit Verboten, Sanktionen und Terror über die Fernsehkanäle das Grauen der gesamten Bevölkerung gezeigt wurde und wie die Gesellschaft damit zum schweigen gebracht und wirkungslos gemacht wurde. Wir haben nicht vergessen, wie dieses Massaker mit tragikkomischen Lügen verheimlicht und die Öffentlichkeit mit zensierten Meldungen getäuscht wurde. Wir haben nicht vergessen, wie wir tagelang versucht haben, die verbrannten und zerfetzten Leichen zu identifizieren, und wir haben den Schmerz dabei nicht vergessen." Die Verantwortlichen für das Massaker vom 19. Dezember seien als Verbrecher an der Menschheit in die Geschichte eingegangen. "Ausgehend von der Tatsache, dass Isolation ein Verbrechen an der Menschheit ist, wird unsere Forderung andauern, bis die F-Typ-Gefängnisse abgeschafft sind. Das Justizministerium darf seine Ohren nicht vor den gemachten Vorschlägen verschliessen. Der Vorschlag der vier Anwaltskammern "Drei Türen, drei Schlösser" ist ein Lösungsvorschlag, um das Sterben zu stoppen. Es muss ein Dialog für eine Lösung begonnen werden."



Eren Keskin



Im Anschluss griff die Polizei die Gruppe mit Schlagstöcken an und nahm ca. 30 Personen fest.

(yg, 19.12., ISKU)

Verbesserungen der Haftbedingungen auf Imrali gefordert

Hatice Korkut, Aysel Tugluk und Irfan Dündar vom Asrin Hukuk Bürosu (Rechtsbüro des Jahrhunderts) haben eine Verbesserung der Lebensbedingungen des auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan gefordert.

In einem Antrag an die Staatsanwaltschaft Bursa von vergangener Woche wird darauf hingewiesen, dass Öcalan sich seit dem 15. Februar 1999 in Einzelhaft befindet.

Die internen Regelungen des Gefängnisses von Imrali unterschieden sich stark vom bestehenden Vollzugssystem und beinhalteten einschränkende Artikel. Alle Rechte, vor allem das Recht auf Kommunikation, des weiteren auf Hofgang, Besuch, sportliche und kulturelle Aktivitäten würden durch jene "einschränkenden Artikel in den internen Regelungen" sowie das "tatsächliche Vorgehen" behindert. Tageszeitungen würden verspätet ausgehändigt, das gleiche gelte für Briefe, so die AnwältInnen Öcalans, die weiterhin betonten, das aus bereits früher gestellten und ähnlich lautenden Anträgen an das Justizministerium und die Staatsanwaltschaft Bursa keine Resultate erzielt werden konnten.

In den letzten fünf Wochen konnten die AnwältInnen ein einziges Mal zum Verteidigergespräch mit ihrem Mandanten zusammentreffen. Die normalerweise wöchentlich stattfindenden Besuche wurden mit der Begründung "ungünstiger Wetterverhältnisse" verhindert.

(YD, 15.-22.12., ISKU)

Kurdischer Politiker zu Haftstrafen verurteilt

Der kurdische Politiker Mehmet Tanboga wurde am 19. Dezember 2001 vom Oberlandesgericht Düsseldorf wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" zu einer Haftstrafe von drei Jahren und drei Monaten verurteilt. Außerdem sei er als Regionsverantwortlicher für die Besetzung des griechischen Generalkonsulats am 16. Februar 1999 in Düsseldorf verantwortlich gewesen. Tanboga hatte sich bereits zu Beginn seines Prozesses bereit erklärt, auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe Stellung zu nehmen und Fragen zu beantworten. In der Verhandlung ließ er durch seine Verteidiger/in u. a. erklären, dass "in den frühen Morgenstunden des 16. Februar 1999 auf Veranlassung der Europaführung der PKK/ERNK" u. a. das griechische Generalkonsulat in Düsseldorf besetzt wurde.

Tanboga betonte im Laufe des Prozesses wiederholt, dass er seine Aufgabe darin gesehen habe, die kurdische Bevölkerung in Europa, insbesondere in der Bundesrepublik, davon zu überzeugen, den von der PKK eingeleiteten weitreichenden Friedensweg zu unterstützen. Zugleich kritisierte er mehrfach die Haltung der Bundesregierung. Er appellierte an die politisch Verantwortlichen, die friedenspolitischen Bemühungen der kurdischen Bewegung "nicht versanden" zu lassen und die "Friedenshand nicht auszuschlagen".

(AZADI, 20.12., ISKU)

Verteidigungsminister in der Türkei

Verteidigungsminister aus Südosteuropa haben in Antalya über die Sicherheitslage auf dem Balkan und dem Mittleren Osten beraten. Der türkische Verteidigungsminister Sabahattin Cakmakoglu sagte, das Treffen zeige die große Bereitschaft der Regierungen, in ihrer Region für Verantwortung für Frieden und Stabilität zusammenzuarbeiten. Wichtigste Themen seien Sicherheitsfragen vor allem in Südosteuropa, der Kampf gegen Terrorismus und die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Die Türkei ist darüber hinaus besorgt über die Entwicklung an seiner Südgrenze: Irak gilt als eines der möglichen nächsten Ziele im Krieg der USA gegen den Terrorismus. Die Verteidigungsminister Albaniens, Bulgariens, Griechenlands, Italiens, Kroatiens, Mazedoniens, Sloweniens und der Ukraine nahmen an den Beratungen teil.

(ap, 20.12., ISKU)

Die kurdische Frage: Wie nah ist der Frieden?

Unter dieser Überschrift haben mehrere europäische kurdische Institutionen u.a. KON-KURD, YEK-KOM, FEYKA-KURDISTAN; KIZ... ein 20 seitiges Dossier über die Entwicklung der politischen Lösung der kurdischen Frage und der demokratisierung der Türkei veröffentlicht. Themen sind u.a.: Wie nah sind wir an den Frieden herangerükt? Was haben die Kriegparteien hierfür geleistet? Wie hat sich das Leben nach dem Krieg in den kurdischen Regionen verändert? Was haben die demokratischen Organisationen etc. vorgeschlagen, um eine friedliche Lösung zu erreichen?

Das Dossier ist als pdf-Datei vollständig auf unserer Internetseite

die Annahme der Anträge ablehnen. Falls diese Haltung nicht aufgegeben werde, werde die Initiative Anzeige bei der Staatsanwaltschaft stellen. Im Rahmen der Kampagne, die am 23. November begonnen wurde, seien bisher über 10 000 Studierende erreicht worden.

In der Erklärung wurde auch darauf hingewiesen, dass die Kampagne von türkischen, arabischen, tscherkessischen, lasischen u.a. Studierenden sowie von demokratischen Massenorganisationen breite Unterstützung findet. *(ÖP, 13.12., ISKU)*

EU will weniger Asyl

Nach massivem Drängen vor allem der deutschen Regierung hat der EU-Gipfel die als liberal geltenden Vorschläge der EU-Kommission für eine Asyl- und Flüchtlingspolitik zurückgewiesen, aber zugleich die Notwendigkeit einer gemeinsamen Politik in diesen Fragen betont.

Die nun verworfenen Vitorino-Entwürfe sahen ein Nachzugsalter von 18 Jahren bei der Familienzusammenführung vor. Sie erkannten die nichtstaatliche Verfolgung als Abschiebungshindernis an. Vitorino hatte auch die Drittstaatenregelung, die Kern des 1993 verschärften deutschen Asylrechts ist, abschaffen wollen. Flüchtlingsorganisationen zeigten sich besorgt. Peer Baneke, Generalsekretär des Europäischen Flüchtlingsrats ECRE, meinte, dass ein geringeres Schutzniveau angestrebt werde. Er befürchtete, dass ein neuer Vorschlag die Internierung von Flüchtlingen an der Grenze möglich machen werde.

(SZ, 17.12., ISKU)

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem
SZ = Süddeutsche Zeitung

Termine

Schon einmal vormerken:
Luxemburg-Liebknecht Demonstration! Sonntag, 13. Januar 2002 um 10 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 4
18. Mai 2001

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei



Grösste kurdische Demonstration in Europa

200.000 in Dortmund

Unter dem Motto »Frieden in Kurdistan! Dialog jetzt!« und »Wir werden für das Feuer des Aufstands in der Diaspora tanzen«, demonstrierten am 12. Mai in Dortmund nach Meldungen der Özgür Politika 200.000 Kurdinnen und Kurden aus mehreren europäischen Ländern. In einem bunten Fahnenmeer und mit lauten Parolen zogen zwei Demonstrationszüge bis zum Westfalenpark. Mit Reden verschiedener PolitikerInnen und mehreren Musikgruppen wurde die bislang größte kurdische Veranstaltung in Europa um 19.00 Uhr beendet. ***(ISKU, Foto: ÖP)***

"Die Lösung liegt in einem linken Bündnis"

In einer Erklärung gegenüber seinen AnwältInnen äußerte sich Abdullah Öcalan zu den Fragen, die er während seines bevorstehenden Prozesses vor dem Menschenrechtsgerichtshof zur Sprache bringen wird.

'Verfassungsrechtliche demokratische Lösung'
Öcalan erklärte, der einzige Weg zur Rettung aus der bestehenden Krise und zu einer verfassungsrechtlichen Lösung sei ein "liberales linkes Bündnis". Seit zwei Jahren habe er die Wichtigkeit einer "verfassungsrechtlichen demokratischen Lösung" betont, so der PKK-Vorsitzende: "Es hätte eine demokratische, rechtliche Lösung entwickelt werden können, ohne in Abtrennung und Gewalt zu verfallen."

Aufruf zur demokratischen Mobilmachung
Eine an die Realität der Türkei angelehnte, verfassungsrechtliche demokratische Lösung müsse sich auch in der Region niederschlagen, so Öcalan: "Lasst uns die Lösung nicht irgendwo anders suchen, nicht in der Europäischen Union und nicht in den USA. Sie bieten nur begrenzte Lösungen. Die eigentliche Lösung liegt in der Türkei selbst. Ich lade alle zur grossen Demokratie-Mobilmachung ein. Ich lade nicht nur die PKK, sondern alle kurdischen organisierten Kräfte dazu ein, bis zur Erreichung von Frieden für einen Dialog konstruktiv zu arbeiten."

'Ich bin Millionen...'
Zum Thema Todesstrafe und angesichts seines Lebens unter schwersten Isolationsbedingungen setze er weiterhin seinen gesunden Menschenverstand ein, erklärte Öcalan. Den Kräften zum Trotz, die vom Krieg profitieren, habe er immer den Frieden als Grundlage genommen. "Ich bin weder auf eine Amnestie noch auf eine individuelle Rettung aus. Das Problem liegt in der Rettung des Volkes, im Nutzen des Volkes. Es geht um ein moralisches, ein ethisches Verhalten. Das ist meine Weltanschauung und meine Philosophie. So muss es auch verstanden werden. Diejenigen, die sagen 'Unbedingt aufhängen', sind im Innern vom Kriegsprofit, im Äusseren von anderen Kräften abhängig. Warum sollten wir uns von Kriegsprofiteuren abhängig machen? Es ist offensichtlich geworden, wer korrupt ist und Geld unterschlagen hat, sie stehen alle vor Gericht. Nein, ich habe den Frieden zur Grundlage genommen. Ich fürchte mich nicht vor dem Krieg, ich bin keine Einzelperson, ich bin Millionen. Wer mich unbedingt aufhängen will, muss auch die Resultate in Kauf nehmen."

'Das Szenario wurde vom Westen entworfen'
In einer Bewertung der Rolle der westlichen Länder an dem Komplott sagte Öcalan: "Das Szenario hat der Westen entworfen, der grundlegende Faktor war der Westen. Der Türkei wurde die Rolle der Bewachung und Vollstreckung zugeteilt. Die griechische Wühlarbeit ist erschreckend; England holt das Flugzeug heimlich aus der Schweiz; in Kenia sind israelische und CIA-Agenten, gegen Italien wird psychologischer Krieg geführt; Deutschland weigert sich, mich aufzunehmen. Griechenland sagt, 'Apo wird auf halbem Weg sterben'; die Waffe sollte mir der Botschafter geben, damit sollte ich Widerstand leisten. Dann hätten auch die Kurden Widerstand geleistet und Zehntausende wären gestorben."
Weiter erklärte der PKK-Vorsitzende, er bezwecke die Falschheit und Scheinheiligkeit der westlichen Zivilisationen in bezug auf seine Person offen zu legen, und rief die Intellektuellen der Türkei dazu auf, den menschlichen Forderungen der Kurden gegenüber Verständnis aufzubringen und die Wirklichkeit für ihre eigene Bevölkerung ans Licht zu bringen. Diese Wirklichkeit müsse auch vom Staat, den Politikern und den Kurden begriffen werden.

'Türkei muss Geschwisterlichkeit richtig begreifen'
Öcalan wiederholte, er wünsche nicht, dass die Türkei verliere. Dafür müsse aber auch die Türkei Anstrengungen vorweisen. "Das kurdische Volk ist ein sehr trauriges. Ich wünschte, es wäre nicht so, ich wünschte, ich hätte es besser führen können. Es handelt sich um ein zweihundertjähriges Spiel. Wenn ich kein guter Führer sein konnte, tut es mir leid. Aber ich sehe es auch nicht als Niederlage."
Als Abschluss wiederholte der PKK-Vorsitzende ein weiteres Mal, er bezwecke nicht die Abrechnung mit der Türkei, sondern mit den Kräften des Komplotts. "Was ich von der Türkei erbitte, ist das richtige Verstehen der kurdisch-türkischen Beziehung, von Demokratie und Geschwisterlichkeit. Es gibt die eigentlichen schmutzigen Mächte, mit denen ich abrechnen möchte."
(ÖP, 16.5., ISKU)

Meldungen

Verurteilung der Opfer
Das Verfahren gegen die Gefangenen des Gefängnisses von Bursa, die Opfer der Polizei- und Militäroperation im Dezember 2000 waren, wurde gestern fortgesetzt. Von 109 wegen "Gefängnisaufstand, Aufstachelung und Unterstützung zum Selbstmord" Angeklagten wurden 31 aus dem Verfahren entlassen. An der gestrigen Hauptverhandlung vor dem Strafgericht Bursa nahmen nur die Vertreter der Angeklagten teil. Elf Strafvollzugsbeamte erklärten in ihren Aussagen, dass sie sich am Tag der Operation ausserhalb des Gefängnisses befunden hätten, weshalb sie keine Angaben zu den Geschehnissen machen könnten. Die Verhandlung wurde vertagt.
(ÖP, 17.5., ISKU)

Übergang zum Zellensystem in Aydin
Wie der Staatsanwalt von Aydin, Mustafa Adagül, bekannt gab, ist im Gefängnis von Aydin das Zellensystem eingeführt worden. Damit "bekomme das Gefängnis eine neue, modernisierte Form", so der Staatsanwalt. *(ÖP, 17.5., ISKU)*

Schwere Haftstrafen für Friedensbemühungen
Drei der achtköpfigen zweiten Friedensgruppe, die im Oktober '99 aus Europa in die Türkei gekommen waren, sind wegen "Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation" zu 18 Jahren und neun Monaten Haftstrafe verurteilt worden. Vor dem DGM Istanbul erklärten Aysel Dogan, Dilek Kurt und Haci Celik: "Wir sind in die Türkei gekommen, um einen Beitrag zum Frieden zu leisten."
(ÖP, 12.5., ISKU)

Festnahmen von HADEP-Jugend in Amed
Bei Razzien in Amed hat die Polizei mehrere Personen festgenommen, darunter Mahsun Bilen vom HADEP-Provinzvorstand und die Mitglieder der HADEP-Jugendorganisation Cigdem Pamuk, Derya und Deniz Cicek. Die Festgenommenen werden auf der Polizeidirektion Diyarbakir festgehalten. Vor Ort wird mit weiteren Festnahmen von Mitgliedern der HADEP-Jugend gerechnet.
(ÖP, 16.5., ISKU)

Polizei nimmt 42 HADEP-Mitglieder fest
Die türkische Polizei hat 42 Mitglieder der HADEP wegen

Öffentlich Beschäftigte demonstrieren

Mitglieder der Gewerkschaft KESK haben am Dienstag in mehreren Städten der Türkei und Kurdistans gegen den Gesetzesentwurf der Ecevit-Yilmaz-Bahceli-Regierung für Gewerkschaften öffentlich Beschäftigter protestiert.
Eine Gruppe von KESK-Mitgliedern (Gewerkschaftskonföderation öffentlich Beschäftigter), darunter der Vorsitzende Sami Evren, führte einen Sitzprotest in Ankara-Kizilay durch. Die Polizei traf strenge Sicherheitsvorkehrungen. Zwanzig KESK-Mitglieder wurden schon vor Beginn der Aktion festgenommen. Als Reaktion darauf begannen die KESK-AktivistInnen einen Sitzstreik. Sie trugen Transparente mit der Aufschrift *"Tarifvertrag - Streikrecht - menschenwürdiges Leben"* und *"Ohne Gewerkschaft keine Demokratie, ohne Tarifvertrag und Streikrecht keine Gewerkschaft"*. Der KESK-Vorsitzende Sami Evren gab eine Erklärung ab, in der es hiess: "Das Schein-Gewerkschaftsgesetz, das den öffentlich Beschäftigten den Tarifvertrag und das Streikrecht verbietet, wurde erneut auf die Tagesordnung gebracht." Das geplante Gesetz sei vor drei Jahren verhindert worden, so Evren. Für die erneute Verhinderung sei es heute notwendig, sich wieder in Bewegung zu setzen. Der Entwurf verbiete den Tarifvertrag und das Streikrecht für alle öffentlich Beschäftigten. Für einen Teil bedeute es auch das Verbot der gewerkschaftlichen Organisierung. Der Sitzprotest wurde beendet, nachdem die Festgenommenen freigelassen wurden.
Auch in Istanbul fand ein Sitzprotest von KESK-Mitgliedern statt. Die Gruppe versammelte sich vor der Metrostation in Aksaray und rief Parolen. Die KESK-Vorsitzende Sevim Erol erklärte: "Dieser Gesetzesentwurf sieht keinerlei Rechte für öffentlich Beschäftigte vor. Wir verwarnen die Regierung ein weiteres Mal: Ihr werdet dieses Gesetz nicht gegen uns durchsetzen können. Ihr könnt nicht den Willen von Hunderttausenden missachten. Wir werden das Schein-Gewerkschaftsgesetz nicht akzeptieren. Wenn die Regierung auf der Verabschiedung dieses Gesetzes besteht, werden wir nicht davor zurückschrecken, unseren 1998 begonnenen Widerstand fortzusetzen."
Die Abgabe einer öffentlichen Presseerklärung der KESK in Diyarbakir wurde von der Polizei verhindert. Sie verbarrikadierte das Konuk-Haus, in dem die Pressekonferenz abgehalten werden sollte und verbot den Eintritt. Daraufhin versammelte sich eine Gruppe KESK-Mitglieder auf der Strasse und begann Parolen zu rufen. Die Polizei griff ein und nahm acht Personen fest. Wie die KESK-Plattform Diyarbakir mitteilte, wandte die Polizei dabei Gewalt an.
Auch in Mersin griff die Polizei eine Protestveranstaltung der KESK an und nahm 19 Personen fest. Dabei kam es zu einigen Verletzten. Ein Demonstrant erlitt bei der Polizeiintervention einen Herzinfarkt. Weitere Protestaktionen fanden in Konya, Antep, Canakkale und vielen weiteren Städten statt.

(ÖP, 16.5., ISKU)

Regierung auch am 211. Tag des Todesfastens nicht verhandlungsbereit

Dutzende an der Schwelle zum Tod

Entgegen anderslautender Berichte der türkischen Presse dauert das Todesfasten von 250 politischen Gefangenen weiter an. Am 211. Tag der Aktion, während der schon 22 Gefangene und Angehörige ihr Leben verloren haben, stehen dutzende Gefangene an der Schwelle zum Tod. Am 11. Mai schloss sich eine weitere Gruppe von Gefangenen dem Todesfasten an.
Viele der AktivistInnen können nicht einmal mehr Flüssigkeit zu sich nehmen. Sie haben zwischen 25 und 30 Kilo abgenommen. Obwohl viele der Gefangenen, die in Krankenhäuser verlegt worden sind, jegliche medizinische Behandlung ablehnen, werden sie mit Serum "behandelt", wodurch sie ernste Schäden, insbesondere Gedächtnisverlust erleiden. Laut TAYAD haben bis jetzt 37 Gefangene bleibende Schäden durch die Zwangsernährung und als Folge des Todesfastens erlitten..
Die Regierung lehnt direkte Gespräche mit den Hungerstreikenden weiterhin kategorisch ab. "Direkte Gespräche oder gar Verhandlungen sind unmöglich", sagte Ali Suat Ertosun, der im Justizministerium für alle Gefängnisfragen zuständig ist.
Die angeblichen Reformen sind jedoch Augenwischerei, die Änderungen des §16 des sog. Antiterrorgesetzes bedeuten lediglich Vergünstigungen für Gefangene mit "guter Führung" und keinerlei garantierte Rechte.
Auf den Aufruf des Menschenrechtsvereins (IHD), zur Beendigung des Hungerstreiks vorübergehend die Arbeit niederzulegen, haben die Gewerkschafter des öffentlichen Dienstes bereits angekündigt, sich zu beteiligen, der Vorstand von Türk-Is, der größten Gewerkschaftsföderation, will in diesen Tagen über eine Beteiligung beraten. Hüseyin Öndül, der Vorsitzende des IHD kündigte außerdem an, der Menschenrechtsverein werde einen Marsch nach Ankara organisieren, unter Beteiligung von Künstlern und Intellektuellen.
Das IKM ruft dazu auf, den Tourismus in die Türkei zu boykottieren. In einer Erklärung vom 17. Mai 2001 heißt es. "Die Devisen aus dem Tourismus fließen direkt in Waffenkäufe und finanzieren die blutige Unterdrückung." Tatsächlich hat sich von türkischer Regierungsseite bisher einzig der Tourismusminister für eine schnelle Lösung der Gefängnisfrage ausgesprochen.
In Hamburg fand am Mittwoch eine Demonstration verschiedener deutscher, kurdischer und türkischer Organisationen unter dem Motto "Solidarität mit dem Hungerstreik in der Türkei" statt, an dem sich etwa 500 Menschen beteiligten.

(ÖP, TAYAD, IKM, ISKU 16./17. 5.)

Zahl der Menschenrechtsverletzungen verdoppelt

Bei der Vorstellung der Menschenrechtsbilanz der Türkei für den April 2001 wies der stellvertretende IHD-Vorsitzende Osman Baydemir darauf hin, daß sich die Zahl der Menschenrechtsverletzungen gegenüber dem Vormonat verdoppelt hat.

Verletzungen des Rechtes auf Unversehrtheit des Lebens
Tote bei Kämpfen: 13
Verbrechen unbekannter Täter und ausserrechtliche Vollstreckungen: 3
Tote durch Minen: 5

Verletzungen des Rechtes auf persönliche Sicherheit
Festnahmen: 153
Folter und Misshandlung: 43
Verhaftungen: 30
Eingriffe bei Demonstrationen: 2 Verwundete
Verbrennung von Dörfern (Häusern): 4

Verletzungen im Arbeitsleben
Amtsenthebung: 1

Verletzungen der Gedanken- und Ausdrucksfreiheit
Verbotene Zeitungen und Zeitschriften: 17
Weitere Verbote (Theater, Pressekonferenz etc.): 4

Weiteres
Gefängnis: 164
Selbstmorde: 14

(ÖP, 11.5., ISKU)

Unterstützung von Rebellen festgenommen. Die Zeitung "Radikal" berichtete am Donnerstag, die Mitglieder der einzigen legalen kurdischen Partei im Land, HADEP, seien am Vortag in der Hauptstadt Ankara in Gewahrsam genommen worden. Ein Polizeisprecher bestätigte den Bericht und erklärte, die Verdächtigen hätten bei einem Protestmarsch Fahnen der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK geschwenkt.
In einer Stellungnahme wies HADEP die Vorwürfe zurück und sprach von einer geplanten Provokation. Die türkische Staatsanwaltschaft wirft der Partei vor, sie sei eine "Tarnorganisation der PKK-Rebellen" und beantragte beim Verfassungsgericht ein Verbot der HADEP. *(AP 17.5., ISKU)*

'Verbot wird nicht mehr anerkannt'
Duran Kalkan erklärte, dass die Kurden an einem Punkt angelangt seien, an dem sie die bestehenden Verbote nicht mehr anerkennen. Deutlich gemacht hätten sie dies gegenüber der Weltöffentlichkeit in der mit Newroz begonnenen Phase und insbesondere mit der Demonstration in Dortmund am vergangenen Wochenende.
Die PKK habe zur Entwicklung eines demokratischen Aufbaus eine neue Phase unter dem Namen "Zweite Friedensoffensive" begonnen. Die Kampagne "sich öffentlich zur eigenen politischen und kulturellen Identität zu bekennen" bilde die Grundlage für diese Offensive. "Wir wollen damit erreichen, dass das Verbot der kurdischen Identität ungültig wird. Es kann nicht sein, dass die Forderung des kurdisches Volkes nach nationalen und kulturellen Rechten als Terrorismus gebrandmarkt wird. Die Kurden wollen nicht mehr ohne Identität leben. Sie sind deshalb bereit, sich überall für ihre eigene Kultur und Identität einzusetzen." *(ÖP, 15.5., ISKU)*

Quellen:
ÖP=Özgür Politika
IKM=Komitee gegen Isolationshaft

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Ludwigstr. 13
20359 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 5
25. Mai 2001

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

TÜSIAD-Programm zur Demokratisisierung der Türkei

Ein erster Schritt

Die Vereinigung der türkischen Industriellen und Unternehmer (TÜSIAD) veröffentlichte am Montag einen Bericht zu den "Perspektiven der Demokratisierung der Türkei 2001". Darin wird eine Reihe von Fragen angesprochen, die nach Ansicht von TÜSIAD vorrangig für die Demokratisierung der Türkei sind. Im Namen des Präsidialrats der PKK begrüßte Duran Kalkan den Bericht und betonte erneut, dass das kurdische Volk jegliche Demokratisierungsbemühungen unterstützen werde.

Der vorliegende Bericht des türkischen Unternehmerverbandes beschäftigt sich vor allem mit juristischen und administrativen Reformen, die den Weg für eine Demokratisierung der Türkei ebnen sollen. So wird in Anlehnung an die Europäische Menschenrechtskonvention die Abschaffung der Todesstrafe und des berüchtigten Artikels 8 des "Anti-Terror-Gesetzes" gefordert, der "Propaganda gegen die Unteilbarkeit des Staates" unter Strafe stellt und zur Kriminalisierung von politischen Meinungsäußerungen genutzt wird. Ebenso fordert TÜSIAD die Liberalisierung des Vereins- und Versammlungsrechts und die Senkung der Prozenthürde bei den Parlamentswahlen auf 5%, um so auch Minderheiten ihre politische Vertretung zu garantieren. Neben weiteren Punkten wie der Reform der Strafprozessordnung und der Demokratisierung der Polizei fordert TÜSIAD auch eine einschneidende Beschränkung der Rolle des Nationalen Sicherheitsrats (MGK). Der MGK stellt faktisch die Institutionalisierung des Militärputsches dar und garantiert dem Militär weitgehenden Einfluss auf sämtliche politischen Entscheidungen. Laut dem Bericht von TÜSIAD sollten sich die Aktivitäten des MGK auf die Landesverteidigung beschränken.

PKK-Präsidialratsmitglied Duran Kalkan begrüßte in einer ersten Stellungnahme den TÜSIAD-Bericht. Obwohl die PKK deutlich weitergehende Forderungen erhebt, erkenne sie die Bedeutung der im Bericht genannten Punkte für die Demokratsisierung an: "Unserer Meinung nach hat der Bericht zweifellos ungenügende Seiten. Es gibt viel mehr Dinge, die die Türkei unternehmen muss. Die Türkei und die türkische Gesellschaft brauchen und verdienen ein demokratischeres, ein glücklicheres Leben. Aber das vorliegende TÜSIAD-Programm öffnet den Weg dorthin. Es hat die Beseitigung der grundlegenden Hindernisse einer solchen Entwicklung zum Inhalt. Unter diesem Aspekt ist es ein wichtiger Anfang. Kalkan betonte, dass solche Bemühungen die Unterstützung des kurdischen Volkes haben. "Die verschiedensten Kreise in der Türkei, die Demokratie wollen, sind an dem Punkt angelangt, daß sie ohne Demokratie nicht mehr leben können. Die KurdInnen sind an diesem Punkt und sie sind bereit, Unterstützung zu leisten."

(KO, 24.5., ISKU)



In Kurdistan und Europa wurde auf Veranstaltungen und Versammlungen den gefallenen RevolutionärInnen der Türkei und Kurdistans gedacht (Foto: ISKU)

OLG Celle verurteilt kurdischen Politiker zu vier Jahren Haft

Vor dem Oberlandesgericht (OLG) Celle endete am Mittwoch der am 9. Januar 2000 begonnene Prozess gegen den kurdischen Politiker Halat K. Er wurde wegen verantwortlicher Tätigkeit für die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nach §§ 129 und 129 a Strafgesetzbuch (StGB) zu einer Haftstrafe von vier Jahren verurteilt.

Am 23. März 2000 wurde Halat K. während einer Diskussionsveranstaltung über die politische Lage in der Türkei und in Kurdistan im "Kulturzentrum Kurdistans e.V." in Mannheim durch ein Großaufgebot der Polizei, das die Räume des Vereins gestürmt hatte, gemeinsam mit 34 anderen Personen festgenommen. Ihm wurde von der Generalbundesanwaltschaft (GBA) vorgeworfen, als "hochrangiger PKK-Funktionär" Mitglied in einer "terroristischen beziehungsweise kriminellen Vereinigung" (§§ 129a, 129 StGB) gewesen zu sein.

Der Rechtshilfeverein AZADi wies in einer Presseerklärung darauf hin, dass auch dieser Prozess nur vor dem Hintergrund des existierenden PKK-Verbots stattfinden konnte und deutlich macht, dass von Seiten des Staates an einer Entspannung im Verhältnis zur kurdischen Bewegung kein sonderliches Interesse bestehe: "Die Tatsache, dass die PKK den bewaffneten Kampf beendet und im Zuge dessen ihre gesamte Struktur der friedenspolitischen Zielrichtung angepasst hat, fand auch in diesem Prozess keine Beachtung. Das ist angesichts der Bemühungen der PKK um einen politischen Lösungsweg in der kurdischen Frage fatal.

AZADI fordert die Bundesregierung auf, ihre Gleichgültigkeit der kurdischen Bewegung gegenüber zu beenden und deren Bemühungen um eine friedenspolitische Entwicklung anzuerkennen. Die Aufhebung des PKK-Verbots wäre ein wichtiger Schritt."

(AZADI, 23.5., ISKU)

Meldungen

Ankara gegen einen kurdischen Staat

Ankara hat ein weiteres Mal seine Ablehnung gegen einen kurdischen Staat in Südkurdistan wiederholt. Wie der Staatssekretär im Aussenministerium, Faruk Logogluleri, erklärte, ist die Gesamtheit des Iraks Grundlage für die Türkei. Logoglu bewertete die Irak-Politik der Türkei, die auf drei Punkten basiere. Einer davon sei die Bewahrung der Gesamtheit des Iraks. Der zweite grundlegende Punkt sei die Festlegung der Zukunft des Iraks durch alle hier lebenden Völker. Als drittes stehe die Tatsache, dass für einen kurdischen Staat in der Region keine Erlaubnis gegeben werde, so Logoglu: "Die Türkei wird die Teilung des Iraks nicht gestatten. Einen kurdischen Staat im Nordirak kann die Türkei nicht erlauben."

(Medya TV 20. 5., ISKU)

Kurdische Jugend begrüsst die zweite Friedensoffensive

Die von den KurdInnen in Europa begonnene zweite Friedensoffensive hat auch in den Metropolen der Türkei ihr Echo gefunden. Gestern abend führten kurdische Jugendliche in verschiedenen Stadtteilen Istanbuls im Rahmen der Kampagne mehrere Aktivitäten durch. Dabei wurde sowohl auf den beginnende Prozess vor dem EMGH des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan aufmerksam gemacht als auch Solidarität mit dem Todesfasten bekundet.

In den Stadtteilen Sarigazi und Güngören versammelten sich kurdische Jugendliche, zündeteten Feuer an und hielten Kundgebungen ab. Eine Aktion in Camlikaya wurde von jungen Frauen im Namen der Partei der Freien Frau PJA durchgeführt. In Parolen wurde die Verbundenheit zum PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan zur Sprache gebracht und das Todesfasten unterstützt. In Sarigazi zündeten Jugendliche Feuer an und versperrten die Hauptstrasse für ca. 20 Minuten. Unterstützt wurden sie dabei von einigen vorbeifahrenden, hupenden Autofahrern.

(Medya TV 20. 5., ISKU)

Kurdische Institutionen in Europa fordern Lösung

Auf einer Veranstaltung unter dem Motto "Kurdische Institutionen diskutieren die aktuelle

218. Tag des Todesfastens

"Wenn man in menschlichen Dimensionen denkt, ergibt sich die Lösung von selbst"

Nach Angaben des IHD befinden sich mehr als 100 Todesfastende derzeit in einem kritischen Zustand. Nachdem erst vor zwei Wochen 48 weitere Häftlinge neu in den Hungerstreik traten, wollen sich nach IHD-Angaben in den nächsten Tagen Dutzende weitere Gefangene der Aktion anschließen. 115 Häftlinge werden derzeit in Gefängniskrankenhäusern betreut, 60 von ihnen sollen bereits in einem hoffnungslosen Zustand sein. "Sie sind praktisch klinisch tot, wir rechnen jeden Tag mit neuen Toten", sagt die Anwältin Ümit Efe. Efe und ihre Kollegin Eren Keskin berichten auch von Folter und Misshandlungen. Ein Arzt habe Anzeige erstattet, weil er an der Leiche eines Häftlings einen gebrochenen Arm und zahllose blaue Flecken entdeckt hatte.

Die Gefangenen halten an ihren Forderungen fest, die Isolation aufzuheben. Die Gefangenensprecher Ercan Kartal und Sadi Özpolat sagten, dass ein Vorschlag von Architekten, die F-Typ Gefängnisse derart umzubauen, dass die Dreierzellen in Gemeinschaftszellen für 18 Personen umgebaut werden, geprüft werden muß. "Die Einzelzellentrakte könnten niedergerissen und in Gemeinschaftsbereiche umgewandelt werden." Ercan Kartal sagte: "In den F-Typ-Gefängnissen sind wir unseres Lebens nicht sicher. Es mag sein, dass dieses neue System in Europa angewandt wird, aber die Bedingungen in der Türkei sind anders. Sein soziales Leben alleine oder in einer Dreibettzelle zu verbringen, ist unerträglich." Sadi Özpolat sagte: "Wenn das 18-Personen-Projekt vor der Öffentlichkeit deklariert, menschenwürdige Bedingungen und gesetzliche Sicherheit eingeführt werden, können wir die F-Typ-Gefängnisse akzeptieren."

(CH, ISKU, 22., 23.5.)

Aufruf zum Boykott

DETUDAK, das Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen, ruft unter dem Motto: "Werdet nicht mitverantwortlich an den Massakern in der Türkei" zum Urlaubsboykott auf: "In die Türkei kommen jährlich um die 13 Millionen Touristen aus dem Ausland. Der Wirtschaftszweig Tourismus ist der wichtigste Sektor der Devisenbeschaffung (rund 49%) dieses Terrorstaates. Mehr als ein Drittel des Staatshaushaltes werden in die Kassen des Militärs gepumpt. Somit ist die Unterdrückung des Volkes und die "Vernichtung" der "inneren Feinde" des Staates finanziell abgesichert.(...)

Außerdem fordern wir alle europäischen Regierungen auf, die wissenschaftlichen, militärischen und politischen Beziehungen sofort zu unterbrechen, die den maroden, korrupten und gewaltätigen Machthabern in Ankara als Rückenpolster dienen."

Der IHD Istanbul erbittet Geldspenden für die medizinische Versorgung der Hungerstreikenden:

Informationsstelle Kurdistan
PGA Köln, BLZ 37010050,
Kontonummer: 3968-506
Kennwort: ‚Hungerstreik'

Kurdische Namen jetzt auch in Deutschland

Mit großer Mehrheit hat der Menschenrechtsausschuß des Bundestages am Dienstag die Bundesregierung aufgefordert, in einer "Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden" oder in anderer Form bei den Standesämtern klarzustellen, daß kurdische Eltern ihren Kindern künftig auch kurdische Namen geben dürfen. Das teilten die PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke und Carsten Hübner in einer Presseerklärung mit. Eine solche Aufforderung hatte die PDS bereits vor Monaten im Ausschuß beantragt. Hintergrund der Initiative ist die Tatsache, daß deutsche Standesbeamte, wenn sie bei der Herkunft eines Namens unsicher sind, im türkischen Namensregister nachsehen. Das Register enthält jedoch keine kurdischen Namen, da diese in der Türkei weitgehend verboten sind. So wird kurdischen Eltern auch hierzulande oft verweigert, ihrem Kind einen kurdischen Namen zu geben. Jelpke und Hübner gehen davon aus, daß sich in den nächsten Wochen auch der Innenausschuß der Entscheidung des Menschenrechtsausschusses anschließt und die Bundesregierung dann ein enstsprechendes Schreiben an die Standesämter verschickt. Damit wären die bestehenden Hürden für die Namensgebung abgebaut. *(jw, 23.5.)*

"Wir sind die Mannschaft des Volkes"

Diyarbakirspor siegte am vergangenen Sonntag im Auswärtsspiel über Istanbul Büyüksehir Belediyespor mit 3-2 und beendete damit die seit 14 Jahren andauernde Sehnsucht nach dem Aufstieg in die erste Liga. Im Anschluss an das Spiel wurden die Fans, die Istanbul in einen Karnevalsschauplatz verwandelten, von der Polizei angegriffen. Das Spiel fand im Besiktas Inönü Stadium statt. Bis auf eine für Istanbul Büyüksehir reservierte Ecke, waren die Zuschauerränge mit Diyarbakirspor-Fans überfüllt. Ca. 30.000 Kurden und Kurdinnen kamen zu dem Spiel, um Diyarbakirspor zu unterstützen. Während des gesamten Spieles sangen die Kurden "Herne pes", die kurdische Hymne. Wenn von einer Seite der Zuschauerränge "Kine Em - Wer sind wir?" gerufen wurde, antwortete die andere Seite mit "Kurdim em! - Wir sind Kurden!" Die Spieler von Diyarbakirspor begrüssten die Anwesenden mit einem Transparent mit der Aufschrift "Kimsenin degil, halkin takimiyiz - Wir sind nicht die Mannschaft von irgendwem, sondern die Mannschaft des Volkes", was von den Fans mit tosendem Applaus gefeiert wurde. An der Feier in Amed nahmen Tausende von Menschen teil. Vorherrschende Parolen bei den Feiern waren "Biz biz biz PKK'liyiz", "Günesimiz Imrali` da - Unsere Sonne ist in Imrali", "Selam selam günese bin selam", "Disa disa serhildan seroke me Öcalan", "Baskana Özgürlük", "Öcalan Öcalan", "Biji asiti - Es lebe der Frieden", "Barisa uzanan eller kirilsin - Wer den Frieden antastet, dem sollen die Hände brechen" und "Biji Serok Apo".

(ÖP, 22.5.,ISKU)

Neuerscheinung

Reden über sexuelle Folter kann strafbar sein
Gerichtsverfahren in der Türkei

Mit dieser Dokumentation soll über ein Verfahren vor dem Istanbuler Strafgericht informiert werden, bei dem 18 Frauen und ein Mann angeklagt sind, weil sie den türkischen Staat und seine Sicherheitsorgane "verunglimpft und verleumdet" haben sollen. Ihr ‚Vergehen': Sie haben im Juni 2000 einen Kongress zum Thema sexuelle Folter organisiert, dort als Betroffene berichtet, im Namen von Betroffenen gesprochen oder waren als Rechtsanwältinnen vertreten.

Bestelladresse:
Feministisches Archiv e.V.
Adlerstr. 12
D-79098 Freiburg
email: Prozessbeobachtung-Istanbul@gmx.de

Phase" in Köln haben VertreterInnen kurdischer Institutionen in Europa die Aufhebung der der PKK Verbote gefordert. Der Vorsitzende der Juristenunion Kurdistans, Hamdullah Kansiray, rief im Namen der TeilnehmerInnen alle Seiten des Konflikts, auch Europa dazu auf, sich für eine Lösung einzusetzen. Mesut Uysal, Mitglied des Nationalkongresses Kurdistans (KNK), kritisierte auf der Veranstaltung das PKK-Verbot in England. Die PKK sei die Kraft, die die Kurden vertrete, so Uysal: Bis zur Erlangung der Rechte werde der Kampf fortgesetzt. Die Kurden stünden entschlossen hinter dem Friedensprojekt unter Führung der PKK. Ohne die Lösung der kurdischen Frage gebe es auch keinen Frieden im Mittleren Osten und der Türkei. Gegenüber MEDYA TV teilte Uysal mit, es werde im September ein Treffen mit VertreterInnen der kurdischen, türkischen, arabischen und persischen Völker geplant.

(Medya TV 20. 5., ISKU)

Quellen:
ÖP=Özgür Politika
KO=Kurdish Observer
jw=junge Welt
CH=Cumhuriyet

Termine

Demonstration anlässlich der Todestage von Naimah Hadjar und Aamir Ageeb
Aufruf zur öffentlichen Anbringung der Gedenktafel am Frankfurter Flughafen
Samstag, 26. Mai 2001, 12 Uhr, Terminal 1, Bereich A

Podiumsdiskussion
Perspektiven einer politischen Lösung der kurdischen Frage in der Türkei
Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch, Rektor der Hochschule Bremen
Prof. Dr. Norman Paech, Völkerrechtler, HWP Hamburg
Rizza Erdogan, Mitglied des Präsidialrates des National Kongresses Kurdistans (KNK)
Veranstalter: AStA der HWP
Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan"
31. Mai 2001 ab 19.30 im Hörsaal der HWP
Von Melle Park 9, Hamburg

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Ludwigstr. 13
20359 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 6
1. Juni 2001

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Osman Öcalan zur "Identitätskampagne" in Europa

Die zweite Friedensoffensive hat begonnen

Die ÖZGÜR POLITIKA veröffentlichte am 23. Mai ein längeres Interview mit Osman Öcalan, Präsidialratsmitglied der PKK. Darin kommt vor allem die Strategie, die die PKK mit ihrer "zweiten Friedensoffensive" verfolgt, zur Sprache. Wir dokumentieren einige der Aussagen Osman Öcalans, die vor allem die Kampagne zum "Identitätsbekenntnis" und ihre Auswirkungen auf Europa betreffen.

"Mit der zweiten Friedensoffensive wird angestrebt, die Auflösung der bestehenden Probleme zu praktizieren, die Kraft des kurdischen Volkes durch den Geist der demokratischen Aktion zu steigern und mit der Gründung von Bündnissen mit demokratischen Kräften die Entwicklung dessen zu gewährleisten.
Die Kampagne dient der Verwirklichung der juristischen Anerkennung der kurdischen Identität. Das kurdische Volk hat sich aktiv zu seiner Identität bekannt. Eine ausreichende Antwort ist daraufhin jedoch nicht gegeben worden. Das Identitätsbekenntnis muss sich auf juristischem Gebiet abspielen.
Unser in verschiedenen Gegenden Europas lebendes Volk soll sich gruppenweise an die Gerichte wenden und sich selbst als PKK-Anhänger, als nationale Befreiungskämpfer deklarieren. Durch das PKK-Verbot sind die Gerichte dazu gezwungen, gesetzliche Massnahmen zu ergreifen. Das offene Bekenntnis zur PKK muss neben den Gerichten auch auf anderen Ebenen stattfinden, die mit den Gesetzen Europas zu tun haben. Egal was im Ausweis steht und aus welchem Anlass, bei jedem Kontakt mit den Gesetzen muss darauf bestanden werden, dass die kurdische Identität registriert wird. Und am wichtigsten dabei ist, dass sich als PKK-Anhänger an die Gerichte gewendet wird. Auf den Gerichten wird daran angelehnt die Rechnung für alle durch die nationale Verleugnungs- und Vernichtungspolitik entfachten Aufstände und alle zur Niederschlagung dieser Aufstände begangenen Verbrechen an der Menschheit gefordert werden. Während auf der einen Seite die Rechnung gefordert wird, wird auf der anderen Seite offengelegt, dass die Rechnung für die Verbrechen nur durch die Anerkennung der Lösung der kurdischen Frage innerhalb des demokratischen Systems beglichen werden kann. In ihrem Kern hat die Aktion "Identitätsbekenntnis" also diese Funktion. Sie verfolgt den Zweck, dass die, die das Problem erschaffen haben, damit in ihrem eigenen juristischen System fertig werden müssen. Die Aktion umfasst die Aufhebung jeglicher Funktionsfähigkeit der Leugnung sowie die Anerkennung der Möglichkeit, dass Kurden sich frei politisch betätigen können. Die Staaten Europas sollen ihre negative Rolle der Vergangenheit dieses Mal auf eine Lösung gerichtet spielen. Aus den Gerichten aller Länder sollen Plattformen werden, auf denen die Lösung der kurdischen Frage diskutiert wird, die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik als Verbrechen anerkannt wird, das nur einhergehend mit einer Lösung verzeihbar sein wird. Während mit der Aktion "Identitätsbekenntnis" die Gerichte in Lösungsplattformen umgewandelt werden, muss an der Überwindung jeder Einstellung, jeder Haltung, die einer Lösung im Wege steht, gearbeitet werden. Einhergehend mit verschiedenen Initiativen auf anderen Ebenen muss alles auf die Akzeptanz der nationalen Wirklichkeit gerichtet werden. Der Beginn dafür ist der 31. Mai"

(ÖP, 23.5.,ISKU)



Auftakt der "Identitätskampagne" in Berlin

Am Donnerstag begann mit einer öffentlichen Kundgebung am Brandenburger Tor in Berlin die Massenkampagne zum "Identitätsbekenntnis".
Mehr als Tausend Kurdinnen und Kurden kamen aus diesem Anlass zusammen, um sich öffentlich zu ihrer Identität zu bekennen. verschiedene RednerInnen kurdischer und deutscher Organisationen traten bei der Veranstaltung auf, die von einer parallel stattfindenden Pressekonferenz begleitet wurde.
Das Organisationskomitee gab bereits im Vorfeld eine Erklärung ab, in der u.a. die Bedeutung des Veranstaltungsortes hervorgehoben wurde: "Einhergehend mit der Haltung und historischen Rolle Deutschlands zur kurdischen Frage, sind kurdische Institutionen in Deutschland mit Verboten und Repression konfrontiert. Die PKK ist seit 1993 verboten. Deutschlands Politik kriminalisiert alle Menschen aus Kurdistan. Die Haltung Deutschlands gegenüber den Kurden zu begreifen, ist nicht möglich. Und diese Haltung ist gleichzeitig ein schlechtes Vorbild sowohl in Europa als für die Türkei und die Staaten in der Region, die westliches Recht und Justiz als Beispiel nehmen. Deshalb und aus weiteren historischen Gründen haben wir für den Start der Kampagne Berlin gewählt."

(ÖP, 30.5./ISKU)

Neuerscheinung

Asiti Nr. 2

Bulletin der Internationalen Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan" mit Beiträgen von: *Akin Birdal, Irfan Dündar, Prof. Dr. Andreas Buro, Karin Leukefeld u.a.*

www.freedom-for-ocalan.com/asiti

Meldungen

72 Festnahmen von HADEP Mitgliedern

Am Donnerstag den 24.5 sind in der südtürkischen Stadt Mersin 54 und in der westtürkischen Stadt Aydin 18 Mitglieder der HADEP festgenommen worden. Gegen 27 von ihnen wurde Anklage wegen Unterstützung der ArbeiterInnenpartei Kurdistans (PKK) erhoben. Das Staatssicherheitsgericht (DGM) in Adana hatte die Durchsuchung von HADEP-Büros angeordnet. Die jüngsten Festnahmen würden den Friedensprozess im überwiegend von Kurden bewohnten Südosten des Landes nicht unterstützen, sagte der stellvertretende Vorsitzende der HADEP, Hamit Geylani, in einer Stellungnahme. Am 26.5 begannen Sitzstreiks von ca. 500 HADEPlern bei der Provinz-Parteizentrale. Während der Protestkundgebung wurden folgende Parolen gerufen: "HADEP Halktir - Halk Burada - HADEP ist das Volk und das Volk ist hier", "Baskilar Bizi Yildiramaz - Repression kann uns nicht einschüchtern" und "Bijî Asitî - Es lebe der Frieden". Als auch kurdische Parolen gerufen wurden, entstand eine kurz andauernde Rangelei durch die intervenierende Polizei. In einem Redebeitrag während des Protestes kündigte der Provinz-Vorsitzende, RA Muzaffer Akad, die gesteigerte Fortsetzung demokratischen Protestes bis zur Freilassung der Festgenommenen an. Ali Riza Yurtsever bewertete das Vorgehen gegen HADEP, die nach offiziellen Angaben mit 62 000 Stimmen die drittstärkste Partei in Mersin ist, als beschämend. Am 26. kam es zu weiteren Festnahmen. Im Rahmen von Wohnungsrazzien wurden die ehemaligen Ortsvorstandsmitglieder Ferhat Aka und Sultan Aktepe festgenommen.

(ÖP, AP, 27., 26.5., ISKU)

Erneute Militärbewegung im Süden

Wie bekannt wurde, hat sich die türkische Armee in Südkurdistan (Nord Irak) im Kani Cenge-Gebiet in den letzten drei Tagen wieder in Kriegsposition begeben. Im Soran-Gebiet gab es vermehrt Flüge von türkischen Kriegsflugzeugen.
Während die Türkei in Südkurdistan einerseits versucht, eine zivile Organisierung zu entwickeln, hat sich gleichzeitig die Anzahl der MIT-Mitarbeiter in Zaxo und Süleymaniya erhöht. Desweiteren wurde bekannt,

225.Tag des Todesfastens

Ugur Türkmen 23. Gefallener im Todesfasten

Das Todesfasten hat am 27.5. das 23. Menschenleben gefordert. Der 29jährige Ugur Türkmen, Mitglied von TAYAD,



starb am Sonntag in seiner Wohnung in Mersin am 204. Tag. Er hatte das Todesfasten auch nach seiner Haftentlassung am 5. Januar fortgesetzt. Ugur Türkmen hatte mit dem Todesfasten im vergangenen November im Gefängnis Ceyhan, Ankara begonnen, wo er zwei Jahre in Haft war.

Das Todesfasten weitet sich aus

Vom 11. Mai an bis heute haben sich ca. 100 weitere Gefangene angeschlossen. Im Gegensatz zu den früher beginnenden Todesfastenden nimmt diese Gruppe von Anfang an kein Vitamin B1 zu sich, wodurch der sehr frühe Tod und bleibende Schäden vorauszusehen sind. Ausserdem führt die Wettererwärmung zu erhöhtem Flüssigkeitsverlust.

Nach Hatice Yazgan wurde auch Eylem Yesilbas, die im Todesfasten bleibenden Gedächtnisverlust erlitten hat, aus der Haft entlassen. Ihre Strafe wurde ausgesetzt. Eylem Yesilbas war 1996 als mutmassliches DHKP-C-Mitglied verhaftet und zu 12.5 Jahren Strafe verurteilt worden. Sie begann das Todesfasten im Gefängnis von Malatya und setzte es nach der Gefängnisoperation vom 19. Dezember im Ankara Numune Krankenhaus fort. Nach dem bleibenden Gedächtnisverlust forderten ihre Anwälte die Aussetzung ihrer Strafe. Letztes Wochenende wurde sie entlassen. Sie agiert wie ein Kind, erinnert sich nicht an ihre Vergangenheit, erkennt ihre Familie nicht und kann auch neue Informationen nicht behalten. Nach Angaben von TAYAD haben inzwischen 37 Gefangene als Folge der Zwangsernährung unwiederbringlich ihr Gedächtnis verloren. Die Regierung hält mit der Zwangsernährung künstlich die Zahl der Toten niedrig. TAYAD bezeichnet die Gefangenen ohne Gedächtnis als lebende Tote.

Die beiden Busse mit Angehörigen und VertreterInnen des IHD, 15 Vereinen, Intellektuellen und KünstlerInnen, die letzte Woche aus Istanbul nach Ankara aufgebrochen waren um Gespräche mit der Regierung aufzunehmen, wurden von einer Menschenmenge empfangen. Später teilten sie sich in drei Gruppen auf, um Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer, Justizminister Hikmet Sami Türk und Mitglieder der Parlamentarischen Menschenrechtskommission aufzusuchen. Während Sezer und Türk sich weigerten, die Delegation zu empfangen, gelang es der dritten Gruppe, ins Parlament zu kommen.

Gegen vier Ärzte wurde ein Verfahren eröffnet, da sie die Gefangenen nicht zur Aufgabe überredet haben. Die Ärzte müssen mit bis zu sechs Monaten Haft rechnen. *(Radikal, Halkin Sesi, ÖP, 27./28.5., ISKU)*

Der IHD Istanbul erbittet Geldspenden für die medizinische Versorgung der Hungerstreikenden:

Informationsstelle Kurdistan
PGA Köln, BLZ 37010050,
Kontonummer: 3968-506
Kennwort: 'Hungerstreik'

Dokumente belegen: deutsches und türkisches Außenministerium lügen im Fall Andrea Wolf

Will die deutsche Justiz ein Kriegsverbrechen vertuschen? Diesen Verdacht äußerten Mitglieder der Internationalen Unabhängigen Untersuchungskommission (IUK) zur Aufklärung der Todesumstände von Andrea Wolf am Dienstag auf einer Pressekonferenz in München. Andrea Wolf, mit kurdischem Namen Ronahî, war nach Aussagen einer entkommenen Guerillakämpferin im Oktober 1998 von türkischen Soldaten gefangengenommen, gefoltert und ermordet worden. Dem Auswärtigen Amt gegenüber hatte die Türkei dagegen erklärt, über den Verbleib der deutschen Guerillakämpferin keine Informationen zu besitzen.

Der IUK liegen jetzt Aktenauszüge des Staatssicherheitsgerichts in Van sowie Verhörprotokolle vom Dezember 1998 vor, die beweisen, dass die türkischen Behörden sehr wohl über detaillierte Erkenntnisse verfügen. Mehrere gefangene Guerillakämpfer aus Ronahîs Einheit hatten in Verhören der Gendarmerie Ort und Datum des Gefechts ebenso bestätigt wie den Tod der deutschen Kämpferin.

Auch nach Vorlage der neuen Beweise hat das Auswärtige Amt weder ein Amtshilfeersuchen an die Türkei in die Wege geleitet, noch die notwendigen Schritte unternommen, um die überlebenden Zeugen des Gefechts zu vernehmen. »Es drängt sich der Verdacht auf, daß das Auswärtige Amt auch unter dem grünen Außenminister Fischer im Schulterschluß mit dem NATO-Partner Türkei dazu bereit ist, die Aufklärung eines Kriegsverbrechens seit Jahren zu verschleiern«, befürchtet die IUK. *(jW, 31.5., ISKU)*

Ibrahim Kaypakkaya-Gedenkfestival

Am Samstag, den 26. Mai fand in Oberhausen das "Internationale 18. Mai Festival" zum Gedenken an den Revolutionär Ibrahim Kaypakkaya statt. An dieser Veranstaltung zu seinem 29. Todestag beteiligten sich ca. 8000 Menschen. Vor der Bühne waren Bilder der Gefallenen des Todesfastens aufgebaut.

Als Redner traten VertreterInnen der Vereinigung der Demokraten aus Kurdistan (YDK), des Solidaritätskomitees mit den revolutionären Gefangenen (DETUDAK), der TKP (ML) sowie der Familien der Gefallenen auf. Haluk Gerger, der im Namen einer Delegation die Peru besucht hatte sprach, übermittelte Grüsse: "Das Volk von Peru interessiert sich sehr für Herrn Öcalan und die Kurden".

Ein TIKKO-Kommandant beteiligte sich telefonisch an dem Gedenkabend. Er erklärte, dass sich die revolutionäre Bewegung der Türkei nicht dort befinde, wo sie eigentlich sein müsse. Jede Bewegung müsse Selbstkritik üben. Das türkische und kurdische Volk hätten ihr Schicksal vereinigt und es müsse gemeinsam gekämpft werden. Weiter rief der Guerillakommandant zur Solidarität mit den todesfastenden Gefangenen auf.

Als MusikerInnen traten ua. Suavi, Nilüfer Akbal, Koma Berxwedan, Grup Munzur und Ferhat Tunc auf.

(ÖP, 28.5., ISKU)

Aufruf zur Prozessbeobachtung

Das FrauenRechtsBüro gegen sexuelle Folter e.V., Berlin ruft zur Beobachtung dreier Prozesse gegen Frauen, die sich öffentlich gegen sexuelle Folter in Polizeihaft wehren, auf, die am 15, 21 und 28 Juni in Istanbul stattfinden. Frauen, die an einer Delegationsreise teilnehmen wollen, werden gebeten, dem Projekt mitzuteilen, wer wann kommt und mit wem Interviews gewünscht werden.

FrauenRechtsBüro gegen sexuelle Folter e.V., c/o Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V., Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, Tel: 0177 233 18 48, email: juttaprojektJtt@netscape.net
www.mediensyndikat.de/prozess

dass es ein erneutes Treffen zwischen der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) und türkischen Vertretern gegeben hat. Einzelheiten daraus wurden nicht veröffentlicht. Bei der Verlegung von Militär ins Botan-Gebiet hat die türkische Armee alle Straßen gesperrt. Einhergehend mit der Militärbewegung des türkischen Staates im Gebiet, sind auch Bemühungen des Iraks zu beobachten, gegen einen möglichen Angriff in Stellung zu gehen. *(ISKU, ÖP, 28.5.)*

Gewerkschaftsdemonstration nicht aufzuhalten

Der von KESK am 21. Mai begonnene Marsch auf Ankara hat am 26.5. in Ankara unter der Beteiligung aus verschiedener Provinzen kommenden KESK-Mitglieder sein Ende gefunden. Die Polizei griff die Gewerkschaftler an und nahm 2000 Personen fest. Trotz aller Behinderungen und Versammlungsverbot gelang es rund 15.000 Angestellten des öffentlichen Dienstes, auf den Kizilay-Platz zu gelangen und dort eine Demonstration durchzuführen. Gewerkschaftsführer forderten die Regierung auf, die Pläne für die neuen Gesetze zurückzunehmen. Sie kritisierten, dass die öffentlichen Angestellten weiterhin nicht an Streiks teilnehmen dürften. Die türkische Verfassung verbietet dies Angestellten im öffentlichen Dienst. *(ISKU, ÖP, web.de, 26., 27.5.)*

Quellen:
ÖP=Özgür Politika
jw=junge Welt

Termine

Veranstaltung von YXK, Verband der StudentInnen aus Kurdistan - **Höre die Stimme von Munzur!** Das Staudammprojekt in Dersim, am 03.Juni um 16.00 Uhr in Hamburg, HWP, Von-Melle-Park 9

Diskussionsveranstaltung
José Bové - Die Welt ist keine Ware, Bauern gegen Agromultis am 1. Juni um 20 Uhr in der Johanneskirche, Saarbrücken
AKTION 3.WELT Saar,
Tel.: 06872 / 9930-56
e-mail: a3wsaar@t-online.de

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
**Informationsstelle Kurdistan
Ludwigstr. 13
20359 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org**
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
**PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506**
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 7
8. Juni 2001

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

"Grund der Krise ist der schmutzige Krieg"

Staatspräsident Sezer zu Besuch in Diyarbakir

Staatspräsident Ahmet Sezer ist auf seiner Reise durch Kurdistan in Diyarbakir von Zehntausenden empfangen worden. Als Sezer erschien, liessen sie weisse Tauben aufsteigen, riefen Parolen: "Es lebe der Frieden - Es lebe die Demokratische Republik" und zeigten Transparente mit der Aufschrift "Frieden bedeutet Gewinn für alle", "Ich möchte in mein Dorf zurückkehren" und "Grund der Krise ist der schmutzige Krieg". Als Antwort auf die Begrüssung der Bevölkerung von Amed begnügte sich Sezer damit, vom Fenster seines Dienstwagens aus zu winken.

Beim Besuch im Industriegebiet wurde Sezer vom Vorsitzenden der Industrie- und Handelskammer Diyarbakir, Kutbettin Arzu, ein vierseitiger Bericht über die Probleme in der Region überreicht. Der Bericht betont die Notwendigkeit der Beschleunigung des Dorfrückkehr-Projektes: "Was die dringende Aufhebung des Dorfschützersystems und die Säuberung der Region von Minen betrifft, ist die gesamte Öffentlichkeit einer Meinung."

'Problembericht' für Sezer'

Die Demokratieplattform Diyarbakir stellte in einem 'Problembericht', in dem 224 Parteien, Berufskammern und Organisationen Forderungen nach Lösung der kurdischen Frage, Ausbildung und Medien in kurdischer Sprache, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Auflösung des Dorfschützersystems, Beendigung der Menschenrechtsverletzungen, Auffindung der Verschwundenen, Aufklärung der 'Verbrechen unbekannter Täter', die notwendigen Vorkehrungen für die Rückkehr in die Dörfer, die Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens der Bevölkerung, die Aufhebung der Todesstrafe sowie vor allem Gesetzesänderungen für die Demokratisierung der Türkei, auf. Sezer, der in Diyarbakir nur mit offiziellen Vertretern zusammentraf und keine Ansprache an die Bevölkerung hielt, liess die Forderungen ohne Antwort.

Der Vorsitzende des IHD Diyarbakir, Osman Baydemir erklärte: das Volk bestehe auf der Verbesserung von Menschenrechts- und Demokratiestandarts. "Das hat die Bevölkerung auch heute auf höchster Ebene gegenüber dem Staatspräsidenten zum Ausdruck gebracht. Frieden, Demokratie und Menschenrechte sind für die Menschen in der Region so wichtig wie Wasser und Brot."

'Identitätsbekenntnis' jetzt sofort

Zur 'Identitätsbekenntnis' Kampagne sagte Nizamettin Tas in MEDYA-TV: "Das Volk muss seine politische Identität deutlich machen, muss also auch, um die Aufhebung des PKK-Verbots zu erreichen, sagen können: 'Ich bin PKK'. Die Offensive verfolgt das Ziel, die Anstrengungen Europas offenzulegen, den Einfluss der PKK zu zerstören. Die Bemühungen, die PKK zu isolieren und aus der Lösung herauszuhalten, müssen durchkreuzt werden. Wenn die kurdische Frage gelöst werden soll, muss die PKK als Gesprächspartnerin angenommen werden. Das werden die Kurden deutlich machen."

Auch Osman Öcalan hatte sich zum Sezer Besuch und zur 'Identitätskampagne am 1. Juni bei Medya-TV geäussert: "In Kurdistan gibt es täglich neue Beitritte zur Guerilla von überall her. Dafür müssen wir keine besonderen Anstrengungen aufbringen. Wir können jederzeit so viele Menschen in die Berge bringen, wie wir wollen. Das soll nicht als Drohung aufgefasst werden. Aber wir können wann immer wir wollen einen Krieg beginnen. Trotzdem sagen wir nicht Krieg, sondern Politik, nicht Guerilla, sondern politischer Serhildan. Dabei handelt es sich nicht um eine erzwungenermassen angenommene Veränderung, sondern um etwas, das wir von Anfang an unter Berücksichtigung des Nutzens für unser Volk und andere Völker und im Glauben an den Erfolg getan haben."

(ÖP, 2/5/7.6., ISKU)



Verboten ist, den Frieden zu verbieten

Aufruf an die Bundesregierung zur Aufhebung des Betätigungsverbots der ArbeiterInnen Partei Kurdistans (PKK) in Deutschland

YEK-KOM, Azadi e.V., medico international und der IPPNW wollen am 17. und 18. November 2001 ein Symposium veranstalten, in dem die Hintergründe und Folgen des PKK-Verbotes thematisiert werden. Um dieses Symposium zu unterstützen wird zu einer Unterschriftenkampagne aufgerufen.

Aus dem Aufruf: Die in Deutschland immer noch verbotene Kurdische Arbeiterpartei (PKK) hat einseitig und ohne Gegenleistung die Fortführung des bewaffneten Kampfes eingestellt: In Erwartung, dass die aufrichtige Geste des Friedens den Dialog zu einer friedlichen und demokratischen Versöhnung in der Türkei ermöglicht. In der Hoffnung, dass die international anerkannten Rechte auch der Kurdinnen und Kurden in der Türkei und international bestätigt werden. Um den historischen Konflikt endgültig zu lösen, den Krieg zukünftig unmöglich zu machen, um die Türkei auf dem gemeinsamen Weg nach Europa als demokratische Zivilgesellschaft einzurichten.

Soll diese große Hoffnung weiter verboten sein?·

- Die Aufhebung des PKK-Verbotes, die erst den freien, offenen Dialog zwischen allen Beteiligten ermöglicht?
- Die Annahme des Friedensangebotes als Beispiel für die gesellschaftliche Entwicklung der Türkei?
- Die zur Versöhnung ausgestreckte Hand, die nur ergriffen werden kann, wenn allen Partnern des Friedensprozesses zivilgesellschaftliche Anerkennung gilt?
- Die erklärte Bereitschaft, die großen Opfer und die schrecklichen Wunden der Vergangenheit gemeinsam aufzuarbeiten? · Der legitime Wunsch, die freie und ungehinderte Tätigkeit der PKK und aller kurdischen Vereine in Deutschland auch zu legalisieren?

Der vollständige Aufruf ist auf unserer Internetseite.

Meldungen

Operation in Yüksekova

Die türkische Armee hat in Yüksekova bei Hakkari vor vier Tagen, im Anschluss an den Besuch Sezers in Hakkari, eine Operation begonnen. Wie aus örtlichen Quellen verlautbar wurde, sind tausende von Soldaten und schweres Kriegsgerät mit Flugzeugen und Hubschraubern in das Gebiet gebracht worden. Zu Kampfhandlungen sei es noch nicht gekommen. *(ÖP 5.6., ISKU)*

Glänzender Abschluss des Kulturfestivals in Amed

Das neun Tag währende 'erste Kultur- und Kunstfestival Diyarbakir' ist gestern mit einem begeisternden Konzert zu Ende gegangen. Zehntausende versammelten sich an der historischen Stadtmauer und riefen 'Biji Serok Apo'. Der Bürgermeister von Diyarbakir, Feridun Celik, bedankte sich für das gezeigte Interesse am Festival und erklärte: "Wir werden aus Diyarbakir das Weltzentrum der Geschwisterlichkeit machen." Als im Verlauf des Programms Friedenstauben fliegen gelassen wurden, riefen Zehntausende "Barisa Uzanan eller kirilsin - Die den Frieden angreifenden Hände sollen brechen", "Biji Asiti - Es lebe der Frieden", "Öcalan Öcalan", "Siyasi irade engellenemez - Der politische Wille kann nicht aufgehalten werden". Der stellvertretende HADEP-Vorsitzende Osman Özcelik begann seine Ansprache mit den Worten: "Merhaba Amed, Ahmet Arif, Ape Musa, allen bekannten und unbekannten Helden. Merhaba. (...) Es hiess doch, ihr habt keine Sprache, keine Identität, wer seid ihr?" Der Friede werde aus den Händen des Volkes kommen. Die Friedenshand des Volkes werde nicht in der Luft verharren, denn der von der Türkei ersehnte Friede werde unbedingt kommen, so Özcelik. Nach Beendigung des Konzertes setzten sich die Massen unter der Parole 'Biji Serok Apo' in Bewegung, woraufhin die Polizei eingriff. *(ÖP, 5.6., ISKU)*

Treffen ehemaliger PKK-Gefangener

Ehemalige PKK-Gefangene, die Anfang der achtziger Jahre nach dem Militärputsch ins Gefängnis kamen und als "Apocular" bekannt sind, trafen sich in der Schweiz. Sie überlebten trotz schwerer Folter zwischen fünf und zwanzig

Forderungen aller todesfastenden Gefangenen

232. Tag des Todesfastens

Alle Forderungen sind humanistisch und akzeptabel
Die gemeinsamen Forderungen aller todesfastenden Gefangenen sind erneut in vier Artikeln formuliert worden. Die Gefangenen von DHKP-C, TKP(ML), TKIP, TKP/ML, TIKB, Direnis Hareketi, TDP, MLKP, DY und MLSPB sind entschlossen, die Aktion bis zur Erfüllung ihrer Forderungen fortzusetzen.
Sie fordern:
"1. Ohne architektonische Veränderungen, die Schliessung der Einzel- und Dreierzellen und die Gewährung, dass wir als Gefangene ohne Vorbedingungen zusammen leben können, ist die Isolation nicht aufgehoben. Die Isolation muss beendet werden.
2. Alle Gesetze und Vorgehensweisen, die darauf angelegt sind, unsere Gedanken zu vernichten, müssen aufgehoben werden.
3. Es müssen bedingungslose Verhandlungen mit Gefangenenvertretern angefangen werden.
4. Zwangsernährung ist Folter. Einem Menschen bleibende Behinderungen zuzufügen, ist ein Verbrechen. Die Zwangsernährungsfolter muss beendet werden."

Gefangene vorübergehend freigelassen
Zwölf Gefangene, die sich wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes aufgrund des Todesfastens im Krankenhaus in Izmir befanden, sind am 30.5. abends überraschend entlassen worden. Die Gefangenen, die seit über 200 Tagen im Todesfasten sind, wurden ohne Angehörige und AnwältInnen zu informieren, vor die Tür des Krankenhauses gesetzt. Den Gefangenen wurde mitgeteilt, sie hätten ihre Haft nach sechs Monat wieder anzutreten. Ein Teil der Gefangenen setzt das Todesfasten fort.
Gökhan Özocak, der das Todesfasten nach seiner Entlassung gemeinsam mit Sevgi Erdogan und dem seit einer Weile todesfastenden Abdulbari Yusufoglu in Izmir fortsetzt, kommentierte die Entscheidung als beabsichtigte "Spaltung und Auflösung des Todesfastens."
Er erklärte, mit dem Entscheid werde bezweckt, die Gefangenen mit ihren Familien zu konfrontieren und zur Entscheidung zwischen Leben und Tod zu zwingen. Er berichtete, dass er im Krankenhaus ans Bett gekettet zwangsernährt worden sei. Trotzdem setze er die Aktion auch am 169. Tag fort. Sevgi Erdogan sei mehrmals zwangsbehandelt worden. Erdogan befinde sich im 219. Tag.
Über das Vorgehen im Krankenhaus berichtete Özocak: "In dem Saal, in dem ich mich befand, sind Abdullah und Celal gefallen. Daraufhin sind sofort Soldaten und Ärzte zu uns gekommen und haben uns mit Gewalt auf Bahren nach oben gebracht. Sie ketteten mein rechtes Bein an und fesselten meine Arme. Ich wurde gewaltsam zwangsernährt. Als Resultat bildeten sich Blutödeme auf meinem Körper. Ich habe den Tropf abgerissen, bei erster Gelegenheit habe ich das Todesfasten fortgesetzt."
Die stellvertretende IHD-Vorsitzende Kiraz Bicici erklärte, der IHD unterstütze die Entlassung von aus gesundheitlichen Gründen haftunfähiger Gefangener. Sie wies aber darauf hin, dass mit diesen und folgenden Entlassungen versucht werde, eine Lösung vorzutäuschen. Weiter sagte Bicici: "Sechzig der Gefangenen sind hilflos wie Kinder und die Zuständigen können mit dieser Situation nicht umgehen. Die vierte Gruppe hat das Todesfasten begonnen und eine fünfte Gruppe wird vorbereitet. Das Problem der Zeit zu überlassen, wird es nur vergrössern." Auch RA Özlem Durmaz erklärte; "Einige Gefangene sind entlassen worden, andere im gleichen Zustand wiederum nicht."
Eine weitere dreiköpfige TAYAD-Gruppe hat sich im Anschluss an eine Pressekonferenz dem Todesfasten in einer Wohnung in Kücükarmutlu/Istanbul angeschlossen. In der Wohnung sind bereits Gülsüman Dönmez, Senay Hanoglu und Canan Kulaksiz gestorben.
Von Serhat Karadumanli, der mit elf weiteren Gefangenen unerwartet aus dem Krankenhaus in Izmir entlassen worden war, wurde bekannt, dass er erneut ins Krankenhaus eingeliefert wurde, wo er in bewusstlosem Zustand behandelt wurde
(ÖP, 2/5.6., ISKU)

Der IHD Istanbul erbittet Geldspenden für die medizinische Versorgung der Hungerstreikenden:
Informationsstelle Kurdistan
PGA Köln, BLZ 37010050,
Kontonummer: 3968-506
Kennwort: ‚Hungerstreik'

Verdacht auf C-Waffeneinsatz

16 Guerillas der Volksverteidungskräfte getötet

Nach Angaben örtlicher Quellen begann vor zwei Wochen eine Operation in der Umgebung von Bingöl-Yedisu unter Beteiligung von 2000 Militärs. Die Guerillagruppe unter der Kommandantur des Koordinators von Erzurum, Özgen Bingöl (Ismail) durchbrach die Umkesselung des Militärs und zog ins Gebiet Zesilgöze-Seytandaglari. Dort starb bei einer Kampfhandlung ein Offizier. Drei Soldaten wurden verwundet. Die Militäreinheiten setzten die Operation fort und umkesselten 16 Guerillas der Volksverteidungskräfte, die sich in einer Höhle befanden. Alle wurden getötet. Dass sie gemeinsam in einer Höhle starben, hat den Verdacht auf den Einsatz chemischer Waffen aufkommen lassen. Erhärtet wird dieser Verdacht noch dadurch, dass den aus Mus und Bingöl kommenden Angehörigen der Getöteten die Leichname zunächst nicht ausgeliefert wurden. Stattdessen wurden sie von Soldaten mit einem Traktor nach Yedisu gebracht und dort in einem Massengrab begraben. Aus örtlichen Quellen geht hervor, dass sich während der Operation zwei Guerillas der Jandarma ergeben haben. Es ist die Rede davon, dass der Aufenthaltsort der Guerillagruppe von ihnen verraten wurde.
Nach einem intensiven Rechtsstreit konnten Familienangehörige erreichen, daß fünf Leichen wieder ausgegraben und übergeben wurden. Sie wurden in ihren Dörfern in Mus-Varto und Amed beerdigt. Bei der Beerdigung von Özgen Bingöl (Ismail, Erzurum-Koordinator) in Varto wurden die Ausweise von ca. 200 Personen, darunter auch HADEP-Vorstandsmitglieder, beschlagnahmt, die an der Trauerfeier teilnahmen. Inzwischen haben die betroffenen Familien in einem Antrag an MAG-Der (Hilfs- und Solidaritätsverein) mitgeteilt, dass die 16 PKK-Guerillas mit Giftgas getötet worden sind.
Weiter wird in der Erklärung festgehalten, dass auf den zur Identizifierung aufgenommenen Fotos der Leichname zerfetzte Körper und nicht zu erkennende Gesichter zu sehen seien. Die in der Umgebung von Yedisu bei Bingöl begonnene Militäroperation geht weiter und hat sich auf die Gebiete Amed-Kulp und Bingöl-Kigi ausgedehnt.
(ÖP, 5/6/7.6., ISKU)

Der Kurdistan Report101 ist soeben erschienen - u.a. mit:



- Wenn eine Frau ein klares Ziel hat, wird sie auch Mittel und Wege finden... Mit der Freien Frauenpartei PJA in die Zukunft
- Das dürre Tal ist wieder lebendig Eine Fahrt in das Flüchtlingslager Maxmur
- Das große Spiel geht verloren Eine Analyse über Ölinteressen im Kaukasus

Jahre im Gefängnis. Sie gründeten eine Initiative, in der Lösungen für die eigenen Probleme gefunden werden sollen. Diese sollen dann der ganzen Gesellschaft zukommen. "Wir befinden uns in einer Zeit, in der Sozialisierung und Politisierung verfestigt werden. Jeder Bereich der Gesellschaft organisiert sich neu. Wir hier, als Kämpfer der ersten Stunde befinden uns aus verschiedenen Gründen fern vom Kampf oder nur am Rand. Das kann nicht unsere Haltung sein. Die Gesellschaft akzeptiert diese Haltung auch nicht." Die Gruppe will auch die sich im Gefängnis befindenden FreundInnen ideell und materiell unterstützen und sich ihrer Angehörigen annehmen. *(ÖP, 3.6.,ISKU)*

Iran liefert zwei Guerillas aus
Die iranische Führung hat in Zusammenarbeit mit der Türkei zwei Guerillaangehörige der Volksverteidigungskräfte an die Türkei ausgeliefert. Nach Informationen örtlicher Quellen wurden die beiden aufgrund ihrer langandauernden Aktivität in dem Gebiet von türkischen Einheiten beobachtet. Die Auslieferung erfolgte nach einem Besuch des türkischen Innenministers Saddettin Tantan im Iran. *(ÖP, 2.6., ISKU)*

Quellen:
ÖP=Özgür Politika

Termine

Staatlich verordnetes Ende von Dersim!
Vortrag vom Komitee zur Rettung des Munzur-Tales und NABU - Naturschutzbund mit einem aktuellen Dokumentationsfilm und einer Fotoausstellung über die Staudämme in Dersim. Am 06.06.2001 um 19.30 Uhr im Köhlersaal, Hochschulstr. 1, Technische Universität Darmstadt - Verband der StudentInnen aus Kurdistan und Internationalismusreferat im AStA der TUD

Veranstaltung über den **Hungerstreik und das Todesfasten in der Türkei** - Infocafe Anna & Arthur am 15.6 um 19.30 Uhr in Lüneburg, Katzenstr. 2

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Ludwigstr. 13
20359 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 8
15. Juni 2001

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

1500 Kurdinnen und Kurden bezichtigten sich als PKK'ler!

"Auch ich bin ein PKK'ler"

Am 13. Juni wurden während des Prozesses gegen den kurdischen Politiker Sait Hasso, dem Oberlandesgericht Düsseldorf 1470 Selbstanzeigen übergeben. Die ganzseitigen Erklärungen, in denen sich die Kurdinnen und Kurden selbst als PKK'ler bezichtigten, wurden dem Vorsitzenden Richter Herrn Breitling von zwei deutschen Rechtsanwälten ausgehändigt.

An der Kundgebung vor dem OLG nahmen annähernd 1000 Personen teil und erklärten, dass ihre Aktion ein Betrag für die Entwicklung des Friedens ist und sie ihre Identität nicht verbieten lassen werden. Während der Kundgebung riefen die TeilnehmerInnen "Ich bin PKK!", "Es lebe unser Vorsitzender Öcalan!", "Tausende Grüsse nach Imrali!" sowie "Weg mit dem PKK-Verbot!". Drei Personen wurden von der Polizei vorübergehend festgenommen. Die DemonstrantInnen leisteten keinen Widerstand und verhinderten somit jegliche Ausschreitungen.

Die Selbstanzeigen als PKK´lerInnen sind Teil der "2. Friedensoffensive", die von der PKK im vergangenen Monat ausgerufen wurde, um die Anerkennung der kurdischen Identität voranzutreiben. (siehe Nuce Nr. 5). Wir veröffentlichen nachfolgend den Wortlaut der Selbstanzeige, die in Düsseldorf übergeben wurde. Eine Unterschriftenliste kann bei uns angefordert oder von unserer Webseite heruntergeladen werden.

"Auch ich bin ein PKK'ler"

"Da dem kurdischen Volk selbst das elementare Lebensrecht vorenthalten wurde, blieb ihm keine andere Wahl als der Griff zu den Waffen. Nach über zwanzig Jahren Krieg, wurde von unserer nationalen Führung, Abdullah Öcalan, ein strategischer Wechsel eingeleitet. Seit zwei Jahren kämpft die PKK mit ausschliesslich politischen Mitteln für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage. Auf der Grundlage dieser neuen Strategie durchlebt die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) eine umfassende Erneuerung. Zu einer Lösung fest entschlossen, hat sie ihre politischen Aktivitäten entgegen aller Widerstände weiterentwickelt, ohne den legalen Rahmen zu verlassen.

Auch wenn in geografischer Hinsicht die kurdische Frage im Mittleren Osten entstanden ist, ist sie aufgrund ihrer historischen, politischen und internationalen Verbindung, dennoch ein Problem Europas, das auf seine Lösung wartet. So spielte Europa bei der Festlegung der Grenzen des Mittleren Ostens eine führende Rolle. Deshalb sieht sich nun Europa mit der Aufgabe konfrontiert, auch bei einer Lösung der dortigen Probleme seine Rolle zu spielen. Genau wie es mit der Entführung unseres Vorsitzenden im Rahmen eines internationalen Komplotts das Fehlen einer Lösungsperspektive zeigte, nutzt Europa auch heute nicht die Gelegenheit, die sich durch die PKK bietet.



Selbstanzeige vor dem OLG - Foto: Özgür Politika

Während die Mehrheit der europäischen Mitgliedsstaaten die Einhaltung der Kopenhagener Kritierien zur Vorraussetzung für die Aufnahme der Türkei in die Europäischen Union macht, negieren sie gleichzeitig den nationalen und politischen Status der Kurden, die in Europa leben. So beharren insbesondere Deutschland und England gegenüber der PKK, als die legitime politische Vertretung des kurdischen Volkes, auf einer Politik der Verbote. Mit dieser destruktiven Haltung stellt sich Europa in den Kontext der gegen das kurdische Volk geführten Vernichtungs- und Verleugnungspolitik. Wie in der Vergangenheit so auch heute, setzt Europa seine negative Tradition fort. Dies stellt nichts anderes als eine Politik der Doppelmoral dar:

1. Auf dieser Grundlage erkläre ich als Angehöriger des kurdischen Volkes, dass ich die neue Linie der PKK teile, die seit zwei Jahren ihren politischen Kampf auf legaler Grundlage führt. Weiterhin erkläre ich mich der PKK zugehörig.
2. Ich rufe die europäischen Mitgliedsstaaten dazu auf, sich an den Massstäben messen zu lassen, die sie gegenüber anderen Nicht-Mitgliedstaaten anlegt. Ausserdem rufe ich diese Staaten dazu auf, bezüglich den in Europa lebenden Kurden, den erklärten Kriterien eines Beitrittes zu Europäischen Union selbst gerecht zu werden. Deshalb fordere ich für das kurdische Volk die offizielle Anerkennung der Rechte, die auch anderen Völkern zugestanden werden.
3. Weiterhin fordere ich die offizielle Anerkennung der kulturellen und politischen Werte, welche das kurdische Volk in einem großen Kampf geschaffen hat. In diesem Zusammenhang fordere ich die Achtung der nationalen und politischen Identität meines Volkes.
4. Ich unterstütze die Linie des demokratischen Kampfes der PKK, welche auch von ihrem 7. Kongress bestätigt wurde. In Anbetracht der Tatsache, dass die PKK in einem Zeitraum von zwei Jahren keine einzige Aktion unter Anwendung von Gewalt durchgeführt hat, fordere ich die Aufhebung sämtlicher Verbote, die sich gegenüber der PKK in Anwendung befinden.
5. Desweiteren erkläre ich, dass die einzige Garantie für eine dauerhafte Lösung, die Freiheit unseres nationalen Führers, Abdullah Öcalan, und die Schaffung von Möglichkeiten für sein politisches Wirken sind. Deshalb fordere ich: "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan".

Hiermit erkläre ich, dass ich das gegen die PKK ausgesprochene Verbot und die strafrechtliche Verfolgung der Mitgliedschaft in der PKK sowie der strafrechtlichen Verfolgung der aktiven Symphatie für die PKK, auf das Schärfste verurteile. Weiterhin erkläre ich, dass ich dieses Verbot nicht anerkenne und sämtliche Verantwortung übernehme, die sich daraus ergibt." *(KIZ, 13.6., ISKU)*

Meldungen

Minenexplosion in Silopi

In Silopi sind durch eine Minenexplosion nach offiziellen Angaben drei Menschen getötet und fünf verletzt worden. Örtliche Quellen teilten mit, dass die Minen von Militärs gelegt wurde. Ein Kleinlaster mit Feldarbeitern fuhr am morgen des 12.6. auf dem Weg in das 1993/94 von Militärs entvölkerte Dorf Gire Culyan (Derebas) am Fusse des Cudi-Berges im Kreis Silopi. Der Vorfall wurde vom Militär und zivilen Behörden in Cizre und Silopi bestätigt. Ca. 700 Menschen versammelten sich daraufhin vor dem Staatskrankenhaus Silopi. Alle Krankenwagen des Militärs, der Stadtverwaltung und Krankenhäuser waren im Einsatz. Ausserdem flog ein Militärhubschrauber zum Unglücksort. Sämtliche Zufahrtswege wurden vom Militär gesperrt. Auch die Krankenhäuser in Cizre und Mardin, in die Verletzten gebracht worden waren, wurden vom Militär eingekesselt. Sie verweigerten die Genehmigung, Verletzte ins Krankenhaus von Silopi zu bringen. *(ÖP 13.6., ISKU)*

95 Fussballer vor DGM

In Adana ging die Polizei gegen ein von der HADEP-Jugend organisiertes Fussballtunier vor und nahm fast 100 Personen fest. Bereits zuvor hatte die Polizei gegen ein Fussballturnier in Van interveniert und eine Jugendfeier in Adiyaman verboten. 36 Mannschaften beteiligten sich an dem Turnier, das letztes Wochenende begann und kommenden Sonntag beendet wird. Obwohl Staatsanwaltschaft und Polizei im Vorfeld von der Aktivität in Kenntnis gesetzt wurden und nach dem Parteiengesetz keine Erlaubnis erforderlich ist, wurde mit der Begründung, es sei keine Genehmigung eingeholt worden, von der Polizei interveniert. Festgenommen wurden neben dem Provinzvorsitzenden der HADEP Adana O. Fatih Sanli, und dem Provinzsekretär Hasan Beliren, 95 Jugendliche. Während Sanli und Beliren nach Aufnahme ihrer Aussagen freigelassen wurden, befinden sich die 95 Jugendlichen immer noch in Gewahrsam. Sie werden wegen Verstosses gegen Artikel 8 des Antiterrorgesetzes dem Staatssicherheitsgericht (DGM) vorgeführt. Desweiteren fand in der HADEP-Zentrale in Hakkari am 8. Juni mit staats-

239.Tag des Todesfastens

Tausende fordern Dialog

Während das Todesfasten am 239. Tag andauert, setzen auch Menschenrechtler und Angehörige ihre Suche nach einer Lösung fort und rufen weiter zum Dialog auf. Am 9.6. fand in Ankara eine Demonstration unter dem Motto "Respektierung des Rechtes auf Leben - Aufruf zum Dialog" unter Beteiligung verschiedener Menschenrechts-, Angehörigen- und demokratischen Massenorganisationen, politischen Parteien und Gewerkschaften statt. Organisiert wurde die Aktion von der Plattform "Aufruf zum Dialog", in der HADEP, ÖDP, SIP, EMEP, DBP, TMMOB, DISK, KESK, CHD, IHD, Volkshäuser, 68'er-Bündnis, Pir Sultan Abdal Kulturverein, die Stiftung Türkei- und Mittelostforum, die Intellektuellen- und Künstlerinitiave sowie Gefangenenangehörigenvereine organisiert sind. Es beteiligten sich annähernd 10 000 Personen aus verschiedenen Städten an der Demonstration. Bei der Abschlusskundgebung betonte der IHD-Vorsitzende Hüsnü Öndül, dass die Plattform die Isolationsbedingungen niemals akzeptieren und seine Aktivitäten fortsetzen werde.

Parallel zum Todesfasten in den Gefängnissen wird die Aktion auch draussen durchgeführt, zur Zeit an drei verschiedenen Orten: in den Istanbuler Stadtvierteln Kücükarmutlu und Büyükarmutlu sowie in Izmir. In Istanbul sind es acht Personen, überwiegend Frauen, in Izmir zwei, die ihre Aktion fortsetzen. In der Wohnung in Kücukarmutlu, in der bereits drei Frauen gefallen sind, sind seit Monaten vier weitere im Todesfasten. Fatma Sener befindet sich am 212. Tag, Hülya Simsek am 206, Zehra Kulaksiz (die Schwester von Canan Kulaksiz, die am 15. April am 137. Tag des Todesfastens starb) am 205. und Resit Sari am 182. Tag der Aktion. Diesen Vieren haben sich am1.6. drei weitere junge Frauen angeschlossen Im Gefängnis hat sich eine 5. Todesfastengruppe angeschlossen.

(ÖP 10./13.6., ISKU)

Zellensystem in Elazig

Im E-Typ Gefängnis Elazig ist vom Gemeinschaftszellen- zum Kleinzellensystem übergegangen worden. 17 Gemeinschaftszellen wurden zu 56 Kleinzellen umgebaut. 434 Gefangene sind jetzt in Dreier- bis Zehnerzellen untergebracht *(ÖP, 8.6., ISKU)*

Sendet Protestfaxe und e-mails an folgende Adressen:

Aussenminister Joschka Fischer:
poststelle@auswaertiges-amt.de
Fax: 01888- 173402
Bundeskanzleramt:
bundeskanzler@bundeskanzler.de
Fax. 030 - 40002357
Faxe und e-mail in die Türkei:
Staatspräsident Sezer:
0090-312 427 13 30
Ministerpräsident Ecevit:
0090-312 417 04 76
Justizminister Türk:
0090-312 417 39 54
hsturk@adalet.gov.tr
Generaldirektor der Haftanstalten:
0090-312 414 63 01,
ertosun@adalet.gov.tr

Der IHD Istanbul erbittet Geldspenden für die medizinische Versorgung der Hungerstreikenden: Informationsstelle Kurdistan, PGA Köln, BLZ 37010050, Kontonummer: 3968-506, Kennwort: ‚Hungerstreik'

Bis jetzt konnten DM 500,- an den IHD weitergegeben werden. Vielen Dank

Demonstration gegen Militärmassaker

20 Guerillas der Volksverteidungskräfte getötet

2000 Menschen demonstrierten am 13. Juni in Istanbul gegen die Ermordung von zwanzig Angehörigen der Volkverteidigungskräfte am 23. Mai in Bingöl durch das türkische Militär.
Nachdem sich die Menschen vor der Post Beyoglu versammelt hatten, verweigerte die Polizei die Abgabe einer Presseerklärung und griff sie mit Schlagstöcken an. Vierzig Personen wurden festgenommen. Nach dem Angriff kamen erneut Menschen vor dem Gebäude, in dem sich die Vereinsräume befinden, zusammen. Dort wurde die Presseerklärung verlesen:
"Jahrelang herrschte in unserem Land eine gewalttätige Atmosphäre, in der einige von uns ihre Partner verloren haben, andere ihre Geschwister oder ihre Kinder. Wir haben grosse Schmerzen erlitten und einen hohen Preis bezahlt. Unsere brennenden Herzen haben wir versucht, mit Tränen zu löschen." Das grundlegendste Problem des Landes bestehe in der Lösung der kurdischen Frage. Solange sich dieser Frage mit der bekannten Verleugnungs- und Vernichtungsmentalität angenähert werde, sei auch keine Beendigung der erlittenen Schmerzen abzusehen. Der Text wurde per Fax an den Staatspräsidenten, den Ministerpräsidenten, die Ministerien, die parlamentarische Menschenrechtskomission, den Europäische Menschenrechtsgerichtshof, die UN, das Internationale Rote Kreuz, Amnesty International sowie u.a. an Schriftsteller und verschickt. *(ÖP 14.6., ISKU)*

Neues Maulkorbgesetz für türkische Medien

Nach dem neuen Pressegesetz werden Sendungen, die gegen die «Moralvorstellungen der türkischen Familie und gegen die Prinzipien des Republikgründers Atatürk» verstossen oder bei Bürgern «Pessimismus hervorrufen» könnten, strafbar. Programme in kurdischer Sprache sind verboten.
Das in der letzten Woche vom Parlament verabschiedete neue Gesetz für die Oberste Aufsichtsbehörde für Radio und Fernsehen (RTÜK) ist derart restriktiv, dass es selbst regierungsnahe Journalisten völlig überraschte.
Alle Sendungen müssen in türkischer Sprache ausgestrahlt werden, heisst es darin ausdrücklich. Vom Verbot ausgeschlossen sind Nachrichten- und Musiksendungen in «universalen Sprachen». Da die offizielle Türkei Kurdisch nicht zu den universalen Sprachen zählt, ist unklar, ob künftig Lieder in kurdischer Sprache verboten werden.
Liberalisiert wurde hingegen der Markt. Nach dem neuen Gesetz könnte künftig eine Person sämtliche Printmedien aufkaufen und bis 50 Prozent der Aktien einer Reihe von Radio- und Fernsehsendern besitzen.
Das ermöglicht die Bildung von Medienmonopolen oder, wie die türkische Presse es nennt, die Schaffung von «türkischen Berlusconis». (NZZ, 13.6.,ISKU)

Solidaritäts-Eintrittskarte

"Sessiz Ölüm" ("Der Stille Tod") ist das neueste Werk des Regisseurs Hüseyin Karabey. "Sessiz Ölüm" wurde im April 2001 auf dem Istanbuler Filmfestival in einer digitalen Videofassung welturaufgeführt. Die Produktionskosten für eine kinotaugliche Filmrolle betragen ca. 50.000 DM. Nur eine solche Fassung ermöglicht den Kinoverleih in der Türkei und in Europa sowie die Teilnahme an internationalen Filmfestivals.
Wenn Ihr einen Beitrag dazu leisten wollt, dass die internationale Öffentlichkeit erfährt, wogegen sich die politischen Gefangenen mit ihrem Hungerstreik in der Türkei zur Wehr setzen, dann beteiligt Euch an dieser Kampagne der Solidarität für die Erstellung einer Kinoversion des Films. Kauft eine Eintrittskarte für 100 DM und werdet dadurch eine von 500 MitherausgeberInnen von "Sessiz Ölüm". Machen 500 Menschen mit, ist die Kinoversion des Filmes finanziert. Mehr im Internet: ***www.libertad.de***

anwaltlichem Durchsuchungsbefehl eine Razzia statt, bei der verschiedene legale Bücher und Zeitschriften beschlagnahmt wurden. Der HADEP-Vorstand von Hakkari kritisierte die Razzia als Willkürakt.

(ÖP, 11. 6., ISKU)

Ein Beispiel für Ankara

Das von der Frauenplattform Batman seit ca. einem Monat vorbereitete Treffen unter dem Motto "Frauensolidarität für den Frieden" hat gestern unter der Beteiligung von ungefähr 2500 Personen stattgefunden. Die aus den Metropolen der Türkei kommenden Frauen, darunter die DSP-Abgeordnete aus Aydin, Sema Piskünsüt hörten den Frauen aus Batman zu. In den Ansprachen wurden die Schmerzen des 15-jährigen Krieges und die Notwendigkeit der gemeinsamen Bewegung von Frauen zur Beendigung des Krieges zur Sprache gebracht.

(ÖP, 10.6., ISKU)

IHD- Menschenrechtsbericht Mai für die kurdischen Gebiete

Tote durch kriegerische Auseinandersetzungen: 23
Verbrechen unbekannter Täter: 2 Tote, 1 Verletzter
Festnahmen: 111
Folter und Misshandlung: 39
Verhaftungen: 23
Eingriffe bei Demonstrationen: 15 Verwundete
Verletzungen im Arbeitsleben
Verbannung: 1
In den Ausnahmezustandsgebieten verbotene Zeitungen und Zeitschriften: 17
Weitere Verbote (Theater, Pressekonferenz etc.): 4

(ÖP, 14.6., ISKU)

Quellen:
ÖP=Özgür Politika
KIZ=Kurdistan Informationszentrum Berlin
NZZ=Neue Zürcher Zeitung

Termine

Große Kulturveranstaltung
"Acht Staudämme am Munzur - Staatlich verordnetes Ende von Dersim"
am 16.06.2001 um 16 Uhr im Haus der Jugend, Mitternacht 8, Mainz
Veranstalter: (YXK) in Zusammenarbeit mit dem ARef der Uni Mainz

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Ludwigstr. 13
20359 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 9
22. Juni 2001

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Erklärung der Volksverteidigungskräfte Kurdistans:

Wir werden zur Vergeltung gedrängt

In einer schriftlichen Erklärung des Hauptquartiers der Volksverteidigungskräfte der PKK wird die türkische Armee dazu aufgefordert, die Angriffe auf die Guerilla und das Volk zu stoppen.

Die Guerilla habe seit dem 1. September 1999 keinerlei Aktionen gegen die türkische Armee mehr durchgeführt und sich vom Staatsgebiet der Türkei zurückgezogen. "Obwohl es keine Kräfte gibt, gegen die Krieg geführt werden könnte, führt die türkische Armee fortlaufend Operationen durch und versucht, einen neuen Krieg zu provozieren. Wenn heute in der Türkei und Kurdistan von Frieden und Waffenruhe gesprochen wird, ist dies allein der Führung der Partei zu verdanken. Die Guerilla, die der neuen Linie der Führung verbunden ist, hält den Waffenstillstand trotz aller Provokationen ein. Die Guerilla ist heute stärker als je zuvor und jederzeit in der Lage, Krieg zu führen."

Trotz negativer Entwicklungen und Angriffen sei die Guerilla der von der PKK entworfenen Strategie des politischen Kampfes verbunden: "Angesichts fortwährender Vernichtungsangriffe werden wir jedoch dazu gezwungen sein, unser Recht auf Vergeltung anzuwenden."

Gleichzeitig werden in der Erklärung die Angriffe auf den demokratischen Kampf des Volkes kritisiert.

Weiter rufen die Volksverteidigungskräfte die Demokratiebewegung der Türkei sowie alle, die von einer Demokratisierung profitieren, dazu auf, sich gegen die Angriffe zu stellen: "Wir erklären in aller Deutlichkeit vor der demokratischen Öffentlichkeit, dass nicht wir für die Resultate dieser negativen, gewalttätigen und blutigen Politik verantwortlich sein werden, sondern diejenigen, die die Angriffspolitik fortsetzen. Wir fordern alle betreffenden Kreise dazu auf, diese Warnung ernst zu nehmen."

(ÖP, 21.6., ISKU)

Kampagne zur Anerkennung der kurdischen Identität

Europa wird Demokratie beigebracht

Wie PKK-Präsidialratsmitglied Duran Kalkan mitteilte, wird mit der Kampagne "Auch ich bin PKK" Europa Demokratie beigebracht. Er grüsste alle, die sich in Europa und vor allem in Deutschland an der Kampagne beteiligen und sagte: "Ein weiteres Mal wurde deutlich gemacht, wo die Lösung sein wird." Wer sich noch nicht beteiligt habe, solle dies unverzüglich tun, so Kalkan: "Das Volk steht hinter der Führung und der Partei, das ist deutlich geworden. Es ist eine Kraft entstanden, die bis zum Ende produktiv an der Lösung arbeitet. Hier muss beharrlich weitergemacht werden. Unsere Führung hat gesagt: ´Jeder soll sich mit dem beteiligen, was ihm möglich ist. Wer überhaupt nichts tun kann, soll sein Herz mit uns rein halten.` In diesem Rahmen sollen jetzt Schüler und Studierende in den Schulen und Universitäten sagen, dass sie kurdisch sind. Die Gefangenen sollen in ihrer Verteidigung sagen, dass sie PKK sind. Die Arbeiter sollen sagen, dass sie kurdische Arbeiter sind. Das kann jeder, wo er sich gerade aufhält, mit der jeweils angemessenen Methode tun."

Mit den genannten Aktivitäten zeigten die Kurden die Profitgier, Beschränktheit und "Teile-und-herrsche-Politik" der Demokratie Europas auf, so Kalkan: "Die Kurden haben deutlich gemacht, dass die Demokratie Europas noch eine weite Strecke zurückzulegen hat." Er erinnerte daran, dass die PKK seit 1993 in Deutschland verboten ist und verwies auf den Düsseldorfer Prozess, in dem er selbst angeklagt gewesen sei. "Bevor der Prozess zu Ende ging, fällte die Regierung unter Verletzung der Justiz eine politische Entscheidung. Die Justiz wurde in sehr offener Form als Mittel zum Zweck missbraucht."



Die Teilung Kurdistans sei durch das System Europas geschaffen worden, fuhr Kalkan fort: "Wenn die EU Frieden will, soll sie nicht auf dem vor hundert Jahren entstandenen System bestehen. Sie sagten, dass mit der Zeit auch die Kurden Rechte haben werden. Die Kurden wurden damit aufgestachelt, in den Aufständen zeigte sich die Wirkung, aber sie wurden getäuscht. Europa band die Kräfte in der Region an sich und heimste die wirtschaftlichen Gewinne ein. Im Beitrittspartnerschaftsdokument der EU findet sich nicht einmal das Wort ´Kurde`. Was ist das für ein Dokument? Es geht um ein Volk, das ein Drittel der Bevölkerung ausmacht. Wenn die Türkei der EU beitritt, wird dann dieses Volk mit dabei sein? Wenn es mit dabei ist, als was wird es teilhaben? Gebt ihm seinen Namen! Sie zwinkern der Türkei zu und tun so, als würden sie die Kurden unterstützen. Das ist imperialistische Politik."

Frauen bilden Vorhut

Bei Aktionen gestern in Marseille, Hamburg und Düsseldorf waren es vor allem Frauen, die sich zur PKK bekannten. In Marseille fand eine Kundgebung statt, in deren Anschluss eine Delegation die unterschriebenen Formulare mit der Überschrift "Auch ich bin PKK" im Gouverneursamt von Marseille überreichte. In Hamburg waren es 300 Frauen, die sich im Rahmen einer Aktion vom Verein Freier Frauen Mesopotamiens zur PKK bekannten. Sie überreichten ihre Formulare an die stellvertretende Senatspräsidentin, die die Delegation mit Interesse empfing und die Weiterleitung der Unterschriftensammlung an die zuständigen Stellen zusicherte. In Düsseldorf wurden die gesammelten Unterschriften nach einer Kundgebung an die Abgeordnete von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Monika Dücker, übergeben. Dücker erklärte: "Das PKK-Verbot muss aufgehoben werden. Ich unterstütze die neue Strategie der PKK. Leider steht Innenminister Otto Schily hinter der Fortsetzung des PKK-Verbots. Die Kurden sollten diese Art von Kampagne auch auf Schily ausrichten."

(ÖP, 19./21.6., ISKU)

Meldungen

Sait Hasso zu zwei Jahren und neun Monaten verurteilt

Am 20. Juni wurde das Urteil in dem schon seit Monaten laufenden Prozess gegen Sait Hasso gesprochen. Verurteilt wurde er wegen "Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung". Sait Hasso saß schon seit dem 30.03.2000 in Untersuchungshaft. Vor Gericht hatte er sich zur PKK und ihrer neuen Linie bekannt. Am vorletzten Prozesstag hatten sich ca. 2000 Menschen selbst angezeigt, um zum Ausdruck zu bringen, daß auch sie sich wie Sait Hasso zur PKK bekennen und Sait nur auf Grund des PKK-Verbotes verurteilt wurde. *(ISKU, 20.6.)*

Türkei bevorzugt bei Kreditvergabe

Trotz Vorboten der Finanzkrise haben die Banken der Industrieländer mehr Geld in die Türkei gepumpt als in jedes andere Schwellenland. Noch im vierten Quartal, als die Krise offen ausbrach, flossen 3,4 Mrd. Dollar in die Türkei. Nach dem Quartalsbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Biz) erhielt die Türkei im Jahr 2000 11,4 Mrd. Dollar an neuen Mitteln, fast doppelt so viel wie 1999. Dies entsprach dem höchsten Kreditbetrag, den ein Land der aufstrebenden Volkswirtschaften erhielt. Neueste Daten deuten darauf hin, dass die Banken in den ersten Monaten des Jahres 2001 das Steuer herumrissen und ihre Kreditvergabe an die Türkei drastisch reduzierten. *(StN, 18.6., ISKU)*

Debatte über das umstrittene Mediengesetz

Türkische Presseleute haben am Dienstag das Veto des türkischen Staatspräsidenten, Ahmet Necdet Sezer, gegen das neue, vom Parlament verabschiedete Mediengesetz mit Erleichterung aufgenommen. Das Veto habe einen grossen Fehler im Medienbereich verhindert, sagte der Vorsitzende der Obersten Aufsichtsbehörde für Radio und Fernsehen, Nuri Kayis. Positiv reagierte auch die Journalistenunion. Seitdem das Parlament Anfang Juni dieses Mediengesetz verabschiedet hat, bezichtigt die Union die Regierung, mit Hilfe dieses Gesetzes die Pressefreiheit in der Türkei massiv einschränken zu wollen. *(NZZ, 20.6., ISKU)*

HADEP`ler in Mardin festgenommen

Die Repression gegen die

246. Tag des Todesfastens

Lautloses Sterben



Am 240. Tag des Todesfasten ist Veli Günes in dem F-Typ Gefängnis in Kandira gefallen. Veli Günes war aus der 1. Todesfastengruppe und wurde nach dem Massaker vom 19. Dezember 2000 von Ümraniye nach Kandira verlegt. Seit sieben Jahren war er im Gefängnis. Eigentlich stand er kurz vor seiner Entlassung. Er war 46 Jahre alt und Mitglied der Organisation DHKP-C. Seit eineinhalb Monaten wurde er in dem Staatskrankenhaus in Izmit mehrere Male zwangsernährt, wogegen er sich jedes Mal mit seiner ganzen Kraft wehrte. Am Ende konnte er keine Flüssigkeit mehr zu sich nehmen.

Gesundheitszustand von Rainer Dittrich

Der Gesundheitszustand von Rainer Dittrich, der sich zur Unterstützung des Todesfastens in der Türkei seit dem 27. Dezember in der JVA Lübeck im rotierenden Hungerstreik befindet, wird zunehmend schlechter. Wie Claudia Steinert für ihn erklärte, könne Dittrich seine linke Seite nicht mehr bewegen. Dittrich befindet sich seit 1987 im Gefängnis und ist zu lebenslänglicher Haftstrafe verurteilt.

Europaweite Protestkarawane

In Berlin begann am Montag eine europaweite Protestkarawane gegen die Einführung der Isolationshaft in der Türkei. Von Berlin aus wird sie in den nächsten Wochen durch Holland, Frankreich, Österreich und die Schweiz ziehen. Sie wird in allen Ländern zu den Parlamenten gehen und ein Dossier über die Situation der Gefangenen in der Türkei überreichen, um die Parlamentarier zur Stellungnahme aufzufordern.

Todesfasten geht auch draussen weiter

Die türkische Regierung sieht auch nach 246 Tagen Todesfasten keinen Anlaß mit den Todesfastenden zu sprechen. 14 Gefangene wurden in den letzten Wochen für eine Haftverschonung von sechs Monaten entlassen. Zwei von ihnen setzen ihr Todesfasten auch draussen fort. Unter ihnen ist auch Sevgi Erdogan (44), die nur noch 20 Kilogramm wiegt. Sevgi Erdogan ist seit der Zeit des Militärputsches 1980 im Angehörigenverein TAYAD aktiv. Ihr Mann, Ibrahim Erdogan, gehörte zu den bekanntesten Führern der früheren Devrimci Sol. Er hatte sich 1984 am Hungerstreik der politischen Gefangenen beteiligt. Damals waren sechs Gefangene gefallen. Am 12. Juli 1991 wurde Erdogan bei einer Polizeioperation in Istanbul mit elf anderen Illegalen der Devrimci Sol erschossen.

(ÖP 20.06., IKM 17.0.6., ISKU)

Der IHD Istanbul erbittet Geldspenden für die medizinische Versorgung der Hungerstreikenden: Informationsstelle Kurdistan, PGA Köln, BLZ 37010050, Kontonummer: 3968-506, Kennwort: ‚Hungerstreik'

Bis jetzt konnten DM 630,- an den IHD weitergegeben werden. Vielen Dank

HADEP gehört inzwischen zum täglichen Leben. Als letztes wurden im Rahmen von Wohnungsrazzien in Mardin zwei Funktionäre und zwei Mitglieder der HADEP festgenommen. Weiterhin wurde bekannt, dass in Sörgücü bei Mardin zwei HADEP-Mitglieder zur Militärstation zitiert wurden, wo sie von Militärs mit dem Tode bedroht wurden. *(ÖP, 19.6., ISKU)*

Fussball-Unterstützung für HADEP

Aus Protest gegen die Festnahmen beim "Fussballturnier für Friedens und Geschwisterlichkeit", das HADEP letzte Woche in Adana organisiert hatte, wurde ein weiteres Turnier in Adana veranstaltet, an dem Mannschaften folgender Parteien teilnahmen: Sozialistische Machtpartei (SIP), Arbeiterpartei (IP), Demokratiepartei des Volkes (HADEP), Werktätigenpartei (EMEP) und Freiheits- und Solidaritätspartei (ÖDP). Champion wurde SIP, die EMEP im Finale mit 6-5 schlug. Vertreter der teilnehmenden politischen Parteien betonten, dass die Veranstaltung zur Unterstützung des verbotenen HADEP-Turniers und aus Protest gegen die Vorfälle organisiert worden sei.

(ÖP, 19.6., ISKU)

Massenweise Unterstützung der HADEP

In mehreren Städten hat die Bevölkerung gegen die in letzter Zeit angestiegene Repression gegen HADEP protestiert. Nach Aktionen in Istanbul, Amed, Batman, Turgutlu und Van vorgestern, fanden gestern auch in Bingöl und Antep massenhaft besuchte Kundgebungen statt.

Den Protesten vorausgegangen war die fortwährende Behinderung der Arbeit der HADEP-Jugendorganisation, die in Kurdistan und der Türkei an vielen Orten sportliche, kulturelle und soziale Veranstaltungen organisiert hatte. Angestrebt wird mit diesen Veranstaltungen, die aktive Rolle der Jugend in der demokratischen Politik anzukurbeln. Viele dieser Aktivitäten wurden mit willkürlichen Begründungen verboten. In den letzten beiden Monaten ging die Polizei gegen Veranstaltungen u.a. in Ankara, Amed, Adana, Antep, Van, Istanbul und Mersin vor und nahm eine grosse Anzahl von HADEP-Funktionären und Mitgliedern fest. So kam es bei einer von der HADEP-Jugend in Antep und Mersin organisierten Fussballbegegnung zu mehreren Festnahmen. Später wurden mit der Begründung, der Torwart habe ein rot-gelb-grünes Band um den Arm getragen, sämtliche Spielerformulare beschlagnahmt und als Beweismittel an das Staatssicherheitsgericht Adana geschickt. Der vorläufig letzte Höhepunkt der Repression war die Verhaftung des Vorsitzenden der HADEP-Jugend, Ahmed Seker.

Zu weiteren Festnahmen kam es vorgestern Nacht bei Wohnungsrazzien in Batman und Sirnak. In Batman wurden das HADEP-Vorstandsmitglied Ahmet Candemir, der TUHAY-DER-Vorsitzende Hamdullah Yildiz, das IHD-Vorstandsmitglied Mehmet Kaya, die HADEP-Stadtratsmitglieder Hasan Öner und M. Salih Ekinci, die HADEP-Mitglieder Selahattin Geyik, Sitar Kaptan, Esref Ekinci, Mahmut Ilhan, Kasim Sen, Serif Tas, Besir Tas und Salih Kizilirmak sowie weitere Personen von der Polizei festgenommen. Im Dorf Keverzo bei Besiri nahm die Jandarma bei Razzien Mehmet Tas und Yusuf Yigit fest. Über die Gründe für das Vorgehen wurde nichts mitgeteilt. Bekannt wurde dagegen, dass der Festgenommene Salih Ekinci unter Herzbeschwerden leidet und er mehrere Male vom Verhör zum Arzt gebracht wurde. In Sirnak wurde gegen 4.30 morgens der Ortssekretär der HADEP bei einer Razzia in seiner Wohnung festgenommen.

(ÖP, 19.6., ISKU)

Quellen:

ÖP=Özgür Politika
StN=Stuttgarter Nachrichten
NZZ=Neue Zürcher Zeitung
IKM=Komitee gegen Isolationshaft

Termine

Demonstrationen in Europa

"Für die Anerkennung der politischen und nationalen Identität der Kurden und Kurdinnen"

Am 30. Juni 2001 finden in Paris, Zürich, Wien, London, Stockholm, Den Haag, Köln, Berlin, Stuttgart und Hamburg Demonstrationen statt.

In allen größeren Städten Europas finden vom 29.6.- 12.7. Infostände und Sitzaktionen zur Identitätskampagne und gegen das PKK-Verbot statt.

Beteiligt Euch an der Unterschriftenkampagne!

Städtepartnerschaft Aschaffenburg - Bingöl

Eine Delegation des Fördervereins Städtepartnerschaft Aschaffenburg-Bingöl war Anfang Juni zu Gast in der kurdischen Stadt Bingöl, um erste Kontakte zu knüpfen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten. Der Förderverein hatte sich am 27. Januar in Aschaffenburg gegründet, da dort viele Familien aus Bingöl leben, die die Verbindung mit ihrer Heimatstadt festigen möchten. Neben Besuchen beim Gouverneur und beim Bürgermeister von Bingöl, besichtigte die Delegation zwei Krankenhäuser, eine Schule und eine Teppichknüpferei. Des weiteren führte sie Gespräche mit verschiedenen Parteien, wie HADEP, Fazilet, der CHP und weiteren Organisationen, um bei ihnen für die Idee der Städtepartnerschaft zu werben. Die Mitglieder der Delegation waren überrascht über die breite Zustimmung zu der Idee der Städtepartnerschaft.

Auch der Gouverneur von Bingöl steht dem Vorhaben positiv gegenüber. Er wies die Delegation darauf hin, dass eine Städtepartnerschaft vom Auswärtigen Amt in Deutschland beantragt und von der türkischen Regierung genehmigt werden müsse. *(Main-Echo, 18.6., ISKU)*

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Ludwigstr. 13
20359 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku